

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

25. Sitzung vom 26. und 27. Juni 2017
(2. Sitzungstag vom 27. Juni 2017)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte	S. 3	GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi (tatsächliche Berichtigung)	S. 46
Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung		GR Mag. (FH) Alexander Pawkowicz (tatsächliche Berichtigung)	S. 47
Rednerinnen bzw. Redner:		Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal	
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 3	Rednerinnen bzw. Redner:	
GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 4	GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 47
GR Mag. Rüdiger Maresch	S. 6	GRin Sabine Schwarz	S. 49
GR Karl Baron	S. 7	GR David Ellensohn	S. 51
GRin Luise Däger-Gregori, MSc	S. 8	GR Armin Blind	S. 53
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 10	GRin Safak Akcay	S. 55
GR Mag. Manfred Juraczka	S. 12	GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler	S. 56
GR Mag. Christoph Chorherr	S. 14	GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 57
GR Georg Fürnkranz	S. 15	GR Maximilian Krauss	S. 58
GR Ernst Holzmann	S. 17	GR Mag. Marcus Gremel	S. 59
GRin Dr. Jennifer Kickert	S. 17	GR Peter Kraus, BSc	S. 60
GR Wolfgang Irschik	S. 18	GR Gerhard Haslinger	S. 62
GR Mag. Christoph Chorherr (tatsächliche Berichtigung)	S. 20	GRin Mag. Nicole Berger-Krotsch	S. 63
GRin Kathrin Gaal	S. 20	GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 64
GRin Angela Schütz	S. 21	GRin Marina Hanke, BA	S. 66
GR Siegi Lindenmayr	S. 22	GRin Mag. Beate Meini-Reisinger, MES	S. 67
VBgm.in Mag. Maria Vassilakou	S. 24	GR Christian Hursky	S. 68
Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung		GR Heinz Vettermann	S. 69
Rednerinnen bzw. Redner:		Amtsf. StR Mag. Jürgen Czernohorszky	S. 70
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 26	Schlusswort Berichterstatterin	
GR Dr. Wolfgang Ulm	S. 28	Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner	S. 72
GR Mag. Christoph Chorherr	S. 30	Abstimmung	S. 73
GR Mag. Günter Kasal	S. 32	5. 01929-2017/0001-GGS; KAV, P 2: Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2016	
GRin Barbara Novak, BA	S. 33	Abstimmung	S. 78
GRin Sabine Schwarz	S. 35	6. 01518-2017/0001-GGU; WKN, P 3: Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal 2016	
GR Michael Niegl	S. 36	Abstimmung	S. 78
GR Georg Niedermühlbichler	S. 37	7. 01474-2017/0001-GWS; WRW, P 4: Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen 2016	
GRin Dr. Jennifer Kickert (tatsächliche Berichtigung)	S. 38	Abstimmung	S. 78
GR Stefan Berger	S. 38		
GR Mag. Marcus Schober	S. 40		
GR Mag. (FH) Alexander Pawkowicz	S. 41		
GRin Waltraud Karner-Kremser	S. 43		
Amtsf. StR Dr. Michael Ludwig	S. 44		

(Wiederaufnahme um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Ich darf Entschuldigungen mitteilen: Zur Zeit liegt eine Entschuldigung von Frau Kollegin Mag. Meinel-Reisinger vor, ab 17 Uhr ist sie dienstlich verhindert.

Die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2016 wird fortgesetzt.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung.

Zu Wort ist Frau GRin Mag. Emmerling gemeldet. 10 Minuten selbstgewählte Redezeit sind eingestellt. - Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Vielen Dank. Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht sehr zahlreich vorhanden sind, wie ich sehe!

Ich möchte mich dem Bereich Verkehr widmen und vor allem der damit zusammenhängenden mangelhaften Umsetzung und der Kosteneffizienz in der Stadtregierung. Die gibt es leider auf allen Ebenen.

Erstens der Rückschritt in der Planung: Wir haben vor Kurzem von zwei Stadträtinnen - das war etwas verwunderlich - das neue Öffi-Paket 2017 präsentiert bekommen. Da wurde präsentiert, dass eine Finanzierung von 70 Millionen EUR für Straßenbahnprojekte gesichert ist. Das wurde uns als großer Erfolg verkauft. Fast dieselben Projekte wurden aber schon 2014 mit einem kleinen Unterschied präsentiert: Im Öffi-Paket 2014 waren Straßenbahnen noch für 200 Millionen EUR vorgesehen. Die Straßenbahnen in den Stadtentwicklungsgebieten, dort, wo man sie am dringendsten bräuchte, werden jetzt beinhart auf die lange Bank geschoben. So wird es entgegen der Ankündigung bis auf Weiteres keine Donaufeldtangente, keine Verlängerung des 25er in die Seestadt, keinen 67er zu Monte Laa geben, und auch die Linie O wird jetzt am Nordbahnhof gestutzt. Das wird auch noch als Fortschritt verkauft. Offenbar weil jetzt nicht genug Geld dafür da ist, denn das Linienkreuz U2/U5 verschlingt Abermillionen, das wissen wir, das kann sonst nicht finanziert werden. Aber eine innerstädtische U-Bahn ohne Verkehrswirkung - das muss man dazusagen - ist ihnen anscheinend lieber, als die leidgeplagte Bevölkerung in den Außenbezirken mit öffentlichem Verkehr zu versorgen. (Beifall bei den NEOS.)

Rot und Grün matchen sich da in der Innenstadt um die Wählerschaft. Ich finde, das ist reine Bobo-Politik, die Sie da machen und geht vollkommen an den wirklichen Bedürfnissen der Verkehrspolitik in den Flächenbezirken vorbei. (Beifall bei den NEOS. - GR Mag. Rüdiger Maresch: Das von ihr! Das von den NEOS!)

Zweitens: ineffiziente Koordination. Wir wollten schon vor ein paar Monaten, noch bevor Sie das neue Paket präsentiert haben, wissen, was denn aus dem Öffi-Paket 2014 geworden ist und haben dafür Anfragen an das Ressort Vassilakou als auch an die Ressorts Sima und

Brauner gestellt. Warum an drei Ressorts? - Ich muss, glaube ich, nicht noch einmal betonen, dass ich es absolut falsch finde, dass die Wiener Linien nicht im Ressort Verkehr sind, diese Ineffizienz ist ungeheuerlich. Aber warum haben wir an drei Stadträtinnen Anfragen gestellt? - Wir haben bei Frau Sima angefragt. Die konnte uns keine ausreichende Information zum Projektfortschritt geben, weil sie nicht für Verkehrsplanung und nicht für Finanzierung zuständig ist und die bauliche Umsetzung noch nicht begonnen hat. Dann haben wir bei der Frau Vizebürgermeisterin angefragt. Diese konnte uns auch keine ausreichende Information zum Projektfortschritt geben, weil noch keine Finanzierung und keine bauliche Umsetzung absehbar sind. Frau StRin Brauner konnte uns sowieso keine ausreichende Information zum Projektfortschritt geben, weil sie nicht für die Verkehrsplanung und die bauliche Umsetzung zuständig ist. Und so lange das nicht alles durchgeplant ist, kann sie auch nichts zur Finanzierung sagen. (Beifall bei den NEOS.)

Es stellt sich schon die Frage: Wollen Sie mit Ihren Anfragebeantwortungen einfach die Opposition häckerln, oder ist man wirklich nicht in der Lage, sich hier zu koordinieren? Weiß die rechte Hand, was die linke tut? - Ich sage Ihnen, das kostet, und zwar nicht zu knapp, weil durch mangelnde Koordination Synergien nicht genutzt werden, aber vor allem, weil wir uns dadurch zukünftig und langfristig Verkehrsprobleme schaffen, die uns beziehungsweise unsere Kindern in der Zukunft noch viel Geld kosten werden. (Beifall bei den NEOS.)

Aus unserer Sicht braucht es definitiv nicht weniger, sondern absolut mehr Ausbau des öffentlichen Verkehrs, und das besonders in den Außenbezirken, die die größte Last des Bevölkerungswachstums und des Pendlerverkehrs tragen. Denn der PKW-Verkehr über die Stadtgrenze und den Stadtrandbereichen steigt nach wie vor markant an. In Floridsdorf, Donaustadt, Simmering, Liesing pfeift die Infrastruktur aus dem letzten Loch, und trotzdem werden Monat für Monat - auch wieder im gleichen Ressort - Flächen für tausende neue Wohnungen in diesen Bezirken gewidmet. Es entstehen geförderte Schlafstädte, wie in den 60er, 70er Jahren - im Donaufeld, auf den Siemensäckern, in der Berresgasse -, die aber schlechter an den öffentlichen Verkehr angebunden sind. (Beifall bei den NEOS.)

Was bräuchten wir also, um diese Probleme zu lösen, aber auch die sozialen Kosten und die Umweltkosten in den Griff zu kriegen? - Den massiven Ausbau von Straßenbahnen, neue Buslinien, Intervallverdichtungen für die Außenbezirke, auch Tangentialverbindungen. Wir müssen den Menschen draußen auch die Möglichkeiten bieten und Anreize schaffen, wie sie öffentlich in die Stadt kommen. Also mehr Straßenbahnen, vor allem aber auch S-Bahnen im Stadtumlandverkehr. Wir könnten 25 neue Straßenbahnkilometer in der Donaustadt Richtung Floridsdorf für die Mittel der Stadtstraße realisieren.

Für den effektiven Mitteleinsatz aber brauchen wir eine ganzheitliche Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs, auch über die Stadtgrenzen hinaus. Da haben wir momentan den Magistrat der Stadt Wien, wir

haben die Ämter der niederösterreichischen Landesregierung, der burgenländischen Landesregierung, die Wiener Linien und die ÖBB, diese arbeiten alle für ihren eigenen Wirkungsbereich. Das ist kontraproduktiv! Keine gemeinsamen schlagkräftigen Strukturen und von einer Koordination mit den Nachbarstaaten ist sowieso ganz zu schweigen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Zuständig für die Bestellungen im Verkehrsverbund oder den ÖBB ist nämlich wieder mal Frau Renate Brauner. Aber sie fühlt sich für Verkehrsplanungen nicht zuständig. Frau Vassilakou wäre für Verkehrsplanung zuständig, aber in diesem Kompetenzenwirrwarr sind ihr wohl sehr oft die Hände gebunden. Frau Sima interessiert es sowieso nicht, denn wenn die Wiener Linien über die Stadtgrenze fahren wollen, dann müsste man das nach EU-Recht ausschreiben, und dann käme man darauf, wie zuletzt im Rechnungshofbericht ermittelt wurde, dass der Busverkehr, der private Betreiber, um 40 Prozent billiger ist als die Wiener Linien.

Wir sehen ein Kompetenz- und Koordinationschaos, das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Geld kostet und zu keiner Lösung der Probleme führt. Wir bringen daher heute einen Antrag betreffend Steigerung der Kosteneffizienz im Verkehr und Bekämpfung vor allem der Donaustädter Verkehrsprobleme durch massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein.

Ich möchte jetzt noch einen Aspekt in diese Debatte einbringen, nachdem Sie auch für BürgerInnenbeteiligung zuständig sind: Ich bringe heute einen Beschlussantrag betreffend BürgerInnenrat zur Entwicklung der Stadtplanung Neu ein. Im Grunde möchten wir damit etwas einfordern, dessen Sie sich selbst im neuen Regierungsprogramm verschrieben haben. Da steht drinnen, ich zitiere: „Vermehrte Einbindung von BürgerInnenräten in gesellschafts- und sachpolitische Fragestellungen.“ *(Beifall bei den NEOS.)*

Die Frage des Umgangs mit dem baukulturellen Erbe im Zuge der Heumarkt-Umwidmung wäre eine Gelegenheit gewesen, ein solches Instrument umzusetzen. Für die Umwidmung hätte es eine breite Legitimität gegeben. Die Chance wurde leider vergeben. Prozesse, wie wir sie in der Stadtentwicklung haben, die auch immer wieder Mängel aufweisen, die viele Bürger und Bürgerinnen auf den Plan rufen, in denen es viele Unzufriedenheiten gibt, kann man gut zum Gegenstand eines BürgerInnenrates machen. Und diese sind nicht Stadtplanung mit dem Zufallsgenerator, wie es uns auch andere Oppositionsparteien oft gesagt haben - Sie, zum Beispiel, Herr Kollege Wansch. In Vorarlberg zum Beispiel ist es ein erprobtes und auch institutionell verankertes Instrument, das zu einem friedlichen Miteinander zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung beitragen kann. Jetzt im Herbst zum Beispiel gibt es dort wieder einen BürgerInnenrat, der zum Thema Raumordnung und Wohnbaupolitik einberufen wird. Dieser wurde zum Beispiel auch durch ein Bürgerverlangen eingesetzt.

Ich bringe diesen Antrag ein und bitte Sie: Kommen wir hier voran, und seien wir mutiger und innovativer in der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Politik! - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Kollegin hat 8 Minuten 30 Sekunden Redezeit verbraucht, daher bleiben noch 14 Minuten 30 Sekunden Restredezeit für die NEOS. Zu Wort ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar von der ÖVP gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten, die ich einstelle. - Sie haben das Wort.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Vielen herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Als Planungssprecherin habe ich, stellvertretend für meine Fraktion, den Anspruch an eine gesamtheitliche, zusammenhängende und nachhaltige Stadtentwicklung. Neben sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Themen geht es mir dabei auch um das Zusammenwirken der einzelnen Akteure, die Kompetenzverteilung sowie die Gestaltung von Prozessen und die Transparenz in der Stadtplanung, aber der Reihe nach:

In der heutigen Spezialdebatte möchte ich erneut betonen, dass Wien eine Vision sowie klare Rahmenbedingungen in Sachen Stadtplanung und Stadtentwicklung braucht. Der aktuelle Zustand ist einer nachhaltigen Entwicklung eigentlich nicht wirklich dienlich. Das heißt konkret, es braucht dringend überörtliche Entwicklungskonzepte und strategische Raumplanungsinstrumente, wie wir sie in anderen Bundesländern sehen, und wo sie auch schon längst üblich sind. Das hätte eine Instanzen-trennung zwischen Kontrolle und Durchführung zur Folge, und die Verantwortlichen könnten sich damit in Zukunft frühzeitig und umsichtig mit der Entwicklung Wiens auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang haben wir im Frühjahr auch schon einen Beschlussantrag eingebracht. Dieser wurde leider von Rot-Grün abgelehnt.

Rot-Grün ist anscheinend an einer strategischen Stadtplanung mit Hilfe eines überörtlichen Entwicklungskonzeptes und anderen Raumplanungsinstrumenten nicht interessiert. Das ist für mich nicht wirklich nachvollziehbar. Aktuell erleben wir eine Stadtgestaltung à la Keksausstecher, nämlich sehr objektbezogen, nicht zusammenhängend und bei Weitem nicht ganzheitlich angegangen. Wohin solch ein Stückwerk ohne Berücksichtigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und ohne Planungssicherheit für Investoren führt, erleben wir momentan in einigen Planungsprojekten und Schauplätzen in Wien, und das nächste steht auch schon vor der Tür, das Winterthur-Gebäude am Karlsplatz. Es kann nicht sein, dass Flächenwidmungspläne zunehmend nicht vorausschauend entwickelt, sondern vielmehr anlassbezogen, Projekt für Projekt auf Wunsch der Projektentwickler gewidmet werden. Diese Kurzfristigkeit muss ein Ende haben! Möglicherweise hat es auch damit zu tun, dass das zuständige Ressort das kleinste ist, die Aufgabe der vorausschauenden Stadtentwicklung aber eine der größten Aufgaben ist.

Ein großer und wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre die von uns geforderte Schaffung eines zentralen Planungsdepartments. Eine solche koordinierende Stelle für die Planungsagenden wäre wirklich ein Gewinn im Sinne einer vorausschauenden und umsatzorientierten Stadtplanungspolitik. Das Planungsdepartment als

eine Einheit mit einem engagierten und interdisziplinären Team, das Kompetenz, Vision und Kontinuität einbringt, würde die Wiener Stadtplanungspolitik zielorientierter und umsetzungsstärker gestalten. Davon bin ich überzeugt. Es braucht ein zentrales Planungsdepartment! Deswegen bringe ich auch heute einen diesbezüglichen Antrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wichtig ist auch in diesem Zusammenhang, den zu entwickelnden Stadtteilen so zu begegnen, dass schon frühzeitig bei der Planung alle Fachbereiche, die es für eine vernünftige Entwicklung vor Ort braucht, mitberücksichtigt werden. Damit meine ich, rechtzeitig für die nötige Infrastruktur bei Großprojekten zu sorgen. Dieses Anliegen ist deswegen aktuell, weil wir es gerade mit sehr vielen Stadtentwicklungsgebieten zu tun haben, die vor großen Veränderungen stehen, wie beispielsweise Hausfeld oder auch die Berresgasse. Dort sind Projekte geplant, die ihre Umgebung gehörig umkrepeln und vor Herausforderungen stellen werden. Viele Anrainerinnen und Anrainer und Bewohnerinnen und Bewohner aus der Umgebung warnen jetzt schon vor zunehmendem Verkehr und mangelnden Verkehrskonzepten sowie Öffis, die jetzt schon an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Ja, es ist wichtig, den öffentlichen Verkehr gerade in den Flächenbezirken ganz stark auszubauen, da die Außenbezirke in der Planung sehr, sehr oft vergessen werden und auch die Vernetzung untereinander ganz wichtig ist.

Wir können dennoch den Antrag der NEOS heute nicht unterstützen, weil für uns wichtig ist, eine Vielfalt an Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen und die Ablehnung der Stadtstraße für uns nicht in Frage kommt. Aber es geht bei diesen Großprojekten nicht nur um den Verkehr. Es geht auch ganz klar um Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, die auch oft in der Planung fehlen.

Daher bringe ich einen weiteren Antrag betreffend Bereitstellung entsprechender Infrastruktureinrichtungen bei der Realisierung von Großprojekten ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestern wurde auch schon in der Debatte rund um das Thema Umwelt angesprochen, dass Stadtplanung nicht mit einem Ressort alleine funktioniert. Es gibt zahlreiche Fachbereiche, die ressortübergreifend funktionieren müssen. Dieses Engagement vermisste ich derzeit noch in der Stadt Wien, auch was den Bereich der Grünräume betrifft. Gestern schon angesprochen, heute bringe ich dazu auch noch einen Antrag zum Thema Green-City-Planungen in Wien ein, um auch hier die Grünräume zu berücksichtigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Thema, das ich heute in meiner Rede ansprechen möchte, ist die Erhöhung der Transparenz im Ressort. Ich finde es auf der einen Seite sehr, sehr schade, dass wir in den Ausschüssen so oft nachfragen müssen, weil viele Details aus den meist ein- bis zweiseitigen Ausschussunterlagen nicht hervorgehen. Da geht es beispielsweise oft um Summen, die den Magistratsabteilungen zur Verfügung gestellt werden, sei es für Instandhaltungsmaßnahmen oder Sanierungen oder was auch immer, und in vielen Fällen finden wir in den Unterlagen nur einen Rahmenbetrag, ohne zu wissen, für welche konkreten Projekte das Geld eingesetzt werden

soll. Ein Manko, das meiner Ansicht nach relativ schnell aus der Welt geräumt werden kann. Ich muss auch sagen, wenn man in den Ausschüssen nachfragt, bekommt man durchaus eine Antwort, die auch zur Klärung beiträgt, aber vielleicht könnte man schon im Vorfeld gewisse Details bekannt geben.

Ein weiterer Punkt die Transparenz betreffend ist die Stadtentwicklungskommission. Auch hier wünschen wir uns mehr Transparenz. Bekanntlich beschäftigt sich die STEK mit der Erstellung und Präsentation von Leitbildern und Konzepten für die Stadtplanung, doch bedauerlicherweise ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass ursprüngliche Vorhaben der Projektentwickler nicht mit den uns von der Stadt präsentierten Plänen in der STEK übereingestimmt haben. Die tatsächliche Projekthistorie ist uns ebenso wenig bekannt, das heißt, wir haben oft nicht die nötigen Grundlagen und das Wissen, das man für Entscheidungen brauchen würde. Das widerspricht ganz klar einer integrierten Stadtplanung, die sich als Instrument einer hochwertigen Weiterentwicklung der lebenswerten Zukunft Wiens versteht oder zumindest verstehen sollte.

Zur Erhöhung der Transparenz fordern wir deshalb im Zuge der Präsentation der Leitbilder und Konzepte in der STEK, die betroffenen Projektentwickler sowohl in der Vorarbeit als auch in der Projektpräsentation in der STEK stärker als bisher einzubinden. Das befördert einen gesamtheitlichen und abgestimmten Stadtentwicklungsprozess in Wien. Ich möchte auch auf meinen Antrag, den ich schon in der Vergangenheit dazu eingebracht habe, die Projektentwickler auch in die Stadtentwicklungskommission einzuladen, um dabei zu sein, wenn ihre Projekte präsentiert werden, verweisen.

Leider scheidet vorausschauende rot-grüne Stadtpolitik auch oft an der vorherrschenden Kompetenzverteilung einzelner Ressorts, Kollegin Emmerling hat es vorhin auch schon angesprochen. Dafür möchte ich jetzt, wie auch schon in meiner Rede gestern kurz angedeutet und auch schon vor einem halben Jahr an dieser Stelle erwähnt, das Thema Verkehr und Mobilität bringen.

Die Agenden des Verkehrs sind bekanntlich bei StRin Vassilakou angesiedelt, der öffentliche Verkehr jedoch bei StRin Sima. Besonders verwirrend wird es, wenn es um alternative Antriebe geht. Alle Agenden im Zusammenhang mit E-Autos ressortieren nämlich bei StRin Vassilakou. Die Agenden rund um Erdgas und sonstige Antriebe liegen bei StRin Sima. Daraus ergibt sich, dass auch die Förderungen, sofern sie existieren, nicht einheitlich ausgeschüttet werden. Das klingt ziemlich ineffizient, meiner Meinung nach. Eine Vereinfachung beziehungsweise klare Rahmenbedingungen wären da wünschenswert, aber leider ist das anscheinend mit den derzeitigen Protagonisten unmöglich. Für viele Personen stellt sich dabei die Frage, wer eigentlich zuständig ist und wer tatsächlich Kompetenz für nachhaltige Mobilitätsangebote hat. Dazu kommt, dass die Entwicklung ganzheitlicher Systeme und Lösungskonzepte ein unlösbares Problem zwischen den jeweiligen Ressorts zu sein scheint. Seit Langem hat man nämlich den Eindruck, dass betroffene Ressorts ihr eigenes Süppchen kochen,

anstatt gemeinsam an einem Strang zu ziehen und Wien voranzubringen. Absurderweise werden - da bin ich auch wieder bei Kollegin Emmerling - Zuständigkeiten hin und her geschoben, und in vielen Fällen möchte kein Ressort wirklich Verantwortung übernehmen, geschweige denn mit einer Idee zur Weiterentwicklung des nachhaltigen Mobilitätsangebotes in Wien voranpreschen.

Ich bin mir sicher, dass dieses Durcheinander der Kompetenzen und die unklare Haltung der Stadt Wien im Bereich Verkehr und Mobilität mit ein Hauptgrund ist, dass vielerorts äußerst wenig vorangeht. Besonders bedauerlich und verwunderlich ist dieses Nichtweiterkommen im Bereich der E-Mobilität, wo rein gar nichts weitergeht. Oder erkennen Sie nennenswerte Fortschritte beim Ausbau wichtiger Infrastruktur, sprich, ein flächendeckendes funktionierendes Tankstellensystem? - Ich sehe in dieser Hinsicht leider keine Fortschritte. Meiner Meinung nach fährt eine intelligente Stadt beispielsweise elektrisch, und das besser heute noch als morgen.

Was wir alle bei der Förderung des Ausbaues der E-Mobilität nicht vergessen dürfen, ist das wirtschaftliche Potenzial, das drinsteckt, denn durch die Anschaffung von E-Autos, durch den Bau von Infrastruktur, durch gezielte Innovationsförderung von Forschung und Entwicklung profitieren zahlreiche Unternehmen. Heimische, lokale Arbeitsplätze können dadurch geschaffen und gesichert werden. Nachhaltigkeit schafft also Wertschöpfung und Green Jobs. Wir dürfen nicht verabsäumen, rechtzeitig politische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir Entwicklungen und Trends auch fördern können. Ich sehe, es ist jetzt höchste Zeit dafür. Geben wir der E-Mobilität eine Chance! Genauso geben wir aber bitte auch einer strategisch ausgerichteten, ganzheitlichen und nachhaltigen Stadtplanungspolitik in Zukunft in Wien eine Chance! - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollegin Olschar hat 13 Minuten Redezeit verbraucht, damit beträgt die Restredezeit der ÖVP-Fraktion noch 12 Minuten. Zu Wort ist GR Mag. Maresch gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 6 Minuten. - Sie haben das Wort.

GR Mag. Rüdiger **Maresch** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst einmal auf den Redebeitrag der Kollegin Olschar eingehen, und zwar hat der Satz geheißen: Wir brauchen eine ganzheitliche, nachhaltige Verkehrspolitik. - Ich frage mich dann die ganze Zeit, warum Sie eigentlich beim Radverkehr immer so skeptisch sind. Ich meine, bei der FPÖ weiß man, dass grundsätzlich dagegen gestimmt wird, wurscht, was passiert, aber beim Radverkehr, da war ich sehr, sehr überrascht. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Grundsätzlich dagegen stimmen tun Sie!)* - Geh, gibt es irgendetwas, wo Sie zugestimmt haben? Das glaube ich nicht. Beim Luftaufpumpen zu Hause vielleicht, aber da jedenfalls nicht. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Ich möchte noch einmal sagen: Ganzheitliche, nachhaltige Verkehrspolitik heißt in Wirklichkeit, das Pariser Abkommen erfüllen. Und da denke ich mir, da tut sich die

Bundesregierung schwer, und deswegen stellen wir heute auch noch einmal einen Antrag, in dem es um ein umfassendes Bekenntnis zum Klimaschutz geht:

„Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zum umfassenden Klimaschutz. Er spricht sich dafür aus, dass Wien weiterhin erfolgreiches Vorbild bleibt. In zukünftigen Programmen zum Klimaschutz werden daher die Ziele entsprechend dem Klimaschutzübereinkommen von Paris berücksichtigt.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Jetzt aber noch einmal zu ganzheitlich und nachhaltig und zur Elektromobilität: Ja, es stimmt, es gibt in Wien relativ wenige Elektroautos. Womit hängt das zusammen? - Es hängt damit zusammen, dass relativ wenige Menschen, und zwar vielleicht eher Menschen, die Autos fahren, die über den finanziellen Verhältnissen von vielen von uns hier sind. Diese sind schon interessant, aber da gibt es nicht so wahnsinnig viele, und da geht es einfach darum, dass wir in Wien für Infrastrukturmaßnahmen sorgen werden. Das ist so! Es gibt erstens einmal die Vorbereitungen der Richtlinien dafür, und zweitens ist es nun einmal so, dass die beiden Ressorts, sowohl Umwelt als auch Planung und Verkehr, hier zusammenarbeiten. In Niederösterreich, das immer gerne herangezogen wird, habe ich das Gefühl, dass es in vielen Gemeinden ein kleines Elektrofahrrad gibt, das dann dort steht. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, mag ich bezweifeln. Das ist einmal das eine. Ein Tankstellensystem ist in Arbeit und wird auch in dieser Legislaturperiode kommen.

Das Zweite, wozu immer wieder kritische Anmerkungen gemacht werden, sind Bim/Straßenbahn, wenn man so viel, aber auch S-Bahn. Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Elektromobilität in Wien betrifft Straßenbahn, Schnellbahn, ein paar Elektrobusse - da haben wir schon einiges geleistet.

Jetzt komme ich gleich zum Redebeitrag der Kollegin Emmerling und ihrer Kritik am Öffi-Paket: Das Öffi-Paket, ausgemacht mit Frau StRin Sima, war die Verlängerung des O-Wagens in den Nordbahnhof, die D-Wagen-Verlängerung zur Gudrunstraße, die Verlängerung der Linie 67 durch die Neilreichgasse rüber dann über die Quellenstraße in das Kreta-Viertel und in einer zweiten Ausbaustufe dann zur Siedlung Südost. Und der 25er und der 12er werden dann gebaut, wenn die Siedlungen gebaut werden, und zwar sowohl in der Seestadt als auch im Nordbahnhof beziehungsweise Nordwestbahnhof. Das ist in dem Öffi-Paket drinnengestanden. Ihre Kritik, und ich kenne das, kommt ja auch von einem Blog her. Da werden Sie auch immer wieder zitiert, das heißt, da haben Sie vielleicht ein Naheverhältnis zum Herrn Ulbrich, ich weiß es nicht genau. *(GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Habe ich nicht!)* Faktum ist, dort steht drin: Kritik am Öffi-Paket, weil bis 2020 - Überschrift Öffi-Paket - werden diese Maßnahmen gemacht. Wenn Sie ein bisschen weitergeschaut hätten, nämlich auf die Homepage der MA 18, wo das ganze Öffi-Paket drauf ist, hätten Sie das gefunden, worüber ich jetzt gerade geredet habe. Es ist nämlich nicht im Öffi-Paket drinnenge-

standen, dass bis 2020 alles fertig ist, dass wir eine Straßenbahn in die Seestadt hineinbauen, obwohl dort noch gar keine Straßen sind, obwohl dort noch gar keine Häuser sind. Das war nicht Teil des Öffi-Pakets, sondern dann, wenn dort Menschen wohnen, wenn wir dort Häuser hineinstellen, wenn wir dort Straßen bauen, wird man sinnvollerweise auch die Straßenbahn bauen. Und den 12er haben Sie völlig unterschlagen, der steht nämlich übrigens auch im Blog nicht drin, aber im Öffi-Paket. Der 12er, eine Linie, die von der Augasse und bis zum jetzigen 11A, 11B und dann weiter bis zur Endstation an der U2 hinüberführen wird. Das steht da drinnen, das haben Sie uns irgendwie nicht gesagt, die sind für die nächste Legislaturperiode in Vorbereitung.

Ein weiterer Punkt war natürlich auch der Kritikpunkt, wer, wann, wo was mit wem verhandelt. Ja, der VDV, der Verkehrsdienstevertrag, wird mit dem Bund verhandelt, und zwar genauer gesagt mit den ÖBB und ihrem Eigentümervertreter, in dem Fall dem Herrn Verkehrsminister. Das haben Sie uns nicht gesagt. Es ist nicht so, dass das die Stadt Wien alleine macht, sondern da braucht es auch drei Bundesländer, und bis 2019 muss der Vertrag unterschrieben sein. Das ist so, das habe ich gestern in einem Statement auch schon gesagt.

Dort gibt es ganz viele Widrigkeiten, das stimmt auch. Eine der großen Widrigkeiten ist, dass zum Beispiel das Land Niederösterreich vorhat, dass man in Wirklichkeit den VOR zerschlägt und dort alle Linien einzeln öffentlich vergibt. Das bedeutet, dass ich in Wirklichkeit - so wie in England - für jede Linie eine andere Ausschreibung brauche. Und jetzt stellen wir uns einmal vor, wie das aussieht, wenn in Wien auf der Stammstrecke - von der Sie gerne hätten, dass wir einen Nachtbetrieb haben - sechs verschiedene Firmen fahren. Das können Sie sich in Italien anschauen, da brauchen Sie sechs verschiedene Automaten, wenn es blöd hergeht. Das versuchen wir gemeinsam zu verhandeln, und da werden wir natürlich auch die Unterstützung der Stadt Wien brauchen, und nicht nur der Stadt Wien, sondern vielleicht auch einer Bundesregierung, die das anders sieht. Diese Geschichte werden wir in der nächsten Zeit weiterverfolgen.

Eine Kleinigkeit möchte ich noch sagen: Neben dem Verkehr - was uns ganz wichtig ist und was für den Klimaschutz ganz wichtig ist - ist, für den öffentlichen Raum ein Fachkonzept zu entwickeln. Es ist nämlich nicht ganz egal, was im öffentlichen Raum passiert. Da haben wir schon Flaniermeilen vorgeschlagen, weiters wird es auch Stadtbegrünung geben, und das Dritte, das im Fachkonzept vorkommen wird, sind ganz viele Sitzbänke, Sitzmöbel, Wasser im öffentlichen Raum. Wir werden in der nächsten Zeit, spätestens im Herbst, nach den Nationalratswahlen, wenn wieder ein bisschen mehr Luft zum Nachdenken für verschiedene Dinge ist, auf Sie zukommen und das hoffentlich hier diskutieren.

Noch einmal: Klimaschutz wird von uns beachtet, deswegen werden wir weiterhin am Öffi-Paket festhalten. Wir werden weiterhin darauf schauen, dass Stationen, wie es die ÖBB gerne hätten, nicht zugesperrt werden beziehungsweise rechtzeitig aufgesperrt werden: Wir

werden dem Zusperrern der Stationen der Hausfeldstraße nicht zustimmen, und wir werden darauf drängen, dass die Station am Rosenhügel endlich früher fertig wird. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Maresch hat 7 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 18 Minuten. Als nächster Redner ist Herr GR Baron zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten. - Sie haben das Wort.

GR Karl **Baron** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Stau im gesamten Stadtgebiet, Stau auf allen Hauptverkehrsrouen *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Wo denn?)*, das sind die Verkehrsmeldungen, an die wir uns schon gewöhnt haben. Das sind die Verkehrsmeldungen, die wir den GRÜNEN zu verdanken haben, das ist es, was aus sieben Jahren grüne Stadtregierungs-beteiligung geworden ist. *(Beifall bei der FPÖ.)* Bei jeder dieser Meldungen knallen Sie die Sektkorken im Grünen Rathausklub, da freuen Sie sich, da jubeln Sie, da wird sich gegenseitig auf die Schultern und auf die Schenkel geklopft - Ziel erreicht, wieder ein Stau mehr.

Meine Damen und Herren, das ist in Wahrheit das Ziel der grügestrichenen Kommunisten, die eigentlich nichts anderes im Auge haben, als den Klassenfeind massiv zu stören, die Wirtschaft zu schädigen. Sie haben es tatsächlich zusammengebracht, dass Wien praktisch Schlusslicht in der EU ist. Wien ist die wirtschaftsfeindlichste Großstadt, die wir im ganzen EU-Raum zu verzeichnen haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wien ist nach wie vor die einzige Großstadt, die noch immer keine Stadtfahrt hat, weil Sie diese permanent verhindern. Es gibt längst Planungen, die ohnehin viel zu spät vollendet wurden, und nach wie vor wird verzögert, verzögert, verzögert. Machen wir uns bitte eines nicht vor: Unter grüner Stadtregierungs-beteiligung wird es niemals eine Nordostumfahrung geben! Es wird immer wieder einen Grund geben, warum eine andere Trassenform gewählt wird. Es wird wieder und wieder verzögert.

Meine Damen und Herren, es ist das Ziel der GRÜNEN, den Verkehr zum Erliegen zu bringen. *(Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* Das gelingt Ihnen jeden Tag. Ob es Pseudodemos sind, Nacktradeln in der Innenstadt oder Rasen am Ring - auch so ein super Thema -, Ihnen geht es nicht um eine Demonstration, Ihnen geht es darum, die Wirtschaft zu schädigen, Ihnen geht es darum, praktisch den Verkehr zum Erliegen zu bringen, und da werdet ihr immer ausgereifter in euren Methoden. *(Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Sie interessiert das überhaupt nicht, ob Wirtschaftstreibende mit ihren Lieferfahrzeugen in Wien im Stau stehen, denn Sie sagen sich natürlich: Na, wenn sie nicht modern genug sind, dass sie auf Lastenfahräder umsteigen, sind sie selbst schuld, dann sollen sie im Stau stehen bleiben. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Lastenmuldenkipper vielleicht?!)*

Ihr seid der leibhaftige Wahnsinn, der diese Stadt tatsächlich in finanzielle Superschwierigkeiten bringen wird!

Ich appelliere hiermit an die vernünftigen Kräfte der SPÖ, da entsprechend einzuwirken. Neuwahlen wären natürlich für die Stadt Wien das Allerbeste, was man da machen könnte. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber ich verstehe schon, dass es da Koalitionsvereinbarungen gibt und dass man das aus Koalitionstreue nicht immer machen kann. Aber so viel Verantwortungsgefühl sollten Sie als verantwortungsvolle Stadtpolitiker schon haben, dass man nicht jeden Unsinn der GRÜNEN durchgehen lassen soll, denn irgendwann werdet auch ihr zur Verantwortung gezogen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Demnach habe ich einen Antrag bezüglich der Nordostumfahrung (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Wirklich?*) - wenig präzise, es steht nichts drinnen von einem Lobautunnel, es steht nichts drinnen von einer Donau-Unterführung und einer -Überführung, genau das, was die GRÜNEN theoretisch mittragen könnten, aber sicher nicht mittragen werden, weil sie nach wie vor nach neuen Trassen suchen und weil sie diese Straße auch gar nicht wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Genauso ist es mit den Radwegen in Wien. Der neueste Schmah - Getreidemarkt: Fahrspuren von 3,50 m Breite, wie sie jetzt aufscheinen, könnte man auf 3 m oder 3,10 m reduzieren. Das wäre kein Problem, und es würden weitere drei Fahrspuren für den fließenden Verkehr erhalten bleiben, ohne dass der Radweg kleiner wird und ohne dass ein Zentimeter vom Fußweg aufgegeben werden muss. Auf Landstraßen in Niederösterreich, auf Bundesstraßen mit LKW-Begegnungsverkehr hat man mittlerweile eine Fahrbahnbreite von 2,80 m, also ist es in einer Einbahnstraße, wie sie am Getreidemarkt ist, völlig zumutbar, auf 3 m zu reduzieren. Aber was wäre, wenn man das machen würde? - Dann wäre das ganze Projekt für nichts und wieder nichts, dann würde das nur Geld kosten, denn dann wären wieder nur drei Fahrspuren für den Fließverkehr und es käme kein zusätzlicher Stau zustande. Darum haben Sie sogar den Bürgermeister miteingespant, für diesen Wahnsinn zu stimmen, um auf zwei Fahrspuren zu reduzieren. Jetzt haben wir nicht nur auf den Hauptverkehrsrouten, jetzt haben wir im innerstädtischen Bereich auch noch den Superstau. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hinsichtlich der Radwegebenutzungspflicht, die grundsätzlich in der Straßenverkehrsordnung verankert ist, wobei man aber immer wieder bemerken kann, dass die GRÜNEN das auch wieder aushebeln wollen, gibt es einen Antrag, dass diese Radwegebenutzungspflicht sehr wohl bestehen bleiben soll und dass Fahrradfahrer gestraft werden sollen, wenn sie auf Fahrbahnen, auf denen Autos fahren, mit dem Rad weiterhin den Verkehr blockieren, obwohl freie Fahrbahnen für Radwege zur Verfügung stehen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wie gesagt, der Appell an die vernünftigen Kräfte der SPÖ, die es zweifellos gibt, steht. Ich ersuche Sie, unsere Anträge mitzutragen und eine Verbesserung in Wien herbeizuführen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Es wurden 6 Minuten Redezeit verbraucht, das heißt, die Restredezeit der Freiheitlichen Fraktion beträgt noch 32 Minuten. Als nächste Rednerin ist Frau GRin Däger-Gregori zu

Wort gemeldet. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Luise **Däger-Gregori**, MSc (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Wien ist derzeit die wohl am schnellsten wachsende Großstadt generell im deutschsprachigen Raum. Wien ist lebendig, aufstrebend und insgesamt im internationalen Vergleich eine absolut lebenswerte und insbesondere aber auch leistbare Stadt. Ein Status, den es zu erhalten und städtebaulich auch weiter auszubauen gilt. Ich darf Ihnen aus der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung nun wesentliche Inhalte aus der Sicht der Donaustadt zum Rechnungsabschluss 2016 präsentieren.

Die Planung eines derart komplexen Systems einer dynamisch wachsenden Großstadt erfordert eine Beteiligung der besten Köpfe, die auf intelligente und effektive Weise miteinander vernetzt werden. Das kostet natürlich Geld. Dabei wird es beim Budgetvollzug des Rechnungsjahres 2016 besonders wichtig sein, die knappen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Ich möchte mich daher bei den Expertinnen und den Experten unserer Fachdienststellen für die Durchführung dieser anspruchsvollen Aufgaben sehr, sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Donaustadt ist der flächenmäßig größte Bezirk Wiens, und die Bevölkerung wächst rasant. Im Jahr 2030 werden rund 220.000 Menschen allein in der Donaustadt leben, davon 20.000 in der Seestadt als pulsierendem lokalem Zentrum im Nordosten.

Mit der Bevölkerung wachsen aber auch Bedürfnisse, leistbarer Wohnraum muss zur Verfügung gestellt werden, Grün- und Freiflächen und kulturelle Angebote von hoher Qualität werden ebenso benötigt wie gute Jobs, soziale Einrichtungen und attraktive, umweltfreundliche Mobilitätsangebote.

Die Seestadt nimmt sich, gestärkt durch weitere Projekte rund um den Standort, dieser Bedürfnisse an. Via U-Bahn, Straßenbahn und Buslinien künftig sehr gut erreichbar an eine hochrangige, neue Straßenverkehrsinfrastruktur angebunden und durch den Ausbau der Bahnverbindung Marchegger Ast rückt die Seestadt ins Zentrum der Ostregion. Das Zielgebiet U2 - Donaustadt umfasst beispielsweise Areale rund um die ehemaligen Waagner-Biro-Gründe in Stadlau und das nördliche Hausfeld. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Seestadt und auf den Stationsumfeldern der U-Bahn, dem Stadtentwicklungsmotor Nummer 1.

Im Folgenden eine kurze Übersicht der budgetwirksamen Projekte 2016 des Zielgebietes U2 - Donaustadt: Kommen wir zuerst zu einem allgemeinen Punkt, der Verfahrensorganisation. Zur fachlichen Unterstützung des Zielgebietsmanagements wurde im Jahr 2015 ein Organisationsauftrag vergeben, der bis Ende 2019 läuft.

Oberes Hausfeld, Kooperatives Verfahren: Die Verfahrensorganisation des Kooperativen Verfahrens Entwicklung Oberes Hausfeld wurde im Jahr 2015 von der MA 21 beauftragt und im Jahr 2016 abgeschlossen, weiterhin beauftragt. Das Ergebnis des Kooperativen Verfahrens liegt zwischenzeitlich in Form eines Rah-

menplans Oberes Hausfeld vor und ist nunmehr Grundlage für die Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für dieses Jahr. Auf Grundlage des innerhalb des Kooperativen Verfahrens entstandenen städtebaulichen Entwurfs wurde ein Rahmenplan ausgearbeitet, der am 8. November 2016 von der Wiener Stadtentwicklungskommission beschlossen wurde.

Um die Grundlagen für die zukünftigen städtebaulichen Planungen zu schaffen, wurde eine Studie über die Zentrenentwicklung im Zielgebiet U2 - Donaustadt im Zusammenspiel mit den bestehenden Zentren in der Donaustadt und in den angrenzenden Bezirken, Gemeinden beauftragt. Die Organisation eines Fachsymposiums, in dem externe und interne Expertinnen und Experten über die möglichen Nutzungen in den einzelnen Stadtteilzentren diskutieren, war ebenfalls Gegenstand der Beauftragung.

Nun zum Projekt Lobauvorland: Die Beauftragung zur Erstellung eines Verkehrskonzeptes erfolgte 2015, der Auftrag wurde 2016 abgeschlossen. Ziel des Auftrages war, eine Entlastung des Lobauvorlandes vom Kfz-Durchzugsverkehr und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit zu erreichen. Im Jahr 2015 wurde auf Basis einer fachlichen Bestandsanalyse öffentlicher Verkehr, Autos, Rad und Fußgängerverkehr eine Ausstellung mit moderierter Präsentation von Meinungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt. Die Ergebnisse der Planungen wurden in zwei weiteren BürgerInnenveranstaltungen präsentiert. Das Verkehrskonzept beinhaltet neben der Erhebungsanalyse die Dokumentation und BürgerInnenbeteiligung sowie einen Maßnahmenkatalog.

Zum Verkehrsgutachten Erzherzog-Karl-Straße kann ich berichten, dass als Grundlage für zukünftige Planungen im Bereich der U2-Station Aspernstraße eine im Jahr 2015 beauftragte Verkehrsstudie durchgeführt wurde.

Wir können stolz darauf sein, dass bei all diesen Projekten unsere Leitlinien verwirklicht wurden, die dazu beitragen, dass Wien weiter eine lebenswerte Stadt ist und bleibt.

Es sind Leitbilder, die mit Sorgfalt, Sachverstand und Gespür erarbeitet wurden und einen integralen Bestandteil unseres politischen Programms darstellen. Mittlerweile kann man sagen, dass sich gebündelte Erfahrungen mehrerer Generationen von ausgezeichneten Stadtplanern und Kommunalpolitikern in Orientierungsrichtlinien widerspiegeln, welche auch über die Landesgrenzen hinaus auf großes Interesse stoßen. Unsere Leitbilder werden tatsächlich mit Leben erfüllt. Wir sehen in Wien ein anhaltend dynamisches Wachstum. Angesichts dieser Dynamik ist es uns ein besonderes Anliegen, dass der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft gewahrt bleibt. Dazu ist es unabdingbar, dass man Voraussetzungen für soziale Durchmischungen schafft. Leistbares Wohnen ist dafür eine Grundbedingung, zu der wir uns vorbehaltlos bekennen. Dies führt uns unmittelbar zum Punkt der sozialen Gerechtigkeit, ein Kernanliegen: Teilhabe aller Gesellschaftsschichten, Infrastruktur im

Kommunalbesitz und eine hohe Wohn- und Lebensqualität.

Zur baukulturellen Qualität möchte ich noch sagen, dass Wien eine außerordentlich schöne Stadt ist. In unserer Politik spiegelt sich der Wille, die Ästhetik der Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir tun dies mit Respekt vor dem Bestand in Verbindung mit Mut und Erneuerung. Wien setzt aber ebenso auf Nachhaltigkeitsstrategien, die einen sorgsam Umgang mit natürlichen Ressourcen umfassen, wie die gezielte Entwicklung urbaner Infrastrukturen. So räumt Wien etwa dem öffentlichen Verkehr, dem Rad- und Fußverkehr einen klaren Vorrang gegenüber dem Autoverkehr ein. Dabei sollte allerdings klar sein, dass die Mobilitätskriterien in der Donaustadt auf jeden Fall andere sind als etwa im 5. oder im 2. Bezirk.

Gute Standortbedingungen für eine Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen sind Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft. Dabei haben wir die Industrie ebenso im Fokus wie beispielsweise aufstrebende Kreativunternehmen. Die Voraussetzungen für Unternehmen sind in der Donaustadt jetzt schon sehr gut, durch den weiteren Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege wäre hier Entwicklungspotenzial möglich, notwendig.

Auf das interessante Projekt Zentrum Kagran gehe ich jetzt noch etwas näher ein: Auch bei diesem Projekt wurden unsere politischen Leitlinien zukunftsweisend umgesetzt. Das Projekt umfasst drei Schwerpunkte: Bildungscampus Attemsgasse, Forum Donaustadt und Kirschblütenpark.

In der Attemsgasse wird bis September 2017 der erste „Campus plus“ für rund 800 Kinder in 33 Klassen und Kindergartengruppen umgesetzt. Das bestehende Wegenetz wird verbessert und ergänzt. Das Forum Donaustadt ist ein architektonisch und konzeptionell anspruchsvolles, städtebauliches Gesamtprojekt am Dr.-Adolf-Schärf-Platz, unmittelbar neben der U1-Station Kagran. Es sollte verschiedene zentrumstärkende Nutzungen beherbergen. Der Kirschblütenpark: Im Frühling 2015 wurde der zweite Ausschnitt des Kirschblütenparks eröffnet. Er ergänzt das Angebot der Grün- und Freiflächen in Kagran und ist Teil des zukünftigen Fußwegenetzes. Für den Zentralbereich Kagrans sollen, aufbauend auf das Ergebnis des Wettbewerbs, ein strategisches beziehungsweise städtebauliches Leitbild sowie Umsetzungsstrategien für zukünftige Teilbereiche auf jeden Fall erarbeitet werden. Themen des Wettbewerbs waren die Ausbildung der öffentlichen Achse von der U-Bahn-Station Kagran bis zum Schrödingerplatz sowie die Entwicklung eines neuen urbanen Zentrums mit überzeugenden Qualitäten für unterschiedlichste Akteure. Sieger wurde dabei ein slowenisches Architektenteam.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe versucht, aus dem großen prosperierenden Bezirk Donaustadt einige Projekte, einige Highlights hervorzuheben und diese zu beschreiben. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Frau Kollegin hat 11 Minuten Redezeit verbraucht, daher sind noch 29 Minuten Restredezeit für die SPÖ-Fraktion üb-

rig. Als Nächster ist Herr GR Dr. Gara zu Wort gemeldet. Die Restredezeit der NEOS beträgt 14 Minuten, die ich sogleich einstellen werde. - Sie haben das Wort.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde das umfassende Bekenntnis zum Klimaschutz, das wir auf jeden Fall unterstützen, gut. Das Thema kommt von unserer Seite ja auch immer sehr stark, gerade wenn wir im Kontext der Nachhaltigkeit sprechen. Ich finde es natürlich dann schon manchmal erstaunlich, wenn manche KollegInnen, zum Beispiel auch Kollege Valentin, der erste Beschwerdeführer, gegen ein aus Klimaschutzgründen abgelehntes Projekt sind. Ich finde es dann auch immer wieder erstaunlich, wenn es natürlich schon auch Großprojekte gibt, wo wir abwägen müssen, denn Klimaschutz ist nicht nur ein Add-on - wir können alles haben und dann machen wir halt auch noch Klimaschutz -, sondern wenn wir uns mit langfristigen Strategien auseinandersetzen, dann muss man sich schon genau überlegen, was das ganz konkret heißt. Ich glaube, da herrscht schon sehr viel Handlungsbedarf. Wir klopfen uns hier in Wien immer wieder auf die Schulter, aber dann, wenn es auch um konkrete Entscheidungen geht, ist man nicht mehr so konsequent in der Umsetzung. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ein schönes Beispiel für mich sind große öffentliche Bauten, zum Beispiel das KH Nord. Als Gemeinderatsausschuss Gesundheit hatten wir die Möglichkeit, uns die Baustelle anzusehen. Da geht man auch auf das Dach und sieht den Hubschrauberlandeplatz und riesige Dachflächen, und dann stellt man sich natürlich die Frage: Warum sehe ich auf diesen riesigen Dachflächen keine Fotovoltaikanlage? - Wien hat doch eine Klimaschutzstrategie, Wien möchte doch auch im Bereich der erneuerbaren Energien den Anteil erhöhen. Das sind die Zielsetzungen, die auch in der Smart-City-Rahmenstrategie festgehalten sind. Aber bei diesen großen Bauvorhaben, die von der Stadt kommen, die ja nicht wenig Geld kosten, findet man auf dem Dach keine Fotovoltaikanlage. Ganz ehrlich, das verstehe ich nicht.

Stellt man dann die Frage, warum denn das so ist, und wenn man sich in den verschiedensten Abteilungen der Stadt in der Diskussion zwischen Wien Energie und Krankenanstaltenverbund und anderen Abteilungen umhört, dann hört man: Na ja, irgendwie rechnet sich das nicht. Da muss ich die Frage stellen: Wie kann das sein, dass sich das nicht rechnet? - Das ist für mich so ein Beispiel, wie es Frau Kollegin Emmerling schon angeführt hat, das heißt, gewisse Themen - Beispiel Energie, Beispiel Verkehr - sind auf so viele verschiedene Magistratsabteilungen und andere Dienststellen aufgeteilt, dass offensichtlich eine koordinierte Vorgangsweise nicht möglich ist. Es kann nicht sein, dass eines der ganz großen öffentlichen Bauvorhaben wie das Krankenhaus Nord keine Fotovoltaikanlage auf dem Dach hat! *(Beifall bei den NEOS.)*

Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Kommen Sie mir nicht mit irgendwelchen Ausreden, sondern finden Sie eine Lösung, wie das machbar ist! Es kann doch nicht

sein, dass ein komplett neu geplantes Projekt nicht von vornherein alle Möglichkeiten ausschöpft, um erneuerbare Energien, in dem Fall Solarstrom, entsprechend zu nutzen. Und, ganz ehrlich, in den Gesamtkosten eines so großen Projektes ist das ein sehr kleiner Betrag.

Das heißt, offensichtlich funktioniert die Koordination zwischen sehr vielen Dienststellen nicht, oder anders ausgedrückt: Es gibt auch kein klares politisches Commitment, egal, von welcher Seite. Das ist für mich schon ein wichtiger Punkt, denn wenn Sie hier einen Antrag zum Thema umfassendes Bekenntnis zum Klimaschutz einbringen, dann erwarte ich mir, dass diese ökologische Klimaschutzfrage, diese energiepolitische Frage bei jedem Bauvorhaben der Stadt gestellt wird. *(Beifall bei den NEOS.)*

Da kann man sich nicht darüber hinwegschwindeln, deswegen sage ich: „Walk the talk!“ Auf der einen Seite etikettieren wir Vorreiterstadt, Klimaschutz Wien und auf der anderen Seite, im konkreten Handeln, vermissem ich oft diese Umsetzung. - Das ist einmal die eine Geschichte.

Die zweite Geschichte ist natürlich gerade auch im Kontext der Wiener Energiepolitik sehr zentral, sie betrifft das Thema der Energieraumplanung. Ich weiß, dass es da bereits entsprechende Diskussionen gibt, Entwicklungen gibt, Vorschläge gibt, aber auch die Energieraumplanung wird nur dann funktionieren, wenn es ganz konkrete, verpflichtende Leitbilder für gewisse Stadtentwicklungsgebiete gibt. Das ist das, was ich das letzte Mal im letzten Gemeinderat eingefordert habe, denn wenn das nicht klar verpflichtend ist, wenn die Spielregeln, unter welchen energiepolitischen Rahmenbedingungen ein gewisser Stadtteil entstehen soll, nicht klar gelegt sind, wird es in der Umsetzung nicht klappen. Ich halte das für ganz essentiell.

Das heißt, die Energieraumplanung ist nur der erste Teil, der zweite Teil ist, hier auch konkret das B zu sagen: Ja, wir brauchen hier auch ein verpflichtendes Leitbild, um genau diesen Weg zu gehen. Warum ist das so wichtig? - Ich habe es auch gestern in der Debatte besprochen, für mich ist das ein ganz wesentliches Element der Standortpolitik. Wenn Wien tatsächlich mit innovativen Energietechnologien in die Vorreiterrolle geht und schaut, was alles möglich ist, dann ziehen wir natürlich auch entsprechend gute Firmen an, die sagen, okay, Wien ist ein wunderbares urbanes Spielfeld, ein wunderbares urbanes Labor, um sehr viele dieser Energietechnologien entsprechend zu testen. Das ist für mich ein wesentlicher Punkt. Insofern ist ein allgemeines umfassendes Bekenntnis zum Klimaschutz schön, aber ich denke, es ist wichtig, dass es auch ganz konkret in all den Abteilungen und in den politischen Prozessen und in der Governance entsprechend verankert ist. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, was Kollegin Emmerling schon vorher diskutiert hat, nämlich das Öffi-Paket: Ganz ehrlich, meine Damen und Herren, ich verstehe es nicht. Wir haben eine ähnliche Situation - bereits gestern diskutiert - wie mit der Augenklinik in der Donaustadt. Gott sei Dank bleibt diese Augenklinik in der

Donaustadt, und beim Öffi-Paket haben Sie jetzt letztendlich einmal zwei Straßenbahnlinien gestrichen, für diese Periode zurückversetzt, das gesamte Öffi-Paket auch entsprechend gestrichen, wobei wir doch wissen, dass gerade der Verkehr der wesentliche Hebel im Bereich Klimaschutz ist, viel mehr noch als der Bereich der Gebäude. Das ist eben die Frage: Wie setze ich die Prioritäten? Wenn ich von einem umfassenden Klimaschutzbekenntnis der Stadt spreche, dann möchte ich auch sehen, dass die Mittel konkret in diese Richtung fließen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Noch einmal: Aktive Energiepolitik, aktive Klimaschutzpolitik ist ein positiver Beitrag für die Wiener Standortpolitik. Das heißt, wenn wir von langfristigen Jobs sprechen, dann muss ich gerade in diesem Bereich vorbildlich sein. Das heißt, es müssen die Prioritäten auch so gesetzt werden, dass die Mittel in diese Richtung fließen. Deswegen hoffe ich, dass darüber noch einmal diskutiert wird und gerade Floridsdorf und die Donaustadt die wirklich notwendigen öffentlichen Verkehrsverbindungen mit den Straßenbahnen doch früher bekommen, und dass Sie dieses Öffi-Paket im Sinne der BürgerInnen in Floridsdorf und der Donaustadt wieder aufschnüren, um genau das entsprechend zu ermöglichen.

Ein weiterer Aspekt, den ich hier immer wieder diskutiere, ist das Thema der sozialen Infrastruktur. - Sie kennen meine Frage in der Stadtentwicklungskommission bereits. Wir haben auf Grund des starken Wachstums natürlich einen sehr großen Wohnbaudruck. Wir haben sehr viele Stadtentwicklungsgebiete, aber Sie kommen teilweise eben mit dem Ausbau der entsprechenden sozialen Infrastruktur nicht hinterher. Das gilt sowohl für den Bereich der Schulen als auch für den Bereich der Kindergärten, für den Bereich des öffentlichen Verkehrs. Es wird immer wieder kritisiert, dass wir manchen Flächenwidmungen nicht zustimmen und dass wir sozusagen gegen eine Ausweitung der Stadt sind. - Das stimmt nicht. Wir stimmen vor allem dann nicht zu, und das machen wir sehr differenziert, wenn wir wirklich das Gefühl haben, dass die entsprechende Infrastruktur für die zusätzlichen Wohnbaueinheiten, die dort geschaffen werden, nicht ausreicht. Das sind für uns schon sehr klare Kriterien. Ich erwähne es noch einmal, das ist ein für mich extrem wichtiges Kriterium, gerade für ein Budget, das 30 Prozent des Totalbudgets ausmacht, nämlich das Gesundheitsbudget - wieder mal die Gesundheitsinfrastruktur.

Ich habe in der letzten Stadtentwicklungskommission gehört, dass es mittlerweile schon eine Diskussionsebene zwischen der Stadtentwicklung und dem Gesundheitsressort gibt, dass zumindest erwähnt wird, wo welche Bauprojekte stattfinden. Allerdings der konkrete Prozess, dass das wirklich von vornherein mitgeplant, mitgedacht wird, dass sich die Stadt auch letztendlich dazu verpflichtet, Voraussetzungen für wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu schaffen, das vermisste ich nach wie vor. Das ist ein sehr großer Kritikpunkt unsererseits, den ich immer wieder erwähnen werde, sobald

wir das Gefühl haben, dass auf dieser Seite auch tatsächlich etwas passieren soll.

Zum Thema Elektromobilität: Für die Kollegin Ollischer ist es auch ein sehr wichtiges Thema, für uns ist es auch ein wichtiges Thema, wobei jetzt nicht per se, dass ich sage, ich ersetze jetzt jedes konventionelle Auto durch ein Elektrofahrzeug. Denn, ganz ehrlich, dadurch ändert sich nichts, die Stausituation bleibt dieselbe. Das ist quasi auch nicht unsere Strategie. Es gibt allerdings Bereiche, wo man schon gewisse Erleichterungen schaffen kann, und dazu bringe ich auch einen Antrag betreffend die Förderung von Elektromobilität durch Neudefinition von befahrbaren Ausschließungswegen im Gartensiedlungsgebiet ein.

Es geht darum, dass es auf Grund der Bauordnung gewisse Voraussetzungen gibt und dass sehr viele Menschen in Kleingärten mit einem konventionellen Fahrzeug auf das Los nicht zufahren können, eben auf Grund des Lärms, et cetera. Hier sehen wir es als durchaus vernünftig, dass es hier eine Ausnahme für Elektrofahrzeuge gibt, weil hier die Emissionsbelastungen in dieser Form nicht gegeben sind, und das wäre auch ein zusätzlicher Anreiz für Elektromobilität. Ich bringe diesen Beschlussantrag ein:

„Der Gemeinderat fordert die zuständigen Mitglieder der Stadtregierung dazu auf, eine Änderung des § 16 Z 3 Bauordnung für Wien dahin gehend zu überprüfen, dass in Zukunft Elektro-PKW einfach auf die Lose von Gartensiedlungsgebieten zufahren können, um die Elektromobilität zu fördern.“ *(Beifall bei den NEOS.)*

Das letzte Beispiel, wo für mich diese Koordination der Stadtentwicklung und anderen Abteilungen aus unserer Sicht nicht so gut funktioniert - und ich sage, die Stadtentwicklung ist eigentlich die wesentliche Querschnittsmaterie, die wesentliche Koordinationsfunktion -, ist das Otto-Wagner-Spital. Da war auf der einen Seite der Versuch der Stadtplanung, über ein Mediationsverfahren einen Entwicklungsplan auf die Beine zu stellen. Das war allerdings nicht so einfach möglich, weil dieses Grundstück dem Wiener Krankenanstaltenverbund gehört, also quasi dem Gesundheitsressort. Da gab es dann viele Überlegungen, ob man es will. Das ganze Thema rund um das Nachnutzungskonzept sollte dann plötzlich die WSE machen, die wieder in der Wien Holding verankert ist. Dann waren unterschiedliche Interpretationen, was dieses Nachnutzungskonzept eigentlich ist. Auf der einen Seite ließ die Gesundheitsstadträtin vermelden, dass es angeblich nach zweijähriger Arbeit ein Gesamtnutzungskonzept gibt. Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, haben gesagt: „Die Studie, die mir vorliegt, ist kein Konzept, es ist ein Bericht, der eine Kostenkalkulation enthält, was man vermeintlich investieren müsste, damit das Areal überhaupt nachgenutzt werden kann.“

Zwei verschiedene Ressorts, zwei verschiedene Stadträtinnen haben also eine sehr unterschiedliche Interpretation über eine Studie, die von der WSE gemacht wurde. Da hat man das Gefühl, dass die Art der Zusammenarbeit hier nicht wirklich funktioniert. Deswegen haben wir ja auch einen sehr konkreten Vorschlag über die Möglichkeiten für ein Nachnutzungskonzept des

Otto-Wagner-Spitals vorgelegt, weil es für uns ganz wichtig ist, dass dieses wunderbare Ensemble auch in dieser Form erhalten bleibt.

Summa summarum: Was wir immer wieder bekritteln, ist die Koordination dieser verschiedensten Abteilungen der verschiedensten Ressorts zu den verschiedenen Themen, sei es Energie, sei es Verkehr. Ich glaube, hier kann man tatsächlich sehr viele Einsparungspotenziale heben, weil durch diese Art der teilweise unkoordinierten Vorgangsweise werden sehr viele Schleifen gezogen, die sehr lange dauern. Ich glaube, das könnte man sehr viel effektiver, sehr viel schneller machen, ganz im Sinne der BürgerInnen. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Gara hat die Redezeit der NEOS verbraucht. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Kollege Juraczka. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten, die Restredezeit der Fraktion 12 Minuten, die ich hier auch einschalte. - Bitte sehr, Sie haben das Wort.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin ja bar überrascht ob der Gelassenheit, mit der dieses Ressort heute verhandelt wird. Verkehr, Stadtplanung, Bürgerbeteiligung war ja in der Vergangenheit durchaus ein Bereich, der zu der einen oder anderen Diskussion Anlass gegeben hat. Ich freue mich aber, dass wir heute einen anderen, einen, wie ich hoffe, konstruktiven Weg wählen.

Ich möchte gleich mit einem Appell beginnen und nicht mit Kritik, nämlich einen Appell, der den Bereich des Ressorts Bürgerbeteiligung betrifft. Wir sehen derzeit wieder anhand einiger Beispiele - wir hatten vor Kurzem eine Befragung in Ottakring, wir haben jetzt Diskussionen im Vorfeld einer Befragung in Simmering -. dass wir klare Regeln für diese Bürgerbefragungen, für Bürgerbeteiligung benötigen.

Meine Damen und Herren, Sie können sich wahrscheinlich erinnern, wenn man einige Jahr zurückgeht, war ja damals diese Westerweiterung der Parkraumbewirtschaftung, um die es, wie wir alle wissen, eine große Diskussion gab, die zur Folge hatte, dass es dann im Frühjahr 2013 eine Befragung der Wiener Bevölkerung mit vier sehr unterschiedlichen Fragestellungen gab. Das ging hin bis zur Olympia-Beteiligung, wo - dieser Side-step sei mir erlaubt - ich mich ja bis heute frage, was der Herr Bürgermeister angesichts des Zustands der Wiener Sportstätten gemacht hätte, wäre diese Fragestellung mit einem Ja ausgegangen. Sei es darum, er war Profi genug, zu wissen, dass dieser Ausgang nicht sehr wahrscheinlich ist, und hat damit durchaus gut verstanden, abzulenken. Das machen viele Jahre in der Politik aus, dass man auch eine gewisse Erfahrung hat. Aber damals schon, im Zuge dieser Befragung, hat es von Seiten der rot-grünen zuständigen Politiker geheißen: Ja, wir sollten uns - nein, vielmehr wir müssen - zusammensetzen, um hier klare Regeln zu finden. Leicht wird es nicht, aber probieren wir es.

Kurze Zeit darauf gab es dann die Diskussion ob der Mariahilfer Straße. Sie wissen, was die ganz wesentli-

chen Diskussionspunkte, die es hier gab, waren? Dürfen EU-Bürger mitstimmen? Dürfen Geschäftsleute mitstimmen? Und ich sage, Bürgerbeteiligung, so wichtig und so toll und so notwendig sie ist, gerade in Zeiten hoher Politikverdrossenheit, führt sich dann ad absurdum, wenn ein Einzelner, für gewöhnlich noch dazu die politischen Machthaber, erstens einmal über die Fragestellung allein entscheiden darf und zweitens einmal noch entscheiden darf, wer denn der Kreis derer ist, die überhaupt berechtigt sind abzustimmen. Wir brauchen hier, davon bin ich überzeugt, eine rechtliche Basis.

Meine Damen und Herren, alle fünf Fraktionen sind ja diese Woche oder letzte Woche erstmals zu Gesprächen bezüglich einer Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates und des Landtages zusammengekommen. Wir haben uns da in etwa ein Jahr Zeit gegeben, um über die Geschäftsordnung nachzudenken. Nehmen wir das doch zum Anlass, in einer Untergruppe oder wie auch immer zum Thema Bürgerbeteiligung, das so unter den Nägeln brennt, hier gemeinsame neue Wege zu gehen.

Meine Damen und Herren, was mich ja eigentlich traurig stimmt, ist: Wir hatten in den letzten Monaten ja auch eine ganz massive Diskussion ob des Wiener Wahlrechtes, die dann gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode schnell und unspektakulär mit einem Kompromiss beendet wurde. Wir haben es aber bei dieser Novelle absolut versäumt, Bürgerbeteiligung, beispielsweise durch Senkung von Vorzugsstimmehürden und dergleichen, einzubauen. Und das, Frau Stadträtin, mache ich Ihnen schon auch zum Vorwurf, denn gerade Sie als Grüne Fraktion waren ja jemand, der Bürgerbeteiligung immer hochgehalten hat, zumindest, bevor sie in Regierungsverantwortung gekommen sind.

Zweiter Bereich, Stadtplanung, auch hier hat vor allem mein Vorredner schon einiges gesagt. Ich möchte jetzt keine neue Heumarktdebatte, dass Sie sich früher nur gegen Teile der Bevölkerung gestellt haben - Mariahilfer Straße, Parkpickerl - ist das eine, dass Sie jetzt auch eine sehr intensive Diskussion mit der eigenen Partei führen, müssen Sie selbst mit sich und Ihrer Fraktion ausmachen, da möchte ich mich nicht einmischen.

Wir haben aber ganz aktuell ein weiteres ungelöstes Problem, wo sich schon wieder einmal ein Streit zwischen den Regierungsparteien ankündigt, nämlich das Wien Museum, das Winterthur-Gebäude. Meine Damen und Herren, dass wir jetzt widmen, dass wir jetzt das Winterthur-Gebäude vielleicht aufstocken und noch gar nicht wissen, wie die budgetäre Bedeckung des Wien Museums, wie dieser Bau erfolgen soll, das ist, glaube ich, der falsche Weg. Ich kann nur ersuchen, darüber nachzudenken, ob es hier zu einer Lösung kommt, die auch für das Ortsbild verträglich ist.

Denn auch die Sozialdemokraten, zumindest auf der Wieden, sind schon draufgekommen, dass es gar nicht nur um die Höhe, sondern bei dieser Thematik, beim Winterthur-Gebäude, vor allem darum geht, dass auf der einen Seite, nämlich an der Seite des Winterthur-Gebäudes, viel näher an die Karlskirche herangebaut wurde, als auf der anderen Seite, also nicht unmittelbar

Höhenentwicklung, sondern auch, wie nah man an die Karlskirche heranrückt - das wirklich nur als ein kleiner Sidestep zum Thema Stadtplanung.

Ein Lob möchte ich heute - wir sind heute alle so produktiv - natürlich auch gerne anbringen, nämlich schon im Vorfeld des morgen zu diskutierenden Fachkonzeptes „Produktive Stadt“. Es ist erstmalig, dass aus Ihrem Ressort ein ganz klares Bekenntnis dazu kommt, dass es unterschiedliche Interessen gibt und dass alle Menschen in dieser Stadt ihren Platz haben müssen, in dem Fall auch ganz bewusst Betriebsflächen, weil wir eine starke Wirtschaft in dieser Stadt benötigen und der auch den notwendigen Raum geben müssen. - Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in der Stadtplanung - Kollege Gara hat es angesprochen - auch zwei ganz, ganz wichtige Bereiche vor uns, wo es noch keine Einigung gibt, wo es zumindest teilweise auch noch keine wirklich klare Manifestation seitens der Regierung gibt, wo man da eigentlich hinmöchte, aber ganz zentrale Themen der Stadtentwicklung für die kommenden Monate und Jahre sein werden. Einerseits das Otto-Wagner-Spital und die dort dringend notwendige Nachnutzung, damit das Jugendstilensemble dort auch geschützt werden und gerettet werden kann. Es ist, wie wir alle wissen, schwer sanierungsbedürftig, und diese Sanierung wird auch - das muss uns klar sein - durchaus einiges an Geldmitteln verschlingen, und wir müssen, glaube ich, heute schon herangehen, um zu schauen, wie diese Sanierung zu schultern ist.

Das Zweite ist ein Stadtentwicklungsgebiet, das nicht, wie viele andere, irgendwo in der Peripherie gelegen ist, sondern ganz zentral mitten in der Stadt, ein riesiges Areal, das einer vernünftigen, einer weitsichtigen Entwicklung harrt: Althan-Gründe. Auch hier gibt es derzeit nur ein bisschen Stückwerk, ich glaube, es ist wichtig, hier massive Durchmischung sicherzustellen, und auch hier wäre ich daran interessiert, dass man vielleicht über den Tellerrand blickt und schaut, auch Oppositionsparteien mit ins Boot zu holen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kommen zum dritten Punkt, zum Verkehr, und da - ich kann nicht anders - ist es natürlich schon um einiges schwieriger, positive Akzente erkennen zu können, nein, da ist es eigentlich fast unmöglich. Was nur auffällt, ist der Paradigmenwechsel in der grünen Politik. Hat man unter Rot-Grün I große Themen schultern wollen - die Westerweiterung des Parkpickerls betraf gleich einige Bezirke, der Gegenwind war auch dementsprechend, auch die Mariahilfer Straße war ein Thema von überregionaler Bedeutung -, versucht man es jetzt mit den kleinen Nadelstichen.

Getreidemarkt: Ja, es gab Aufregung, aber auch der Herr Bürgermeister war dann leider Gottes wieder einmal nicht mutig genug, wirklich ein Machtwort zu sprechen.

Bei mir - ich bin ein Hernalser, Sie wissen es - wird jetzt gerade mit den Bauarbeiten in der Lidlgasse begonnen, ein absurdes Projekt, wo auch die Wiener Linien ganz klar ihren Unmut dagegen geäußert haben. Wenn man von Währing kommend nach Hernalis fährt und man

hat eine Geradeausspur, eine Rechtsabbiegespur derzeit, muss man den 10A auf dieser Verkehrsrouten auch unterbringen und man macht hier eine Reduktion auf eine Fahrspur wegen eines Radweges, der in vielen anderen Bereichen im unmittelbarsten Umfeld dort durchaus Platz hätte, dann ist das grüne Verkehrspolitik, wie wir sie kennen und wie wir sie von der Opposition nicht mögen.

Peter-Jordan-Straße im 19. Bezirk ist genauso eine Partout-Reaktion. Ich verfolge ja mittlerweile auf Twitter durchaus mit, dass selbst Rot-Grün-affine Menschen wie zum Beispiel Joe Kalina, ein Medienmann, mit Kollegen Chorherr immer wieder Diskussionen darüber hat, wie die Verkehrspolitik ausschaut. Ich war durchaus wieder einmal über ein Zitat von Ihnen amüsiert, Herr Kollege Chorherr, bei einer Diskussion anlässlich einer Podiumsdiskussion vom „Kurier“, wo Sie gesagt haben, ja, wir werden in weiterer Folge - unterbrechen Sie mich, wenn ich Sie falsch zitiere - vielleicht noch einiges tun, was die Autofahrer ärgert, aber Ihre Fraktion hat das vor den Wahlen angekündigt und daher wird es jetzt umgesetzt.

Das wäre ja eigentlich sehr integer und sehr anständig: Das, was man vor Wahlen sagt, wird nachher umgesetzt. Der kleine Denkfehler darin: Sie haben keine absolute Mehrheit, Herr Kollege Chorherr, und ich glaube, man sollte als Regierungsverantwortlicher an alle Menschen in dieser Stadt denken und die Leute nicht zu ihrem Glück zwingen. Weil jetzt wahrscheinlich kommt, ja aber wir müssen - Klimaziele waren ja heute schon ein Thema -, frei nach Christoph Chorherr in der Sendung „Report“ halt auch die Autofahrer manchmal zwingen, das oder das zu tun, fällt mir ein Zitat des deutschen Publizisten Henryk Broder ein, der sagt: „Den Menschen vor sich selbst zu schützen, ist eine schöne, aber tendenziell totalitäre Idee, die am Ende zu einer Auslagerung jeder Verantwortung führt.“ Das ist leider zentrale These der grünen Verkehrspolitik: Wir wissen, was für euch gut ist. Meine Damen und Herren, das ist der Kritikpunkt.

Bevor ich zum Schluss komme - die Lampe leuchtet schon -, einige Anträge, die wir einbringen wollen, viele sind schon bekannt, sie sind aber ganz wesentliches Element unserer Verkehrspolitik. Wir brauchen eine definitive und zeitnahe Errichtung der 6. Donauquerung. Wir brauchen - die Zeit ist fortgeschritten, ich mache es ganz schnell - eine Realisierung der 3. Piste des Flughafens Schwechat. Wir brauchen so rasch wie möglich eine Entscheidung bei der Errichtung des zentralen Busbahnhofs. Wir brauchen nicht nur eine Verlängerung der U-Bahn nach Simmering, sondern eine U4-Verlängerung nach Auhof. Wir brauchen bei der Planung und Errichtung der Fahrradwege - ich habe es schon angesprochen - Augenmaß, um für alle Verkehrsteilnehmer da zu sein, und wir brauchen die Bereitstellung entsprechender Gewerbeflächen in Wien.

Das ist unsere Bitte. Das ist unsere Stadtplanung und Verkehrspolitik, wie wir sie sehen, und wir werden nach wie vor Stachel im Fleisch sein, wenn wir glauben, dass die Menschen von den GRÜNEN hier in irgendeiner

Form schikaniert oder sekkiert werden. - Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren, wir brauchen auch Redner, die sich bitte an die Rednerzeit halten. Kollege Juraczka hat die 12 Minuten der ÖVP verbraucht, damit ist die Redezeit in dieser Geschäftsgruppe aufgebraucht. Als nächste Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege GR Mag. Chorherr. Die selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten. Ich erteile ihm das Wort. Sie haben dann insgesamt noch 18 Minuten für die GRÜNEN.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Das Schöne an einer Debatte ist, dass man unmittelbar erwidern kann, nämlich dem Kollegen Juraczka zu diesem einen Punkt, wo er gesagt hat, dass der „Kurier“ die Schlagzeile gemacht hat, dass wir auch weiterhin die Autofahrer ärgern werden. Da habe ich vielleicht jenen Fehler gemacht, auf eine Frage einer Journalistin zu antworten. Ich nutze das jetzt hier. Man sagt immer: Politiker, ihr gebt keine Antwort auf die Frage! Ich habe einmal eine Frage beantwortet. Die Frage hat nämlich gelautet: Herr Chorherr, können Sie ausschließen, dass sich auch in Zukunft Autofahrer ärgern werden? Und ich habe den Fehler gemacht, so zu antworten, zu begründen, was wir in Zukunft machen werden, und dass ich es aus dem Grund eben nicht ausschließen kann. Der Kontext fiel weg, und in der Tat habe ich mich auch über die Schlagzeile geärgert und gelernt: Politiker, lernt daraus, gebt keine Antworten auf Fragen! Ich bin in der Luxussituation, sozusagen in der zweiten Reihe agieren zu können. Noch einmal zur Erklärung, sie hat mich gefragt: Können Sie ausschließen, dass sich Autofahrer ärgern werden? Ich habe geschluckt und gedacht, ich gebe ihr echt eine Antwort: Nein, ich kann es nicht ausschließen. Ich bin jetzt nicht beleidigt, aber das hat man davon. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Aber Sie schätzen Ihre Politik immerhin richtig ein!)* - Nein, die Umverteilung des öffentlichen Raumes, wie überall auf der Welt, führt dazu, dass sich auch Menschen darüber ärgern. Das ist nicht unser Ziel, was damit intendiert wird, was damit auch unterstellt wird. In der Tat, mit Kollegen Kalina verbindet mich vielleicht manches, definitiv nicht die gemeinsame Anschauung über die Verkehrspolitik.

Ich will auf einige andere, wesentliche Dinge eingehen und auch auf Sie in der Generaldebatte, Kollege Juraczka, wo Sie ja - was in der Tat viele Leute bewegt - die Frage der Verschuldung thematisiert haben. Jetzt darf ich einen großen Schritt zurückgehen, und weil das heute in der Früh auf Twitter intensiv diskutiert wurde, danke ich auch dem Kollegen Himpele, der immer mit Zahlen einspringt. Seit dem Jahr 2000 ist Wien um eine Stadt gewachsen, die größer als Graz ist, innerhalb dieser relativ kurzen Zeit wurden also Straßen, Schulen, Kanal, Wasser, Parks, alles Mögliche der Stadt Graz finanziert. Überraschenderweise kann das nicht ausschließlich aus dem laufenden Betrieb, aus den laufenden Einnahmen generiert werden, sondern auch ein Betrieb, wenn er wächst, nimmt Kredite auf, um auf der

anderen Seite Vermögen anzuhäufen, Vermögen im Sinne von Investitionen.

So, jetzt ist aber das Stadtwachstum nicht beendet, sondern wie es momentan aussieht, kommen zu den 300.000 seit dem Jahr 2000 alleine in den nächsten 12 Jahren weitere 300.000. Wir müssen jetzt also zusätzlich zu dem Graz, das wir in sehr kurzer Zeit gebaut haben, Vorsorge leisten, ein weiteres Graz innerhalb der Grenzen zu Wien dazuzustellen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Jetzt wollen Sie uns aber nicht erklären, dass Sie so viele Wohnungen gebaut haben wie Graz!)* Ehrlich gesagt - und das gebe ich jetzt gar nicht als Feder auf unseren Hut, sondern auf die gesamte Struktur der Verwaltung der Unternehmen -, das ist eine unglaubliche gewaltige Leistung, zwei Mal Graz in einer relativ kurzen Zeit zu bauen und eigentlich, wenn wir uns die Problematik vieler Städte auf der Welt anschauen - ich werde jetzt wieder falsch zitiert werden - mit verhältnismäßig überschaubaren Problemen. Viele haben das Gefühl: Wird Wien viel schlechter oder wird Wien eigentlich tendenziell besser?

Ja, Frau Kollegin Emmerling, ich würde mir auch noch mehr öffentliche Verkehrsmittel wünschen, aber es ist schon ein Widerspruch, bei der Generaldebatte rauskommen und sagen, Verschuldung, Verschuldung, Verschuldung, Verschuldung - die wächst, es macht uns auch Sorgen, die Balance zu halten -, und dann bei der nächsten Debatte rauszugehen und zu sagen, die U-Bahn dort und die Straßenbahn dort, Busse sind zu wenig, und das und das und das müsst ihr auch noch finanzieren. Das geht irgendwie nicht ganz zusammen. *(Zwischenruf von GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc.)*

Ja, es gibt auch in der Politik Widersprüche. Es gibt nicht das Allheilmittel, und es ist ein permanentes Ringen, aus der Notwendigkeit weitere Investitionen zu bringen. Jetzt lasse ich einmal weg: Alleine die notwendigen Parks auszugestalten, die notwendigen Flächen, die langfristig für den Grünraum vorgesehen sind, anzukaufen und auszugestalten, und es kommt noch etwas Wesentliches dazu, der Erhalt. Wenn wir uns eine größere Wohnung leisten können, wissen wir, dann müssen wir mehr zusammenräumen, es dauert länger, es gibt mehr zu tun. Zwei Mal Graz mitzufinanzieren, braucht natürlich auch an Erhaltungskosten entsprechende Finanzen, und da finde ich, dass Wien - da kommen auch welche und schauen sich das an - eigentlich ziemlich gut aufgestellt ist und eine ziemlich tolle Performance gibt. Da danke ich jetzt jenen, auch Beamten aller Geschäftsgruppen, die dazu beitragen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich will auf einen Detailwiderspruch hinweisen, nur weil auch der Kollege Krauss von der MA 21 gerade hier steht, und gerade den Kolleginnen und Kollegen der MA 21 das ausrichten: Es wird derzeit so viel gewidmet wie noch nie. Warum? - Weil wir diese Stadt Graz in zehn Jahren vorbereiten müssen. Und wie schaut der Personalstand aus? - Der Personalstand ist unvermindert, das heißt, gleich viele Leute müssen doppelt so viel arbeiten. Na, danke schön!

Das ist jetzt auf 6 Minuten gestellt?

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Ich drehe Ihnen dann die 12 Minuten ein.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (*fortsetzend*): Bitte, noch 2 Minuten dazu, damit wir dann ausreichend haben.

Ich will noch ganz kurz auf das OWS eingehen, weil mir das ein Anliegen ist. Sie verlangen ein Nachrüstungskonzept. Na, ein Konzept schreibe ich schnell auf einen Zettel. Die Kunst ist ja, jemanden zu finden, der bereit ist, eine gute Idee auch umzusetzen. Ich versuche auch immer, meinen grünen Freundinnen und Freunden zu sagen, 5 Prozent in der Politik ist die richtige Idee, und 95 Prozent ist, sie umzusetzen, vor allem auch mit limitierten öffentlichen Mitteln.

Da widerspreche ich einmal dem Kollegen Gara. Die beiden Stadträtinnen für Gesundheit und Stadtentwicklung haben gesagt, sie wollten dort einen Universitätsstandort. Na, das sagt sich auch leicht. Sinn hat es nur dann, wenn man jemanden findet, der auch bereit ist, zu prüfen, ob das auch dort geht. Dazu gibt es in Österreich eine Einrichtung, das ist die Bundesimmobiliengesellschaft, die genauso komplex ist wie die Stadt Wien. Die ist nach langen Gesprächen jetzt bereit, zu schauen, ob das möglich ist. Sie hat bereits erste Informationen, dass sich sehr wohl Universitäten dafür interessieren. Das ist das Ziel und das gilt es jetzt umzusetzen, außer man sagt, Stadt Wien, zahl selber! Finanzier eine Wiener Universität! Das wissen wir ganz genau, dass das nicht der Fall ist, und darum geht es. Ich träume jetzt: Wenn ich in 5 oder 10 oder 25 Jahren durch das Areal gehe, durch das wunderbare Otto-Wagner-Areal, und dort was die Frau Kollegin Meinel-Reisinger gestern angesprochen hat - ein Theater oder einen großen Hörsaal habe, eine Diskussion von Studierenden, das wäre ein wunderbarer Schritt, den wir umsetzen sollen

Zu Winterthur komme ich ein anderes Mal, weil ich die Zeit nicht überbeanspruchen will. O ja, 20 Sekunden habe ich. Herr Kollege, links wird etwas abgeschnitten, damit das Wien Museum freigestellt wird, das Erdgeschoß soll geöffnet werden. Sie können sicher sein, auch das hat die Frau Vizebürgermeisterin gesagt: Es wird zu keinem Beschluss im Gemeinderat kommen, bevor die Finanzierung des Wien Museums nicht garantiert ist. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Der Kollege hat die angesagten 8 Minuten genau eingehalten. Damit ist die Restredezeit der GRÜNEN noch 10 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Fürnkranz. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren und Besucher! Es sind zwar heute weniger, als sonst gewohnt, aber es gibt ja auch noch den Livestream, und auch die Herrschaften begrüße ich herzlich!

Der arme Kollege Chorherr ist missverstanden worden. (*GR Mag. Christoph Chorherr: Nein, nein!*) Mir kommen die Tränen. Herr Kollege, Sie haben gesagt, und das stimmt ja auch, dass es Ihre Politik ist, die Auto-

fahrer zu ärgern. Eine Politik des bewussten Ärgerns eines Großteils unserer Bevölkerung, das ist es ja schon seit Jahr und Tag, das ist es ja, was wir die ganze Zeit beklagen. Das ist kein Missverständnis, sondern man hat Sie einfach einmal dabei erwischt, wie Sie das auch wirklich in aller Deutlichkeit gesagt haben. Ich kenne doch seit Jahren die Argumentation derjenigen, die verschiedene Verkehrsmaßnahmen planen, da heißt es dann zum Beispiel, der Autofahrer muss merken, dass er wo unerwünscht ist. Es ist eine Politik des bewussten Ärgerns der Bevölkerung, und Sie haben ja eigentlich Ihr Ziel eh schon erreicht. Sie haben die Wiener verärgert, haben bei der letzten Wahl verloren, Sie könnten eigentlich sofort mit diesem Unsinn aufhören (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mittlerweile scheint sich aber die Politik des Ärgerns auch auf Ihre eigenen Funktionäre und Spitzenfunktionäre zu erstrecken. Man liest zum Beispiel nach dem letzten Parteitag, den Sie abgehalten haben, vom Herrn Voggenhuber im „Österreich“ von gestern: „Hüte dich vor den Schwachen! Nun haben sie es also geschafft und endlich auch Peter Pilz zur Strecke gebracht. Endlich sind sie ganz unter sich. Endlich ist niemand mehr da, der sie an irgendwelche ihrer längst begrabenen Gründungsideen erinnert. Endlich noch einer weniger, der seinen Kopf aus der Menge der Mittelmäßigen steckt, der sein politisches Leben nicht dem grünen Intrigantensattel verdankt, sondern sich selbst. Endlich ist keiner von der politischen Statur mehr da, der von ihnen Politik statt Inszenierung, Erfolge statt Sprechblasen fordert.“

Meine Damen und Herren, besser kann man es nicht zusammenfassen. (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Den Herrn Dobernig, den kennen Sie? Der hat sich mit Fußfesseln aus der Politik verabschiedet!*) Das ist ganz genau das, was ich Ihnen die letzten Male schon vorgehalten habe. Sie verraten die Gründungsideen Ihrer eigenen Partei, und der Voggenhuber ist einer der Gründungsväter. (*Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Rüdiger Maresch: Herr Dobernig war Ihr Landesrat! Oder Dörfner Bundesrat! Sitzt der schon oder nicht?*) - Ja, ja, das Einzige, was Ihnen auf bundespolitischer Ebene noch einfällt, ist, dass Sie die FPÖ verhindern. Die FPÖ zu verhindern, ist deswegen so dringend notwendig für Sie, weil wir die Einzigen sind, die nämlich noch etwas dagegen unternehmen, dass Sie die ganze Stadt, das Weltkulturerbe, alles an irgendwelche Spekulanten verkaufen, eben unter Bruch aller derer Dinge, die eigentlich Ihre Gründungsideen gewesen sind. (*GR Dominik Nepp: Sie haben die grüne Basis am Heumarkt verkauft!*) Deswegen ist das auch eine wesentliche Angelegenheit.

Das letzte Mal haben wir die Flächenwidmung vom Heumarkt besprochen, und genau das machen Sie jetzt am Karlsplatz wiederum, machen auch dort eine Politik des Ärgerns der Bevölkerung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt sage ich bewusst nichts gegen irgendwelche Investoren, die ihren Profit suchen, sondern alles dagegen, dass das ausgerechnet dort geschieht, wo es um ein anderes höheres Wertesystem geht, nämlich das Stadtbild, das es zu schützen gilt. Wir kennen das Problem ja schon aus der Heumarkt-Debatte, dass Sie ja

auch hier bewusst die Dinge brechen, die den Wienern etwas wert sind. Der Masterplan Glacis ist ein ideologisches Konzept zur Zerstörung des Stadtbildes, das wir aus der Monarchie geerbt haben. Das ist ja hinlänglich bekannt.

Jetzt wird der nächste Schritt gesetzt, nämlich in Gestalt der bewussten Konterkarierung der Karlskirche am Karlsplatz. Sogar Ihre eigenen Koalitionspartner im Bezirk, der Bezirksvorsteher, hat in dieser Angelegenheit schon seine Bedenken geäußert. Der Bürgermeister hat seine Bedenken geäußert, ob das sinnvoll ist. Das heißt, es kommen Ihnen auch da die Unterstützer abhanden. Aber wurscht, wir ziehen das durch, wir ziehen das Flächenwidmungsverfahren auch dann durch, wenn ohnehin überhaupt nicht klar ist, ob die Finanzierung von der Aufstockung des Wien Museums gesichert ist. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Haben Sie dem Kollegen Chorherr überhaupt zugehört? - Nein!)* Wir wissen ja nicht einmal, ob das dort überhaupt technisch möglich ist, weil die Probebohrungen erst stattfinden, und trotzdem wird da mit einer völlig unnötigen Hast die Flächenwidmung durchgedrückt. Sie können natürlich gar nichts machen, wenn die Flächenwidmung einmal beschlossen ist, dann hat der Bauherr natürlich das Recht, eine Baugenehmigung zu kriegen, die dem entspricht, was wir eigentlich nicht wollen. Ich sage: Stopp dieser Ärger-Politik, Stopp der Flächenwidmung am Karlsplatz! Ich bringe daher einen Antrag ein, der da lautet:

„Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, das laufende Flächenwidmungsverfahren für den Bereich Karlsplatz abzubrechen und erst dann neu zu beginnen, wenn klargestellt ist, ob und wie und wann das Projekt des Umbaus des Wien Museums technisch wie finanziell umgesetzt werden kann. Die Zeit bis dahin soll genützt werden, Alternativen zum derzeit geplanten Umbau des Winterthur-Gebäudes zwischen Karlskirche und Wien Museum zu suchen, die dem Stadtbild und insbesondere der optischen Wirkung der einzigartigen Karlskirche Rechnung tragen.“ - So viel zu diesem Antrag.

Ich muss aber feststellen, dass Sie Ihre Politik des Bürgerärgerns sogar in einem Bereich, den Sie eigentlich propagieren, betreiben, nämlich bezüglich der öffentlichen Verkehrsbenützer. Über das Bim-Konzept ist heute schon einiges gesagt worden. Fakt ist, dass Sie selber vor einigen Jahren noch viel mehr vorgestellt haben, als Sie jetzt eigentlich bestätigt haben. Das ist auch kein Zufall, wenn man ein bisschen in die Presse geht, stellt man fest, dass sich Kollege Maresch wahrscheinlich durchaus zu Recht im Februar Sorge gemacht hat, dass ihm der Koalitionspartner nämlich das Straßenbahnpaket abdreht. Jetzt haben Sie ein bisschen etwas davon gerettet und den alten Wein in alte Schläuche gefüllt. Wenn man umfüllt, dann schüttet man manchmal etwas daneben, und danebengeschüttet haben Sie eben ein paar Straßenbahnlinien. Das ist sicherlich kein Grund zum Jubeln, das sollten Sie eigentlich wissen. Ich bitte Sie deswegen dringend, in der Sache der Verkehrsplanung,

der überregionalen Netzplanung da deutlich nachzubessern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn die Angelegenheit ist eine durchaus sehr ernste, ich sage einmal, gerade was das hochrangige öffentliche Verkehrsnetz betrifft. Wir haben ja heute auch schon ein paar Wünsche über verschiedene U-Bahn-Verlängerungen und Ähnliches gehört. Mir geht es eigentlich darum, dass man diese Dinge aus einem Guss macht. Wir haben ein hochrangiges Verkehrsnetz im U-Bahn-Bereich. Wir haben auch ein hochrangiges Netz im S-Bahn-Bereich, wobei letzteres vollkommen unzulänglich genutzt wird. Jetzt weiß ich schon, dass die S-Bahn nicht der Stadt Wien gehört und auch Niederösterreich nicht zu Wien gehört. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Es gibt ja Kontakte zur ÖBB!)* Es ist aber eine billige Ausrede, dass Sie bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, nicht für das zuständig zu sein, was gerade notwendig wäre, denn wir haben auch hausgemachte Probleme auf diesem Gebiet. Wir haben zum Beispiel bis heute in den U-Bahn-Stationen und in den U-Bahn-Zügen Liniennetzpläne aufgeklebt, wo die S-Bahnen nicht vorkommen oder zumindest nur sehr rudimentär vorkommen. Daran hindert die Wiener Linien niemand, das endlich einmal vollständig zu machen.

Oder ein besonders lustiges Beispiel - unter Anführungszeichen: Die Wiener Linien haben vor, glaube ich, zwei Jahren ein Spiel für Kinder herausgebracht, wo man feststellen kann, wohin man da fahren kann. Und auf diesem Wien-Plan kommt leider Gottes die S-Bahn nicht vor, sondern nur die U-Bahn.

Das ist alles hausgemacht, aber es spiegelt eine Kasteldenkmentalität wider, die in dieser Verwaltung tief verwurzelt ist. Daran sollte man endlich etwas ändern, da sollte man endlich über den Tellerrand schauen, meine Damen und Herren. Dazu fordern wir Sie auf.

Deswegen sind wir der Meinung - jetzt ist die Redezeit ein bisschen kurz geworden -, dass es dringend notwendig ist, die Stadtplanung im überregionalen hochrangigen Verkehrsnetz in die Richtung zu betreiben, im Zuge laufender Planungsarbeit für das hochrangige ÖV-Netz der verkehrsträgerübergreifenden Vernetzung, also insbesondere Umsteigerelationen zwischen S- und U-Bahn, die Verlängerung der U-Bahn bis und über die Stadtgrenze hinaus zu entsprechenden Park-and-ride-Anlagen sowie der Hebung der S-Bahn-Kapazität durch Einführung zeitgemäßer Sicherungssysteme und anderer netzoptimierender Maßnahmen, zum Beispiel S-Bahn-Ring, Rechnung zu tragen. Diesen Antrag stellen wir ebenfalls.

Zu letzterem Punkt möchte ich noch darauf hinweisen, weil es eigentlich eine absurde Angelegenheit ist und weil ich wirklich glaube, dass man sich einmal ernsthaft damit auseinandersetzen muss: Derzeit werden die S-Bahn-Garnituren in Wien getauscht. Es gibt eine neue Generation, die großartig bejubelt wird. Der sogenannte Cityjet hält Einzug. Das ist alles durchaus erfreulich, hat aber die unangenehme Konsequenz, dass die Kapazität der Schnellbahn-Stammstrecke reduziert wird, weil das veraltete Sicherungssystem PZB 90 mit diesen Zügen eben nur größere Zugabstände zulässt. Wenn wir end-

lich einen Standard erreichen wollen, wie wir ihn von der U-Bahn gewohnt sind, dann müssen wir da etwas unternehmen. Es wäre dringend notwendig, hier initiativ zu werden, gemeinsam mit dem Bund, gemeinsam mit den ÖBB und da etwas weiterzutreiben. Frau Stadträtin, tun Sie etwas.

Und zum Abschluss sage ich jetzt nur eines: Tun Sie überhaupt etwas im Sinne dessen, dass wir etwas für die Wiener im verkehrspolitischen Bereich erleben und nicht eine Politik des Ärgerns machen. Ich stelle deswegen den Antrag: Der Gemeinderat spricht sich gegen eine Politik der bewussten Verärgerung von Autofahrern aus. Ich ersuche Sie um Zustimmung. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Fürnkranz hat 12 Minuten Redezeit gebraucht, daher ist die Restredezeit der Freiheitlichen Fraktion 20 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Kollege Holzmann. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste!

Es wurde heute schon viel zum Thema Verkehr gesprochen, ich möchte mich daher eher der Stadtentwicklung an sich und grundsätzlich widmen. Die Kollegin Däger-Gregori hat schon am Beispiel Donaustadt hier einige konkrete Beispiele genannt. Ja, Stadtentwicklung kostet Geld. So ist es. Die Stadt wächst, darüber sind wir grundsätzlich ja auch guter Dinge und zufrieden. Denn was wäre das Gegenteil, wenn die Stadt schrumpft? - Ich glaube, das wollen wir alle nicht. Dass das eine oder andere Projekt möglicherweise dem einen besser gefällt, dem anderen weniger gut, das ist das eine. Aber die Notwendigkeit, hier leistbaren Wohnraum zu schaffen, ich glaube, davon sind wir alle überzeugt.

Ja, die Stadt wächst, auch Simmering hat zum Jahreswechsel herum die 100.000-Einwohnergrenze überschritten, und da ist es natürlich auch wichtig, entsprechend die Infrastruktur bereitzustellen. Da sind wir wieder beim Budget, wieder beim Geld, natürlich kostet das Geld. Es genügt hier nicht, nur den Hochbau, sprich, Wohnungen, zu bauen, es ist auch notwendig, hier die entsprechenden Straßen, Schulen, öffentlichen Verkehrsmittel, et cetera zu schaffen und schlussendlich zu bezahlen.

Ich glaube, dass hier künftig auch die Rolle der städtebaulichen Verträge noch mehr an Bedeutung zunehmen wird, wo wir versuchen, in das öffentliche Budget auch Geld für diese Infrastruktur hineinzubekommen. Ich darf auch von meinem Bezirk Simmering sprechen, weil das ein Bezirk ist, der in der letzten Zeit sehr stark gewachsen ist, wie wir gehört haben, klarerweise auch Donaustadt und Floridsdorf, denn die Stadt kann in erster Linie nur in den Randgebieten wachsen und nicht im Zentrum.

Auf Simmering zurückkommend sehe ich für die Zukunft auch diesen Interessenskonflikt, über den ich gestern in der Geschäftsgruppe Umwelt berichtet habe, zum einen die Landwirtschaft, auf die wir sehr stolz sind und

die wir auch weiter garantieren wollen in der Stadt, die Notwendigkeit der Selbstversorgung, et cetera habe ich gestern ja bereits angeschnitten. Natürlich kommen wir dabei immer wieder in den Konflikt: Zum einen wollen wir die Landwirtschaft erhalten, das haben wir auch mit dem AgSTEP 2014 festgeschrieben, wo wir viele Gebiete unter einen besonderen Schutz gestellt haben. Natürlich ist aber auch der Druck da, hier flächenentsprechend zu verbauen, hier Wohnraum, leistbaren Wohnraum zu schaffen. Diese Konfliktsituation wird uns natürlich in den weiteren Jahren noch sehr beschäftigen, und die Budgets der kommenden Jahre werden hier auch sicherlich eine Herausforderung darstellen.

Ich denke aber, dass es hier als Ziel nur ein gesundes Mittelmaß geben kann, damit sowohl das eine als auch das andere möglichst erfüllt wird, dass eben genug Wohnungen da sind, um das Wohnen in Wien leistbar zu machen, zum anderen aber die Landwirtschaft weiterhin in der Stadt gesichert bleibt. Mit diesem Mittelmaß, denke ich, sind wir auf einem sehr guten Weg, und den werden wir auch in den kommenden Jahren hier so fortsetzen.

Abschließend vom sehr Allgemeinen und Generellen möchte ich noch ein paar konkrete Zahlen nennen, da ich mich auch ein wenig mit der MA 33 auseinandergesetzt habe. Ich finde die Zahlen dann immer wieder beeindruckend, wenn ich hier lese, dass 155.012 Stück Leuchten der öffentlichen Beleuchtung von der MA 33 betreut und instandgehalten werden, es sind hier 198 öffentliche Uhren, 1.291 Verkehrslichtsignalanlagen. *(Ruf bei der FPÖ: Oh, ich bin auch beeindruckt!)* Ob das jetzt so lustig ist, weiß ich nicht, aber es ist Faktum. Gell, das sind beeindruckende Zahlen. Zwei Zahlen noch, dann bin ich mit meinem Redebeitrag schon am Ende: 1.710 Stück beleuchtete Verkehrszeichen und Lichtsäulen und den Stromverbrauch im Jahr von 51.388 Megawattstunden. Ich denke, da sieht man auch, wo das Geld hinfließt. Wenn da oder dort vielleicht einmal der Abschluss etwas höher ausfällt als der Voranschlag, ist das nicht aus Jux und Tollerei, sondern da spricht die Notwendigkeit der Sache heraus. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 5 Minuten Redezeit wurde verbraucht, das heißt, die Restredezeit der SPÖ-Fraktion ist noch 24 Minuten. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr. Kickert, die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 10 Minuten, ich stelle sie gleich ein.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Einen schönen Vormittag an alle ZuseherInnen vom Livestream! Sehr geehrte Damen und Herren!

So wie Kollege Holzmann werde ich mich auch hauptsächlich auf den Rechnungsabschluss beschränken, das heißt, auf die Projekte des vergangenen Jahres, und weniger auf das Wunschkonzert eingehen, das nebenher auch noch betrieben worden ist.

Dialog mit BürgerInnen ist mein Herzensthema, nicht nur im vergangenen Jahr. Ich nehme jetzt nur eine Magistratsabteilung heraus, nämlich diejenige, von der ich mir die Zahlen angesehen habe, nämlich die MA 21. Die

hat im letzten Jahr zu 20 Projekten 36 Beteiligungsveranstaltungen gemacht, zusätzlich dazu, dass sie laufend zu weiteren 40 Projekten und 10 Zielgebieten informiert hat, und das nur eine Magistratsdienststelle. Es gibt sehr viel mehr Magistratsdienststellen, die Beteiligung durchführen, das versuche ich jedes Mal zu erzählen. Es wird wenig wahrgenommen, aber eine Kollegin hat ja gemeint, die häufige Wiederholung wird irgendwann den Lernerfolg einbringen. Ich hoffe immer noch darauf.

Ein spezifisches Projekt, das beispielhaft vorzeigt, wie Beteiligung funktionieren könnte und auch funktioniert, ist zum Beispiel das Projekt der Erneuerung der Reinprechtsdorfer Straße, ein Projekt, das schon über viele Jahre läuft und weiterhin über viele Jahre laufen wird, weil die wesentlichsten Umbauarbeiten im Zuge der Verlängerung der U2 erfolgen werden. Da hat es eine starke Einbindung des Bezirkes und mit dem Bezirk eine vorbildliche Einbindung der Anrainerinnen und Anrainer, der BürgerInnen und der Interessierten und der Schülerinnen und Schüler und auch der Geschäftstreibenden gegeben.

Im Jahr 2016 war die abschließende Phase in diesem Beteiligungsprojekt, in dem alle vorher erarbeiteten Ideen auf Machbarkeit geprüft worden sind, in Kleingruppen diskutiert worden sind und dann noch einmal all diese jetzt eingedampften Ideen für die Umgestaltung der Reinprechtsdorfer Straße und der angrenzenden Abschnitte vorgestellt worden sind. Der Abschluss war schließlich eine große Ausstellung im Oktober 2016 mit den sogenannten verfolgswerten Ideen. Es gibt dazu auch eine Publikation, die ich Ihnen ans Herz lege. Diese Ausstellung zum Beispiel, auch das würde ich sagen, war ein Best-Practice-Beispiel für möglichst viele Bezirke zum Nachahmen, eine Ausstellung, die einen Monat lang zu besichtigen war, und zwar täglich, von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr, mit der zusätzlichen Informationsbroschüre, mit dem, was in den eineinhalb Jahren davor passiert ist.

In Summe waren dann 700 TeilnehmerInnen, 900 Projektwerkstätten, 11 zusätzliche Veranstaltungen mit einem größeren Publikum, es waren in der Begleitung 20 Fachleute aus unterschiedlichsten Dienststellen, es wurden ungefähr 1.000 Ideen eingebracht und zusätzlich zu den Ideen vor Ort noch weitere 200 Ideen über Internet und Mail. Schauen Sie sich also diesen Prozess an, und versuchen Sie, ihn auf möglichst viele Bezirke, Gestaltungsprozesse des öffentlichen Raumes umzusetzen, der wäre ein Vorbild für viele, viele weitere.

Wir hatten aber natürlich im abgelaufenen Jahr weitere Projekte mit Beteiligung, Althangrund-Nordbergstraße, in dem es zur Erstellung eines Leitbildes gekommen ist, aufbauend auf den Ideen, die bereits in einer Beteiligung im Jahr 2010 erfolgten. Auch zwei große Publikumsveranstaltungen und eine gezielte Weiterarbeit in Kleingruppen mit aus der Bevölkerung gewählten Vertreterinnen und Vertretern, das ist auch eine sehr spannende Methode, die man auch für spezifische Erarbeitungen machen kann. Der Herr Klubobmann lächelt, ich hoffe, es gefällt ihm, was ich ihm da zu sagen habe. *(GR Dominik Nepp: Sehr schön!)* - Genau, sehr schön!

Weiters sehr spannend sind die Erarbeitungen von Fachkonzepten mit Beteiligung, da möchte ich auf das von Rüdiger Maresch schon erwähnte Fachkonzept „Öffentlicher Raum“ hinweisen, da gibt es Dialoge mit der Bevölkerung auf öffentlichen Plätzen, zum Beispiel am Meidlinger Platzl oder im Servitenviertel, zusätzlich zu der Einbindung von Anrainerinnen und Anrainern in Fokusgruppen, die bestimmte Themen mit den Fachleuten bearbeiten, und drittens werden noch diese aus den Fokusgruppen stammenden Ideen an Info-Tagen vorgestellt und noch einmal diskutiert.

Ein anderer Bereich öffentlicher Raum, in dem es um den sogenannten Entwicklungsplan Öffentlicher Raum geht, in dem es das Ziel ist, die Verbesserung des öffentlichen Raumes in einzelnen Bezirken in starker Zusammenarbeit mit den Bezirken und den Bürgern und Bürgerinnen: Im letzten Jahr gab es da die Umsetzungsbegleitung dieses Entwicklungsplanes im 21. Bezirk und die Nachbearbeitung im 14. Bezirk. Auch der 14. Bezirk hat ein sehr prominent beworbenes und besuchtes Beteiligungsprojekt, nämlich das sogenannte „Kernbereich Penzing“, in dem die Verkehrssituation zwischen Cumberlandstraße, Penzinger Straße und Nisselgasse und Umgebung ausführlich diskutiert worden ist und sehr, sehr viele Ideen eingebracht worden sind, die jetzt zur Umsetzung auf der Bezirksebene vorliegen.

Das, meine Damen und Herren, wären Beispiele für Beteiligung, die wir weiterführen wollen und die ich der Opposition einmal zur Kenntnis bringen möchte, weil sie immer darüber jammert, es gebe zu wenig Beteiligung. Ich glaube, das Problem, das wir eher haben, ist, dass es zu wenig Information darüber gibt und daher das, was es an Beteiligung gibt, viel zu wenig wahrgenommen wird. Vielen Dank für Ihre nicht besonders große Aufmerksamkeit, aber immerhin doch. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Frau Kollegin hat 7 Minuten Redezeit verbraucht, es wäre noch eine Restredezeit von 10 Minuten für die Grüne Fraktion. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Irschik. Die selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Wolfgang **Irschik** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist immer schwierig, nach der Kollegin Kickert zu sprechen, die ist immer so sachlich und seriös. Natürlich, der Weg ist das Ziel, aber wir haben halt doch in bestimmten Bereichen eine andere Meinung.

Kommen wir zur Autofahrerbelastung, MA 67, die PÜG, die Parkraumüberwachungsgruppe: Schauen wir uns einmal an, was sich da seit dem Jahr 2010 getan hat, seit der Bildung der Koalition von SPÖ und GRÜNEN. 2010 hat die Kommune puncto Parkometerabgabe 66 Millionen EUR eingenommen, 2017 sind im Voranschlag 124 Millionen, also eine Steigerung von 58 Millionen EUR. Dann gibt es auch noch die Parkometerstrafen, 2010 31 Millionen EUR, 2017 66 Millionen, also ein Zuwachs von 35 Millionen EUR, das macht in diesen 7 Jahren insgesamt ein Plus von 93 Millionen aus.

Jetzt kann man natürlich fragen: Was hat der Wiener Autofahrer davon? - Eigentlich nichts, er bekommt ständig eine auf die Mütze. Es wurde heute schon das Radfahren am Getreidemarkt erwähnt, wir lehnen das natürlich ab. Interessanterweise, meine Damen und Herren, sind ja vom ÖAMTC oder auch von der einen oder anderen Bürgerinitiative im 5., 6., 7. Bezirk durchaus gute Vorschläge gekommen, diesen Radweg zu etablieren, aber halt nicht genau dort am Getreidemarkt. Es ist ja augenscheinlich, Ihnen geht es ja wirklich nur um das Bekämpfen des motorisierten Individualverkehrs, sonst hätten Sie gesagt, ja gut, wir haben da drei Fahrstreifen, die brauchen wir - es ist eine der wichtigsten Durchzugs- und Verbindungsstraßen in Wien -, machen wir den Radweg ein bisschen wo anders. Nein, er muss genau dort etabliert werden.

Ich habe das selbst schon bemerkt. Ich bin vorige Woche am Freitag, wenn ich mich richtig erinnere, wieder einmal Blut spenden in die Blutspendezentrale gefahren, und eigentlich nicht zur Verkehrsspitze. Was ist passiert? - Ich bin schon im Stau gestanden, so gegen 10 Uhr Vormittag stehe ich schon im Stau. Das ist meiner Meinung nach absolut nicht notwendig. Da hat keiner etwas davon, da profitiert niemand davon.

Apropos Radfahren, da möchte ich jetzt schon eine Lanze für unseren freiheitlichen Gemeinderat Michael Niegl brechen, der fährt wahrscheinlich mehr mit dem Fahrrad als wir alle anderen zusammen. Er macht das auch wettkampfmäßig, er macht es aber auch wegen der körperlichen Ertüchtigung, also aus sportlicher Motivation heraus. Auch unser Stadtrat Toni Mahdalik fährt irrsinnig viel mit dem Fahrrad, aber, wie gesagt, da steckt das eigene Wohlbefinden dahinter, der Sport. Bei den anderen geht es aber um die Bekämpfung des Autofahrers, das merkt man oft, wenn man selbst mit dem Auto fährt. Man merkt es oft an der Kleidung, da geht es wirklich nur darum: Jetzt müssen wir den Autofahrer bekämpfen, jetzt müssen wir ihn schikanieren. Da geht es nicht um die Gesundheit, da geht es nicht um die körperliche Ertüchtigung, meine Damen und Herren.

Angesprochen wurde auch die Elektromobilität. Vielleicht haben manche von Ihnen in den verschiedenen Wirtschaftsnachrichten verfolgt, was unser Nachbar Deutschland puncto E-Mobilität getan hat. Die deutsche Bundesregierung hat, man höre und staune, 2 Milliarden EUR, also wirklich nicht wenig, für den Ankauf von Elektroautomobilen zur Verfügung gestellt. Subventionen, 2 Milliarden EUR haben sie zur Verfügung gestellt, für Private, die halt Elektroautos kaufen, die Wirtschaft, Unternehmer, und so weiter, und so fort. Was ist passiert? - Wenig bis nichts! Vor einigen Wochen ist das ganze Projekt wieder eingestellt worden, die Leute haben es nicht in Anspruch genommen. Nicht weil das Elektroauto so schlecht ist, sondern einfach, weil es nicht praxisgerecht ist, meine Damen und Herren.

Es heißt ja nicht umsonst, Geld regiert die Welt. Ich habe ein Einfamilienhaus, ein Mehrfamilienhaus, eine riesige Garage, dann kaufe ich mir auch ein Elektroauto oder vielleicht sogar zwei, denn dann habe ich mehrere Autos und irgendeines hängt dann immer am Stromnetz.

Es ist aber nicht praxisgerecht. Der durchschnittliche Bürger kann es sich vielleicht nicht leisten, und er kann nicht auf das herkömmliche Auto verzichten. Es hat auch nicht jeder eine eigene Garage. Was heißt, eine eigene? - Er kann sich vielleicht nicht einmal leisten, sich eine zu mieten, wo er dann die Steckdose benutzt, um das Auto aufzuladen. Dann warte ich, bis der Akku voll ist, und inzwischen fahre ich mit einem anderen Auto.

Ich möchte, ich habe es hier schon einmal getan, daran erinnern, was im Winter passierte, dass nämlich die Post AG an ihre Mitarbeiter eine Dienstanweisung herausgab: Bitte tut nicht so viel heizen! Der letzte Winter war ja doch ein wenig streng, und man darf davon ausgehen, dass die Winter strenger werden. Tut nicht so viel heizen im Elektroauto, denn sonst erzielen wir die Reichweite nicht. Das ist also der Fortschritt vom Elektroauto? Die Mitarbeiter müssen frieren? Ich weiß jetzt nicht die Reaktion von Personalvertretern, Betriebsrat, Gewerkschaft - Mitarbeiter müssen frieren, denn sonst kommen wir mit dem Elektroauto nicht so weit.

Meine Damen und Herren, es kommt durchaus Vernünftiges - die Zeit läuft, es ist unwahrscheinlich - von der SPÖ-Floridsdorf. Jetzt weiß ich nicht, wie die Floridsdorfer Sozialdemokraten das mit den Rathaus-Sozialdemokraten akkordiert haben. Radio Wien hat es kolportiert, ich habe mich gefreut. Die Floridsdorfer Sozialdemokraten fordern einen dritten Fahrstreifen auf der Nordbrücke stadteinwärts. Wunderbar, eine gute Geschichte. (*Beifall bei der FPÖ.*) Ausgezeichnet, da muss man gratulieren, gute Sache. Wir unterstützen das natürlich, wir fordern das nämlich schon lange.

Dann habe ich aber auch die Pressedienste der Sozialdemokraten aus dem 9. Bezirk verfolgt: Wir müssen jetzt die Roßauer Lände rückbauen, denn da brauchen wir jetzt einen Radweg. Gut. Jetzt haben wir dort aber drei Fahrstreifen, und das Ganze - damit nichts vergessen wird - ist die B 227, B wie Bundesstraße, übergeordnetes Straßennetz. Jetzt machen wir also - wie gesagt, wir haben da zugestimmt - einen dritten Fahrstreifen auf der Nordbrücke, aber da komme ich dann nur bis zum 9. Bezirk, denn dann ist es aus, da habe ich dann nur noch zwei, und dafür habe ich dann einen Radweg, meine Damen und Herren. Das ist natürlich ein Schmarren.

Ich darf daran erinnern, ich glaube, meine Nachrednerin ist die Kathrin Gaal, wir haben uns da einmal kurz im Ausschuss unterhalten: Das letzte wirklich gute Verkehrskonzept ist 35 Jahre alt, das war unter Bgm Leopold Gratz. (*GRin Kathrin Gaal: Da war ich noch nicht auf der Welt!*) - Du bist ein junges Mädchen, ich schon! Das war wirklich gut. Warum war es gut, meine Damen und Herren? - Es haben, wie wir auf Wienerisch sagen, alle gelebt. Es hat ein Konzept für den motorisierten Individualverkehr gegeben, der öffentliche Verkehr ist ausgebaut worden, der Radfahrer hat nicht machen können, was er wollte, und der Fußgänger konnte auch am Gehweg gehen, ohne Angst haben zu müssen, dass er überfahren wird, dass er sich ständig umdrehen muss, ob vielleicht ein Rad kommt und ihn zusammenfährt. Das hat wirklich wunderbar funktioniert.

Wie gesagt, der dritte Fahrstreifen findet also unsere volle Zustimmung. Interessant ist auch, dass in der Bezirksvertretung ein Antrag gestellt wurde, die Sozialdemokraten und wir, die absolut stärksten Fraktionen in Floridsdorf, haben dem zugestimmt, die ÖVP war dagegen, die NEOS waren dagegen, die GRÜNEN waren auch dagegen. Ich weiß es nicht: Ist das akkordiert zwischen Floridsdorf und Rathaus? Wir stimmen dem auf alle Fälle zu, wir werden das Ganze natürlich auch weiter verfolgen und beobachten.

Es gäbe so viel zu sagen, aber die Zeit läuft. Meine Damen und Herren, Johann Wolfgang von Goethe forderte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Leider sind nicht alle 7,4 Milliarden Menschen, die derzeit unseren Planeten bevölkern, edel, hilfreich und gut. Da gibt es halt welche, die andere erschießen, andere sprengen (*Zwischenruf bei der SPÖ.*), dann gibt es zum Beispiel auch welche, die andere enthaupten, und dann gibt es welche, die fahren mit Nutzfahrzeugen, sprich, Lastkraftwagen, in Menschenmengen hinein. Da sollte man Gegenmaßnahmen treffen, nämlich zum Beispiel zum Schutz der Kärntner Straße oder unten am Rathausplatz.

Mariahilfer Straße, Favoritenstraße, und so weiter, und so fort, da gibt es einiges. Deshalb gibt es den Beschlussantrag:

„Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung, BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres bei der Gestaltung der Straßenbeläge die Errichtung wirksamer Sperren gegen die mögliche Einfahrt von Fahrzeugen in terroristischer Absicht in Fußgängerzonen und andere gefährdete Bereiche wie beispielsweise Kärntner Straße ab Walfischgasse unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Lieferverkehrs zu planen und umzusetzen.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abschließend möchte ich noch begründen, warum wir den Antrag der Regierungsparteien ablehnen. Meine Damen und Herren, dieses Klimaschutzabkommen, was ja nicht wirklich rechtsverbindlich ist, da geht es um die Reduktion des CO₂-Ausschusses. Aber wenn man sich das ein bisschen anschaut, der vorletzte Präsident der Vereinigten Staaten war ja auch für den Umweltschutz. Er war so für den Umweltschutz, dass er nach mehr als 30 Jahren wieder einen Auftrag erteilt hat, zwei neue Atomkraftwerke in Amerika zu errichten mit der Begründung, der CO₂-Ausstoß ist geringer. So kann man das auch sehen. Und wer betreibt denn eigentlich diese Reduktion der CO₂-Abgase des Ausschusses dazu? Na ja, da hätten wir zum Beispiel das Nuklearforum in der Schweiz. Die freuen sich darüber. Man darf nicht vergessen, wenn wir jetzt bei der Europäischen Union bleiben, Brüssel, Straßburg, 751 Abgeordnete und zirka 30.000 Lobbyisten, meine Damen und Herren! Da geht es um Milliarden, um nicht zu sagen, Billionen, die dort wirtschaftlich umgesetzt werden sollen.

Also wie gesagt, die fordern das massiv. Dahinter steckt die Atomenergie. Nein, da geht es jetzt nicht darum, dass man sagt, investieren wir in erneuerbare

Energie. Nein, es geht eigentlich nur darum, dass wir CO₂ reduzieren sollen, den Ausstoß. Das ist auch interessant, wie man das überhaupt feststellt. Das ist eine ganz interessante Geschichte. Ich meine, wie stellt man eigentlich fest, wie ein ganzer Staat CO₂ emittiert? Wie macht man das? Ich weiß es nicht. Auf alle Fälle hat sich Österreich ja in wirklich wunderbarer Weise verpflichtet, all diese Ziele vorher zu erfüllen. Und jetzt müssen wir zum Beispiel CO₂-Zertifikate vom Nachbarland Tschechien kaufen! Und warum? (*Zwischenruf von GRin Dr. Jennifer Kickert.*) Na, warum kaufen wir dort die Zertifikate? Warum hat Tschechien einen geringeren CO₂-Ausstoß? Sie betreiben Atomkraftwerke! So einfach ist das Ganze, meine Damen und Herren! Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein. Das übrigens habe ich auch gelesen, ich gebe zu, ich weiß jetzt nicht, welche Bank es ist, aber es gibt eine einzige Bank, die diese CO₂-Zertifikate behandelt. Das ist ein unheimlich großes Geschäft, meine Damen und Herren! Das ist das Einzige, worum es geht.

Noch einmal: Geld regiert die Welt. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen, und wir lehnen natürlich den Rechnungsabschluss ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit ist 11 Minuten gewesen. Fraktionelle Restredezeit ist 9 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Mag. Chorherr gemeldet. Bitte schön.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Der Kollege Irschik hat gesagt, das einzig richtige Verkehrskonzept war vor 35 Jahren. Ich würde das insofern nur berichtigen, um auf 3 Zahlen hinzuweisen. Es gibt eine Statistik, dass Wien in jüngster Zeit bei der Verkehrssicherheit unter 30 Städten die Nummer 2 einnimmt, die geringsten Verkehrstoten pro 1.000 Einwohner. Ich sage Ihnen die Zahlen: 2015 13 tragische, 2014 21, 2013 17. Und jetzt schaue ich: Wie war das beim besten Verkehrskonzept vor 35 Jahren? Wie haben da die Verkehrstoten ausgeschaut? Also jetzt 13, 1985, jetzt sagen Sie, oh, 95 Tote, 1984 138 Tote und 1983 169 Tote! (*GR Mag. Manfred Juraczka: Das hat aber schon einige Gründe! - Aufregung bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Unser Verkehrskonzept, das ein Fünftel der Verkehrstoten verursacht wie vor 35 Jahren, ist ein signifikant besseres. Das war mir wichtig gegenüber der Autofahrerpartei FPÖ, das sicherzustellen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Gaal. Ich erteile es ihr. Gewählte Redezeit 5 Minuten, fraktionelle 24 Minuten.

GRin Kathrin **Gaal** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin Emmerling, ja, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs sollte sich ganz besonders auf die Außenbezirke konzentrieren. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht, denn dort wächst die Stadt am meisten und am schnellsten. Und ja, da gebe ich Ihnen auch recht, es braucht dort auch die entsprechende soziale Infrastruktur

dazu. Da sind wir einer Meinung. Aber aus Favoritner Sicht möchte ich Ihnen schon auch noch eines sagen: Die Linie D wird verlängert, die Linie 67 wird verbessert, der 15er wird zur Wienerberg-Tangente. Es wird noch schneller, noch attraktiver, die U1-Verlängerung mit dem entsprechenden Sekundärnetz. Und wie Sie auch gemeint haben, dass die Stadt Wien keine Projekte planen kann, ganz besonders, wenn sie noch andere Partner mit dabei hat, dann kann ich das ganz, ganz schnell und ganz einfach widerlegen, nämlich mit der größten Baustelle, die es in Österreich eine Zeitlang gegeben hat, nämlich den Wiener Hauptbahnhof, wo die Stadt Wien gemeinsam mit der ÖBB und gemeinsam mit dem Bezirk etwas zusammengebracht hat, was ganz hervorragend funktioniert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber nun zu meinem eigentlichen Thema heute, auch ein wichtiges Projekt in Favoriten: Mit Bildung Zukunft gestalten, so lautet das Motto des FH Campus Wien, ein Leitmotiv, das auch für dieses Grätzl in Favoriten gilt, denn mittlerweile ist der FH Campus dort nicht mehr wegzudenken. Seit der Standort 2009 bezogen wurde, hat er eine unglaubliche Entwicklung durchgemacht. Bald mehr als 6.000 Studierende besuchen dort 60 Bachelor- und Masterstudiengänge in den unterschiedlichsten Fachrichtungen. Somit ist dieser FH Campus mittlerweile die größte Fachschule Österreichs, und ich freue mich wirklich sehr, dass er sich in Favoriten befindet. Wo sonst? Denn neben dem neuen Hauptbahnhof, dem Sonnwendviertel und der Therme Wien ist die Entwicklung des Fachhochschulcampus ein weiterer Schritt in ein modernes, in ein dynamisches, in ein junges Favoriten, das natürlich trotzdem seine traditionellen Plätze für seine Identität braucht wie den Böhmisches Prater, den Viktor-Adler-Markt, das Naherholungsgebiet Wienerberg oder den Kurpark. In naher Zukunft können wir dann bei der Fachhochschule von einer Science City sprechen, ein moderner, internationaler Hochschulcampus, der seine Aktivitäten weiter ausbauen wird, und im Endausbau werden dort 16.000 Studentinnen und Studenten ihren Lehrgang besuchen. In der 1. Entwicklungsstufe wird das House of Engineering mit 18.000 m² Bruttogeschossfläche, da geht es um Technik, um Bauen, um Gestalten, 2020 und 2021 fertiggestellt sein. Zur gleichen Zeit gibt es dann dort auch ein Studierendenwohnhaus für Studentinnen und Studenten und auch für Gastprofessorinnen und -professoren, eine weitere Belebung dieses Grätzels. Und das ist noch lange nicht das Ende der Entwicklung der Science City. Dort ist noch viel, viel mehr geplant. Wir reden von einem Campus, den in Zukunft auch die Anrainerinnen und Anrainer, ja, in Wirklichkeit alle Favoritnerinnen und Favoritner benutzen werden, weil er für alle offen sein wird. Wir reden von einem Campus, umgeben von einem Grüngürtel, der ab September mit der U1 direkt anzufahren ist, eine Verlängerung, auf die wir in Favoriten schon lange warten und die ganz, ganz sicher einen Entwicklungsschub entlang der neuen Stationen bringen wird.

Abschließend, weil es mir auch ein Anliegen ist, möchte auch ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Magistratsabteilungen für

ihre wirklich kompetente und zuverlässige und engagierte Arbeit sehr, sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit waren 4 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 20 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr. Die fraktionelle Restredezeit ist 9 Minuten, und ich werde diese auch einstellen.

GRin Angela **Schütz** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Liebe Zuhörer auf der Tribüne und vor dem Bildschirm!

Auch der Rechnungsabschluss 2016 ist nicht unbedingt ein Ruhmesblatt. Die Neuverschuldung ist auf 560 Millionen explodiert, wobei sich das rot-grüne Mindestsicherungsfüllhorn, vor allem die Zuwanderer nach Wien, als Kostentreiber Nummer 1 herauskristallisiert hat.

Offensichtlich ist aber die Wiener Budgetpolitik so katastrophal, dass sogar unser Bundesfinanzminister einen Gesprächstermin mit seinen Budgetexperten angeboten hat. Ich würde empfehlen, diesen auch anzunehmen. Statt des Geldes, das jetzt für eine rot-grüne Willkommenskultur verwendet wird, sollten wir das besser in die Wirtschaft investieren und damit langfristig unsere Arbeitsplätze sichern, weil auch da ist Wien eines der Schlusslichter, weil sie liegt in etwa um die Hälfte höher als in den restlichen Bundesländern.

Das Ressort Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung trägt mit einem wesentlichen Anteil auch an der finanziellen Belastung jedes einzelnen Bewohners der Stadt Wien bei. So stiegen in den letzten 5 Jahren die Tarife der Wiener Linien in etwa um 22 Prozent, die Parkometerabgabe wurde um 75 Prozent erhöht und gleichzeitig ausgeweitet, was der Stadt eine Steuereinnahme von ungefähr 124 Millionen EUR, das ist in etwa das Doppelte von dem, was es früher war, beschert hat. Auch die Strafen für diese Abgabe haben sich verdoppelt, nämlich auf 66 Millionen EUR. Wer aber glaubt, dass sich auch die Leistungen verbessert haben, den muss ich hier und jetzt bitter enttäuschen. Dem ist nämlich nicht so. Wir haben heute schon einiges über die Problematik im Bereich Verkehr gehört, und ich kann es gar nicht oft genug wiederholen, bis Sie es sich vielleicht auch verinnerlicht haben, dass wir hier Probleme haben. Eines kann ich Ihnen schon sagen, liebe GRÜNE: Das Konzept, die Autos einfach nur stehen zu lassen, ist kein Verkehrskonzept! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch ist es keine Lösung des täglichen Staus, sich hier herauszustellen und, um einmal ein bisschen polemisch zu sein, hier oberlehrerhaft der Opposition was auszurichten und ihr oberlehrerhaft zu erklären, was Ihrer Meinung nach Tatsachen sind. Die Flaniermeilen sind auch ganz nett, aber sie lösen das tägliche Stauproblem nicht. Sie lösen auch die unattraktiven Öffis nicht und sie tragen auch nichts dazu bei, dass Sie zum Beispiel in Hirschstetten die attraktive S80-Station schließen. Wenn ich mir so das Beispiel der Probleme anschau, dann haben wir die U2 in und aus der Seestadt. Da kommt nämlich immer nur jede zweite U-Bahn und das, obwohl

die einzelnen Magistratsabteilungen dieses Ressorts sich verpflichtet haben, sowohl beim Bau als auch bei Verkehrsmaßnahmen insbesondere auf Frauen und deren spezielle Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Das bleibt aber offensichtlich ein Lippenbekenntnis, denn nach der Station Aspernstraße wohnen in etwa an die 10.000 Menschen und trotzdem müssen Sie in der Nacht als Frau bis zu 15 Minuten oder mehr auf eine U-Bahn in Richtung Seestadt warten. Das trägt weder dazu bei, dass die Leute auf die Öffis umsteigen, noch dass sich Frauen und ältere Menschen in irgendeiner Form sicher fühlen. Deswegen erlaube ich mir, mit meinen Kollegen einen Beschlussantrag einzubringen, dass nicht mehr jeder zweite, sondern jeder U-Bahn-Zug in die Seestadt und aus der Seestadt fahren soll, also eine Intervallverdichtung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie sieht es mit der Stadtentwicklung aus? Auch nicht viel besser, die Stadterweiterungen, ohne zuvor das öffentliche Verkehrsnetz weiterzuentwickeln, egal, ob über der Donau, ich erinnere an die Nordostumfahrung, Stadtstraße, Donauquerung, nicht vorhandene Querverbindungen. Und da ist es ganz egal, ob wir es über der Donau haben oder ob wir jetzt nach Favoriten, Simmering oder Liesing schauen. Auch da haben wir eklatante Probleme. Alles soll autofrei werden, egal, wie die Bewohner in die Areale ihrer Wohnungen kommen. Auch hier hat die Zielsetzung der Stadtplanung für Frauen, ältere Menschen und vor allem für Behinderte völlig danebengegriffen. Im Dunkeln mit Kindern, mit Gepäck viele Meter mit dem Einkauf in die Wohnung zurückzulegen, das trägt nicht unbedingt dazu bei, dass das Sicherheitsgefühl besser wird. Und auf die behinderten Menschen, wie gesagt, hat man bei diesen Projekten vollkommen vergessen. Die grüne Stadtregierung betont alle Bausperren, die wir in Wien haben, vor allem in den Flächenbezirken nach und nach mit Hochhäusern zu, die, wenn ich mir das heute so in der Zeitung anschau, nicht einmal attraktiv sind.

Wir haben im Juni gegen die Stimmen der Opposition und der Bewohner in Hirschstetten die Berresgasse beschlossen, die auch verkehrstechnisch eine Herausforderung darstellt. Ich stelle daher, um dieses Problem noch einmal aufzugreifen und die Chance zur Korrektur zu geben, mit meinen Kollegen heute noch einmal einen Antrag, die Flächenwidmung für dieses Gebiet auf Höhe Bauklasse II beginnend bis maximal IV an der Berresgasse zu reduzieren und damit abzuändern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal an die Aussagen des ehemaligen Bezirksvorstehers Albert Schultz erinnern, der seinerzeit gesagt hat, er spricht sich gegen weitere Monsterbauten in Donaustadt aus. Der Rennbahnweg und die Ziegelhofstraße mit all ihren sozialen Problemen wären mehr als genug. Offensichtlich hat die SPÖ das genauso vergessen wie auch das Versprechen ihres ehemaligen Wohnbaustadtrates Werner Faymann, in der Berresgasse nur Einfamilienhäuser zu errichten. Da sieht man, was das Versprechen der SPÖ wert ist. Genau so kann man dann den beschlossenen Antrag, keine weiteren Hochhäuser in der Innen-

stadt zu bauen, in Zukunft auch beurteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In Anbetracht der vielen Missstände, die wir heute schon gehört haben, ich wiederhole es noch einmal kurz, zum Beispiel Danube Flats, Heumarkt, Winterthur-Gebäude, Seestadt, TownTown, Otto-Wagner-Spital, und wie sie alle stadtentwicklungstechnisch heißen, aber auch die Verkehrsmisstände, die in dieser Stadtregierung herrschen, können wir diesem Rechnungsabschluss, das ist ja immerhin das in Zahlen gegossene Versagen dieser Stadtregierung, nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 7 Minuten. Die FPÖ hätte noch eine Restredezeit von 2 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr, fraktionelle Restredezeit 20 Minuten und ich stelle diese auch ein.

GR Siegi **Lindenmayr** (SPÖ): So lange wird es nicht werden. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Erstredner der FPÖ hat heute den schönen Ausdruck hereingebracht: „grün angestrichene Kommunisten“. Er hat zwar konkret den Regierungspartner gemeint, aber ich fühle mich da auch ein bisschen mitgemeint, denn nicht nur, wenn man gemeinsam ... *(Heiterkeit bei der FPÖ und GR Mag. Manfred Juraczka.)* Ja ja ja, ich werde das auch erklären. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich werde das nämlich auch gerne erklären, denn ich habe das ja schon öfter gesagt, meine persönliche Prioritätenreihung beim Verkehr ist erstens der Fußgängerverkehr, zweitens der Öffi-Verkehr, drittens der Radverkehr - da unterscheidet sich ganz sicher unsere Prioritätensetzung -, viertens der ruhende Verkehr der Anrainerinnen und der Anrainer, nicht der Einpendler, der Anrainerinnen und der Anrainer, und dann erst der motorisierte Verkehr. Das ist meine persönliche Prioritätenreihung, und diese Politik vertrete ich schon seit vielen Jahren, und diese vertreten wir. Vielleicht haben wir ein bisschen eine unterschiedliche Prioritätensetzung, aber die Politik vertreten wir gemeinsam hier, Rot und Grün.

Daher mache ich jetzt ganz gerne einen historischen Rückblick. Vor 200 Jahren, wir feiern ja das Jubiläum 200 Jahre Fahrrad, also vor 200 Jahren wurde das Fahrrad erfunden und ein Jahr später, nämlich im Jahr 1818, wurden auch in Österreich beziehungsweise in Wien bereits Fahrräder gebaut, damals noch nicht mit Pedal und Kettenantrieb und Ähnliches, sondern eher so Laufäder. Aber seit 199 Jahren gibt es auch in Wien die Produktion von Fahrrädern, und, und da komme ich wieder auf die Kommunisten zurück, ich merke, dass das so Emotionen bei Ihnen weckt, im Jahr 1818 ist ja auch der Karl Marx geboren. Sie werden jetzt zwar fragen: Was hat der mit dem Radfahren zu tun? *(GR Mag. Wolfgang Jung: Der ist aber kein Kommunist!)* Ich habe 20 Minuten, ich wollte sie zwar nicht brauchen, Herr Jung, aber ich kann das auch gerne ausschöpfen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Tun Sie es!)* Und ich werde dann auch erklären, warum ich genau auf den Karl Marx komme, denn der war ja nicht ein Revolutionär, der mit

Feuer und Schwert durch die Lande gezogen ist, sondern das war ein Philosoph, ein Vortragender und Ökonom.

Also das Fahrrad ist 200 Jahre alt und gegen Ende des vorvorigen Jahrhunderts, also wir sind jetzt im Habsburgerreich und in der christlich-sozialen Stadtregierung in Wien, war es so, dass sich einerseits zwar Radfahrvereine gegründet haben. Die durften aber nicht im öffentlichen Verkehr, also nicht auf der Straße fahren, sondern nur Freizeitverkehr. Das ist ja offenbar das Ideal der Opposition, vor allem der FPÖ, weil wir ja heute in einer Rede gehört haben, na ja, Freizeitfahrer, und so weiter, und so weiter. Das ist ja ganz gut so. Aber im öffentlichen Verkehr, im normalen Fließverkehr sollten sie ja möglichst verschwinden. Diese Idee ist ja schon 100 oder 120 Jahre alt, wie wir da heute von Ihnen gehört haben. Also es haben sich erste Vereine gegründet. Und warum war das im Verkehr verboten? Das ist mir auch eine ganz wichtige Bemerkung. Man hatte Angst, dass die Pferdefuhrwerke irgendwie gestört werden und möglicherweise die Pferde durchdrehen, wenn da ein Fahrrad kommt. Das erinnert mich auch so an die eine oder andere Wortmeldung heute hier, oder in den Medien kommt es mir auch so vor, dass der eine oder andere Autofahrer, der da in den Oppositionsbänken sitzt, vielleicht auch durchdreht, wenn er ein Fahrrad sieht. Damals waren es also die Pferdefuhrwerke. Und damals sind auch die ersten Arbeiterradfahrvereine entstanden. Das „R“ in dem Wort ARBÖ kommt ja von Radfahren. Nachdem ich die Bezirksgeschichte des Alsergrundes ganz gut kenne, kann ich Ihnen gerne sagen, der Arbeiterradfahrverein Alsergrund hatte den Namen Karl Marx. Damit schließt sich also der Kreis. Ich habe ja gesagt, ich werde begründen, warum ich den guten Herrn im Zusammenhang mit dem Radfahren hier auch erwähne.

Ich mache zeitlich jetzt einen großen Sprung, um also nicht wirklich die 20 Minuten auszuschöpfen. Ich komme in die 60er Jahre, damals natürlich Fortschrittsglaube, Auto ist halt etwas Tolles. Man hat geglaubt, das wäre der Stein der Weisen und hat noch nicht bedacht, dass, wenn jeder ein Fahrzeug hat, sich das mit dem engen Straßenraum nicht ausgeht. Man könnte zwar ganze Häuserzeilen wegreißen, aber das wollen wir nicht. Man muss den bestehenden Straßenraum auf alle Verkehrsteilnehmer aufteilen. Schon damals hat der damalige Bürgermeister, das war der Franz Jonas, im Jahre 1962 gesagt, wörtlich: „Bei allem Verständnis für die Freude am motorisierten Verkehr müssen wir doch feststellen, dass wir aus Wien keine autogerechte Stadt machen können. Mein Ideal ist die Vision einer menschengerechten Stadt.“ Das war schon 1962, und das ist auch meine persönliche Prämisse. Das ist immer meine Handlungsanleitung, bei aller Interessensabwägung von Einzelinteressen zu Gesamtinteressen eine menschengerechte Stadt zu machen.

Damit komme ich jetzt auch schon zum heute mehrmals zitierten Getreidemarkt. Ich finde es sehr spannend, dass jetzt alle von der Behinderung durch die Radfahrer sprechen. Ich möchte aber daran erinnern, dass dort jetzt einmal die Fahrspur weggefallen ist, weil die Was-

serrohre ausgetauscht werden müssen. Die Wasserrohre werden ja in regelmäßigen Abständen ausgetauscht, insbesondere bei solchen sehr, sehr stark von Lastfahrzeugen befahrenen Straßen, damit nicht das passiert, was beispielsweise vor gar nicht so langer Zeit einmal nicht weit von der Stadiongasse passiert ist, dass dort ein Wasserrohr bricht, weniger jetzt durch die enorme Hitze, sondern durch die Lastfahrzeuge, die halt den Boden erschüttern. Dann haben wir eine gewaltige Überschwemmung, mehrere Häuserblöcke sind ohne Wasser und Ähnliches. Daher begrüße ich das sehr, dass in regelmäßigen Abständen die Wasserrohre getauscht werden. So müssen sie halt am Getreidemarkt getauscht werden und daher, Baustelle ist Baustelle, gibt es eine Fahrspur weniger. Jetzt sind Sie halt deshalb so aufgeregt, weil Sie erfahren haben, dass diese Fahrspur auch weg bleibt. Sie kommt nicht wieder, wenn die Wasserrohre (*GR Mag. Wolfgang Jung: Der Bürgermeister hat sich dazu zu Wort gemeldet!*) wieder ausgetauscht sind, sondern sie bleibt gleich weg. Also der ganze Stau, und jeder, der dort steht, ist der Stau, der ganze Stau ist jetzt durch den Tausch der Wasserrohre bedingt. Wenn sich dann alles eingespielt hat, wird es nachher zur Erschaffung einer Radverbindung genützt.

Aber man hat das ja nicht leichtfertig gemacht. Man hat sich die Verkehrsentwicklung im innerstädtischen Bereich angesehen. So kann ich Ihnen gerne mitteilen, dass in den letzten sieben Jahren im innerstädtischen Bereich, im Bereich innerhalb des Gürtels, der Verkehr, der motorisierte Verkehr, um 11 Prozent abgenommen hat, und gleichzeitig ... (*GR Mag. Manfred Juraczka: Da gibt es ja dort keinen Stau!*) Ja, da war aber der Getreidemarkt noch nicht gesperrt, die Spur ist erst seit sieben Wochen gesperrt. Der Verkehr hat abgenommen, weil die Menschen auf andere Fahrzeuge, speziell auf die Öffis, umgestiegen sind, manche auf Motorräder und sehr viel auf Fahrräder. 11 Prozent hat der Verkehr abgenommen, das können Sie objektiv nachmessen. (*GR Mag. Manfred Juraczka: Ist ja super!*) Ja Moment, ich bin ja noch nicht fertig. Seien Sie nicht so aufgeregt! Ich weiß eh (*GR Mag. Manfred Juraczka: Ich bin so begeistert!*), Sie sind immer aufgeregt. Also 11 Prozent hat der Autoverkehr abgenommen. Gleichzeitig nimmt der Radverkehr sehr stark zu.

Es gibt zwar nicht am Getreidemarkt eine Messstelle, aber es gibt nicht weit davon, nämlich am Opernring eine Messstelle für den Radverkehr. Das ist auch ein Indikator dafür, wie viele Radler sich dort in dem gesamten Bereich bewegen, denn wenn dort beim Ring-Radweg immer mehr Radfahrer fahren, dann wird das auch für die Radfahrer selber gefährlich, wenn dort immer mehr Radfahrer im Begegnungsverkehr, et cetera, et cetera, fahren. Diese Messstelle hat gezeigt, wir haben dort 1,5 Millionen Radfahrer in diesem Bereich. Der Juni war im vorigen Jahr, das hängt natürlich auch immer vom Wetter ab, ein besonders starker Monat. Da gab es im Schnitt 8.000 Radfahrer täglich, am stärksten Tag waren es 10.300 Radfahrer. Also einerseits, ich habe heute in meiner Wortmeldung schon gesagt, Interessensabwägung, Einzelinteressen gegenüber Gesamtinteressen

und Prioritätensetzung, nimmt der motorisierte Verkehr ab, der Radverkehr nimmt zu. Was macht man in so einem Fall? Man prüft, ob es nicht möglich ist, den Radfahrern und den Radfahrerinnen sichere Möglichkeiten zu schaffen. Es gab dann auch noch Untersuchungen. Ich will Sie jetzt also nicht mit Auslastungsgraden und Ähnlichem langweilen. Das gibt es ja alles schriftlich, das ist nachvollziehbar, bevor man solche Maßnahmen setzt. Ich kann Ihnen aber auch gerne sagen von wegen, na ja, man sieht es am Stau, ich habe auch einen Selbstversuch gemacht. Ich bin ja früher auch fallweise mit dem Auto gefahren. Ich habe mich am vergangenen Freitag bewusst am Getreidemarkt in die Verkehrshölle von Wien gestürzt. Nachdem ich keinen Termin gehabt habe, war ich ja recht locker und hab mich nicht aufregen oder ärgern müssen und habe Zeit gehabt mitzuschreiben. Ich habe also begonnen, die Uhr beim Palais Auersperg zu stoppen. Also soweit kann man ja fairerweise sagen, bis hinter das Volkstheater. Wenn man jetzt vom Rathaus kommt, ab dem Palais Auersperg habe ich gestoppt und habe tatsächlich 7 Minuten bis zur Mariahilfer Straße für eine Strecke von 600 m gebraucht. Das ist relativ lang. Aber was sind 7 Minuten im Vergleich zu einem ganzen Tag? Man geht halt einfach 7 Minuten früher weg, wenn man vorher weiß, es ist Verkehrsüberlastung. Stau ist ja nichts anderes als Verkehrsüberlastung. Also 7 Minuten für 600 m, und ab dann ... *(Heiterkeit bei GR Mag. Manfred Juraczka.)* Hören Sie mir länger zu, ich bin ja noch lang nicht fertig mit meinen Ausführungen. *(Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.)* Dann die weiteren 500 m bis hinunter zur Wienzeile habe ich 90 Sekunden gebraucht. 90 Sekunden für noch einmal 500 m.

Wenn man sich jetzt zurückerinnert: Wie war es denn vorher? Wie war es vor 3 oder 4 Monaten? Da war es genau umgekehrt. Da hat man wahrscheinlich - ich habe es nicht gestoppt - 90 Sekunden bis zur Mariahilfer Straße gebraucht. Und dann ist man bis zur Wienzeile runter gestanden. Jetzt geht es flott, weil ja nur zwei Fahrspuren gerade runtergehen. Damals war es umgekehrt. Damals war man vorher schneller und nachher ... Noch einmal, Verkehrsüberlastung. Es ist klar, wenn viele Leute gleichzeitig dort fahren wollen, muss man entweder die Straße breiter machen, das Volkstheater wegreißen oder sonst was, oder man muss damit rechnen, dass man dort ein bisschen steht. Die Gesamtbelastung ist gleich. Das deckt sich natürlich, na ja, mit den Berechnungen der MA 46. Es ist also eine Maßnahme, die kann ich sehr gut mit reinem Gewissen vertreten.

Ich komme wieder auf das Zitat des Bgm Franz Jonas zurück, der eben gesagt hat, das war 1962: „Bei allem Verständnis für die Freude am motorisierten Verkehr so müssen wir dennoch festhalten, dass es nicht unsere Absicht ist, eine autogerechte Stadt zu machen. Wir haben vor, eine menschengerechte Stadt zu machen.“ *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* So kann man unsere Einzelmaßnahmen charakterisieren. So kann man unsere Gesamtmaßnahmen im Verkehr charakterisieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau VBgm.in Mag. Vassilakou, und ich erteile es ihr.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg ein paar Zahlen und vielleicht auch zur Erinnerung ein paar Projekte aus dem Jahr 2016, denn immerhin handelt es sich heute um den Rechnungsabschluss der Stadt Wien im Zusammenhang mit dem Jahr 2016. Also 2016 hat unser Ressort knapp 40 Millionen in neue Straßenprojekte investiert, etwa in Stadterweiterungsgebieten, natürlich mit Schwerpunkt Gebiet des Hauptbahnhofs, und auch für Instandsetzungen beziehungsweise Neugestaltungsmaßnahmen wie beispielsweise etwa die Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße oder allem voran auch die Neugestaltung des Stephansplatzes, ein Projekt, das nun sehr, sehr viele Jahre lang warten musste. Endlich sind wir nun soweit, dass wir dem Stephansplatz auch das Erscheinungsbild geben, das einem derartig zentralen und bedeutungsträchtigen Ort unserer Stadt gebührt. Dazu kommen 36 Millionen für Instandhaltungen. Das heißt, in Summe wurden weit mehr als 70 Millionen im Verkehrsbereich, wie gesagt, in verschiedene Projekte investiert. Und dann auch noch eine über 11 Millionen Rücklage, die für das Gebiet des Hauptbahnhofs und für Stadterweiterungsgebiete gebildet wurde.

Ein zweiter Schwerpunkt in diesem Jahr 2016 lag, wie auch in den Jahren davor, im Bereich des öffentlichen Raums. 2016 entstand unter Federführung der Magistratsabteilung 19 das Fachkonzept zum öffentlichen Raum, das heißt, es ist in diesem Jahr abgeschlossen worden. Es sieht auch diverse Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung von öffentlichen Räumen in den Bezirken unserer Stadt vor. Hier geht es um Qualitäten, hier geht es um ganz klare Ansprüche, die wir an die eigene Arbeit stellen. In weiterer Folge gilt es jetzt, mit den unterschiedlichen Bezirken, die daran Interesse haben, auch tatsächlich strategische Entwicklungskonzepte für die öffentlichen Räume in den einzelnen Bezirken zu erarbeiten. Die Attraktivierungen des öffentlichen Raums umfassten etliche Projekte, die sich entweder in der Planungs- oder aber auch in der Realisierungsphase befanden. Der Stephansplatz zum Beispiel oder aber auch die Neugestaltung des Südtiroler Platzes, das Sonnwendviertel Nord, die Meidlinger Hauptstraße, die Wasserwelt seien hier nur exemplarisch angeführt.

Die Magistratsabteilung 21 hat eine Vielzahl von Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt. Hier waren insgesamt 20 Projekte, die in Form von Dialogen mit Bürgerinnen und Bürgern mitentwickelt wurden. Ich muss auch an dieser Stelle sagen, dass es mich sehr freut, dass es gelingt, dass Bürgerbeteiligung inzwischen gerade in der Stadtentwicklung zu unserer selbstverständlichen Praxis dazugehört. Ich denke, diese 20 Projekte sind ein Beleg dafür, dass es eben nicht so ist wie in der Vergangenheit, wo man vereinzelt mal Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von neuen Stadtteilen eingesetzt hat, mal nicht. Es ist, wie gesagt, etwas, das selbstverständlich dazugehört, das systematisiert wurde. Inzwischen haben

wir uns auch ganz klare Spielregeln gegeben, wie das abzuwickeln ist. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei den MitarbeiterInnen des entsprechenden Dezernats der Magistratsabteilung 21 bedanken, weil es ist ein neues Dezernat. Es ist ein kleines Dezernat. Sie arbeiten wirklich sehr hart, leisten herausragend gute Arbeit. Wie gesagt, ein extra Dankeschön an dieser Stelle. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Nach dem Vorbild des Quartiermanagements Standpunkt Liesing wurde auch in Floridsdorf für betrieblich genutzte Bereiche eine Beteiligung am Aufbau eines aktiven Quartiermanagements für Floridsdorf für die Jahre 2015 bis 2019 vereinbart, und es befindet sich in Umsetzung. 2016 war übrigens auch das Jahr, in dem etwa das Fachkonzept „Produktive Stadt“ weitestgehend erarbeitet wurde. Es ist fertiggestellt. Es wurde vor wenigen Tagen präsentiert. Aber da sieht man auch, wie viel Arbeit im Hintergrund innerhalb eines Jahres auch erfolgen muss, damit wir dann im Jahr darauf Produkte haben.

Im Straßenbau 2016 wurden 12.718 Baustellen abgewickelt, davon 782 im höherrangigen Straßennetz. Und wie ich auch eingangs erwähnt habe, das Gesamtbudget für den Straßenbau lag bei 86 Millionen EUR inklusive der Bezirksmittel, die hier geflossen sind. Für Projektierung und Neubau etwa im Hauptradwegenetz oder in Stadterweiterungsgebieten kamen, wie gesagt, 12 Millionen, etwas über 12 Millionen EUR.

Im Brückenbereich wurden 2016 mit der Errichtung der Mayrederbrücke begonnen. Sie soll 2017 fertiggestellt sein. Die Ausgaben dafür betragen 2016 2,5 Millionen.

Im Bereich des Hauptbahnhofes wird die Unterführung Gudrunstraße 2017 fertiggestellt. Die Südbahnbrücke wurde im September 2016 begonnen, Fertigstellung 2018. Die Ausgaben dafür waren 2016 knapp 5 Millionen EUR.

In der 33er, also in der Magistratsabteilung 33, gab es insgesamt über 10 Millionen Ausgaben für Anlagen, etwa zum Beispiel in Stadterneuerungsgebieten und nicht nur. Davon übrigens auch knappe 4 Millionen, die von den Bezirken investiert wurden. Der Ausbau der WLAN Access Points ist übrigens auch weitergegangen.

Und nun vielleicht ein, zwei Beispiele, die sozusagen zu den kleineren Tätigkeiten des Ressorts gehören, von denen man sehr, sehr selten etwas hört und die wir hier auch nie besprechen. Etwa zum Beispiel die Abteilung für Stadtvermessung unterstützte die Wiener Linien bei Setzungs- und Kontrollvermessungen für den U-Bahn-Bau und erwirtschaftete dafür übrigens Einnahmen in Höhe von 290.000 EUR. Das freut mich natürlich sehr, weil es eben Abteilungen in unserem Ressort gibt, die auch Einnahmen erwirtschaften.

Vielleicht doch zwei weitere kleine Beispiele, die aber auch zeigen, wie wichtig manchmal kleine Maßnahmen sind und wie viel man damit auch erreichen kann. Wir haben uns 2016 den Schwerpunkt „Sicherheit im Verkehr“ gegeben, und zwar im Zusammenhang mit LKW und Autobussen. Vielleicht zur Erinnerung: Wir haben 2016 ein paar Todesfälle gehabt, die im Zusammenhang

mit LKW und Bussen entstanden sind. Betroffen waren hauptsächlich Radfahrer, Radfahrerinnen, aber nicht nur. Auch für Fußgänger ist das natürlich sehr, sehr gefährlich. Es hat diesbezüglich eine Studie gegeben, die seitens unseres Ressorts in Auftrag gegeben wurde. Man hat sich ganz genau angeschaut, wie die Situation, wie das Verkehrsrisiko bei rechtsabbiegenden LKW ist. Es hat ein Experten-Hearing gegeben. Es hat nicht zuletzt auf Basis dieses Expertenhearings die Entscheidung meinerseits gegeben, vorgezogene Haltelinien etwa für Räder an ampelgeregelten Kreuzungen schlussendlich wirklich auch in ganz Wien zu implementieren, um genau den toten Winkel, der hier bei LKW und Bussen vorhanden ist, zu überwinden und sicherzustellen, dass Menschen auch wieder sicher unverletzt zu ihren Lieben nach Hause kommen. Es hat zum Beispiel die „Safe by green“ gegeben mit Beteiligung unseres Ressorts. Dabei handelt es sich um eine Verkehrssicherheitsaktion der Stadt für motorisierte einspurige Kfz, also Motorräder, mit Praxistraining.

Dafür hat unser Ressort 108.000 EUR gut investiert, denn ich glaube, wenn wir, wie gesagt, auch von Verkehrssicherheit sprechen, dann ist hier jeder Cent Gold wert. Und die Verkehrsstatistik im Zusammenhang mit schweren Verletzungen und Verkehrstoten in den letzten Jahren bestätigt uns, dass dieser Weg, den wir hier gehen, ein guter Weg ist. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Was mich im Übrigen sehr rasch dazu bringt, dass ich zum Schluss vielleicht ganz kurz auf einige Punkte repliziere, die in der Debatte gefallen sind. Das meiste davon ist ohnedies ja auch bei den Reden der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte behandelt worden. Also bitte ich um Verständnis, dass ich nicht auf alles eingehen kann.

Ich fange an mit dem ganzen Kapitel Radverkehr und erforderliche Radinfrastruktur. Man kann natürlich polemisieren, man kann so lange polemisieren, bis man sogar die eigenen Polemiken ernst nimmt und beginnt, daran zu glauben. Man kann sich aber auch auf das Wesentliche konzentrieren, nämlich dass über 200.000 Menschen in unserer Stadt in der Saison mit dem Rad unterwegs sind, und zwar täglich. Sie versuchen, zur Arbeit zu kommen und am Abend wieder nach Hause zu ihrer Familie. Sie versuchen, zur Schule zu kommen. Sie versuchen, ihre Ausbildungsstätten zu erreichen. 200.000 Menschen, ich wiederhole, 200.000 Menschen täglich mit dem Rad sind sehr viele Menschen. Erstens brauchen sie Platz, um sich sicher fortbewegen zu können. Zweitens, im Übrigen gerade auch an die Adresse derjenigen, die immer das Thema Autofahrer und man muss schauen, dass man Radwege hier baut, aber dabei soll kein einziger Autofahrer einen Umweg mehr in Kauf nehmen müssen - also überlegen Sie bitte, was das bedeuten würde, wenn diese 200.000 Menschen auch in einem Auto sitzen würden. Was hätten wir dann für ein Problem? Also wenn es darum geht, in diesem Bereich für Sicherheit zu sorgen, dann, meine ich, sind wir gefordert, Entscheidungen zu treffen. Und weil das Beispiel Peter-Jordan-Straße gefallen ist, meine ich hier klipp und

klar, dass es zumutbar ist, wenn ich in einem Auto sitze, einen kleinen Umweg in Kauf zu nehmen. Was meine ich damit? Wenn ich im Auto sitze, ist es mir zumutbar, einmal um den Block zu fahren um sicherzustellen, dass derjenige, mein Nachbar, der auf dem Rad unterwegs ist, die Möglichkeit hat, unverletzt sein Ziel zu erreichen. Wenn das bedeutet, dass wir in der Peter-Jordan-Straße schlicht und ergreifend die erforderliche Infrastruktur schaffen in einer Art und Weise, die sicher ist und nicht auf dem Gehsteig, wo es mit sehr vielen Risiken verbunden ist, auch für Fußgänger, insbesondere übrigens für Fußgänger, dann sind das Entscheidungen, die zu treffen sind.

Ich bedaure sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wenn ich mit Anträgen konfrontiert bin, die die Quadratur des Kreises von mir verlangen - wirklich, wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass. Was soll ich mit Anträgen machen, die sagen, ich soll dafür sorgen, dass die erforderliche Radinfrastruktur, sprich, Radwege, entstehen, aber es soll dabei kein Auto, wie gesagt, einen Umweg in Kauf nehmen müssen. Da muss ich einfach sagen, das kann man in Stadterweiterungsgebieten machen. Da machen wir unsere Planungen auch so, dass wir von Anfang an den Radverkehr mitdenken. Aber seien Sie mir nicht böse, es ist wirklich so, jedes Kind weiß, dass in der gründerzeitlichen Stadt Platz nicht vermehrbar ist. Das heißt, dass wir lernen müssen, dass dieser knappe Raum, den es in der gründerzeitlichen Stadt gibt, für uns alle da ist, uns allen zur Verfügung stehen muss und wir einmal mehr schauen müssen, wie gesagt, dass wir auch Entscheidungen treffen, weil es nicht lustig ist. Hier geht es nicht in erster Linie um den Klimaschutz, hier geht es nicht in erster Linie um weniger Lärm und weniger Verkehr, hier geht es nicht in erster Linie um weniger Abgase. Ja, das sind auch sehr positive Auswirkungen des Ausbaues des Radverkehrs. Hier geht es in erster Linie um Menschenleben. Und wer das nicht versteht und wer das nicht verstehen will, weil verstehen tun wir es alle, und wer das ausblendet, spielt ein zynisches Spiel auf dem Rücken, wie gesagt, von mehr als 200.000 Menschen, die täglich mit dem Rad in unserer Stadt unterwegs sind. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte zum Schluss das tun, was natürlich auch bei solchen Debatten angebracht ist, nämlich mich von Herzen bedanken. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts, allen voran natürlich bei den Abteilungsleitern für ihr Engagement, für ihren Einsatz, für ihre Leistung und für ihre Geduld. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten natürlich der GRÜNEN und ganz besonders auch der SPÖ ebenfalls für Einsatz, Leistung und Geduld. Und last but not least bedanke ich mich natürlich bei meinem Team, meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus meinem Büro für Einsatz, Leistung und Geduld, allen voran mit mir. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Ener-

gieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich schlage vor, die Debatte der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung mit der Postnummer 4, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2016, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. - Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara. Ich erteile es ihm, selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Eine wachsende Stadt, und der Christoph Chorherr zeigt ja auch immer das Beispiel, wie stark Wien in den letzten Jahren wächst, Größe von Graz. Da ist natürlich der Bedarf nach Wohnungen, Wohnraum entsprechend groß. Das ist gerade auch unter der budgetären Situation kein einfaches Unterfangen, weil natürlich auch der entsprechende Kostendruck diesbezüglich steigt und es auch schwieriger wird, entsprechende Mittel zu mobilisieren. Eine Wohnbauleistung von den 13.000 Wohneinheiten, die Sie, Herr Stadtrat, hier auch immer wieder verkünden, zu erhalten, ist nicht einfach. Bis dato haben wir das auch noch kaum gesehen, also vielleicht einmal die 10.000 sind möglich. Aber es ist ein schwieriges Unterfangen.

Ein Thema, das wir im Rechnungsabschluss dieses Jahr wieder sehen, ist, dass die Wohnbaufördermittel nicht komplett ausgeschöpft wurden. Das ist auch verständlich, weil natürlich die entsprechenden Rahmenbedingungen am Finanzmarkt teilweise attraktiver sind, als diese Wohnbaufördermittel abzuholen. Also in dem Fall sind es knapp 18,5 Millionen EUR, die budgetiert und nicht abgeholt wurden. Auch von den Darlehen wurden 8,5 Millionen ungeplant vorzeitig zurückgezahlt. Da könnte man sagen, ja, das ist gut und das fließt dann wieder ins Generalbudget hinein. Das finden wir nicht gut, dass das quasi im Nirwana eines Gesamtbudgets verschwindet. Wir hielten es hier für sehr viel besser, dass entweder auf der einen Seite Rücklagen gebildet werden, respektive dass man die auch zweckgebunden nutzt. Eine Vorstellung unsererseits wäre hier zu sagen, wir haben ja eine Baukostenobergrenze von diesen zwischen 1.700 und 1.800 EUR/m² je nach Sockelbetrag und den entsprechenden Zuschlägen. Gerade dann, und das war ja in der vorigen Debatte ja auch schon ein großes Thema, wenn wir zum Thema Klimaschutz sprechen, ist auch hier sicherzustellen, dass der gesteigerte Kostendruck nicht dazu führt, dass Klimaschutz oder Energieziele hier, sage ich einmal, verwässert werden, dass die reduziert werden.

Das heißt, man könnte in dem Fall auch zweckgebunden sagen: Gut, für innovative Energietechnologien könnte man einen gewissen Prozentsatz bei diesen Baukostenobergrenzen erhöhen, um das einfach zweckgebunden für innovative Energietechnologien entsprechend zu nutzen. Ich weiß, es gibt eine Reihe von Förderungen der Summe. Aber das wäre schon auch eine Möglichkeit, damit das nicht in ein Globalbudget fließt, sondern wirklich zweckgebunden für diesen Bereich zur Verfügung steht. Das ist wieder ein Thema der Standortpolitik, ich habe das auch in der vorigen Debatte schon erwähnt, weil wir hier wirklich wieder von innovativen Technologien sprechen, von Möglichkeiten sprechen, dass Unternehmen Gebäude auch als Labors nutzen, neue Dinge ausprobieren und das letztendlich langfristig die Qualität der Gebäude, langfristig diesen Wert der Gebäude sichert. Das heißt, volkswirtschaftlich wäre das eine sinnvolle Lösung. *(Beifall bei den NEOS.)* In diese Richtung sollte man stärker denken.

Zweiter Punkt. Wir hören, dass eine größere Bauordnungsnovelle in Diskussion ist, in Erarbeitung ist, et cetera. Wir haben da ja auch schon einige Anträge dazu eingebracht. Das finden wir gut und hoffen, dass es in diesem Fall auch wirklich eine große Novelle wird. Ein Ansatzpunkt für so eine große Novelle oder was wir uns hier auch vorstellen könnten, und da sind wir wieder beim Thema Kostendruck, da sind wir wieder beim Thema Baukosten senken, wäre auf jeden Fall, die Stellplatzverpflichtung zu streichen, weil das ist letztendlich einer der größten Blöcke bei den Baukosten. Das heißt, um hier das entsprechend zu flexibilisieren und Möglichkeiten zu schaffen, wäre ganz klar zu sagen, bitte streichen wir endlich diese Stellplatzverpflichtung, folgen wir anderen innovativen Städten wie Berlin und Hamburg, die das schon gemacht haben. Das wäre aus unserer Sicht eine wichtige Forderung, das zu tun. *(Beifall bei den NEOS.)*

Gleichzeitig wäre das wieder ein wunderbares Beispiel, wie man Klimaschutz und Kosten wunderbar kombinieren kann, weil natürlich damit auch im Kontext einer Klimastrategie und der Klimaschutzziele natürlich der Anreiz für das eigene Auto ein Stück weg reduziert wird beziehungsweise wir glauben, dass der Bauträger schon marktkonform agieren wird, indem er sagt, okay, er wird schon wissen, was er für seine Kunden zur Verfügung stellt. Das heißt, wir überlassen es ihm, wie viele Parkplätze er errichtet oder auch nicht. Aber diese Verpflichtung, die generelle Stellplatzverpflichtung, die sollte endlich fallen. Das ist etwas, was wir uns für eine wirklich große Novelle vorstellen.

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren Punkt kommen, und das war für mich auch schon in der vorherigen Debatte bei der Stadtentwicklung ein Thema, und zwar Kooperation der verschiedensten Abteilungen. Ich sage mal, eine Vernetzung auch teilweise der Silos, die auch wichtig ist, weil man sonst auch übergeordnete Stadtstrategien sehr schwer implementieren kann, sei es die Rahmenstrategie, sei es, dass es eine Energie- und Klimastrategie ist. Und da denke ich, gibt es ein Instrument, das aus unserer Sicht stärker aufgewertet gehört,

nämlich die Infrastrukturkommission. Die Infrastrukturkommission ist in der jetzigen Form nicht verpflichtend. Also die Entscheidungen und Vorgaben der Infrastrukturkommission sind in der jetzigen Form nicht verpflichtend für alle Wohnbauprojekte, sondern nur dort, wo es um geförderte geht. Ich denke, dass die Infrastrukturkommission eben genau diese Vorgaben, die aus stadtplanerischer Sicht notwendig sind, konkret operativ umsetzen kann und einfach diese Vorgaben dann auch entsprechend einzuhalten sind. Das gilt sowohl im Bereich der Energieraumplanung, das gilt auch im Bereich der sozialen Infrastruktur, denn ich habe das einmal in einem Interview von Ihnen, das ist schon länger her, gehört, dass Sie gesagt haben, na ja, wir könnten mehr bauen, wenn es nicht die Infrastrukturkommission gäbe, die uns so viele Vorschriften macht. Ich würde das umgekehrt sehen. Ich würde dort, wo es wirklich notwendig ist, die Kosten reduzieren, und da sind wir wieder bei der Stellplatzverpflichtung. Da gibt es eine Reihe von Dingen, wo man wirklich Kosten reduzieren kann. Dafür kann auf der anderen Seite, wo es wirklich um eine integrierte Planung geht, die Infrastrukturkommission sehr wohl auch Vorgaben machen, was den Bereich öffentlicher Verkehr betrifft, was den Bereich der Schulen betrifft, was den Bereich der Gesundheitsversorgung betrifft, et cetera. Ich glaube, das könnte hier stärker greifen und würde diese verschiedenen Silos besser zusammenführen. Da wäre insgesamt eine viel effizientere Verwaltung, eine viel effizientere Planung möglich und würde insgesamt auch volkswirtschaftlich hier die Kosten reduzieren. Das ist ein Thema, das uns ein sehr großes Anliegen ist und das wir hier in diesem Haus auch in nächster Zeit immer wieder verfolgen werden. *(Beifall bei den NEOS.)*

Für mich noch ein dritter Punkt ist das Thema Immobilienstrategie, und da vor allem in Richtung Entwicklungsflächen das Thema der Kleingärten. Wir haben ja im Ausschuss immer wieder Kleingärten. Auf der einen Seite ist der Wunsch, dass Pächter dieser Kleingärten diese auch kaufen können. Das ist ja grundsätzlich sehr positiv dafür, um Eigentum zu schaffen. Das ist ein guter Punkt, wenn es tatsächlich darum geht, dass jemand wirklich für sich selbst Eigentum schafft. In diesem Fall sehen wir allerdings immer öfter, dass es gerade bei sehr vielen dieser Kleingartenflächen gar nicht so sehr darum geht, Eigentum zu schaffen, sondern es ist eigentlich eine ziemlich starke Spekulation. Also ich kaufe das günstiger, und es sitzt natürlich schon der erste Entwickler dort und kauft diese Fläche. Das ist nicht der eigentliche Sinn, Eigentum zu schaffen, sondern führt dazu, dass die Stadt eigentlich günstiger Grundstücke vergibt und es nicht dazu führt, dass jemand Eigentum schaffen kann, sondern dass auch ein gewisser Wildwuchs an Bauten entsteht. Ich kenne das ganz gut in vielen Gebieten des 22. Bezirkes. Wenn man sich da die ehemaligen Kleingartensiedlungen ansieht, dann sind die von der Entwicklung her teilweise ziemlich katastrophal, so wie das Ganze aussieht. Hier hat man nicht mehr das Gefühl, dass es hier ein wirklich durchdachtes, geplantes Entwicklungsgebiet gibt, sondern dass es hier unter-

schiedliche Reihenhausstrukturen, verschiedenste Größen gibt. Also das Ganze wirkt städtebaulich eigentlich nicht sehr attraktiv. Das ist natürlich schon auch ein Punkt, den diese Art der Veräußerung von Entwicklungsflächen erzeugt. Nicht nur, ist aber schon auch einer der Gründe. Das heißt, diese Art von Entwicklung, die wir gerade in Entwicklungsgebieten im 21. und 22. Bezirk sehr stark sehen, ist nicht unbedingt förderlich und führt nicht zu einer Attraktivierung der Stadt. Also hier sind schon auch noch Maßnahmen zu setzen, um vor allem diese Art von kurzfristiger Spekulation entsprechend zu unterbinden. Noch einmal betont: Wir sind hier ganz klar auch dafür, dass jemand die Möglichkeit hat, Eigentum zu erwerben. Aber, und das haben wir auch schon öfters in diesem Hause gesagt, wir sprechen uns sehr viel stärker dafür aus, dass einfach Baurechte vergeben werden, wie es letztendlich auch in anderen Städten ist. Ich erwähne hier immer wieder Amsterdam als sehr, sehr liberale Stadt, der Großteil wird in Baurecht vergeben. Damit hat die Stadt natürlich langfristig sehr viel mehr an Potenzial und Entwicklungsmöglichkeiten, anstatt diese Flächen relativ leichtfertig auch noch günstiger in dieser Form so herzugeben. Das sind für uns wesentliche Rahmenbedingungen, die wir hier auch weiterverfolgen wollen.

Ich denke, dass es gerade die Punkte sind, die ich heute schon erwähnt habe, diese Stärkung der Infrastrukturkommission. Was wir uns wirklich wünschen, ist eine Novelle der Bauordnung, die ein größerer Wurf ist. Für uns ist dieses Thema der Stellplatzverpflichtung hier ganz wesentlich. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 12 Minuten. Die NEOS hätten noch eine Restredezeit von 11 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Ulm. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dr. Wolfgang **Ulm** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich glaube, im Mittelpunkt des Wohnbauausschusses steht die Frage: Wie stellen wir ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung? Dazu vielleicht drei Anmerkungen in drei Bereichen. Erfreulicherweise sitzt ja der Herr Stadtrat vis à vis und erfreulicherweise hört er auch wirklich mit offenen Ohren den Redebeiträgen zu, sodass ich vielleicht mit der einen oder anderen Anregung etwas bewirken kann.

Thema Nummer 1, die Normenflut. Natürlich könnte man die Baukosten reduzieren, wenn wir bei so manchen Normen reduzieren könnten. Ein ganz konkretes Beispiel, das mich in den letzten Monaten betroffen hat: Im Zinshaus, in dem meine Kanzlei ist, ist etwas passiert. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. *(GR Dr. Wolfgang Ulm zeigt ein Foto.)* Man sieht hier das Stiegenhaus von diesem Zinshaus. Das Schönste am Zinshaus ist eigentlich das Stiegenhaus und beim Stiegenhaus wiederum dieses wunderbare schmiedeeiserne Geländer. Das ist jetzt allerdings leider Gottes verschandelt worden und zwar deshalb, weil der Handlauf in der Höhe von 1 m auf

1,10 m angehoben werden musste, und zwar deshalb, weil die theoretische Absturzhöhe über 12 m liegt. Es gibt eine Richtlinie des Österreichischen Instituts für Bautechnik aus den letzten Jahren, die das vorschreibt. Das Österreichische Institut für Bautechnik sitzt nicht weit entfernt in der Schenkenstraße und ist ein Zusammenschluss aller neun Bundesländer. Mit einer 15a-Vereinbarung ist dieses Institut ins Leben gerufen worden und seitdem werden eine Fülle von Vorschriften und Reglementierungen normiert. Die sind unmittelbar anwendbar, die haben unmittelbare Bedeutung, weil es in Wien keine Bautechnikverordnung gibt. Das kann man sich ersparen. Das ist eine Rechtsvorschrift, die mit ganz wenigen Paragraphen auskommt. Mehr Paragraphen sind nicht notwendig. Es wird nämlich auf die Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik verwiesen, und diese Normen werden zu Normen des Rechtsbestandes gemacht. Durch über 100 Jahre ist es niemandem erforderlich erschienen, diesen Handlauf um 10 cm anzuheben. Das kostet eine Menge Geld. Man fragt sich: Warum ist so etwas notwendig? Noch dazu, wenn man draufkommt, dass man einen zweiten Handlauf machen muss, einen ganz einen hässlichen, der dann natürlich dazukommt, weil 1,10 m für sehr viele Menschen doch ein bisschen unpraktisch ist, sich daran anzuhalten. Jetzt haben wir einen zweiten Handlauf, der das ganze Geländer verschandelt. Ich glaube, das ist ein Beispiel dafür, dass nicht jede Norm einen Sinn hat, dass diese Normen sehr oft unpraktisch sind, sehr oft kontraproduktiv sind, sehr teuer sind und manchmal einen echten Rückschritt darstellen. Ich glaube also, dass es wirklich sinnvoll wäre, diese Normen zu durchforsten.

Zweiter Punkt: Die Mobilisierung von Bauland, die Zurverfügungstellung von ausreichend Grundstücken für den Wohnbau im Allgemeinen, aber für den sozialen Wohnbau im Besonderen. Da kann sich die Stadt Wien nicht aus der Verantwortung stellen. Eine Stadt, eine Gemeinde, ich weiß schon, dass da nicht nur der Herr Stadtrat für Wohnbau zuständig ist, sondern auch die Frau Vizebürgermeisterin zuständig ist, aber eine Stadt, die fast 46 Prozent des Gemeindebesitzes, des Stadtgrundes im Gemeindebesitz hält, die hat schon eine ganz besondere Verantwortung für die Mobilisierung von Grundstücken. Also in Wien gehören mehr als 45 Prozent der Fläche der Gemeinde Wien. Das muss man sich einmal vorstellen. Natürlich, da ist der Lainzer Tiergarten dabei, da ist der Wald- und Wiesengürtel dabei. Die eignen sich nicht. Der Prater eignet sich nicht so besonders gut für die Baureifmachung. Aber da ist auch ganz viel darüber hinausgehender Grund dabei. Da ist mehr drinnen, und da muss mehr passieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Punkt: Ich kann Wohnen günstiger machen, indem ich Eigentumswohnungen stärker fördere, weil die Eigentumswohnung mittelfristig für den Bewohner billiger ist als die Mietwohnung. Das sieht die SPÖ nicht so. Die an sich von mir sehr geschätzte Frau Kollegin Novak hat das ja auch in vergangenen Debatten sehr deutlich gesagt. Sie hat am 10. Dezember 2015 noch gesagt, und sie wird das heute bestätigen, weil sie ja eine Grundsatz-

treue ist, so wie ich sie kennen gelernt habe, ich zitiere die Frau Kollegin: „Eigentum hat im sozialen Wohnbau nichts verloren.“ Das ist sehr schade. Vielleicht kann man doch zumindest zu einer leichten Veränderung in dieser Frage kommen, denn in der Tat ist es so, dass es fast keine geförderten Eigentumswohnungen in dieser Stadt gibt. Aus einer Anfragebeantwortung geht hervor, dass in den Jahren 2010 bis 2015 durchschnittlich 3.786 geförderte Wohnungen pro Jahr entstanden sind. Davon waren es durchschnittlich pro Jahr lediglich 161 geförderte Eigentumswohnungen. Das heißt, wir sind in einer Größenordnung von ungefähr 4 Prozent geförderte Eigentumswohnungen und ungefähr 96 Prozent geförderte Mietwohnungen. Nimmt man andere Zahlen oder andere Betrachtungszeiträume, kommt man auf 3 Prozent Eigentumswohnungen und 97 Prozent Mietwohnungen. Ganz genau kann man die geringe Bedeutung der Eigentumswohnungen bei den Eigenmittlersatzdarlehen erkennen, die vergeben worden sind. Das muss man sich einmal vorstellen, wir reden da im geförderten Bereich von vielen Tausenden Wohnungen, die zur Verfügung gestellt werden. Was schätzen Sie, wie viel Eigenmittlersatzdarlehen pro Jahr vergeben werden? Es waren im Jahr 2012 ganze 43 für Eigentumswohnungen. Im Jahr 2013 waren es 42. Im Jahr 2014 wurden 22 Eigenmittlersatzdarlehen für geförderte Eigentumswohnungen vergeben. Im Jahr 2015 waren es 9, eine einstellige Zahl. Im letzten Jahr 2016 waren es ganze 18 Eigenmittlersatzdarlehen, die im geförderten Wohnbau, im sozialen Wohnbau vergeben worden sind. Das ist sehr wenig und das ist sehr traurig und zwar deshalb, weil es unsozial ist. Denn sozial ist doch das, wovon der Bewohner am meisten hat. Und am meisten hat er von einer geförderten Eigentumswohnung, weil, wie uns Experten mehrfach ausgerechnet haben, die Eigentumswohnung billiger kommt. Sie kommt billiger und daher ist es unsozial, fast ausschließlich Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und fast keine Eigentumswohnungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist auch unverständlich, warum die Förderung bei der Mietwohnung eine höhere ist als bei der Eigentumswohnung. Aber selbst bei Vorhandensein dieser Benachteiligung kommt immer noch die geförderte Eigentumswohnung nach 33 Jahren in etwa bei einer 65-m²-Wohnung günstiger. Ist ja auch wenig überraschend, denn die Grundkosten sind die gleichen. Die Baukosten sind in etwa auch die gleichen. Es kommt die Umsatzsteuer dazu. Aber nach Rückzahlung der Förderung, nach Rückzahlung der Darlehen nach 30 Jahren kommt eben bei der Mietwohnung die Miete dazu, die man sich bei der Eigentumswohnung erspart. Die Experten haben uns das mit einer 65-m²-Wohnung ausgerechnet. Die amortisiert sich nach 33 Jahren. Eine Eigentumswohnung mit 100 m² ist in 36 Jahren günstiger als eine 100-m²-Mietwohnung. Wie gesagt, das ist nicht weiter überraschend, weil ja die wesentlichen Faktoren die gleichen sind. Jetzt ist es so, dass ich nach 33 oder 36 Jahren dann für die Eigentumswohnung weniger bezahle als für die Mietwohnung. Das ist natürlich die sozialere Form der Förderung. Aber nicht nur, dass ich dann nach die-

sen Jahren weniger bezahle. Der große Unterschied ist auch, die Wohnung gehört mir. Also das ist ein eklatanter Unterschied. Das ist natürlich auch der Grund, warum die Wiener, die Österreicher großes Interesse an geförderten Eigentumswohnungen haben.

Der ganz große Anteil wünscht sich das, wünscht sich eine ausgeprägtere Förderung, Eigentum, Vermögensbildung. Das ist einfach wichtig. Das ist Wohlstandsmehrung. Das bietet Unabhängigkeit, das bietet Sicherheit, das bietet Sicherheit im Alter, und das ist nachgefragt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aus diesem Grund bringe ich einen Antrag für mehr Eigentumswohnungen im sozialen Wohnbau ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Abschluss darf ich noch ein Beispiel einbringen, wo man vielleicht Synergieeffekte schaffen könnte und durch die Bereinigung von Parallelstrukturen zu Einsparungen kommen könnte, und wo man Synergieeffekte nutzen könnte. Der Anlass für meine Recherche waren die sechs Millionen pro Jahr für die Gebietsbetreuung. Wir haben untersucht, ob diese Aufgaben derzeit nicht schon von anderen Einrichtungen der Stadt Wien wahrgenommen werden. Und da sind wir draufgekommen, dass es noch sechs weitere Institutionen, Magistratsabteilungen, Organisationseinheiten der Stadt Wien gibt, die sich eigentlich mit den gleichen Themenfeldern beschäftigt. Die Gebietsbetreuung kümmert sich um mietrechtliche Fragen im Mieterschutz, Stadterneuerung, Blocksanierung als großes zweites Thema, und als großes drittes Thema Nachbarschaftsfragen im weiteren Sinn. Mit diesen Themen beschäftigen sich auch die Wohnpartner, die Wohnberatung Wien, das Wohnservice Wien, die MA 25, die MA 50 und der Wohnfonds Wien. Es ist für den Bürger jetzt auch nicht ganz leicht, die richtige Anlaufstelle zu finden. Hat er eine mietrechtliche Frage und begehrt er Mieterschutz, kann er sich an die Gebietsbetreuung, an das Wohnservice Wien, an die MA 25 oder an die Schlichtungsstelle, die zur MA 50 gehört, wenden. Hat er Fragen zur Stadterneuerung oder Blocksanierung, kann er sich an die Gebietsbetreuung, an die MA 25 oder den Wohnfonds Wien wenden. Geht es um eine Angelegenheit von Nachbarschaftsfragen im weiteren Sinn, kann er sich an die Gebietsbetreuung, die Wohnpartner oder das Wohnservice Wien wenden. Ist er auf Wohnungssuche und möchte eine Wohnung haben, dann stehen die Wohnberatung Wien, das Wohnservice Wien oder die MA 50 zur Verfügung. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ein gewisser Wildwuchs, wo ich überhaupt nicht daran zweifle, dass jede Einheit für sich ihre Meriten hat und wichtige Leistungen erbringt. Ich glaube aber, dass man das schlanker und effizienter machen müsste, nicht nur, weil es dann billiger wäre, sondern weil es auch für den Bürger einfacher wäre, eine Anlaufstelle zu finden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Soweit unsere Vorstellungen und Ideen zum Kapitel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das war eine Redezeit von 14 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 11 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR

Mag. Chorherr. Ich erteile es ihm, gewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Es ist so irgendwie die Eigenschaft der Wohndiskussionen, dass sie in einem sehr kultivierten Rahmen ablaufen. Gewisse Wiederholungen gibt es, da nehme ich mich nicht aus. Darum erspare ich mir jetzt, glaube ich, den siebenten Aufguss, warum wir das mit den Eigentumswohnungen einen Hauch anders sehen als die ÖVP. Es muss ja große Unterschiede geben. Ich verweise nur darauf, was momentan passiert, vor allem in den Gründerzeitbezirken außerhalb des Gürtels, wo reihenweise, auch im Sinne der Erneuerung der Stadt, aber auf Grund der hohen Eigentumswohnungspreise Mietobjekte abgerissen werden. Dadurch, dass in der bestehenden Bauklasse mit dann niedrigeren Wohnungen, weil sie dann nicht mehr 3 m hoch sind wie in der Gründerzeit, sondern 2,50, mehr Geschoße untergebracht werden und dann Eigentumswohnungen gebaut werden, wo die besonders günstigen knapp unter 4.000 außerhalb des Gürtels, und die anderen durchschnittlich 5.000 bis 6.000 EUR betragen. Also ich hätte jetzt gesagt, ohne die Statistik zur Hand zu haben, dass ein beträchtlicher Anteil an Eigentumswohnungen angeboten wird. Aber das, was die Stadt wirklich braucht, auch für Menschen, die nicht nur 1.000, 1.200, 1.500 EUR verdienen, sind günstige Mietwohnungen, und dass wir uns hier sehr anstrengen müssen. Ich werde einige Punkte anführen und sehe da durchaus gewisse Überschneidungen zu meinen Vorrednern bei allen Unterschieden.

Ich möchte mit dem „big picture“, mit dem großen Bild beginnen, das alle Städte haben, die so stark wachsen wie Wien. Also noch einmal aus der Planungsdiskussion: Die Einwohnerzahl von Graz ist seit dem Jahr 2000 nach Wien gekommen und wohnt hier, eine ungeheure Leistung aller der in Wien Tätigen, auch jener, die Wohnungen errichten. Interessant fand ich eine Untersuchung, die im Bereich der MA 18 gemacht wurde: Wo sind denn die Menschen vor allem hingezogen? Es hängt mit dieser unglaublichen Attraktivität und Flexibilität der bestehenden Stadt zusammen, dass knapp mehr als die Hälfte in der Bestandsstadt untergekommen sind und nur die Hälfte in den großen Stadterweiterungsgebieten. Das zeigt, wie flexibel dieses unglaubliche, ich sage immer, zivilisatorische Wunderwerk Stadt ist, sich anzupassen. Aber wo eine so große Nachfrage besteht, haben alle Städte enormen Druck, leistbaren Wohnraum anzubieten. Da, glaube ich, sollten wir einige Dinge offensiv angehen. Das eine sind in der Tat die Grundstückskosten. Da möchte ich aber sehr positiv darauf verweisen, dass sich in den letzten Jahren einiges getan hat. Es stimmt, dass ein großer Anteil der Gründe der Stadt Wien gehört. Die 45 Prozent sind natürlich mit Vorsicht zu genießen, weil es geht nicht um den Wiener Wald und die Lobau und den Prater und auch alle Straßen, die der Stadt gehören. Ich glaube nicht, dass die ÖVP will, dass man mitten am Gürtel Häuser hinstellt, sondern das wird weiter eine Verkehrszone bleiben. Ich will wirklich darauf verweisen, was jetzt in einer sehr

guten Kooperation zwischen Wiener Wohnen und der Stadtplanung passiert, dass eine Reihe von Grundstücken im Eigentum der Stadt von Wiener Wohnen, die auch sanierungsbedürftig sind, für sozialen Wohnraum angeboten werden. Jetzt läuft gerade ein Wettbewerb im Bereich des Handelskai, kennen alle. Neben der Reichsbrücke steht eine ziemlich in die Jahre gekommene Hochgarage, wo eine Gesamtanierung stattfindet, und ausreichend, sage ich jetzt bewusst dazu, Garagenstellplätze auch angeboten werden, obwohl sie in Summe reduziert sind, weil wir auch nicht wollen, dass die Autos auf der Straße stehen. Da geht es um eine maßvolle Austarierung. Ich sage jetzt, weil ich die Zahl nicht auswendig weiß, ich würde sagen, in 15 bis 20 Bereichen, wo im Bereich Wiener Wohnen Erneuerungsbedarf ist, werden jetzt solche Projekte gemacht. Punkt 1.

Punkt 2: Ein unterschätztes Instrument, das leider immer nur dann in die Schlagzeilen kommt, wenn es auch dort zu Unregelmäßigkeiten kommt, das ist der gemeinnützige Wohnungssektor. Wir dürfen eines nicht vergessen, und da appelliere ich auch an die Stadt, zwei Dinge zu unterscheiden. Wir diskutieren hier oft leistbares Wohnen, auch von Privaten, die auch einen wesentlichen Anteil leisten. Ich denke da an die Wohnbauinitiative des Herrn Wohnbaustadtrates. Auf der anderen Seite die Gemeinnützigen. In den ersten Jahren ist hier wenig Unterschied, insbesondere wenn auch Wohnbauförderung ausgeschüttet wird, ein bisschen höher im Bereich des nichtgeförderten und des nichtgemeinnützigen. Aber der große Unterschied kommt nach 30 Jahren, und auf das will ich verweisen. Dass Wien noch immer, noch immer, noch immer deutlich günstigere Wohnungen im Schnitt anbietet, hat damit zu tun, dass jedes Jahr tausende Wohnung wieder neu vergeben werden, sei es von Wiener Wohnen oder sei es von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften, und da sage ich Ihnen mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Mietzins des Wohnungsgemeinnützigkeitengesetzes. Das sind 80 Prozent des burgenländischen Mietrichtzinses. Das ist unter 4 EUR netto, unter 4 EUR netto! Warum? Und es ist schon etwas ganz Wesentliches, was Rot-Grün ausmacht, dass ein wesentlicher Teil des Wiener Wohnungsmarktes eben nicht dem Markt überlassen ist, sondern nur so viel Miete verlangt werden darf, wie zur Erhaltung des Hauses notwendig ist. Das sage ich auch in die Richtung des Wohnbauressorts.

Ich bitte zu unterscheiden, dass ein gemeinnütziger Wohnbauträger, der unter dem WGG-Regime arbeitet, langfristig für die Stadt die deutlich günstigeren Wohnungen anbietet, als wenn man das nur auf 10 Jahre im Bereich der Wohnbauinitiative anbietet, weil à la longue dann die Mieten auf das normale Marktniveau steigen, und da sind wir dann bei netto 10, 11, 12 und höher. Ich glaube, ich bin jetzt nicht der Pressesprecher der Gemeinnützigen, ich tu mir jetzt leicht, weil ein großer Teil in Wien ist nahe der Sozialdemokratie. Etliche, Sie kennen sie auch, sind nahe bei der ÖVP. Es gibt auch einige Gemeinnützige. Mir ist kein grüner bekannt, weil ich es auch nicht als unsere Aufgabe sehe, Wohnbaugenossenschaften zu gründen. Ich glaube, dass die Gemein-

nützigkeit eine unglaubliche Chance ist, die man über Jahrzehnte aufbaut. Da verhehle ich nicht, mit einem großen Argusauge auf die nächste Bundesregierung zu schauen, weil verkaufen kannst du nur ein Mal. Wenn du es, wie in Deutschland, einmal wegverkauft hast, kriegst du es nie wieder zurück. Also mein Appell an die Gespräche, die geführt werden, ist, in den neuen Entwicklungsgebieten einen möglichst hohen Anteil von WGG-Wohnungen zu haben, weil dafür werden sich unsere Kinder in 30 Jahren sehr bedanken, wenn wir die günstigen Wohnungen bauen, so wie wir uns bei denen bedanken müssen, die sie vor 30, 40, 50 Jahren angeboten haben.

Eine Kleinigkeit, bekannte Kleinigkeit, wo ich dem Kollegen Ulm recht gebe, so schwierig es ist, sind die Normen. Warum sage ich, es ist schwierig? Ich denke jetzt an dieses entsetzliche Unglück in London. Die Normen sind immer dann lästig, wenn sie in der Tat belasten. Und Ihr Beispiel, da würde ich Ihnen recht geben, aber da ist der Spielraum Wiens nur ein bisschen begrenzt, weil, wie Sie richtig ausgeführt haben, diese Normen sind von allen neun Bundesländern gemeinsam beschlossen worden. Aber in der Tat, und jetzt würde ich den Brandschutz ausnehmen, ich erzähle Ihnen jetzt auch ein Beispiel aus meinem persönlichen Bereich, wo ich mich auch frage, das kann auch nicht der Sinn sein. Es kann auch nicht immer Sinn sein, dass man sozusagen jemanden im Gemeinderat kennt, der den Spielraum, den es immer gibt, auch bei Normen, entsprechend nutzen kann. Kinder gehen in eine Kindergruppe, und ich kenne das aus persönlichster Erfahrung, diese Kindergruppe ist genehmigt. Aus einer Reihe von Gründen, die damit zu haben, dass es zum Beispiel mehr Kinder in der Kindergruppe geben soll, es sind jetzt 13 Kinder, möchte man, dass sie in einen Kindergarten umgewidmet wird. Nein, das geht nicht, denn dann gelten andere Normen. Gescheitert ist das am K-Wert des Bodens. Der hat jetzt schon auch seinen Sinn, dass es da unten nicht zu kalt sein soll. Ich frage mich aber schon, 13 Kinder in der Kindergruppe, es funktioniert übrigens wunderbar, ein hervorragender Kindergarten, falsch, eben nicht, eine hervorragende Kindergruppe mit hervorragenden Pädagoginnen und Pädagogen, aber sie können leider nicht mehr Kinder nehmen. Es ist ein Altbau, da ist sicher der Boden wärmer als bei uns zu Hause, wo es auf Grund des Altbestandes undichte Fenster gibt und im Winter, das kennen wir alle, ziehen wir uns Hausschuhe an. Das hat alles schon seinen Sinn. Wir sehen, dass wir Normen haben. Aber ja, und es gehört ja ein Beispiel auch dazu, da wird gelegentlich über das Ziel hinausgeschossen. Aufpassen müssen wir nur dann, wenn einmal wirklich etwas passiert. Dann sagen alle: Wie war das mit den Normen? Und da verweise ich noch einmal auf den tragischen Fall des Brandschutzes. Aber Sie kennen auch und ich kenne die, die sagen, der Wiener Brandschutz ist überzogen. Das ist eben solange überzogen. Aber es brennt halt auch seit Jahrzehnten kaum im Wohnungsbau.

Ein letzter Punkt, der vom Kollegen Gara aufgegriffen wurde. Ja, in der Tat, auch hier müssen wir nachdenken,

was heißt Wohnbau und Klimaschutz. Ich beobachte mit Sorge und habe das auch mit dem Herrn Wohnbaustadtrat besprochen, dass wir uns das genauer anschauen müssen, dass auf Grund der wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke, die eine europäische ist, der Anteil der Gaseinzelheizungen im Wohnbau dramatisch steigt, beim geförderten, aber erst recht beim freifinanzierten. Wenn wir heute eine Gasheizung in einen Neubau hineinstecken, haben wir die 30, 40 Jahre drinnen. Das kann nicht das Ziel sein! Ein positives Ergebnis der letzten Budgetdebatte, ich weiß nicht, Sie können sich erinnern, Herr Stadtrat, dass ich auf diese Musterbeispiele verwiesen habe, wo Abwärme als Datensender genutzt wird. Da gibt es jetzt ein sehr schönes Projekt im 22. Bezirk. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir im Zuge der neuen Bauordnung klarstellen, dass Verbrennungen im Haus der Vergangenheit angehören. Es gibt heute keinen Grund, wenn wir Heizung, Wärme bereitstellen wollen, darüber spreche ich, dass wir ... Wir können Passivhaus bauen, wir können Abwärme nutzen, wir können die Fernwärme anschließen, wir können ganz viele Dinge machen. Die Fernwärme, die übrigens dabei ist, schrittweise auch auf erneuerbar umzustellen, die daran denkt, riesige Wärmepumpen zu errichten, um die Abwärme aus der Donau zu nutzen, das würde jetzt zu sehr ins Detail gehen. Aber zu sagen, wir verbrennen weder Öl noch Gas im Haus bei Neubauten - Achtung, das sage ich jetzt als jemand, der in einer Altbauwohnung wohnt, die wahrscheinlich noch viele, viele Jahre mit Gas geheizt werden muss, weil es wirklich schwierig ist, in den Altbau hineinzugehen, aber bei Neubauten. Wir haben uns verpflichtet, bis zum Jahr 2050 CO₂-neutral zu sein. Das ist eine gewaltige Umstellung. Das ist Paris. (GR Michael Niegler: Warum sollen wir das tun?) Bitte? (GR Michael Niegler: Und warum sollen wir das tun?) Nein, das wollen wir. Wo ich Sie nicht ganz überzeugen kann, weil es ein Thema mit dem Klima gibt, wo ich das Gefühl habe, dass wir uns nicht ganz in der Analyse einig sind, aber ziemlich viele Wissenschaftler auf der Welt das ziemlich ähnlich sehen, das spare ich mir aus Zeitgründen. Sie davon zu überzeugen, das schaffe ich jetzt wahrscheinlich nicht in 2 Minuten. Weil ich der einzige Redner bin und das sehr wichtig ist, nehme ich mir diese eine Minute dazu.

Wenn wir das ernst nehmen, können wir bis 2050 CO₂-neutral sein. Dann müssen wir uns aber jetzt überlegen, was bauen wir neu im Gebäude, was planen wir neu in Gebäuden, die 2021, 2022 in Betrieb gehen und bis zum Jahr 2050 sinnvollerweise technisch nicht angeührt werden. Da haben wir eine große Bandbreite von Möglichkeiten über beheizen und auch kühlen können, was zunehmend leider immer wichtiger wird, vor allem im städtischen Bereich, wo Tage über 30 hinaufschließen, und Nächte, wo es über 25 bleibt, auch. Ich glaube, dass das ein Schritt wäre, der uns auch wirtschaftlich nützt, weil anstatt Wertschöpfung in Gasimporte zu stecken, können wir Wertschöpfung in intelligente Technik hier in Wien vor Ort entwickeln. Das sind Strategien, die auch andere Städte gehen. Darüber müssen wir nachdenken. Da haben wir mit den Stadtwerken einen sehr potenten

Partner. Und das sind die Dinge, die einen zukunftsgerichteten, sozialen und ökologischen Wohnbau in Wien ausmachen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 14 Minuten, Restredezeit wäre noch 11 Minuten, sollte sie benötigt werden. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Kasal, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Bitte.

GR Mag. Günter **Kasal** (FPÖ): Sehr geehrte Vorsitzende! Herr Stadtrat! Herr Berichterstatter!

Kommen wir zurück zum Rechnungsabschluss nach diesem eher gruseligen Gedanken von meinem Vorredner. Im Rechnungsabschluss 2010 hatten wir noch 819 Millionen EUR Wohnbauförderung. 2015 im Rechnungsabschluss waren es noch 558 Millionen EUR. Mittlerweile haben wir nur mehr 544 Millionen EUR jährlich Wohnbauförderung. Das sind bereits um 275 Millionen EUR weniger als zu Beginn von Rot-Grün, und das in einer Zeit, wo Rot-Grün begeistert vom Bevölkerungszuwachs in unserer Stadt spricht. Das heißt, wir haben jährlich bis zu 30.000, 35.000 Zuzug in Wien, und im gleichen Zeitraum reduzieren wir massiv die Neuschaffung von Wohnraum. Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind dafür verantwortlich, besser gesagt, Rot-Grün ist dafür verantwortlich, dass die Wohnkosten und die Mietpreise immer weiter steigen. Die Nachfrage nach günstigem Wohnraum ist stark im Steigen. Der Herr Stadtrat stellt leider Gottes zu wenig Wohnbauförderung zur Verfügung.

Ganz klare Zahlen haben wir in der Pressekonferenz des Verbandes der gemeinnützigen Bauvereinigungen am 23. Mai dieses Jahres gehört, und zwar entgegen den Jubelmeldungen unseres lieben Herrn Stadtrates von 8.000, 9.000 Wohnungen, die wir im Jahr bekommen. Die tatsächliche Neubauleistung von Wohnungen, die im Jahr 2016 neu übergeben wurden, ist 3.400, wurde mit 3.400 Wohnungen beziffert. Wenn wir das im Zusammenhang mit den über 30.000 Menschen sehen, die jährlich zu uns kommen, dann kann man sagen, eigentlich pro Wohnung 10 Personen, dann könnte es sich vielleicht knapp ausgehen. Das ist eine Katastrophe für die Zukunft in unserer Stadt, und das wird auch eine Katastrophe für die Mietkosten in unserer Stadt werden. Laut Prognose des Verbandes der gemeinnützigen Bauvereinigungen wird es auch 2017 in Wien nur zirka 3.700 neue Wohnungen geben. Das heißt, es wird sich auch heuer an der Situation nichts verbessern, weil der Zuzug bleibt ja erwartungsgemäß gleich groß. Insgesamt kürzt Rot-Grün seit dem Antritt bis 2020 um mehr als 500 Millionen EUR und leitet diese Mittel in das allgemeine Budget um.

Die Wohnkosten in der Bundeshauptstadt steigen vom hohen Niveau aus immer weiter an. Für immer breitere Bevölkerungskreise wird die Wohnung vom Zuhause zur finanziellen Belastung. Die mit der Flüchtlingskrise einhergehende Migrationsbewegung nach Wien verschärft die Situation zusätzlich. Bauleistung und Bedarf klaffen immer weiter auseinander. Genau in dieser Situation hat es, ich glaube, im Herbst 2015, ein

Schreiben des Leiters der MA 50 in Ihrem Auftrag gegeben, wo gemeinnützige Wohnbauträger mit der Frage konfrontiert wurden, wie viele Wohnungen sie im Rahmen der Flüchtlingshilfe zur Verfügung stellen können. Das bedeutet, es liegen die Zahlen auf, wo und wie viele ausfinanzierte Genossenschaftswohnungen von sozialen Trägern im geförderten Wohnbau bereits für Flüchtlinge, Asylwerber, Asylberechtigte, et cetera, zur Verfügung gestellt werden. Diese Zahlen wären sehr interessant. Deswegen bringe ich auch einen Beschlussantrag zu diesem Thema ein, und zwar:

„Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Dr. Michael Ludwig wird aufgefordert, statistische Daten betreffend die Vermietung von Wohnungen aus dem gemeinnützigen Bestand inklusive ausfinanzierter gemeinnütziger Bestand an soziale Trägerorganisationen oder direkt zur Wohnversorgung von Asylwerbern, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten zu sammeln und in einer Jahresstatistik zu veröffentlichen.“

In formeller wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kommen wir weiter zu Wiener Wohnen. Es geht ja, wie gesagt, um den Rechnungsabschluss 2016. Wenn man dann bei Wiener Wohnen die Entwicklungen beobachtet, da gibt es Quartalsberichte. Wenn man diese Entwicklungen beobachtet, sind die teilweise nicht so positiv. Wenn ich mir das Verwaltungspersonal ansehe, wir haben das bereits letztes Jahr, wie es erstmals aufgefallen ist, gemeinsam erörtert, so ist es doch verwunderlich: Der Wohnungsbestand oder der Bestand an Mietobjekten bleibt bei Wiener Wohnen gleich. Trotzdem gibt es beim Verwaltungspersonal einen Zuwachs von 698 im 1. Quartal 2016 auf 740 im 1. Quartal 2017 innerhalb eines Jahres. Das heißt, die Aufgaben bleiben plus/minus gleich. Aber der Zuwachs an Personal ist doch deutlich erkennbar. Ebenso in der Kundenmanagement Kundenservice GmbH, wo der Gesamtpersonalstand von 295 auf 365 vom 1. Quartal 2016 auf das 1. Quartal 2017 gestiegen ist. Im Callcenter, dort, wo eigentlich Mieterinnen und Mieter den Kontakt zu Wiener Wohnen suchen können, fällt ganz besonders auf, dass im Vergleichszeitraum wieder die Summe der eingelangten Anrufe von 239.000 auf 278.000 um 17 Prozent innerhalb eines Jahres gestiegen ist, ebenso die an Wiener Wohnen weitergeleiteten Anrufe von 140.000 auf 161.000. Ich kann mir bei bestem Willen nicht vorstellen, dass das Jubelanrufe sind, die Begeisterungstürme auslösen und alle sagen, sie sind so zufrieden in ihrem Wohnumfeld, es ist alles in Ordnung. Das heißt, man ruft eigentlich bei Wiener Wohnen an, wenn es Dinge gibt, die in irgendeiner Weise mitzuteilen sind, und es werden in den geringsten Fällen die positiven sein. Da bin ich schon bei den weniger positiven Zahlen, auch wiederum bei Wiener Wohnen. Und zwar, was in den letzten Quartalsberichten wirklich auffällig ist, ist, dass die Anzahl der Delogierungen, auch im Vergleichszeitraum, um 58 Prozent gestiegen ist. Die Zahlen betreffend Nichtbezahlung Mietzins sind um 62 Prozent gestiegen. Für mich ist das ein Signal, dass sich viele Mieterinnen und Mieter selbst

den günstigen Wohnraum in unserer Stadt ganz einfach nicht mehr leisten können. Das ist Grund zur Sorge.

Ordnungsberatung: Auch das ist ein großes Problem, wenn ich mir die Zahlen ansehe, zum Beispiel bei den Ordnungsberatern ist in den letzten 12 Monaten die Anzahl der Mitarbeiter mit 23 gleich geblieben. Aber die Verletzungen laut Reinhaltegesetz sind von 7.000 auf 11.500 um 63 Prozent gestiegen. Das heißt, da sollten wir eigentlich etwas tun.

Die Verstöße gegen die Hausordnung bei Wiener Wohnen sind von 917 in einem Jahr auf 1.360 gestiegen, plus 48 Prozent. Ich habe den Antrag schon einige Male eingebracht. Ich werde nicht damit aufhören. Wiener Wohnen sollte sich einen Ombudsmann leisten, sollte versuchen, einen Ombudsmann zur Verfügung zu stellen. Ich bringe den Antrag ein:

„Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung wird aufgefordert, die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen in die Wege zu leiten. Im Zentrum der Aufgaben dieser Stelle sollen die unabhängige Betrachtung von Konfliktfällen und die Überprüfung von Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit gefällter Entscheidungen stehen. Diese unparteiische Schiedsstelle ist mit der erforderlichen Infrastruktur auszustatten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe vorhin erwähnt, es sind sehr, sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr bei Wiener Wohnen. Also kann es bitte nicht daran liegen, dass man sich diese Ombudsstelle nicht leisten kann. Ich nutze aber gleich die Gelegenheit und bedanke mich beim Herrn Stadtrat für die letzten zwölf Monate Zusammenarbeit. Sie ist auf Augenhöhe. Sie ist wertschätzend. Sie ist respektvoll. Eigentlich, wenn man hier manchen Diskussionen folgen kann, vorbildlich. Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit wurde punktgenau eingehalten. Fraktionelle Restredezeit ist 28 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Novak. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 13 Minuten.

GRin Barbara **Novak**, BA (SPÖ): Danke schön. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die wirklich bedeutende zentrale Frage hat der Kollege Ulm heute hier am Beginn seiner Rede erwähnt, nämlich: Wie stellen wir ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung? Das ist wirklich der Dreh- und Angelpunkt dieses Ressorts. Alle Punkte, die ich mir aus dem sehr umfassenden Bericht des letzten Jahres und des Rechnungsabschlusses herausgeholt habe, beschäftigen sich am Ende genau mit dieser Frage, nämlich: Wie stellen wir ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung? Dazu gibt es einige Instrumente, die sich diese Stadt historisch ja schon vor langer Zeit gegeben hat und verfeinert und ausgebaut hat. Eines dieser Instrumente ist die Wohnbauförderung.

Ich möchte auch gleich auf meinen Vorredner replizieren, weil ich glaube, dass es notwendig ist, und natürlich hat der Rechnungsabschluss mit Zahlen zu tun, vollkommen legitim, zu versuchen, ihn ein bisschen auch ins richtige Licht zu rücken beziehungsweise machen wir einmal eine gemeinsame Leseübung von Zahlen, weil irgendwas kann nicht stimmen. Spannend würde ich finden, wo Sie Ihre Zahlen her haben, weil ich Ihnen dann sage, wo ich meine her habe, und dann tauschen wir uns aus. Vielleicht finden wir irgendwann einmal da auch ein Übereinkommen.

Meine Statistik sagt, 2006 gab es eine Förderung von Wohneinheiten von 5.721, das ist jetzt 10 Jahre, wenn man so will, im Berichtszeitraum zurück. 2010, das ist das, was Sie als Spitze der Wohnbauförderung erwähnt haben, seither wäre es quasi nur mehr zurückgegangen, habe ich 4.892. Dann gab es 2011 den Beschluss der Wohnbauoffensive durch StR Michael Ludwig und natürlich auch dieses Hauses und die großen Anstrengungen. Dann ergibt sich ein Wiederanstiegen 2014 mit 7.990 geförderten Wohneinheiten. 2016 sind wir im Moment bei 6.806. Da reden wir jetzt nur von den geförderten, aus der Wohnbauförderung geförderten Wohneinheiten. Da sprechen wir nicht über das, und der Kollege Gara hat es in seiner Wortmeldung richtigerweise angesprochen, was sonst auch aus dem gemeinnützigen Sektor, et cetera gebaut wird, die sich direkt jetzt keine Wohnbauförderung für ihre Projekte abgeholt haben, weil die Zinseslage und der Finanzmarkt hier im Moment auch andere Möglichkeiten bieten. Also über die Frage der Zahlen können wir uns sicher noch einmal länger unterhalten. Wichtig ist, dass das Instrument eines ist, das den sozialen Wohnbau möglich macht, das das leistbare Wohnen möglich macht, das es möglich macht, Smart-Wohnungen zu bauen, die langfristig auch für junge Familien einen guten Start in das Leben bieten, und auch möglich macht, dass wir hier vor allem auch im Sanierungsbereich große Anstrengungen finanziell unterstützen können, denn ein großer Teil der Wohnbauförderung, und das darf man nicht vergessen, geht auch in die Erhaltung und Sanierung. Das waren 2016 167 Millionen EUR. Und auch nicht zu vergessen, 97 Millionen EUR gehen alleine in die Subjektförderung, das heißt, in die monetäre Unterstützung von Einzelpersonen, wenn man so will. Das ergibt eben das gesamte Bild. Es ist der Mix aus den Objektförderungen und den Subjektförderungen, die es am Ende möglich machen, individuelle Lösungen in der Vielfalt dieser Stadt anbieten zu können.

Ein ganz, ganz wichtiger Bereich, und da wäre es interessant, mich mit dem Kollegen Chorherr noch länger auszutauschen. Er hat da ja durchaus noch den einen oder anderen Vorschlag in der Frage, wie gestalten wir den gemeinnützigen Sektor und hier die Wohnbauförderung. Vielleicht sollten wir auch über diese Bereiche weiterdiskutieren und das weiterentwickeln.

Ich würde gerne ein paar Worte noch zum Normenmanagement sagen, weil ich das für sehr wichtig halte und eine Abteilung in diesem Ressort, das wurde ja gar nicht erwähnt, einen ganz, ganz wichtigen Beitrag dazu leistet, dass sich die Stadt Wien mit der MA 39 eine

eigene Magistratsabteilung leistet, die genau in diesem Bereich forscht, entwickelt, prüft und sich genau darum Gedanken macht, nämlich: Welche Materialien werden in welchem Zusammenhang eingesetzt? Wie können wir auf prognostizierbare, ich meine, das ist ja alles immer im Rahmen der auch vorhersehbaren Möglichkeiten, auf Risiken eingehen, aber in einem verträglichen, moderaten Ausmaß? Das heißt, nicht so überzogen, dass man in Wahrheit auch dem Lobbyismus freigegeben ist, weil das ja im Grunde das Problem ist, das jede öffentliche Einrichtung in diesem Sektor hat. Aber ich erinnere mich zum Beispiel auch an die Debatte im Gesundheitsbereich, dass ein Heer von Lobbyisten versucht, im Normenmanagement natürlich einen bestimmten Standard für ein bestimmtes Produkt festzunageln und dann ist man hier ausgeliefert. Dem entgegenzuwirken, da muss man im Normenmanagement mit Sicherheit ein ganz gutes Augenmerk haben. Aber dem entgegenzuwirken, haben wir auch eine eigene Stelle, die hier unabhängig und im Sinne der Stadt agieren kann. Dafür ein herzliches Dankeschön, weil mich das auch sehr zuversichtlich macht, sage ich jetzt einmal, dass so große Katastrophen bei uns nicht ganz so leicht passieren können, wie sie vielleicht auch woanders passiert sind. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein weiteres wichtiges Puzzleteilchen in dem Bereich soziales Wohnen ist die Wohnbeihilfe. In Summe 70 Millionen EUR wurden an direkter Wohnbeihilfe ausbezahlt. Das Besondere an der Wohnbeihilfe ist, dass sie ja nicht nur für den geförderten Bereich ausbezahlt wird, sondern in der allgemeinen Wohnbeihilfe darüber hinaus und es so den Menschen möglich macht, wenn sie in Situationen geraten, dass sie eben ihre Wohnung nicht mehr alleine finanzieren können, wir hier unterstützend wirken können, sodass kein Auszug, Umzug und Verlust der Wohnung passieren muss. Ich halte das für eines der wirklich ganz wichtigen Dinge. Trotzdem, und das hat der Kollege Kasal richtig gesagt, gibt es gerade auch im Bereich des Gemeindebaues Familien, die es, wie man auf Wienerisch sagt, nimmer selber derreiten, aus welchem Grund auch immer, und die können sehr unterschiedlich sein, wie ich aus meinem sozialen Engagement insbesondere weiß. Deshalb gibt es seit vorigem Jahr und eigentlich seit heuer dann umgesetzt, aber vorbereitet das ganze letzte Jahr und implementiert das neue Management, das sich jetzt schon mit Sicherheit aus vielen, vielen Gründen sehr bezahlt macht. Es gab bis Mai des heurigen Jahres 129 Familien, die hier davon betroffen waren, also Mieterinnen und Mieter bei Wiener Wohnen, das heißt, Familien oder Mieter, die im Normalfall von der Delogierung betroffen wären, weil sie Mietzinsrückstände haben und sich hier nichts rührt, sich nichts tut. Jetzt gehen aktiv Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf diese Mieterinnen und Mieter zu. Von den 129 konnte man 102 die Wohnung erhalten und wieder, wenn man so will, den Zug auf die Schiene stellen, weil es ja auch ein bisschen alternativlos ist. Das muss man dazusagen. Es sind 102 Schicksale ausgeblieben. 102 Familien und Mieterinnen und Mieter haben die Möglichkeit, weiterhin ihren Wohnraum zu sichern. Das

halte ich für einen großartigen Erfolg, das ist eine ganz tolle soziale Leistung. Es ist etwas auch nicht ganz uneigennützig, glaube ich, vom Unternehmen. Es ist auch gescheit. Es braucht 102 Verfahren weniger, 102 Gerichtsverhandlungen weniger, 102 Kosten, die damit auch entstehen, weniger und verhindert Leid. Ich halte es für ein ganz tolles Projekt, und ich möchte mich bei allen bedanken, die das umgesetzt haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein bisschen läuft mir die Zeit davon. Aber ich möchte noch auf ein ganz, ganz wichtiges Projekt in diesem Ressort aufmerksam machen, das bis jetzt noch nicht ganz so im Fokus der Öffentlichkeit, jedenfalls unserer hier Halböffentlichkeit, sage ich jetzt einmal, gestanden ist. Im Grunde ist es das im Moment größte EU-geförderte Smart-City-Projekt, das stattfindet. „Smarter Together“ ist ein Smart-City-Projekt, das sein Projektgebiet in Simmering am Geiselberg hat. 22.000 Menschen leben in diesem Projektgebiet. Man hätte sich vielleicht auch einfachere Gebiete, sage ich jetzt einmal, in Wien aussuchen können. Aber es war ganz gezielt Sinn und Zweck der Stadt, dieses Pilotprojekt, das sehr stark EU-gefördert ist, in einem Projektgebiet auszusuchen, wo sehr viele Partnerinnen und Partner mit unterschiedlichen, auch sozialen Hintergründe agieren können und leben. Dieses Projekt wurde 2015 eingereicht, hat die Förderung durch die Europäische Union bekommen, läuft von 2016 bis 2019 und hat voriges Jahr am 18. Oktober den Global Green City Award der UNO bekommen, weil es ein wirklich ausgezeichnetes, herzeigbares, reales Smart-City-Projekt ist, das es wirklich schafft, im Neubau, aber auch in der Revitalisierung die höchsten ökologischen Standards anzuwenden und sehr, sehr viel zu den Green-City-Zielen beizutragen. Aber vor allem eine wichtige Sache im Fokus hat, nämlich zu verhindern, dass die angesessene Bevölkerung, die dort lebt, auf Grund von Renovierungsarbeiten, Aufwertungsarbeiten des Gebietes, höherer Infrastruktur, besserer Mobilität, höherer Qualität im Wohnraum, absiedelt, weiter an den Stadtrand gedrängt wird und dann dort neue, eher bürgerliche Gebiete entstehen, sondern dass die Bevölkerung dort weiterhin leben bleiben kann und auch leistbaren Wohnraum und leistbare Infrastruktur vorfindet.

65.000 m² Bruttogeschoßfläche wird dort auch verbaut und revitalisiert, das sind 632 Wohneinheiten. Das ist ein riesengroßes Projekt und hat eine Investitionssumme von 80 Millionen EUR. Also Sie sehen, es gibt nicht nur Strategien am Papier, sondern es werden diese Strategien auch in ganz konkrete Smart-City-Projekte umgesetzt. Ich möchte mich beim ganzen Team der MA 25, die das auch federführend leitet und einreicht, recht herzlich bedanken, insbesondere auch bei der Gebietsbetreuung, die dort vor Ort gemeinsam auch mit dem SIMmobil die Partizipation der Bevölkerung ermöglicht. Hier agiert auch ein sehr, sehr schönes Projekt, wo ich schon auf den Projektabschluss gespannt bin. Im Übrigen ein Projekt gemeinsam mit Lyon und München, also Wien, Lyon und München, die drei Hauptstädte, die hier auch ihre Erfahrungen austauschen. Das ist sehr

spannend, da kann man sehr viel lernen, auch von den anderen Kolleginnen und Kollegen.

Ein weiterer Bereich, den ich noch ganz kurz ansprechen möchte, weil er auch international wirkt, ist die internationale Bauausstellung, ein Prozess, der ja über einen sehr langen Zeitraum geht mit sehr, sehr vielen Veranstaltungen, wo ich besonders daran schätze, und wer die Veranstaltungen besucht, wird das, glaube ich, genauso wahrnehmen, dass es einen sehr, sehr schönen Austausch zwischen der Wissenschaft, Forschung, den Expertisen, auch internationalen Expertisen, gibt, und jenen, die in Wien Wohnbau realisieren und umsetzen. Natürlich werden auch viele Pilotprojekte aus der Stadt präsentiert. Alles, was zum Thema Social Housing hier jetzt gerade auch aufgebaut beziehungsweise transportiert wird, sind ganz wesentliche Projekte. Hier wird viel international nicht nur geforscht, sondern auch ausgetauscht. Das halte ich für ganz, ganz wichtig, weil das über den Tellerrand hinausschauen und sich weiterentwickeln mit Sicherheit eine der höchsten Kompetenzen dieser Stadt ist. Das sieht man vor allem auch in diesem Bereich und innerhalb der internationalen Bauausstellung.

Ich freue mich sehr, dass sich das hier so gut entwickelt und wollte abschließend noch sagen, dass mir der Vorschlag vom Kollegen Gara, darüber nachzudenken, wie wir unter Umständen die eine oder andere Zweckwidmung für nicht abgerufene Wohnbaufördergelder, vielleicht auch mit anderen Standards versehen, grundsätzlich gut gefällt. Vielleicht kann man über das auch einmal weiterreden. Wenn es im Wohnbauressort verbleibt, finde ich das grundsätzlich hervorragend. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Auch das war eine punktgenaue Rede, 13 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 27 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schwarz. Ich erteile es ihr. Fraktionelle Restredezeit ist 11 Minuten, und ich werde diese auch einstellen.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Damen und Herren!

Ich möchte wieder einmal die zwei Punkte anbringen, die uns ein großes Anliegen sind. Das ist Eigentumschaffung, da hat ja mein Kollege Dr. Ulm schon sehr viel dazu gesagt, und auch Eigentum schaffen für Familien. Das Zweite ist das Wohnraumbedürfnis und die Wohnungsgrößen in Wien.

Wir haben beim letzten Rechnungsabschluss auch darüber gesprochen, dass ja die durchschnittliche Gemeindebauwohnung 59 m² hat, die durchschnittliche Genossenschaftswohnung 73 m². Ich habe Ihnen gesagt, dass Zahlen von der Statistik Austria zeigen, dass eine Familie mit einem Kind auf durchschnittlich 90 m² in Wien lebt und einen Bedarf dessen hat und habe Ihnen auch gesagt, dass ich der Meinung bin, dass Wien eben zu kleine Wohnungen für das Bedürfnis der Wienerinnen und Wiener baut. Das zeigt auch die Zahl, dass wir 81.000 Wohnungen mit Überbelag haben, das heißt, zu viele Menschen wohnen auf kleinem Wohnraum, und

das betrifft in erster Linie sicher die Familien in Wien. Es zeigt auch, dass 220.000 Menschen, das sind auch Zahlen der Statistik Austria in Wien, eigentlich größere Wohnungen bräuchten als 90 m², wenn man eben dieses Bedürfnis von Familien mit einem 3- bis 5-Personenhaushalt hochrechnet. Sie haben mir damals gesagt, die Zahlen, die Sie haben, zeigen eigentlich, dass ein Ein-Personen-Haushalt gerne 45 m² hätte. Also immer eine Person hätte gerne 45 m², um sicher zu wohnen. Ich habe auch das Zitat da, wenn Sie es gerne hören. Aber ich glaube, Sie glauben mir. Das heißt, dass ein Haushalt mit 3 Personen eigentlich gerne 135 m² hätte. Also ich glaube, das ist ziemlich hochgegriffen, das kann sich auch keiner mehr leisten. Ich möchte nun nur die Smart-Wohnungen gegenüberstellen. Die Smart-Wohnungen, die Sie errichten, und das ist ja auch Ihr Ansatz, kleinere Wohnungen mit einem durchdachten Grundriss, das heißt, eine 1-Zimmer-Wohnung hat maximal 40 m², obwohl wir wissen, dass ein 1-Personen-Haushalt gerne 45 m² hätte, und ein 3-Personen-Haushalt hat 70 m², wobei wir jetzt eben diese Zahlen haben. Ich gehe jetzt nicht von den 45 m² aus, aber eben mit den 90 m². Das heißt, das Bedürfnis, das die Wienerinnen und Wiener haben, wie groß ihre Wohnung sein muss oder welchen Wohnraum mit Abstellflächen, auch mit Freiraum, und so weiter, sie gerne hätten, trifft da nicht zusammen, und ich würde mir in der Wohnbauplanung wünschen, auch ein bisschen auf diese Bedürfnisse der Wienerinnen und Wiener einzugehen.

Zum Thema Eigentum wissen wir, wo Sie stehen, wissen, wo wir stehen. Da haben wir auch ganz offen darüber gesprochen. Das schätze ich im Übrigen sehr. Wir haben darüber, und das wissen Sie, dass es mir ein ganz großes Anliegen ist, dass man schon auch Familien unterstützt, wenn sie sich Eigentum schaffen wollen. Das ist nun mal ein Grundbedürfnis, dass Eltern gerne etwas für ihre Kinder schaffen und dieses dann in der nächsten Generation weitergeben können. Ich glaube, dass es sehr wohl die Arbeit der Politik ist, das zu unterstützen, unabhängig von ideologischen Vorstellungen.

Ich möchte gerne auf die Familienförderung eingehen, weil ich erzähle Ihnen das immer wieder, aber leider habe ich noch nie etwas zurückbekommen. In der Jungfamilienförderung, die die Stadt Wien ja hat, steht drinnen, dass kein Mitglied, das in dieser Wohnung wohnt, älter als 40 Jahre sein darf, ansonsten fällt man aus dieser Förderung raus oder hat auch keinen Anspruch auf diese Förderung. Ich glaube nur, dass wir im Jahr oder ich bin mir sicher, dass wir Jungfamilie anders definieren müssen. Jungfamilie hat nichts mit dem Alter der Eltern zu tun, sondern eine Jungfamilie ist eine Familie, die ein Kind im Verbund hat. Wir sehen Zahlen, dass Frauen immer später Mutter werden. Also wir haben, glaube ich, ich muss jetzt nachschauen, dass ich Ihnen nichts Falsches sage, an die 41 Prozent Frauen, die mit 39 oder später das erste Mal Mutter werden. Das sind 41 Prozent, die schon mal aus dieser Jungfamilienförderung rausfallen. Mein Ansatz oder unser Ansatz wäre, die Jungfamilienförderung an das Alter des Kindes zu binden. Das, glaube ich, wäre viel ehrlicher und würde auch

dem Trend, wenn man das so sagen darf, später Eltern zu werden, mehr entgegenkommen. Ich würde mir wirklich sehr wünschen, dass wir uns das mal genauer anschauen könnten und auch mal darüber reden könnten, weil ich denke, dass das ein ganz wichtiges Tool ist und Familien beim Wohnraumschaffen unterstützen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei Ihnen für die sachliche Zusammenarbeit bedanken, auch bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch wenn wir jetzt noch ein paar Tage sitzen, wünschen wir einen schönen Sommer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren 6 Minuten, damit verbliebe für die ÖVP noch eine Restredezeit von 5 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Niegl, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Sehr geehrter Vorsitzender! Werte Berichterstatterin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kollegen und Zuseher vor dem Internet!

Der Wohnbau in Wien, ein ambitioniertes Ziel, läuft in weiten Flächen. Aber dennoch müssen wir hier Kritik anbringen. Denn der Wohnbau ist in Wien leider auch ein Opfer der unverantwortlichen Schuldenpolitik und der unverantwortlichen Zuwanderungspolitik. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Ich kenne das anders!)*

Die Stadt wächst. Dies wird von Ihnen, meine Herrschaften von Rot und Grün, als Frohbotschaft über sämtliche Medien verbreitet und hinausposaunt. Die Stadt wächst. Dank Ihres Überangebotes von Sozialleistungen geschieht dieser Zuzug ausschließlich ins Sozialsystem und nicht in die Leistung. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Auch das ist unrichtig!)* Das ist leider wahr. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Nein!)* Die Mindestsicherung und die sozialen Absicherungen werden natürlich von Ihnen, meine Herrschaften, großzügig auch an Nichtösterreicher vergeben, und das noch ohne Not.

Ein paar Zahlen vielleicht: 2017 beziehen allein in Wien bereits 205.000 Personen die Mindestsicherung. Davon sind 49 Prozent nicht Staatsbürger. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Falsche Zahlen!)* Das heißt, 100.000 Nichtösterreicher werden von uns finanziert. Die Tendenz ist stark steigend. Selbstverständlich gibt es dann noch den sozialen Wohnbau obendrauf. Das ist halt Ihr direkter Zugang in der Zuwanderung. Die direkten Kosten der fehlgeschlagenen Zuwanderungspolitik betragen 356 Millionen EUR. 356 Millionen EUR bei einer Neuverschuldung von gesamt 560 Millionen EUR bedeutet, 65 Prozent der Neuschulden sind direkt auf die Zuwanderung zuzuführen. Na, bravo! Dafür haben die hart arbeitenden Österreicher und Wiener ganz sicher Verständnis! Ich bin mir ganz sicher! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch wenn wir uns noch so redlich bemühen, den sozialen Wohnbau auf starke Füße zu stellen, und ich weiß, dass der Herr Stadtrat zu 100 Prozent dahintersteht und das auch möchte - ich glaube ihm die gute Ambition -, wird das leider nicht gelingen. Denn dieser Zuzug belastet logischerweise den sozialen Wohnbau im gleichen Ausmaß. Dank Ihrer Willkommenspolitik haben sich, wie erwartet, unqualifizierte und schlecht ausgebil-

dete Personen nach Wien begeben, die Sie mit diesem Angebot förmlich angelockt haben. Diese benötigen natürlich auch den Wohnraum, welcher natürlich den Bürgern, die hier leben und seit Langem hier leben, fehlt. Das merkt man auch immer im Gespräch mit den Bürgern, dass sie eine Wohnung suchen und keine bekommen, und so weiter, und so fort. Es handelt sich um Wohnraum, welcher teuer von uns Steuerzahlern bezahlt und finanziert wurde. Die Stadt wächst, und der soziale Wohnbau wird für Nichtösterreicher und Nichtstaatsbürger zur Verfügung gestellt. Dafür haben die hart arbeitenden Bürger dieser Stadt ganz sicher vollstes Verständnis! Ich glaube, ihr befindet euch da am Holzweg!

Aber bleiben wir bei der Finanzierung des Wohnbaus und der Wohnbauförderung, jener Förderung, die Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün, laufend zweckentfremden. Von 2015 bis 2017 haben Sie 285 Millionen von der Wohnbauförderung zur Finanzierung des allgemeinen Budgets und zur Finanzierung des Krankenhauses Nord zweckentfremdet verbraucht. Das ist halt leider etwas, was uns jetzt fehlt. Es ist eine Zahl, die natürlich durch das Belastungspaket WiStA, welches den sozialen Wohnbau bis 2020 noch einmal um 245 Millionen belasten wird, etwas, was Rot und Grün in direkte Verantwortung bringt, zur Verteuerung im Wohnbau führt. Das, glaube ich, können wir nicht wollen. Ihr seid da einfach am Holzweg! Ihr seid am falschen Weg!

Somit wird Ihr Versprechen, sehr geschätzter Herr Stadtrat, jährlich 9.000 soziale geförderte Wohnungen zu errichten, wohl kaum erfüllbar sein, außer das Geld wird neu gedruckt oder wächst seit Neuestem auf den Bäumen. Aber gesehen habe ich das noch nicht.

Wenn dann gebaut wird, werden Fehler gemacht. Nehmen wir einmal dieses unselige Projekt Neu Leopoldau her. Ich habe es schon öfters erwähnt. Da wird auf einer Altlast ohne Not und ohne nachzudenken, Wohnbau auf schwerst kontaminiertem Boden betrieben. *(GR Mag. Christoph Chorherr: Die Geschichte erzählen Sie schon zum 57. Mal!)* - Jetzt etwas Neues, lieber Kollege Chorherr, nebenbei werden dort auch noch die Sicherheitsabstände der Seveso-Richtlinie massiv unterschritten. Ich weiß nicht, ob es Ihnen vielleicht entgangen ist. Aber die GRÜNEN kümmern sich ja nicht mehr um Sicherheit oder um Umweltschutz. Da gibt es nur mehr Verbotsgeschichten, dass man keine Gasgeräte mehr braucht. Das ist natürlich interessant, CO₂ und solche Sachen. Das ist wichtig. Aber kommen wir zurück zu Neu Leopoldau. Dort befinden sich drei Betriebe mit gesteigertem Gefahrenpotenzial in unmittelbarer Nähe. Ich sage ihnen auch, welche es sind. Es sind das Spitzenkraftwerk Leopoldau, es hat einen 8.600-Tonnen-Heizöltank, dann die Busgarage Wiener Linien mit einem Flüssiggastank von 120 Tonnen und der riesige Erdgasröhrenspeicher mit einem Fassungsvermögen von 15.000 m³ Erdgas, direkt im Umfeld von neu errichtetem Wohnbau. Jetzt kommt es. Zu all den drei Gefahrenbetrieben werden die Mindestsicherheitsabstände gemäß der Seveso-Richtlinie, die in einem Arbeitskreis erarbeitet wurden, massiv unterschritten. Ich kann Ihnen dann gerne eine Skizze durchgeben oder schicke sie Ihnen

auch gerne zu. Das komplette Baugebiet ist mitten in den Gefahrenbereichen. Bravo! Das wird dann sicher sehr billig sein, wenn es zu einer Katastrophe kommt! Der Herr Kollege Chorherr hat heute schon London erwähnt. Es ist genau dieselbe Sache, einfach wegzuschauen, einfach nichts zu wissen, einfach alles vom Tisch zu stellen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist mir komplett unverständlich, wie man jemals auf die Idee kommen konnte, auf diesem Gebiet Wohnbau zu errichten. Das muss irgendeinem Genie eingefallen sein, einem wahren Visionär der Städteplanung (*GR Dominik Nepp: Dem Herrn Chorherr!*), dessen Visionen wir als Normalsterbliche offenbar nicht nachverfolgen können. Ich kann Ihnen sagen, solche Visionen kenne ich normalerweise nur aus der ehemaligen DDR und von Erich Honecker! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich glaube, irgendwer wird schon etwas von der ganzen Geschichte haben. Die Bürger werden es nicht sein, weil sie werden gefährdet und werden in der Gesundheit benachteiligt. Wie gesagt, sie sind es auf keinen Fall.

Kommen wir noch zur Sanierung: Bei der Sanierung gibt es natürlich auch wieder Probleme durch Fahrlässigkeit, mangelnde Bauaufsicht, und, und, und. Ich weiß, das kann passieren. Dennoch gibt es Dinge, die einfach eklatant sind. Daran müssen wir in Zukunft arbeiten, dass wir uns das ersparen. Ich kann ihnen leider nicht ersparen, diese unglückselige Jedleseer Geschichte in der Wohnhausanlage 79-95 in der Jedleseer Straße zu erwähnen. Dort hat die Baufirma, die Firma Heimbau, natürlich ein Netzwerkbetrieb der SPÖ - wissen wir eh -, es offenbar nicht geschafft, normale Rahmenbedingungen auf der Baustelle zu schaffen. Wir haben uns wirklich bemüht. Wiener Wohnen, muss ich dazusagen, hat dann gerade zuletzt auch noch die Notbremse gezogen. Aber die Baufirma hat es einfach nicht auf die Reihe gebracht und konnte es nicht schaffen, wochenlang massive Wassereintritte in die darunterliegenden Wohnungen zu verhindern. Man hat einfach das Dach abgetragen und vergessen, die Decke abzudecken. Es regnet im Frühjahr. Das ist halt so. Wie auch immer, das wird natürlich etwas kosten.

Bei der Errichtung der Wohnungen sind wir dann wieder bei den GRÜNEN und bei der linksideologischen Wohnbaupolitik. Wir haben heute vom Kollegen Chorherr bereits gehört, er will alle Gasgeräte verbieten. Verbieten will er sie. Er möchte den CO₂-Haushalt verbessern, und, und, und. Dabei vergisst er, dass weltweit Vulkane ausbrechen, die auch alles ausstoßen. Aber ist egal, sei dahingestellt. Es ist vollkommen uninteressant. So ein kleiner Vulkanausbruch ist lächerlich! Da ist viel gescheiter, wir verbieten Gasgeräte!

Wie auch immer, die grüne Stadtplanungspolitik hat es recht rasch geschafft, sich im Umfeld der Bauträger wohlfühlen. Ein grünes Netzwerk an Landschaftsarchitekten wurde geschaffen. Planungsbüros, wo der Kollege Chorherr dick verstrickt ist und einer der Obernetzwerker ist. Wie auch immer. Dadurch explodieren natürlich die Kosten, wenn man Landschaftsarchitekten Parkanlagen durchstylen lässt, und, und, und. Da gibt es Kaprizierthei-

ten, die keiner versteht. Es macht aber nichts. *(GR Mag. Christoph Chorherr. Was soll ich davon haben?)* Irgendjemand wird schon etwas davon haben, auch wenn Sie es nicht sind, Herr Kollege! Ich weiß es nicht, vielleicht haben Sie etwas davon! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kann nur sagen, Rot und Grün riskieren den Wohnbau. Rot und Grün riskieren mit der Schuldenpolitik die Zukunft der Stadt. Denn 17 Milliarden Schulden gesamt sind natürlich eine Unverantwortlichkeit außerordentlichen Ausmaßes. Die Stadt wächst. Das ist unter Rot-Grün eine gefährliche Drohung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Niedermühlbichler. Selbstgewählte Redezeit 9 Minuten.

GR Georg **Niedermühlbichler** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine bis jetzt sehr zivilisierte Debatte. *(GRin Birgit Hebein: Das war sie jetzt nicht mehr!)* Ich möchte mich diesem Stil anschließen. Ich möchte noch einiges zu meinen Vorrednern sagen.

Zum Kollegen Ulm: Es geht bei Eigentumswohnungen nicht um ein grundsätzliches Nein der Sozialdemokratie, sondern Eigentumswohnungen haben durchaus einen Sinn. Wir haben nur ein Problem, wenn man sie übermäßig fördert. Denn Eigentum schaffen kann man nur dann, wenn man über ein gewisses Grundkapital verfügt. Dann macht es durchaus Sinn, sich eine Wohnung anzuschaffen. Dann macht es durchaus Sinn, auch den Rest mit Kredit zurückzuzahlen. Aber wenn man über dieses Grundkapital nicht verfügt, wird es schwierig bis unmöglich, sich Eigentumswohnungen anzuschaffen. Daher ist es unsere Aufgabe, und das sehen wir als rot-grüne Stadtregierung, leistbare Wohnungen für alle und nicht nur für jene, die sich Eigentumswohnungen leisten können, zur Verfügung zu stellen.

Zum Kollegen Kasal: Sie haben darauf hingewiesen, dass die Wohnungspreise stetig ansteigen. Ich möchte schon richtigstellen, dass das im privaten Wohnbereich so ist. Der Herr Wohnbaustadtrat hat öfters darauf hingewiesen. Da brauchen wir auch dringend Maßnahmen. Aber sowohl im Gemeindewohnungsbereich als auch im geförderten Wohnbau, im Genossenschaftsbereich haben wir sehr moderate Anstiege der Wohnungspreise. Das ist deshalb so, weil wir Sozialdemokraten in dieser Stadt in den vergangenen Jahrzehnten immer darauf geschaut haben, dass Wohnen in dieser Stadt leistbar bleibt. Dass wir im privaten Wohnsektor etwas zu tun haben, darauf komme ich später noch zurück.

Ich möchte zur Kollegin Schwarz, die den Wohnraumbedarf angesprochen hat und gemeint hat, dass die Stadt Wien vorbeientwickelt, da laut Statistik Austria durchschnittlich 90 m² der Bedarf einer Wohnung wären, sagen, ich glaube schon, dass es Ziel einer vernünftigen Wohnbaupolitik sein muss, darauf zu schauen, dass man auch mit weniger auskommt. Denn jeder Quadratmeter mehr muss gebaut werden, muss in der Errichtung bezahlt werden, muss auch in der Miete und in der Erhaltung bezahlt werden. Hier ist, glaube ich, der Schlüssel

dazu, dass wir eine vernünftige Aufteilung von Wohnungen erreichen, um eben Familien mit 2 Kindern eventuell auch in einer 70- oder 75-m²-Wohnung ordentlich unterzubringen. Denn dann spart man sich einerseits die Wohnbaukosten und andererseits die laufenden Kosten.

Jetzt zum Kollegen Niegler: Auf das, was er so erzählt hat, will ich nicht eingehen. Aber ich meine, mir ist schon lieber, dass ich in einer Stadt lebe, die so attraktiv ist, dass die Menschen herkommen, dass die Menschen in diese Stadt kommen. *(GR Maximilian Krauss: Wenn ich es mir leisten kann! Wenn ich es mir nicht leisten kann, ist es ein bisschen blöd!)* Das ist mir als Wiener und als Sozialdemokrat lieber. Sie haben recht, es stellt uns vor große Herausforderungen! Aber schauen Sie einmal in Städte, die schrumpfen, welche Herausforderungen diese haben. Sie haben es nicht leichter. *(GR Maximilian Krauss: Man kann auch einen Mittelweg finden!)* Die Wienerinnen und Wiener können sich sicher sein, dass die rot-grüne Stadtregierung, vor allem die SPÖ, unter unserem Bgm Michael Häupl und unserem Wohnbaustadtrat Michael Ludwig, alles dafür tun wird, dass die Herausforderungen in dieser wachsenden Stadt bestens gelöst werden. Das wissen auch die Wienerinnen und Wiener! Wie gesagt, mir ist eine Stadt lieber, wo die Menschen hinkommen, als eine Stadt, von der die Menschen weggehen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie wissen, dass zwei Drittel der Menschen in Wien in einem geförderten Wohnbau leben. 220.000 Gemeindewohnungen, 200.000 Genossenschaftswohnungen, das ist Politik der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahrzehnten. Das macht den guten Mix aus. In diesen Wohnungen bleibt und ist Wohnen leistbar. Da bieten wir den Menschen Top-Qualität zu einem guten Preis. Wir tun in der Vergangenheit, und werden es auch in Zukunft tun, das, was uns als Kommune, was uns als Stadt möglich ist. Der Herr Wohnbaustadtrat hat in den letzten Jahren viele Initiativen gestartet. Es wird noch weitere Initiativen geben. Sie können sich darauf verlassen, und vor allem die Wienerinnen und Wiener können sich darauf verlassen, dass die erfolgreiche Wohnbaupolitik der Sozialdemokratie der letzten Jahre auch in Zukunft fortgeführt wird.

Wir tun, was möglich ist. Aber im privaten Bereich, und das ist schon angesprochen worden, wo die Mieten tatsächlich steigen und davongaloppieren, brauchen wir ein faires Mietrecht. Da können wir als Stadt Wien und als Stadtregierung, auch als Wiener Gemeinderat oder Landtag, nur wenig dazu beitragen. Was wir aber tun können, ist, alles zu tun, dass wir dieses faire Mietrecht auch bekommen, und zwar möglichst rasch. *(GR Maximilian Krauss: Sie sind eh erst seit Kurzem in der Regierung!)* Es wird sich bis zur Wahl nicht mehr ausgehen. Aber wenn die Sozialdemokratie entsprechend stark wird, kann ich versprechen, dass wir nach der Wahl alles daran setzen werden, ein faires Mietrecht für ganz Österreich zu schaffen, wo auch im privaten Wohnsektor Wohnen wieder leistbar wird! Das ist eine große Herausforderung, die wir haben! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir dürfen die privaten Vermieter nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Deswegen müssen wir dieses intransparente Zu- und Abschlagssystem novellieren. Unsere Wohnbausprecherin Ruth Becher hat hier einen guten Vorschlag, nämlich ein Universalmietrecht, vorgelegt. Vielleicht wird es nach der Wahl gelingen, es in der nächsten Periode auch umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wien ist und bleibt Welthauptstadt des leistbaren Wohnens. Dafür sorgt Rot-Grün. Aber dafür sorgt vor allem eine starke Sozialdemokratie! - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren 7 Minuten. Restredezeit der SPÖ sind somit 20 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Dr. Kickert gemeldet.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Niegler hat in seiner Wortmeldung Christoph Chorherr als Teil eines Netzwerks *(Beifall von GR Mag. Dr. Alfred Wansch.)* von LandschaftsplanerInnen und LandschaftsarchitektInnen behauptet. Das ist falsch! *(GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Ach so, es sind nur Vereine!)* Das ist falsch!

Ich weise die in den weiteren Sätzen seiner Wortmeldungen in die Nähe von Korruption gebrachte Unterstellung auf das Schärfste zurück und weise daraufhin, dass Sie als Partei mit einer Menge von vielen Einzelfällen, deutlich im Glashaussitzend, vielleicht ein wenig vorsichtiger mit den Steinen, die Sie werfen, sein sollten! *(GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Danube Flats, und so weiter!)* Herr Wansch, auch Sie persönlich sollten mit den Unterstellungen ein wenig vorsichtiger sein! Wirklich wahr! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Ist das eine Drohung?)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Sehr geehrte Frau Dr. Kickert, ich bin mir als Vorsitzender durchaus der Brisanz solcher Äußerungen bewusst und passe genau auf. Aber ein Netzwerk ist keine Unterstellung und nicht grundsätzlich etwas Negatives *(GR Mag. Christoph Chorherr: Warum hat er es dann gesagt?)*, wenn man so etwas sagt. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: „Er wird schon etwas davon haben.“, war der nächste falsche Satz!)* - Nein, das hat er nicht gesagt, sondern es wird schon jemand etwas davon haben. Ich habe genau aufgepasst. Ich bin schon ein gebranntes Kind als Vorsitzender. Sie können sich darauf verlassen, dass man hier korrekt vorgeht. *(GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Ein Sündenfall ist ein Sündenfall! Da kann man noch so tun!)*

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Berger. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Normalerweise lässt man sich als Vorsitzender das Protokoll kommen!)* - Bitte keine Zwischenrufe mehr!

GR Stefan **Berger** (FPÖ): Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte! Geschätzte Besucher auf der Galerie und zu Hause vor den Bildschirmen!

Ich möchte ein Thema beziehungsweise einen Bericht aufgreifen, der heuer im März publiziert wurde,

nämlich einen Rechnungshofbericht zu ausgewählten Liegenschaftsverkäufen der Stadt Wien aus den Jahren 2005 bis 2014. In diesem Rechnungshofbericht bekommt die Verkaufspraxis der Stadt Wien, ich würde einmal sagen, ordentlich ihr Fett weg. Man könnte vielleicht getrost sagen, dass die Liegenschaftsverkäufe zum Teil förmlich in der Luft zerrissen wurden.

Da meine Redezeit leider nicht unbegrenzt ist, der Rechnungshofbericht aber sehr umfassend ist, er hat immerhin 122 Seiten, bleibt mir hier nicht mehr Zeit, als Ihnen nur auszugsweise aus dem Bericht Punkte zum Besten zu geben und Ihnen sozusagen mehr oder weniger ein Best-of zusammenzustellen beziehungsweise wiederzugeben.

Im Prüfungszeitraum, das waren die Jahre 2005 bis 2014, wurden seitens der Stadt Wien 3.400 Liegenschaftskäufe durchgeführt, wobei die Stadt Wien in lediglich 67 Fällen öffentliche Bieterverfahren durchgeführt hat und zum Teil auch die Verfahrensgrundsätze der Europäischen Kommission nicht eingehalten hat.

Ein weiterer Kritikpunkt, den der Rechnungshof angebracht beziehungsweise aufgezeigt hat, war, es wurden in manchen Fällen Inserate über einen Liegenschaftsverkauf so spät geschaltet, dass eine Kenntnisnahme durch alle an der Versteigerung Interessierten nicht gewährleistet war. Nachdem vorhin die Emotionen etwas hochgegangen sind, möchte ich das jetzt nicht sonderlich vertiefen, möchte aber durchaus auf eine gewisse schiefe Optik in diesem Bereich hinweisen.

Ein weiterer Punkt war, die Stadt Wien hat Liegenschaften an gemeinnützige Bauvereinigungen bis zu 40 Prozent unter ihrem Verkehrswert verkauft, was einer Wohnbauförderung von rund 2 Millionen EUR gleichkommt. Diese Wohnbauförderung wurde als solche aber leider nicht ausgewiesen.

Ein weiterer Punkt war, es gab 4 Bauvereinigungen, denen die Stadt ein nahezu unentgeltliches Baurecht eingeräumt hat, für sage und schreibe 11 Cent pro Quadratmeter und Jahr sowie für immerhin 80 Jahre. Auch bei anderen Baurechten hob die Stadt zum Teil viel zu wenig Bauzins ein, was zu einer jährlichen Minderleistung von 9,36 Millionen EUR bei Einzelbaurechten beziehungsweise zu rund 23 Millionen EUR bei Baurechten gemeinnütziger Bauvereinigungen führte.

Die Stadt legte überhaupt erst im Jahr 2014 - zwar spät, aber Gott sei Dank ist sie gekommen - eine Immobilienstrategie fest. Bis dahin waren keine einheitlichen Ziele und Richtlinien in puncto Liegenschaftsmanagement vorhanden.

Sie sehen, der Rechnungshofbericht hat es in sich. Die Liste ließe sich noch sehr weit fortführen. Aber zusammenfassend kann man sagen beziehungsweise unterm Strich kommt im Endeffekt heraus, bei 23 Liegenschaftsverkäufen stellte der Rechnungshof bei 21 Liegenschaftsverkäufen Mängel fest. Das sind rund 91 Prozent. Rechnet man das auf den Prüfungszeitraum beziehungsweise auf die gesamten 3.400 Liegenschaftsverkäufe hoch, könnte man bei rund 3.100 Verkäufen Beanstandungen festmachen. Es wäre einerseits für uns sehr interessant, alle entsprechend zu prüfen. Insbeson-

dere wäre es natürlich auch für die Wienerinnen und Wiener interessant, weil sie natürlich als Steuerzahler das größte Interesse daran haben. Aber bekanntlich sind die Ressourcen des Rechnungshofs auch nicht unendlich.

Der Herr Stadtrat hat in einer Stellungnahme in Reaktion auf diesen Rechnungshofbericht dann auch medial verlautbaren lassen, er nimmt grundsätzlich jeden Bericht des Rechnungshofes und insbesondere die dargelegten Empfehlungen sehr, sehr ernst. Sehr, sehr ernst, hat er gesagt. Ich habe in der Sitzung des Gemeinderates am 1. Juni in der Fragestunde auf eine Anfrage von mir eine Zusatzfrage gestellt, wo ich gefragt habe, welche Punkte von denen, die der Rechnungshof aufgezeigt hat, schlussendlich schon umgesetzt wurden. Sie haben gesagt, und ich habe das Wortprotokoll auch hier mit, dass man in Zukunft zusätzlich zum tatsächlichen Verkaufserlös auch den Verkehrswert der Liegenschaft ausweisen wird. Das war genau ein Punkt aus diesen gesamten Schlussempfehlungen.

Wenn man aber den Rechnungshofbericht hernimmt und an das Ende des Berichtes blättert - ich habe es mir markiert -, und zwar ist es auf Seite 108, stehen dort die Schlussempfehlungen. Dort stehen aber sage und schreibe 38 Schlussempfehlungen, die der Rechnungshof der Stadt Wien mitgibt. Das sind im Endeffekt die Schlussempfehlungen, die unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Stadt Wien zum ursprünglichen Rohbericht noch übrig geblieben sind. Diese Schlussempfehlungen des Rechnungshofes werden nicht an die Stadt Wien adressiert, weil es den Herrschaften beim Rechnungshof besonders langweilig ist oder weil sie eh nicht ausgelastet sind, sondern es geht schlichtweg darum, die Stadt entsprechend weiterzuentwickeln beziehungsweise die Stadt weiterzubringen, der Stadt den Weg von Optimierungen zu zeigen, Einsparungen zu ermöglichen oder, wie es im konkreten Fall beim Bericht der Fall ist, dass der Rechnungshof eben aufzeigt, dass sehr wohl höhere Verkaufserlöse möglich wären beziehungsweise hier einen Weg zu zeigen.

Es ist auch nicht so, dass es in Wien im Endeffekt keinen Handlungsbedarf gäbe. Der Wohnungsmarkt ist schon seit dem Jahr 2012 sehr angespannt. Auch die Arbeiterkammer hat in mehreren Publikationen festgehalten, dass bereits seit 2012 die Schere zwischen Bevölkerungswachstum und Wohnbedarf auf der einen Seite und dem tatsächlichen Wohnungsneubau auf der anderen Seite massiv aufgeht. Zusätzlich hat das Jahr 2015 dank der Willkommenskatscher in den beiden Regierungsfraktionen auch noch einmal zu einer Verschärfung der Situation am Wohnungsmarkt geführt. Die Mietpreise steigen. Das wissen Sie wahrscheinlich alle selbst beziehungsweise insbesondere die Wienerinnen und Wiener. Aber weil es heute schon in den vorangegangenen Diskussionen mehrmals angesprochen wurde, auch die Preise von den Eigentumswohnungen sind massiv gestiegen, zwischen 2010 und 2015 bei neuen Eigentumswohnungen um immerhin 33 Prozent und bei alten Eigentumswohnungen überhaupt um 43 Prozent. Nur zum Vergleich, der Bruttodurchschnittslohn ist im selben

Zeitraum nur um 12 Prozent gestiegen. Soviel auch zur Kompetenz dieser Stadtregierung.

Herr Niedermühlbichler ist leider jetzt nicht mehr da. „Faires Mietrecht“ höre ich von der SPÖ schon sehr lange. Wenn ich mir die Bundesregierung anschau, ist die SPÖ, glaube ich, seit dem Jahr 2007 wieder in der Bundesregierung. Das sind jetzt auch schon wieder zehn Jahre. Scheinbar sind Sie nicht sehr folgsam, was Ihren Parteivorsitzenden anbelangt, der gesagt hat: Worauf warten? Diesen Satz sollten Sie sich vielleicht verinnerlichen.

Der soziale Wohnbau hat auf Grund des Bevölkerungswachstums und auf Grund ihrer aus weltanschaulichen Motiven heraus herbeigeführten Entwicklung schlichtweg nicht Schritt gehalten beziehungsweise ist dem entsprechend nicht nachgekommen und das obwohl, wie dieser Rechnungshofbericht eben zeigt, zum Teil Liegenschaften fast gratis beziehungsweise zum Spott- oder Schleuderpreis zur Verfügung gestellt werden. Um dieser Entwicklung ausreichend entgegenzuwirken, hätten 2016 fast 9.000 geförderte Wohnungen errichtet werden müssen. Mit geschätzten 6.000 Wohneinheiten wurde das Ziel aber 2016 definitiv verfehlt. Das sind nicht Zahlen, Feststellungen oder Analysen, die von mir oder von der FPÖ kommen, sondern das ist von der Arbeiterkammer Wien, die nicht zwingend im Verdacht steht, eine freiheitliche Vorfeldorganisation oder eine freiheitliche Institution zu sein, die durchaus in ihren Publikationen und Studien auch sehr hart mit der SPÖ beziehungsweise mit der Wohnbautätigkeit in Wien ins Gericht geht. Vielleicht schauen Sie sich bei Ihren Genossen in der Arbeiterkammer das eine oder andere ab, um für eine Entspannung am Wiener Wohnungsmarkt zu sorgen! - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Mag. Schober. 9 Minuten selbstgewählte Redezeit.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werter Herr Stadtrat! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Wie bekannt, wohnen über 60 Prozent der Wiener und Wienerinnen im sozial geförderten Wohnbau. Das ist in keiner anderen Stadt der Welt der Fall. Nachbarstädte wie Bratislava, Budapest oder Belgrad sind Städte, die uns um solche Zahlen beneiden. Dort hat sich überhaupt ein Teufelskreis eingestellt, nämlich sind über 90 Prozent dieser Städte nicht mehr im Besitz der Bevölkerung, sondern privatisiert worden.

Das hat einerseits zur Folge, dass dort Millionen an Euroeinnahmen fehlen und andererseits die Menschen in diesen Städten über sehr hohe Mieten klagen. Anders ist das in Wien. Wiener Wohnen zeichnet als größte kommunale Hausverwaltung Europas für die Bewirtschaftung, Verwaltung und Revitalisierung der rund 2.000 städtischen Wohnhausanlagen Wiens mit zirka 220.000 Wohnungen, mehr als 5.000 Geschäftslokalen und etwa 47.000 Parkplätzen verantwortlich. Zu seinen Kundinnen und Kunden zählen bei Wiener Wohnen aktuell ungefähr 500.000 Wiener und Wienerinnen, die im Gemeindebau leben oder im Gemeindebau arbeiten.

Das Bevölkerungswachstum birgt für die Stadt Wien auch eine Reihe von Herausforderungen, insbesondere die städtische Infrastruktur. In Wien liegt im Wohnbau die Neubauleistung in den letzten Jahren bereits auf einem Rekordniveau. Wir haben in Wien ab dem Jahr 2007 die Wohnbauleistung mit jährlich rund 10.000 neuen Wohneinheiten sukzessive und kontinuierlich angehoben, davon etwa 7.000 im geförderten Bereich. Um diese Neubauleistung auch in den kommenden Jahren auf ähnlichem Niveau halten zu können, setzt Wien beispielsweise mit der Wohnbauoffensive einzigartige Maßstäbe.

Mit einer weiteren Bodenmobilisierung und insbesondere durch die zügige Abwicklung von Widmungs- und Bauprozessen sowie Verfahrensvereinfachungen sollen zukünftig Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen erreicht werden. Wir werden damit deutlich mehr Flexibilität erreichen und werden schneller mehr preiswerte Wohnungen bauen können. Denn Wohnen ist ein Grundrecht und eng mit der sozialen Frage verbunden. Die Errichtung von geförderten und daher leistbaren Wohnungen, die einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich sind, ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge. Die geförderten Neubauprojekte in Wien zeigen anschaulich, wofür gefördertes Wohnen in Wien steht: kostengünstig, gemeinschaftlich und modern.

Im Jahr 2016 sind 544 Millionen EUR an Wohnbauförderungsmitteln ausgegeben worden - ich finde es seltsam, dass das bei der Summe da irgendwie ins Lächerliche gezogen worden ist -, um neue Wohnhausanlagen zu errichten, bestehende Wohnhäuser und Wohnungen zu revitalisieren sowie um direkte finanzielle Unterstützung für den Wohnungsaufwand leisten zu können. Damit wurden und werden leistbarer und attraktiver Wohnraum geschaffen und tausende wertvolle Arbeitsplätze, nämlich in Zahlen 21.000 im Neubau und 7.000 in der Sanierung im Bau- und Nebengewerbe gesichert.

Der Kollege Niegl ist jetzt nicht da. Aber es ist immer so, die FPÖ nimmt sich gerne das Thema Sicherheit her. Es lebt sich sicher in Wien. Denn die eigenen vier Wände und das engere Wohnumfeld sollen der Ort sein, an dem man sich geborgen und vor allem sicher fühlt. In Wien helfen, wenn es um Sicherheit im Wohnbereich geht, wirklich alle zusammen. Das sind die Stadtverwaltung, die Wiener Polizei, die Helfer Wiens, die Wohnpartner, Wiener Wohnen, die Gebietsbetreuung, Sozial-, Kinder- und Jugendeinrichtungen. Auch wenn es die FPÖ nicht gerne hört, aber die jährliche Kriminalitätsstatistik zeigt, dass die Zahlen dementsprechend nach unten gehen. Dafür sind zahlreiche Initiativen verantwortlich, zum Beispiel „Gemeinsam Sicher Wohnen“. Sie steigern das Sicherheitsgefühl in der Stadt. Die Stadt fördert zudem den Einbau von einbruchshemmenden Wohnbaueingangstüren ab der Widerstandsklasse 3 mit bis zu 400 EUR pro Türflügel. Einbrüche sind in Wien stark rückläufig. Wenn ich mir anschau, 2009 lagen die Einbrüche noch bei 10.000 in Wien. Wir sind derzeit bei 5.000. Das ist eine Reduktion um 3,6 Prozent. Im Bundesländervergleich sind wir damit auch die Besten.

Weil ich gerade beim Thema Sicherheit bin, und da muss ich zur ÖVP hinüberschauen, weil das immer wieder in ihren Programmen und in den Worten enthalten ist, es darf keine Privatisierung von Gemeindewohnungen in Wien geben, auch wenn es da einige von Ihnen gibt, die sich das immer wünschen. Eine Privatisierung der Gemeindebauten kommt auf keinen Fall in Frage! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vielmehr muss es uns politisch darum gehen, den Bestand des kommunalen Wohnbaus zu erhalten und gleichzeitig das Angebot an erschwinglichem Wohnbau weiter auszubauen.

Ein wesentlicher Erfolg der Wiener und damit der sozialdemokratischen Wohnbaupolitik liegt auch darin, dass in der gesamten Stadt, wie auch im geförderten und kommunalen Wohnbau, Durchmischung stattfindet, etwas, was Ihnen auch nicht gefällt, was aber dazu führt, dass wir keine Ghettos haben, wie sie andere Millionenstädte in Europa und auf der Welt aufweisen können.

Wir stehen für schnelleren, preiswerteren und nachhaltigeren Wohnbau in Wien. Das Wohnbaupaket umfasst ein ganzes Maßnahmenbündel zur Optimierung, Beschleunigung und Steigerung der Effizienz in der Planung und in den Entwicklungsschritten. Dadurch werden Kosten eingedämmt. Mit der erfolgreichen Umsetzung des Wohnbaupaketes merken wir bereits 2017, abgestimmt auf die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung, und da schließe ich mich meinen Vorrednern an, Städte, die wachsen, sind um einiges attraktiver als Städte, die nicht wachsen. Das sieht man in Deutschland, wo zum Beispiel nicht einmal Geld dafür vorhanden ist, dass man die Plattenbauten, die dort dahinvegetieren, wegreißen kann. Da habe ich lieber Sorgen, dass sich eine Stadt entwickelt und nicht, dass eine Stadt dementsprechend Menschen nicht hereinkommen lässt.

Insgesamt 13.000 Wohneinheiten, davon rund 9.000 aus dem geförderten Bereich, werden zur Verfügung stehen. Außerdem wird die Anzahl der neuen Gemeindewohnungen bis zum Jahr 2020 auf 4.000 verdoppelt. Was mich immer fasziniert, wenn es heißt, keine neuen Gemeindebauten sind gebaut worden, auch bei Dachgeschoßausbauten sind es neue Gemeindewohnungen. Das muss auch einmal erwähnt werden.

Wir schaffen in Wien zukünftig auch flexiblen und besonders kostengünstigen Wohnraum. Das ist vor allem für die wachsende Gruppe von Wienern und Wienerinnen sehr wichtig. Es geht dabei auch um neue Wohnformen und temporäres Wohnen. Da ist Wien wirklich Vorreiter. Da werden wir in den nächsten Jahren auch noch einiges aufweisen können. Rund 800.000 Wiener und Wienerinnen leben in gefördert sanierten Häusern.

Eine ganz wichtige Zahl für unsere Stadt: Nur noch 1 Prozent der Wohnungen weist Substandard auf. Da, glaube ich, sind wir auch Weltmeister. Das muss einmal betont werden. Ganz wichtig, es zählt nicht immer das schnelle Geld. Seitdem ich im Wohnbauausschuss sein darf, seit einigen Wochen, bekomme ich auch mit, wenn es um den Rechnungshof und Rechnungshofempfehlungen geht, diese Empfehlungen werden ernst genommen. Ganz wichtig, es muss auch ein klares Bekenntnis zu

leistbarem Wohnraum geben. Förderung von sozialem Wohnbau wird und muss fortgeführt werden. StR Michael Ludwig hat es schon oft erwähnt. Auch für die Opposition sei es wiederholt. Inhaltlich und fachlich sinnvolle Vorschläge, wie beispielsweise jene vom Rechnungshof, werden immer aufgegriffen und unterstützen uns in fortlaufenden Verbesserungen. Die oberste Prämisse gilt immer dem Grundsatz, leistbares Wohnen sicherzustellen. Daher fördern wir den sozialen Wohnbau. Wir fördern leistbares Wohnen und auch die Bereitstellung von Liegenschaften zu günstigen Konditionen. Ich möchte mir nicht vorstellen, wenn wir es im innerstädtischen Bereich auf Gewinnerwartung und Gewinnmaximierung umlegen würden. Wenn wir das machen würden, dann möchte ich mir nicht vorstellen, wie es mit leistbarem Wohnen in Wien ausschauen würde. Dann würden eher die Reichen bei den Reichen und die Armen bei den Armen wohnen. Das ist nichts, was wir uns für die Stadt vorstellen.

Wir schauen auf unsere Wiener und Wienerinnen. Wir haben für jede Generation in Wien die passenden Antworten, ob Smart-Wohnungen für Junge oder Tauschwohnungen für Senioren und Seniorinnen. Darauf können wir stolz sein. Dafür bedanke ich mich bei den zahlreichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Denn für die Leistungen erntet ihr weltweit Anerkennung! Dass die Wiener Opposition das nicht so sieht, lässt sich locker verkraften! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren punktgenau 9 Minuten. Das gibt eine Restredezeit für die SPÖ von 11 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Pawkowicz. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten. Restredezeit FPÖ ebenfalls 8 Minuten.

GR Mag. (FH) Alexander **Pawkowicz** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Gemeinderats-Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ein paar Grußworte an meinen Vorredner: Ihr Euphemismus in Ehren, aber wenn ich mich hier umschau, muss man schon mit aller Deutlichkeit sagen, wie wichtig der Sozialdemokratie das Thema Wohnen und Wohnbau ist. Das sieht man, wenn man hier in die Runde blickt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Alleine die anwesenden freiheitlichen Mandatare sind an der Zahl mehr als die gesamte rot-grüne Regierungsfraktion. *(GR Christian Oxonitsch: 10 Minuten vorher war bei euch auch keiner! Das ist lächerlich! Jedes Mal das Gleiche!)* Hier sitzen in diesem Moment gerade einmal 15 Mandatare der Regierungsfraktion einschließlich der Schriftführer. Die anderen 40 sind wahrscheinlich sonst irgendwo auf Lepschi. *(GR Christian Oxonitsch: Vor 10 Minuten wart ihr auch nicht mehr!)* So viel zum Thema gelebte Solidarität, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Christoph Chorherr: Wenn Sie fertig sind, gehen alle von Ihnen hinaus!)*

Ich wollte heute eigentlich das Thema Transparenz zum Thema machen. Aber auf Grund einiger aktueller Entwicklungen werde ich das nur ganz kurz mit drei Beschlussanträgen machen und dann auf eine aktuelle Entwicklung im Bereich des Wohnwesens eingehen.

Bei den drei Beschlussanträgen, um die es geht, alle drei zum Thema Transparenz, ist zunächst einmal ein Antrag, wo wir wollen, dass der Fachbeirat für Stadtplanung zukünftig nur aus Mitgliedern bestehen soll, die in keinem Auftragsverhältnis zur Stadt stehen oder in den vergangenen drei Jahren standen. Hier geht es um Unabhängigkeit dieses Gremiums. Zusätzlich sollen für befangene Mitglieder zukünftig auch Ersatzmitglieder gewählt werden. Das ist die eine Sache.

Der zweite Beschlussantrag, auch zum Thema Transparenz, betrifft das Thema Liegenschaftsverkäufe. Hier geht es uns darum, dass wir bemerkt haben, dass in einigen Fällen die Bewertungen falsch gelaufen sind. Wir wollen zukünftig, dass daher bei Ankäufen und Verkäufen im Bauland, also bei allen Transaktionen im Bauland, ab 500 m² Fläche aus Transparenzgründen jedenfalls externe Gutachten von Gerichtssachverständigen einzuholen sind.

Im dritten Beschlussantrag geht es grundsätzlich darum, bei Liegenschaftsverkäufen die Verpachtung und die Vergabe von Baurechten in den Vordergrund zu stellen und erst dann, wenn nichts anderes geht, den Verkauf in Erwägung zu ziehen.

Soweit die Beschlussanträge zum Thema Transparenz.

Nun zu meinem eigentlichen Thema, ganz tagesaktuell. Ich habe die Informationen selber erst vor einigen Stunden erhalten. Es ist vielleicht ein bisschen weiter ausgeholt, aber können Sie sich erinnern - wahrscheinlich ja - an die Aufhebung der Bundespräsidentenwahl vor einem Jahr? Insbesondere die Frage: Wissen Sie, was eigentlich die Hauptargumente zur Aufhebung dieser Wahl seitens des Verfassungsgerichtshofes waren? Da hat der Verfassungsgerichtshof unter anderem festgestellt, dass in einer Kärntner Wahlbehörde die Beisitzer dieses Kollegialorganes den Wahlvorsitzenden ermächtigt haben, alleine auszuführen, also alleine Entscheidungen zu treffen. Scheinbar demokratisch legitimiert. Aber es ist eben eine Behörde, ein Kollegialorgan. Daher können Entscheidungen nur gemeinsam getroffen werden. Der Vorsitzende darf nicht alleine ausführen, egal, was sie beschließen. Der Verfassungsgerichtshof hat das ganz klar als rechtswidrig erkannt. Obendrein haben alle Beteiligten jetzt auch noch ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft am Hals. Warum erzähle ich Ihnen das? Weil sich zu meinem großen Erstaunen gerade dieser Tage aufgetan hat, dass möglicherweise im Wohnbauressort etwas Ähnliches passiert, nämlich namentlich in einem Bauausschuss einer örtlich zuständigen Bezirksvertretung, konkret im Meidlinger Bauausschuss.

Für diejenigen, die mit dem Bauausschuss in den Bezirken nicht so viel zu tun haben: Was tut er? Wenn es um Ausnahmen geht, wenn zum Beispiel etwas höher gebaut werden soll, als es der Flächenwidmungsplan eigentlich erlaubt, kann man eine Ausnahme nach § 69 der Bauordnung erwirken. Diese Ausnahmen haben es teilweise in sich. Im extremsten Fall ist ein berühmtes Beispiel der damalige Muzicant-Tower im 22. Bezirk, wo über diese sogenannte - unter Anführungszeichen -

Ausnahme ein Hochhaus gleich einmal um fast 40 m höher geworden ist, als es ursprünglich erlaubt gewesen wäre. Das ist also doch etwas ganz Gewaltiges, über das der Bauausschuss entscheidet.

Was hat das mit der Bundespräsidentenwahl zu tun? In Meidling möchte sich offensichtlich dieser Tage der Bauausschuss, nämlich namentlich der Vorsitzende des Bauausschusses, mittels eines Rahmenbeschlusses die Ermächtigung geben lassen, zukünftig alleine über solche Ausnahmen zu entscheiden, zukünftig also nicht mehr den Ausschuss mit den Themen zu befassen, die Ausschussmitglieder in die Unterlagen Einblick nehmen zu lassen, sondern ganz alleine zu entscheiden und hinterher zu berichten, worum es geht. So, wie es damals in Kärnten eben der Vorsitzende einer Wahlkommission gemacht hat, was der Verfassungsgerichtshof als klar rechtswidrig aufgehoben hat. Ich weiß nicht genau, was den Vorsitzenden des Bauausschusses in Meidling hier reitet. Aber der Sachverhalt ist klar nachvollziehbar. Sie finden dieses Thema auch im Protokoll des Bauausschusses, dort ist es mittlerweile bereits abgedruckt, wo immerhin, muss man sagen, die Mitarbeiterin der MA 37 auf die Frage, ob denn das rechtmäßig sei, sagt, das wisse sie nicht, denn sie ist keine Juristin und müsse erst nachfragen. Aber die MA 37 liefert mittlerweile immerhin auch den entsprechenden Rahmenbeschluss dazu - diesen habe ich hier und ich werde ihn Ihnen, Herr Stadtrat, nachher auch gerne zur Verfügung stellen. Ich habe auch gleich einen ganzen Schip-pel an vorbereiteten Rahmenbescheiden auf dieser Basis, Bescheide, die letztlich rechtswidrig sind, weil sie dann eben nicht von einer Behörde getroffen werden, wie es § 133 der Bauordnung verlangt, sondern wo ein Einzelner sich, ich möchte fast sagen, nach alter DDR-Manier, so kommt mir das vor, das Recht erbitten möchte, ganz alleine, ohne Einsichtnahme der anderen Fraktionen, ohne Einsichtnahme der demokratisch legitimierten Gremien, Entscheidungen zu treffen. Sehr geehrte Damen und Herren, das halte ich schlicht für ungeheuerlich und für einen echten Anschlag auf das demokratiepolitische System und auf den Rechtsstaat in Wien! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie gesagt, ich habe die Unterlagen selbst erst vor wenigen Stunden erhalten. Mich hat es, offen gestanden, um es auf gut Wienerisch zu sagen, fast aus den Socken gehaut, als ich das gelesen habe. Ich habe dazu bereits einige Verwaltungsjuristen und auch einen namhaften Vertreter des Bauwesens befragt. Bisher sind alle diese Experten ganz klar der Meinung - vom Verfassungsdienst gibt es meiner Ansicht nach auch noch keine andere Meinung -, dass das rechtswidrig ist! Ich wiederhole noch einmal, im Falle der Wahlbehörde, wo genau das Gleiche passiert ist, ermittelt mittlerweile die Staatsanwaltschaft! Nur, dass wir ungefähr wissen, wovon wir reden!

Sehr geehrter Herr StR Ludwig, ich gehe davon aus, dass Sie es mutmaßlich wohl nicht gewusst haben. Ich lasse Ihnen die Unterlagen da, damit Sie sich diese auch anschauen können. Ich habe sie selber, wie gesagt, erst seit wenigen Stunden. Ich bitte Sie, ich fordere Sie auf,

finden Sie hier klare Worte! Reden Sie mit Ihren Mitarbeitern! Reden Sie vor allem auch in politischer Hinsicht mit Ihren Mandataren, denen wir das vermutlich zu verdanken haben! Sorgen Sie dafür, dass die Zusammenarbeit im Wohnbauressort auch weiterhin so gut bleibt, wie sie in den letzten Jahren war! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren 8 Minuten. Damit ist die Redezeit der FPÖ verbraucht. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Karner-Kremser. Selbstgewählte Redezeit 9 Minuten. Restredezeit ist allerdings 11 Minuten. Ich erlaube mir, das gleich einzugeben.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich denke, es ist selbstredend, dass dem nachgegangen wird und es schlüssig nachvollzogen wird. Sie können davon ausgehen, dass wir das so nicht gewusst haben. Man muss abklären, ob es tatsächlich auch so stattgefunden hat. Ich denke, das ist alles, was man in dem Stadium dazu sagen kann.

Heute ist schon sehr viel gesagt worden. Was mir wesentlich ist, ist vielleicht auch zum operativen Teil zu gehen, zu schauen, was denn Wohnbauoffensive überhaupt bedeutet, nämlich anhand von Liesing, nachdem ich Liesingerin bin. Das ist ein Bezirk mit ungeheurem Potenzial. Dadurch, dass er am Rand von Wien liegt, ist er schon einmal für das Gewerbe sehr interessant. Zwei sehr große Firmen haben im letzten halben Jahr den Weg zu uns gefunden. Das ist einerseits die Firma Prangl, die von Brunn am Gebirge nach Inzersdorf gezogen ist. Auch DHL hat den Weg nach Siebenhirten gefunden.

Aber es gibt auch hochinteressante Entwicklungen im Bereich des Wohnbaus und im Bereich des Miteinanderwohnens. Wir haben ein sehr großes Projekt in der Wiesen Süd, wo wir in der nächsten Zeit wieder Schlüsselübergaben haben. Insgesamt werden dort 1.100 Wohnungen entstehen. In Kürze wird es dort auch wieder eine Schlüsselübergabe geben. Die Rosenhügelstudios mit 250 Wohneinheiten werden Anfang 2018 soweit fertiggestellt werden, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dort einziehen können. Wir haben die Traviatagasse mit 200 Wohneinheiten. Wir haben die Hilde-Spielgasse, die 200 Wohneinheiten hat und 50 Wohnungen für das betreute Wohnen zur Verfügung stellt. Wir haben die Meller-Gründe, die 2019 bezugsfertig werden, in der Wiesen Ost 2019 bis 2020 mit etwa 1.000 Wohnungen. Die Unilever-Gründe sind im Entstehen. *(GR Mag. Wolfgang Jung. Wie schaut es mit der Infrastruktur dafür aus? Zum Beispiel Schulen?)* - Ich bin noch nicht fertig Herr Jung! - Sie werden 2019 fertiggestellt. Wir haben weiters die Meischlgasse mit 200 Wohnungen, das Carrée Atzgersdorf, ein sehr großes Entwicklungsgebiet mit ganz viel Potenzial, mit 1.350 Wohnungen, in der Wiesen Nord und auch noch die Ziedlergasse mit der ehemaligen Sargfabrik, die zum Teil unter Denkmalschutz steht, wo wir gestern schon gehört haben, unter dem neuen Namen F23 wird es in Liesing dann endlich auch ein höherrangiges Kulturzentrum geben, auf das

wir in Liesing schon sehr lange warten und auf das wir uns schon sehr freuen. Die Spielproduktionen, die dort bereits stattgefunden haben, haben auch sehr großen Anklang gefunden.

Wie der Herr Kollege Jung sagt, und ich meine, das ist nicht von der Hand zu weisen und ist uns klar, bedeutet Infrastruktur nicht nur Wohnen, sondern es bedeutet auch alles andere, was dazugehört. Das heißt, wir brauchen im Bildungsbereich Schulen, wir brauchen Kindergärten und wir brauchen natürlich auch Verkehrsinfrastruktur. Die Volksschule in der Erlaaer Schleife wird einen Zubau von vier Klassen erhalten, die Draschestraße vier Klassen plus einen Turnsaal, die Korbgassee/Pülsigasse einen Zubau von acht Klassen plus einen Turnsaal, die Carlberggasse einen Zubau von insgesamt acht Klassen. Die Ganztagsvolksschule in Atzgersdorf ist ein Projekt, das auch für uns etwas ganz Neues ist. Denn sie wird auf dem Dachgeschoß des SPAR errichtet. Dort kommen 17 Klassen und 2 Turnsäle hin. Wir haben den Campus Atzgersdorf, der im Entstehen ist, mit 12 Klassen. *(GR Mag. Wolfgang Jung. Die Wohnungen sind schon teilweise fertig, diese Dinge noch nicht einmal im Ansatz!)* - Herr Jung, wenn Ihre Kollegen Sie aus irgendwelchen Gründen nicht reden lassen, dann bleibt Ihnen immer nur der Weg hineinzuschnattern! Das ist irgendwie die einzige Möglichkeit, wie Sie in Ihrer Fraktion zu Wort kommen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag. Wolfgang Jung. Sie vertragen es nicht, wenn man Ihnen die Wahrheit sagt!)*

Das ist zwar schade, aber das müssen Sie sich mit Ihrer Fraktion ausmachen! Ansonsten stören Sie bitte meine Wortmeldung nicht! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag. Wolfgang Jung: Sie vertragen die Wahrheit nicht!)*

Der Campus Atzgersdorf wird ein sehr großes Projekt, wo auch sonderpädagogische Klassen hineinkommen. All das ist ein Paket, das im pädagogischen Bereich im Entstehen ist.

Ein Kindergarten ist zum Beispiel bereits in der Waldmühle, die 2016 mit 450 Wohneinheiten, davon 50 betreuten Wohneinheiten, in die Schlüsselübergabe gegangen ist. Dort gibt es einen Kindergarten.

Was auch ganz wichtig ist, ist der Grünraum, obwohl wir im Bezirk in der glücklichen Lage sind, direkt an den Lainzer Tiergarten anzuschließen und sehr viel Grünraum zur Verfügung haben. Nichtsdestotrotz geht es um öffentliches Grün, wenn in Kürze auch viel Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Auch hier haben wir die Möglichkeit, in Zukunft zusätzlich 190.000 m² zur Verfügung stellen zu können. Das sind der Wildschek-Park, der bereits gewidmet ist, mit 30.000 m², der Atzgersdorfer Campingplatz, der in Widmung ist, mit 30.000 m², das ist in der Wiesen mit 30.000 m² und das sind insgesamt zirka 100.000 m², die kleinteilige Freiflächen in Liesing betreffen.

Ganz wichtig in dieser Diskussion ist natürlich der öffentliche Verkehr, ist natürlich auch, den Überblick darüber zu haben, dass die Leute nicht nur wohnen, sondern auch von A nach B kommen wollen. Das ist ein ganz wesentlicher Bereich, ein Bereich, um den wir uns

in Liesing sehr sorgsam kümmern, wo wir auch mit dem Koalitionspartner in intensiven Gesprächen sind und wo wir auf einem sehr guten Weg sind.

In diesem Sinne habe ich Ihnen einen kurzen Überblick geben dürfen, was Wohnbauoffensive bedeutet, heruntergebrochen auf einen Bezirk, der ein wachsender und ein wunderschöner ist. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Amtsf. StR Dr. Ludwig. 15 Minuten.

Amtsf. StR Dr. Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Mag. Ebinger! Hoher Gemeinderat!

Ich möchte meine Stellungnahme zweiteilen. Das eine ist, dass ich einige Zahlen ansprechen möchte, nachdem es sich hier um den Rechnungsabschluss handelt, und zum Zweiten, dass ich einige Themen ansprechen möchte, die auch in der Diskussion aufgeworfen worden sind.

Zum einen zu den Zahlen, weil in der Diskussion unterschiedliche Zugänge gewählt worden sind: Die Anzahl der geförderten Wohnungen im vergangenen Jahr 2016 war 7.335. Wir haben bei den Baubewilligungen insgesamt derzeit 13.332 Wohneinheiten. Das ist sogar, verglichen zu den Jahren davor, neuer Rekord. Von den insgesamt 11.000 Wohneinheiten, die vor Baubeginn stehen, ist ein großer Teil bereits in Umsetzung. Warum sich trotzdem unterschiedliche Zahlen ergeben, auch in den Statistiken der gemeinnützigen Bauträger, die in der Diskussion auch zitiert worden sind, hängt damit zusammen, dass sich zwischen der Förderung, der Förderzusage und der Umsetzung des Projektes bis zur Schlüsselübergabe wie in einer Wellenbewegung, je nach Stichtag, unterschiedliche Zahlen ergeben. Aber wir haben sichergestellt, dass wir auf sehr hohem Niveau auch die geförderten Wohneinheiten zur Verfügung stellen können.

Der zweite Punkt, der mir sehr wichtig erscheint, ist, dass wir versuchen, auch die Beschleunigung voranzutreiben. Ich habe auch hier im Gemeinderat schon angekündigt, dass wir wollen, dass diese Projekte schneller umgesetzt werden. Wir haben deshalb festgelegt, dass die Projekte vom Bauträgerwettbewerb bis zur Übergabe in etwa 32 Monate ausmachen sollen. Das wäre eine Verkürzung um fast ein halbes Jahr und würde bedeuten, dass diese Projekte, die schon gefördert sind, die auch eine Baubewilligung haben, schneller zu den Nutzern kommen. Wir haben dazu auch beschlossen, dass wir den Wohnbauförderungsbeirat ersatzlos streichen. Das war nicht unumstritten. Auch im Wohnbauausschuss haben wir das sehr kontroversiell diskutiert. Aber es ist ein Schritt unter mehreren, der dazu führt, dass wir die Projekte schneller umsetzen können.

Wir haben außerdem festgelegt, dass wir das Limit der Wohneinheiten, das überschritten werden muss, damit ein Bauträgerwettbewerb umgesetzt wird, erhöhen. Denn zum einen haben wir bis jetzt die Regelung gehabt, dass ab 300 Wohneinheiten ein Bauträgerwettbewerb umgesetzt werden soll. Wir haben das auf 500 Wohneinheiten erhöht, um eine Flexibilität und eine Vereinfachung

in der Abwicklung umzusetzen. Das ist ein großer Teil, der in der Diskussion eine Rolle gespielt hat, der Neubau.

Der zweite, nicht minderwichtige Bereich ist jener der sogenannten sanften Stadterneuerung. Das heißt, dass wir gerade auch im Bestand der Wohneinheiten sicherstellen wollen, dass die hohe Qualität gewährleistet ist. Wir haben im Sanierungsbereich 14.808 Wohneinheiten in Bau und 11.942 Wohneinheiten in Bauvorbereitung.

Sichergestellt sind damit im Neubau und auch in der Sanierung insgesamt 27.000 Arbeitsplätze. Gerade die Sanierung hat eine besonders intensive Form der Arbeitsplatzsicherung. Gerade die Wiener Wirtschaft weiß, dass hier viele Arbeitsplätze geschaffen werden und viele Wiener Unternehmen in der Sanierung beschäftigt werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch dem Vorsitzenden der Wiener Bauinnung, Dipl.-Ing. Pawlick, gratulieren, der erst vor wenigen Tagen mit der Verleihung des Stadterneuerungspreises gezeitigt hat, welche hohe Qualität in der Stadterneuerung in Wien besteht, inwieweit auch die Planer, die Bauausführenden, die Firmen, die beteiligt sind, und auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine sehr hohe Qualität in der Sanierung umsetzen können. Was mich besonders freut, ist, dass alle drei Projekte, die die ersten Plätze belegt haben, mit Unterstützung der Stadt Wien realisiert worden sind. Das ist auch ein schönes Zeichen der guten Kooperation zwischen Wiener Wirtschaft und der Stadt Wien. So soll es auch sein.

Wir haben aber weitere Schritte vor, nämlich, dass wir Blocksanierungsgebiete definiert haben, die derzeit in Umsetzung sind, wie im 15. Bezirk Reindorf und Rustendorf, aber auch das erste Mal im 21. Bezirk, im inneren Bezirksteil. Wir starten jetzt mit neuen Blocksanierungsgebieten im 16. Bezirk in der Lienfeldergasse, im 12. Bezirk in der Wolfganggasse und in Simmering am Geiselberg.

Frau GRin Novak hat schon zu Recht, wie ich meine, das Projekt „Smarter Together“ angeführt, bei dem wir uns gegen 43 andere Städtepartnerschaften durchgesetzt haben und gemeinsam mit den Städten Lyon und München den Zuschlag von der Europäischen Union bekommen haben und immerhin 25 Millionen EUR für dieses Projekt sicherstellen konnten und damit mit einer Gesamtinvestitionssumme von 80 Millionen EUR zusätzlich finanzieren konnten.

Ich möchte aber jetzt noch ganz speziell auf einige Themen, die in der Diskussion angesprochen worden sind, eingehen. Herr GR Gara hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Frage des leistbaren Wohnraumes auch eine Sicherstellung des Wirtschaftsstandortes Wien ist: Wir sehen in anderen Städten, beispielsweise in London, aber auch in Frankfurt, München, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durchschnittliche Einkommen haben, oft eine Wohnung in der Stadt gar nicht mehr leisten können.

Von daher ist die Frage des leistbaren Wohnraumes eine sozialpolitische Frage, aber auch eine Frage, die den attraktiven Wirtschaftsstandort Wien absichern kann,

und dazu bedienen wir uns auch der Infrastrukturkommission. So etwas gibt es in anderen Städten in dieser Form nicht, und ich teile die Einschätzung, dass man da das eine oder andere noch verbessern und ausweiten kann. Prinzipiell gehen wir aber davon aus, nicht nur Wohnungen auf der grünen Wiese herzustellen, sondern auch eine sozialpolitische und verkehrstechnische Infrastruktur mitzuliefern, denn das ist in der Tat etwas ganz Wichtiges.

Die Forderung, dass wir mehr Baurechte vergeben sollen, ist angekommen. Ich möchte erwähnen, dass wir jetzt schon einen großen Teil auch im Baurecht vergeben, möchte aber gleich mit anschließen, dass wir auch in Zukunft sehr wohl natürlich auch Grundstücksverkäufe durchführen müssen, um mit diesen Einnahmen wiederum zusätzliche Grundstücksankäufe tätigen zu können. Manche jener, die sich in der Diskussion auch zu Wort gemeldet haben, sind ja auch Mitglied des Beirates des Wohnfonds Wien. Dort haben wir einen geschlossenen Finanzkreislauf. Die Stadt Wien muss hier kein zusätzliches Geld zuschießen. Wir haben dort 2,8 Millionen Quadratmeter Grundstücke im Portfolio, die wir schrittweise auch dem geförderten Wohnbau zur Verfügung stellen. Wir kaufen aber mit den Einnahmen auch wieder neue Grundstücke an und tragen damit dazu bei, dass wir dem geförderten Wohnbau auch neue Grundstücke zur Verfügung stellen können, ohne dass die Stadt Wien zusätzliche Kosten haben muss. - Das halte ich prinzipiell für ein sinnvolles Vorgehen.

Nun auch zu dem von Herrn GR Berger vorgetragenen Vorwurf und den Zitaten aus dem Rechnungshof: Ich möchte zwei Punkte aus dem Rechnungshofbericht unterscheiden. Gewisse Argumente erachte ich als administrative Vorschläge. Ja, das ist richtig: Wir wollen in Zukunft die Differenz zwischen dem Verkaufswert und dem Verkehrswert ausweisen, das ist eine Forderung des Rechnungshofes, der wir auch nachkommen.

Es gibt aber auch Themen, die ich aus politischen Gründen anders einschätze, etwa dass wir auch in Zukunft bei den Grundstücksverkäufen nicht nur gewinnorientiert vorgehen, sondern dass wir mit den Grundstücksverkäufen gerade auch im geförderten Wohnbau sicherstellen wollen, dass sich in Zukunft in Wien die Menschen Wohnungen leisten können, auch wenn sie durchschnittliche oder vielleicht sogar unter dem Durchschnitt liegende Einkommen haben. Das ist sinnvoll für die soziale Durchmischung und - wie ich vorhin erwähnt habe - auch wichtig für den Wirtschaftsstandort. Deshalb werde ich mit Sicherheit Grundstücksverkäufe nicht nur nach gewinnorientierten Zielsetzungen, sondern auch aus sozialpolitischen Überlegungen vornehmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

In diesem Punkt unterscheide ich mich wahrscheinlich nicht nur von der Einschätzung des Rechnungshofes, sondern auch von manchen Oppositionspolitikern, die sich genötigt gesehen haben, mich bei der Staatsanwaltschaft beziehungsweise bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft anzuzeigen. - Das nehme ich gelassen zur Kenntnis. In einem Fall ist das von der Staatsanwaltschaft auch schon zurückgelegt worden, und ich bin

sicher, dass wir auch im anderen Fall mit unserer Vorgehensweise recht bekommen.

Ich glaube, es ganz gut, wenn die Menschen in Wien auch sehen, wer sich für leistbaren Wohnraum einsetzt und wer möchte, dass vielleicht ausländische Investoren mehr Profit schlagen. - Ich stehe diesbezüglich also auf der Seite der Mieterinnen und Mieter, nur dass das auch klar ist hier in diesem Haus, und daher nehme ich durchaus auch in Kauf, dass ich vor die Staatsanwaltschaft treten muss. Mich wird da kein Mittel beugen! Ich werde auch in Zukunft auf der Seite der Mieterinnen und Mieter stehen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben jetzt schon eine klare Regelung, wie wir mit Grundstücksverkäufen umgehen. Prinzipiell versteigern wir Grundstücke, und zwar insbesondere dann, wenn sie bedingungslos sind. Das ist eine Vorgabe der Europäischen Union. Wenn wir Bedingungen an einen Grundstücksverkauf knüpfen, dann in den Fällen, dass wir als Stadt gute Überlegungen haben. Dann setzen wir einen externen Gutachter ein. Welche Überlegungen können das sein? - Wir haben das beispielsweise bei einem Projekt ganz konkret formuliert: Wir tun das zum Beispiel, wenn wir wollen, dass an einem Grundstück eine Durchwegung gegeben ist, dass die Anrainerinnen und Anrainer das Grundstück auch betreten und durch dieses gehen können, oder dass beispielsweise ein Kindergarten beziehungsweise eine Musikschule errichtet werden, oder wenn es andere soziale Überlegungen gibt. Nur dann setzen wir auch externe Gutachter ein. Ansonsten versteigern wir die Grundstücke, und in Summe gesehen möchte ich auch in Zukunft gewährleisten, dass gemeinnützige Bauträger hier den geförderten Wohnbau realisieren können.

Ich möchte, weil das in der Diskussion auch angesprochen wurde, noch etwas zu den Baurechtszinsen sagen: Mir wurde vorgeworfen, dass wir diese Baurechtszinse, die entweder mit Einzelpersonen oder auch mit den dortigen Siedlungsgenossenschaften verrechnet werden, zu gering veranschlagt haben. - Ich habe da vielleicht ein etwas zu langes Gedächtnis, denn ich kann mich noch erinnern, wie das vor zwei beziehungsweise drei Jahren war. Als wir als Stadt Wien die Verlängerung von Baurechtsverträgen diskutiert haben, weil die Baurechte nach 60 beziehungsweise 80 Jahren ausgelaufen sind. Daher haben wir neue Baurechte mit der Festlegung neuer Baurechtszinse abgeschlossen.

Und ich kann mich noch gut erinnern, wie manche Oppositionspolitiker damals die Betroffenen besucht und gesagt haben, wie unsozial die Stadt Wien vorgeht, weil wir, wie ich meine, schrittweise und marginale Erhöhungen vorgenommen haben. Im Hinblick darauf finde ich es spannend, wenn dieselben Mandatarinnen und Mandatare mir dann nach Vorliegen des Rechnungshofberichts vorwerfen, wir hätten zu gering veranschlagt!

Ich bin prinzipiell für vieles zu haben, wie manche von Ihnen und von euch wissen werden, aber ich meine, in der Diskussion und in der entsprechenden Darstellung muss man eine gewisse innere Logik haben! Wir können uns darauf verständigen, dass wir die Erhöhungen mit sozialen Überlegungen vornehmen, aber dann darf man

sich nicht beschweren, dass der Rechnungshof sagt, dass höhere Einnahmen möglich gewesen wären! - Ich meine, wir sind auch hier einen guten Weg mit Augenmaß gegangen, indem wir sowohl die Wirtschaftlichkeit der Stadt Wien als auch die sozialen Anliegen der Baurechtsnehmerinnen und Baurechtsnehmer vertreten haben.

Dazu stehe ich, und wenn ich heute vielleicht da und dort kritisiert werde, dann nehme ich das zur Kenntnis. Ich kann mich aber, wie gesagt, auch noch gut erinnern, wie die Diskussion noch vor zwei und drei Jahren gelaufen ist. Das sollte man vielleicht auch nicht ganz außer Acht lassen!

Zum Thema des leistbaren Wohnraums hat Herr GR Ulm hier Vorschläge zum Normenwesen gemacht, die ich auch sehr ernst nehme: Du hast ein Beispiel gebracht, und es gibt immer wieder Beispiele, im Hinblick auf welche man die Frage stellt, ob etwas notwendig ist. - Ich kann mich noch gut erinnern: Vor einem Jahr ist beispielsweise ein Kind in einem Stiegenhaus abgestürzt, das sich an ein solches Gitter angelehnt hat. Es hat sich dann nach einem langen Verfahren herausgestellt, dass es offensichtlich Probleme bei der Sanierung gegeben hat, dass nämlich die ausführende Firma das nicht entsprechend wieder eingebaut hat. Aber es hat sich auch damals die Diskussion daran geknüpft, wie sicher diese zwar optisch wunderbaren Gitter sind, ob diese aber auch heute noch die Ansprüche erfüllen, wenn sich dort beispielsweise auch Kinder bewegen, et cetera.

Ich erinnere mich zum Beispiel an die Diskussion über die Erdbebenrichtlinie und die Umsetzung der Erdbebenrichtlinie. Manchen, die schon länger hier sind, können sich erinnern: Der Eurocode 8 ist heftig umstritten. Auch damals gab es Kritik, warum man alle EU-Richtlinien umsetzen muss. Es wurde die Frage aufgeworfen, wann sich in Mitteleuropa schon ein Erdbeben ereignet. - Zwei Wochen später gab es dann nicht weit von der österreichischen Grenze entfernt ein Erdbeben in Oberitalien, bei dem Menschen zu Schaden gekommen und ganze Dörfer und Gemeinden dem Erdboden gleichgemacht worden sind. In diesem Zusammenhang war die erste Frage des ORF-Redakteurs, der mich vorher noch in einer Sendung kritisiert hat: Wer trägt die politische Verantwortung dafür, dass die Häuser dort einstürzen?

Ich will damit nur sagen: Wir haben auch eine gemeinsame, kollektive Verantwortung betreffend Sicherheit, und mit Sicherheit darf man nicht spielen! Daher bin ich sehr froh, dass wir gerade bei diesen Sicherheitsfragen sehr oft auch im Gleichklang sind, denn das ist ein ernstes Thema. Aber es ist auch richtig, dass ich auch der Meinung bin, dass das in Einzelfällen überzogen ist.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger** (*unterbrechend*): Bitte langsam zum Schluss kommen, Herr Stadtrat!

Amtsfr. StR Dr. Michael **Ludwig** (*fortsetzend*): Das ist auch der Grund, warum wir ein Normenmanagement in der Stadt eingeführt haben, damit wir auch diesen Weg gemeinsam beschreiten.

Ich möchte noch kurz, nur 1 Minute, ein Thema ansprechen, das Frau GRin Schwarz angesprochen hat, weil mir das wichtig ist.

Sie haben mich richtig zitiert: Ich habe gesagt, dass jetzt 45 m² von jenen gewünscht werden, die eine Wohnung suchen. Wir sind diesbezüglich einen weiten Weg gegangen. Noch in den 70er Jahren war pro Kopf von 28 m² die Rede. Jedenfalls muss man aber einen Weg finden, dass die Größe der Wohnung auch den finanziellen Möglichkeiten der Nutzerinnen und Nutzer entspricht, und diesbezüglich befinden wir uns in einem Gap, denn das, was sich die Menschen an Wohnraum wünschen, und das, was sie sich leisten können, steht oft nicht im Einklang. Deswegen habe ich mich bemüht, mit den Smart-Wohnungen hier einen Mittelweg zu gehen.

Ich hätte noch viele Diskussionspunkte, und ich würde mich freuen, wenn wir die Debatte im Wohnbauausschuss weiterführen können. Wir haben jetzt mit der Novelle der Bauordnung ein gemeinsames Thema zu diskutieren. Ich halte die Punkte, zu denen ich jetzt leider aus Zeitgründen nicht Stellung nehmen kann, in Evidenz und freue mich, wie gesagt, wenn wir diese Diskussion im Wohnbauausschuss weiterführen werden!

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts bedanken, ganz besonders aber auch bei den Mitgliedern des Wohnbauausschusses. Ich meine, wir führen dort sehr harte, zum Teil kontroversielle Diskussionen, aber die Diskussionen dienen immer dem Ziel, den Menschen in unserer Stadt zu helfen. So soll es sein, und dafür möchte ich mich bedanken. Glück auf! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Omar Al-Rawi gemeldet.

GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi** (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte tatsächlich berichtigen, und auch wenn ich es vielleicht ganz richtig verstanden habe, möchte ich es doch noch präzisieren, damit das nicht im Raum stehen bleibt.

GR Pawkowicz hat gesagt, dass sich der Bauausschussvorsitzende in Meidling generell eine Ermächtigung holen möchte, um allein über § 69 entscheiden zu wollen. - Das ist etwas, was wirklich nicht so einfach geht, und auch unsere Meinung ist, dass wir damit nicht so umgehen wollen. Ich sage aber noch etwas zum Hintergrund der Sachlage, was vielleicht der Präzisierung dient.

Es geht um das Projekt Wildgarten in Meidling. Dort war laut Widmungsplan vorgesehen, dass das Regenwasser im Grundstück versickern soll, weil der Kanal es von seiner Kapazität her nicht aufnehmen kann. (*Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.*)

Ja, das ist eine Berichtigung beziehungsweise eine Präzisierung, wie ich gesagt habe, Herr Jung, und ich mache das sehr amikal. Haben Sie ein bisschen Geduld, und hören Sie trotzdem zu!

Nachdem der Boden dort aber sehr lehmig ist und das nicht möglich ist und zirka 20 von 21 Bauplätzen das

nicht erfüllen werden, müsste der Bauausschuss eigentlich 20 Mal tagen, um jedes Mal diesen einen Bauplatz zu genehmigen. Da kam der Vorschlag im Sinne der Vereinfachung und Beschleunigung, das mit Hilfe eines Art Rahmenvertrags oder Rahmenbeschlusses zu erledigen. Dies ist jedoch noch nicht beschlossen, dies wird noch rechtlich überprüft, das wird noch von der MD überprüft, das wir auch rechtlich noch von der Baupolizei angeschaut. Und wenn es dann so weit sein wird, dann wird das sowieso nur gemeinsam mit den Fraktionen des Bezirkes geschehen.

Es geht hier also um eine Vereinfachung und um eine Beschleunigung eines konkreten Bauvorhabens und nicht darum, wie es vielleicht im Raum stehen geblieben ist, dass sich der Bauausschussvorsitzende in Meidling eine Generalvollmacht geben lässt, um generell allein über § 69 zu entscheiden. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Pawkowicz gemeldet.

GR Mag. (FH) Alexander **Pawkowicz** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Gemeinderatsvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Al-Rawi hat zwar freundlicherweise hier sehr umfassend erklärt, dass es hier um ein konkretes Projekt geht. Tatsächlich darf ich allerdings berichtigen, dass in dem mir schriftlich vorliegenden Rahmenbeschluss - der nur auf Grund des heftigen Protestes der Oppositionsfraktionen im letzten Bauausschuss nicht beschlossen wurde, ohne diesen Protest wäre er nämlich schon beschlossen worden - wortwörtlich steht: „Für beim Magistrat der Stadt, MA 37, anhängige einzelne Bauvorhaben in obgenanntem Bereich wird nach Maßgabe der diesem Baubewilligungsverfahren zugrunde liegenden Pläne eine Abweichung im Sinne des Punktes 1 vom Bauausschuss durch seinen Vorsitzenden abgesprochen.“

Das ist ein vorbereiteter Rahmenbeschluss. Dieser hätte bereits beschlossen werden sollen, und es ist lediglich dem Protest aller Oppositionsparteien im Bauausschuss verdanken, dass dieser Rechtsbruch nicht durchgegangen ist. Und das bleibt ein Rechtsbruch, auch wenn er sich in den insgesamt 26 Fällen, um die es hier geht, immer auf dasselbe Bauprojekt bezieht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zum Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal.

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Wiederkehr. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Christoph **Wiederkehr**, BA (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Damen und Herren!

Nun zum Zukunftsthema Bildung: Die letzten Monaten waren in der Öffentlichkeit auch sehr stark von der Diskussion geprägt, ob eine Bildungsreform kommt oder

ob keine Bildungsreform kommt. - Ich habe, ehrlich gesagt, gar nicht mehr damit gerechnet, dass noch eine Einigung zustande kommt! In diesem Prozess, in dem Bildungspolitik als Machtpolitik ausgetragen wird, haben sich Rot und Schwarz auf Bundesebene auch nicht mit Ruhm bekleckert. Das dient auf jeden Fall nicht der Sache, und dementsprechend war das in den letzten Wochen und Monaten auch ein extrem mühsamer Prozess, und es gab auch keine extremen Verbesserungen.

Die Bildungsreform ist mit einer guten Idee gestartet, möglichst viel Autonomie an die Standorte, an die Schulen zu bringen. Das ist eine sehr wichtige, zeitgemäße Herangehensweise ans Bildungssystem, aber diese Bildungsreform ist von Monat zu Monat durch den Fleischwolf der Macht und der Parteipolitik gedreht worden, und was am Schluss übrig geblieben ist, ist sehr, sehr verwässert im Hinblick auf die Ursprungsidee, möglichst viel Autonomie an die Schulen zu bringen.

Natürlich sehen wir einzelne positive Auswirkungen betreffend Schulautonomie, vor allem, was mehr Entscheidungsspielraum an den einzelnen Standorten anbelangt. Ich hätte mir aber, vor allem auch für Wien, viel mehr erwartet, vor allem auch im Hinblick auf die Frage der Parteipolitik im Schulwesen und auf die Frage, wie die Verwaltungsbehörde ausgestaltet werden soll. Diesbezüglich wurde ein Kompromiss getroffen, der meines Erachtens nicht ideal ist: Bundeskompetenz und Parteipolitik sollten endlich komplett aus der Schulverwaltung und aus dem Stadtschulrat beziehungsweise der zukünftigen Bildungsdirektion beseitigt werden. Hier besteht aber noch immer ein Eingriffsrecht der Landeshauptleute über die Hintertüre, und das ist unseres Erachtens untragbar. *(Beifall bei den NEOS.)*

Was mir in der Bildungsreform besonders abgeht, ist der Bereich Elementarpädagogik. Das hätte ja auch behandelt werden sollen, was es aber von Seiten der Bundesregierung gar nicht gab. Hier bestünde auch enormer Bedarf, etwas zu tun.

In der Frage der Mittelzuteilung durch die Schulcluster werden sicherlich im ländlichen Raum Mittel frei, die auch für die Schulstandorte verwendet werden können, das sehe ich allerdings für Wien noch nicht. Es wäre auf jeden Fall wünschenswert, diese unbedingt nötigen Mittel vor allem für administratives Personal an den Neuen Mittelschulen und an den Polytechnischen Schulen einzusetzen, denn daran fehlt es in Wien. Darin liegen auch die größten Herausforderungen im Bereich der Neuen Mittelschulen und der Polytechnischen Schulen, hier geht aber ganz viel in die falsche Richtung und hier ist sozusagen ein Feuer in Brand, das wir schnell löschen müssen.

Die Gassergasse war in den Medien. Eine sehr couragierte Direktorin hat sich getraut, auch öffentlich Kritik zu äußern, und es haben sich sehr viele Politiker mit ihr getroffen, und von Seiten des Stadtschulrats wurde sogar eine individuelle Lösung ausgearbeitet, was ich sinnvoll finde. Für mich stellt sich aber die Frage, wie die vielen Direktorinnen und Direktoren, die nicht die Courage haben, sich auf die Beine zu stellen und zu sagen,

dass da etwas geändert werden muss, dazu kommen, mit einem System zu arbeiten, das nicht funktioniert!

Genau am Beispiel der Gassergasse sehen wir, worin die Herausforderungen bestehen: Über 95 Prozent Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache, davon ein Zehntel als außerordentliche Schüler und dazu noch sehr viele Kinder mit Beeinträchtigung. Das ist ein Umfeld, wo Schulunterricht nicht gut stattfinden kann. In der Schule wurde aber genau das Richtige getan: Es wurde eine Binnendifferenzierung hergestellt, es wurden nämlich an der Schule selber unterschiedliche Gruppen kreiert - es sind eigentlich Leistungsgruppen -, um wirklich individuell zu fördern. Dieses Beispiel zeigt, dass die Idee des Teamteachings und der Neuen Mittelschule mit Inklusion um jeden Preis und Großgruppen nicht funktioniert.

Man braucht relativ homogene Gruppen, um auch arbeiten zu können. Das höre ich auch von ganz vielen Lehrern und Direktoren an Polytechnischen Schulen, dass nämlich auch die Leistungsgruppen, die dort bestehen, bei Weitem nicht ausreichen, weil in der letzten Leistungsgruppe teilweise Analphabeten mit Schülern zusammen sind, die schon viel mehr können, und es daher für die Lehrkräfte unmöglich ist, einen eigentlichen Fortschritt voranzubringen.

Hier liegen die Zukunftsfragen dieser Stadt: Neue Mittelschulen und Polytechnische Schulen, wo wir mehr investieren und womit wir uns besser auseinander setzen müssen.

Ein Beispiel sind auch Schulpsychologen: Natürlich wurden bereits einige angestellt, es geht in die richtige Richtung. Ich weiß aber nicht, ob es in den nächsten Monaten hilfreich sein wird, wenn Direktoren von Studierenden berichten, die ihr Schulpraktikum als Schulpsychologen an einer Problemschule machen. Vor allem ist das Kontingent noch immer extrem niedrig, und für viele Direktoren ist das zur Zeit sogar mehr Aufwand als Hilfe. Der Aufwand ist deshalb so hoch, weil der bürokratische Aufwand für Lehrerinnen und Lehrer in dieser Stadt vor allem durch die Schulverwaltungsprogramme enorm hoch ist. Hier könnte man, glaube ich, auch einiges effizienter gestalten.

Wir bringen einen Antrag ein, der in die Richtung geht, dass wir die frühe Trennung im Gymnasium und Neuen Mittelschulen auch nicht als sinnvoll erachten, denn diesfalls gibt es eine Vererbung des Bildungshorizonts der Eltern auf die Kinder, dem wir entgegenreten müssen, und wir wollen dem durch eine gemeinsame Schule mit eben dieser bereits geschilderten Binnendifferenzierung entgegenreten. Das ist unseres Erachtens der richtige Ansatz, nämlich innerhalb der Schule zu unterscheiden und dort die entsprechenden Gruppen zu bilden *(Beifall bei den NEOS.)*

Das ist für uns der bessere Ansatz. Es gibt nämlich auch Anträge von ÖVP und FPÖ zur Erhaltung des Gymnasiums um jeden Preis. Ich meine, hier können wir fortschrittlicher in diese Richtung gehen, um das auch in einer zukünftigen Reform im Hinblick auf größere Autonomie wirklich zur Entfaltung zu bringen. - So viel zum Bereich Bildung.

Mein zweites Thema ist die Integration: In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem den Bereich Radikalisierung und Deradikalisierung ansprechen, weil mich vor allem der letzte Bericht des Verfassungsschutzes wirklich stutzig gemacht hat, dass wir nämlich mittlerweile in Österreich 296 Foreign Terrorist Fighters haben, und davon vermutlich sehr viele in Wien. Diese Hochschätzung ergibt also eine sehr schockierende Zahl, damit sind wir nach Belgien auf Platz 2 pro Einwohner. Von dieser Personengruppe geht eine enorme Gefahr aus, und vor allem Wien ist diesbezüglich sehr gefährdet.

Deswegen müssen die Anstrengungen der Stadt Wien in diesem Bereich noch intensiviert werden. Ich weiß, dass es das Deradikalisierungsnetzwerk gibt, aber hier braucht man wirklich eine individuelle Betreuung und auch eine bessere Informationsstelle mit dem Bund. Daher werde ich einen Antrag auf Zuweisung einbringen, damit wir uns mit dieser Thematik noch genauer gemeinsam beschäftigen können.

Integration und Bildung sind die Zukunftsfragen dieser Stadt und gehen Hand in Hand. Diese Themen müssen gemeinsam gesehen werden, damit die Herausforderungen gelöst werden können.

Im Bereich der Bildung ist auch ein Antrag der FPÖ zur Sonderschule auf dem Tapet. Diesem können wir so nicht zustimmen, weil wir glauben, dass die Vision, bestmögliche Inklusion zu betreiben, gut ist. Wir glauben auch nicht, dass wir Sonderschulen in den nächsten Jahren abschaffen können, aber wir sollten versuchen, Sonderschulen zu öffnen, und zwar zu öffnen für andere Schülerinnen und Schüler. International und auch schon in Wien gibt es dafür sehr gute Beispiele, wie man diesen Prozess angehen kann, sodass wirklich jeder Schüler die gleiche Möglichkeit hat. Hier würden wir gerne diese verkehrte Inklusion erreichen und werden deshalb dem Antrag der FPÖ auch nicht zustimmen, weil wir unseren Weg als sinnvoller ansehen.

Von der FPÖ gibt es noch einen Antrag zur Evaluierung der Integrationsvereine im Bereich der Stadt Wien. Auch wir sehen zu wenig Strategie in der Koordinierung dieser Vereine und vor allem auch erheblichen Verbesserungsbedarf in Abstimmung mit dem Bund. Wir glauben aber nicht, dass es der richtige Schritt ist, all diese Aufgaben der Vereine in den Magistrat hineinzuholen. Ich glaube nicht, dass die städtische Verwaltung in diesem Bereich effizienter ist, als es Externe sein können. Aber natürlich ist auch die jetzige Struktur der Vereine nicht ideal. Mein Idealfall wäre eine politische Strategie, zu analysieren, was wir brauchen, nach diesem Bedarf dann auszuschreiben und so private Kooperationspartner zu finden. - Das heißt, auch diesem Antrag der FPÖ werden wir nicht zustimmen, obwohl auch wir in diesem Zusammenhang Verbesserungsbedarf sehen.

Das war mein Beitrag zum Bereich Integration und Bildung. Ich glaube, hier sollten wir gemeinsame Anstrengungen vollziehen, um die Stadt zukunftsfit zu machen. - Danke sehr. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: 10 statt 15 Minuten Redezeit wurden in Anspruch genommen, somit verbleibt eine Restredezeit von 13 Minuten. Als Nächste

zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schwarz. Die selbstgewählte Redezeit beträgt auch 15 Minuten. - Bitte schön.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir beschäftigen uns heute mit dem Rechnungsabschluss zum Thema Bildung. - Ich muss jetzt nur ein bisschen mein Zettelchaos sortieren. - Ich möchte gerne mit dem Thema Wiener Kindergärten anfangen und mich dann sozusagen auf der Bildungsleiter Sprosse für Sprosse weiter fortbewegen.

Bei den Anstoßfinanzierungen für Kindergärten sehen wir, dass um die 431 Millionen für die städtischen Kindergärten und 349 Millionen für private Einrichtungen ausgegeben wurden. Dieses Geld braucht man natürlich, wenn es darum geht, qualitativ hochwertige Kindergartenplätze zu haben.

Ich möchte hier aber noch einmal ganz klar betonen: Mit diesem Geld können private Kindergartenbetreiber wirklich qualitätsvolle Arbeit machen, und zwar im Sinne der Kinder auch Bildungsarbeit in den Kindergärten. Jetzt kommt aber das große Aber: Auf Grund des Ausbaudrucks, den die Stadt Wien wegen des Gratiskindergartens hatte, was natürlich eine gute Sache ist, ist die Qualität ein bisschen beziehungsweise eigentlich insgesamt auf der Strecke geblieben. Und das ist keine gute Sache, denn wenn man möchte, dass der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung ist, dann muss man ganz genau hinschauen und auch ganz genau prüfen, und dazu braucht man auch ein System. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestern hat Herr Kollege Margulies gesagt, dass es schwarze Schafe in der Kinderbetreuung gibt. - Das ist ganz klar, und da muss man auch entsprechend vorgehen. Wir haben das in den letzten Jahren die ganze Zeit immer wieder gefordert, wir haben immer wieder unsere Vorschläge gebracht, wie man die Kontrollen verbessern kann, wie die Qualitätskriterien seien sollten. Das wurde aber immer abgelehnt.

Wir fordern zum Beispiel, dass die Zahl der Kontrolleure von 13 auf 100 Kontrolleure aufgestockt wird. - Die Freiheitlichen bringen jetzt einen Antrag betreffend 41 Kontrolleure ein, wobei mich interessieren würde, wie diese Zahl 41 zustande kommt, aber ich bin mir sicher, dass uns das jemand von Ihnen erklären wird.

Wir haben derzeit über 76.000 Kinder in den Kindergärten und Kinderkrippen, und wenn es 13 Kontrolleure gibt, dann hat ein Kontrolleur die Verantwortung für 5.900 Kinder. Gibt es 41 Kontrolleure, dann hat ein Kontrolleur die Verantwortung für 1.874 Kinder, und diese Gruppe ist uns einfach zu groß. Daher sagen wir, dass wir mehr Kontrolleure brauchen, und deswegen wollen 100 Kontrolleure, damit diese auch wirklich konstruktive Arbeit machen können *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wichtig ist auch, dass bei den Kontrollen großer Wert und sehr großes Augenmerk auf das pädagogische Konzept gelegt werden. Das heißt, es muss geprüft werden, was dort wirklich unterrichtet wird, wie ich es nennen möchte.

Bekanntlich wird immer ganz genau darauf geschaut, wo der Seifenspender hängt und wo der Lichtschalter angebracht ist. Ganz wichtig ist aber vor allem, darauf zu achten, ob und wie das pädagogische Konzept umgesetzt wird. Ich glaube, dafür braucht man Zeit, und ich glaube, dafür braucht man auch ein Mystery Shopping, dass man nämlich einfach unangekündigt hineingeht. Es sollte also viel mehr unangekündigte Kontrolle geben, als es sie jetzt gibt.

Faktum ist, dass wir das nur schaffen werden, wenn wir die Zahl der Kontrolleure aufstocken, und wir brauchen eben wirklich 100 Kontrolleure.

Das Zweite, was sich zeigt - und das war auch eine Forderung von uns -, ist eine Art Bekenntnis der Kindergartenbetreiber zu unserer Gesellschaft und zu den europäischen Werten, denn nur so kann man im Vorhinein schon sehen, ob jemand gewillt ist, wirklich Bildung im Rahmen des Bildungsrahmenplans zu betreiben, ob der Kindergartenbetreiber zum Beispiel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau steht. Das ist ein ganz wichtiges Thema, denn so werden unsere Kinder schon im Kindergarten geprägt.

Worum es natürlich auch geht, ist die Ausbildung der Pädagogen und Pädagoginnen vor Ort. Es war auch immer eine Forderung von uns, dass Personal, das Bildung vermittelt, das C1-Niveau braucht.

Ich möchte auch noch kurz auf den Vorwurf des Herrn Stadtrat eingehen: Sie haben uns einmal über Twitter, wie ich glaube, ausrichten lassen, dass wir nicht immer „aufjaulen“ sollen, wenn ein Kindergarten geschlossen wird. - Wir fordern ja die Kontrollen! Wir jaulen nicht auf, weil es endlich vermehrt Kontrollen gibt, sondern wir haben immer gefragt: Wann fangen die Kontrollen an? - Und da ist erst Bewegung hineingekommen, nachdem der Druck der Opposition sehr groß war. Sie haben viel zu spät mit diesen Kontrollen begonnen. Sie haben viel zu vielen Kindergartenbetreibern eine Genehmigung gegeben, die keine seriöse Arbeit machen und machen wollen, die aber glauben, sie kommen an das große Geld. - Da haben Sie eine Verantwortung, und das ist eine enorme Verantwortung!

Ich möchte Ihnen ein ganz aktuelles Beispiel nennen, nämlich „Kinderparadies“ im 7. Bezirk. Warum war die Empörung in diesem Fall so groß? Weil geprüft und kontrolliert wurde? - Nein! Die Empörung war deswegen so groß, weil die Eltern nicht informiert wurden. Das ist aber Ihre Aufgabe! Sie haben diesen Kindergarten genehmigt. Sie haben den Eltern sozusagen das Gefühl gegeben, dieser Kindergarten sei sicher. Sie haben den Pädagogen, die dort zu arbeiten begonnen haben, ebenfalls das Gefühl gegeben, das sei ein seriöser Betreiber. Sie waren zwei Wochen, bevor dieser Kindergarten geschlossen wurde, noch bei einer Kontrolle vor Ort. Es wurde keine Information an die Eltern weitergegeben. Es wurde keine Information an die Pädagogen weitergegeben. Und es kann nicht sein, dass in der Stadt Wien die Eltern in der Früh ihre Kinder in den Kindergarten bringen wollen und der Kindergarten geschlossen ist, weil es ihn nicht mehr gibt! Die Eltern haben keine Informationen

von Ihnen bekommen. So kann man mit Eltern und Familien in Wien nicht umgehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die nächste Frage ist natürlich: Was muss ein Kindergarten können? - Darüber haben wir auch ganz viel gesprochen, damit die Kinder sozusagen die nächste Leitersprosse zur Volksschule erklimmen können. Wir haben diesbezüglich auch sehr viele Ideen im letzten Jahr eingebracht. Wir haben immer wieder gesagt, dass es wichtig ist, dass man die Umgangssprache testet, dass man herausfindet, welche Umgangssprache die Kinder haben, damit man die Kinder leichter in homogene Gruppen geben kann, damit man leichter erkennen kann, wo man mit der Sprachförderung ansetzen muss, denn das ist nun einmal in Wien eine große Herausforderung.

An Sie, Herr Stadtrat, haben wir die Anfrage gestellt, wie hoch der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache an den Volksschulen, an den Hauptschulen, an den Wiener Mittelschulen und an den Neuen Mittelschulen ist. - Ihre Antwort war: „Da die Umgangssprache in der allgemeinen Pflichtschule nicht erhoben wird, können wir die Fragen nicht beantworten.“ - Als ich das gelesen habe, habe ich mir gedacht, dass ich im falschen Film bin! Ich frage Sie: Wie wollen Sie denn wissen, wo Sie ansetzen müssen, wenn Sie nicht wissen, welche Umgangssprache die Schüler und Schülerinnen in Wien haben?! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der 4. Klasse der Volksschule wird im Rahmen der Bildungsstandardtestungen die Alltagssprache sehr wohl erhoben. Allerdings ist es dann zu spät! Wir brauchen diese Erhebung in Wirklichkeit spätestens bei der Einschreibung. Es gibt zwar schon 15 Monate vor Schulantritt im Kindergarten eine Sprachstanderhebung, diese Daten werden jedoch nicht weitergegeben.

Dazu sage ich: So lange es keine rechtliche Regelung gibt, muss man zumindest bei der Schuleinschreibung damit anfangen, weil die Lehrer und Lehrerinnen ja wissen müssen, wo sie anfangen können. Wir müssen wissen, wo wir unsere Kinder abholen und unterstützen können.

Wir haben uns - das ist auch etwas, was ich einmal ganz klar sagen möchte - auch immer wieder für Deutschklassen vor dem Regelunterricht eingesetzt, und zwar aus folgendem Grund: Geben wir den Kindern doch die Zeit, sich auf das Deutschlernen wirklich zu konzentrieren und sich damit zu befassen! Auch dazu gab es einen Antrag, über den ich das letzte Mal sehr lange gesprochen habe: Wir wissen, dass ein Kind, wenn es sich wirklich konzentriert damit auseinandersetzen kann, in zirka einem halben Jahr in den Regelunterricht integriert werden kann.

Man sollte diese Deutschkurse beziehungsweise Deutschklassen wirklich vor Ort machen. - Das wollen Sie nicht, sondern Sie wollen, dass die Kinder gleich in den Regelunterricht kommen, dann aus dem Regelunterricht wieder herausgenommen werden, um Deutschförderunterricht zu bekommen, dann wieder hineingegeben werden. - Das ist unserer Meinung nach den Kindern gegenüber nicht fair, und deswegen sind wir nach wie

vor für Deutsch vor dem Regelunterricht. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Mag. Wolfgang Jung: „Nach wie vor“ ist gut!)*

Im Zusammenhang mit Bildung muss man sich auch eine Frage stellen: In welche Richtung geht es denn mit der Orientierung der Leistung? Sollte man sich am Schwächsten orientieren, oder sollte man sich am Stärksten in der Gruppe orientieren? - Ich sage Ihnen ganz klar: Ich bin der Meinung, dass man sich am Stärksten in der Gruppe orientieren und prüfen sollte, inwiefern die anderen Kinder, die das Niveau nicht halten können, Hilfe brauchen. Wenn wir nämlich unsere starken Kinder nicht fördern und nicht fordern, dann verlieren sie die Neugier, und Neugier ist der Motor der Kreativität, des Fortschritts und der Entwicklung. Die Kinder brauchen die Neugier, um nicht den Spaß am Lernen zu verlieren und die nächsten unglücklichen Erwachsenen zu werden.

Ich muss jetzt ein bisschen schneller werden, weil ich sehe, dass ich nur noch 4 Minuten habe. - Ich möchte ganz kurz noch auf einen aktuellen Fall eingehen, um zu zeigen, wie die Stadt Wien mit den Eltern umgeht.

Sie sagen zum einen immer, dass es wichtig ist, dass Eltern betreffend die Bildungslaufbahn der Kinder mitreden. Auch wir meinen - lassen Sie es mich so sagen -, dass wir es ohne Eltern nicht schaffen und wir die Eltern brauchen, damit sich die Kinder in der Bildung wirklich konzentrieren können. Wir brauchen die Eltern im Boot, damit Kinder eine gute Bildungslaufbahn haben. Das haben wir immer wieder gesagt, diesbezüglich bestand immer eine einhellige Meinung.

Dann hatten wir folgenden Fall: Es geht um die Form der Nachmittagsbetreuung in einer Volksschule, nämlich auf dem Bischof-Faber-Platz im 18. Bezirk. Im Dezember hatten die Eltern vor Ort erfahren, dass eine Volksschule, die halbtags mit einem Hort geführt wird, in eine verschränkte Ganztagschule umgewandelt werden soll. Die Eltern vor Ort, die Pädagogen, die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort waren bislang sehr zufrieden mit der Arbeit. Sie wollen gar keine Änderung. Die baulichen Bedingungen der Schule machen es in Wirklichkeit unmöglich, eine verschränkte Ganztagschule zu machen, weil es nicht genug Freiraum gibt. Das ähnelt dem Fall vor einiger Zeit in der Vorgartenstraße, und Sie wollen beinahe auch dort eine verschränkte Schulform machen. Sie glauben wirklich, dass Sie besser wissen, welches Modell der Familie am besten zukommt. Wir meinen aber, dass eine Familie selbst bestimmen darf, welche Betreuungsform die beste für ihre Kinder ist. Und wenn dort die Eltern geschlossen Nein zu Ihren Plänen sagen, dann fahren Sie doch bitte nicht drüber, nur um Ideologiepolitik zu betreiben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Anfragebeantwortung haben wir von StR Czernohorszky, als wir ihn zu diesem Fall befragt haben, zu hören bekommen, dass Sie am liebsten hätten, dass das schon im folgenden - also im jetzigen - Schuljahr kommt, dass die Schule verschränkt zu arbeiten anfängt. Ich meine, dass das einfach Wahnsinn ist! Nehmen Sie die Eltern ernst und fahren Sie nicht drüber! Wenn Sie die Eltern im Boot haben wollen, dann seien Sie ein Partner und nicht ein Oberlehrer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir bringen auch diesbezüglich wieder einen Antrag ein, dass die Entscheidung, welche Betreuungsform es an den Schulen gibt, beim Schulforum liegt, also Eltern und Lehrern obliegt und nicht der Politik.

Mein nächster und letzter Punkt - ich habe noch 1 Minute - betrifft die AHS und NMS: Wir wissen, dass wir betreffend Neue Mittelschule einer Meinung sind, dass diese gestärkt werden muss und nicht mehr als Restschule abgewertet werden soll. Beim Weg dorthin unterscheiden wir uns aber extrem, denn es kann unseres Erachtens nicht sein, dass man auf Kosten von Schülerinnen und Schülern, die AHS-Reife haben, vorgeht und ihnen keine AHS-Plätze zur Verfügung stellt, sondern sie in die NMS in der Hoffnung drängt, dass sich dort das Niveau hebt. Das ist unfair gegenüber den Kindern, die AHS-Reife haben und eine AHS besuchen wollen!

Das aktuelle Beispiel dafür gibt es in Simmering: Darüber haben wir auch gesprochen. Es ist darum gegangen, dass es in diesem Bezirk zu wenige AHS-Plätze gibt, Simmering aber einen enormen Wohnbau hat und schon jetzt Kinder in den 3. Bezirk pendeln müssen. - Das ist nicht fair! Da müssen wir gemeinsam beim Bund Druck machen und sagen: Wir brauchen eine echte AHS in Langform! - Deswegen bringen wir auch einen diesbezüglichen Antrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch wenn wir ideologisch, einstellungsmäßig und thematisch nicht sehr oft einer Meinung sind, möchte ich mich trotzdem an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Stellen und auch bei Ihnen, Herr Stadtrat, bedanken, denn die Hoffnung stirbt zum Schluss. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit und Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren jetzt 16 Minuten, die verbleibende Restredezeit beträgt 9 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Allen sind die Kinder immer am Wichtigsten, und deswegen werden mehr Kindergartenplätze, ganztägige Kindergartenplätze, Kindergärten, die offen sind und nicht immer geschlossen haben, gefordert. Jetzt gerade hat es geheißt, dass wir mehr Plätze in der AHS brauchen.

So. Welches Bundesland hat die meisten Kindergartenplätze? - Wien! In welchem Bundesland sind die Kindergärten am längsten geöffnet? - In Wien! Welches Bundesland hat mehr Kinder in der AHS als in einer anderen Schulform? - Wien! *(GR Mag. Manfred Juraczka: Das könnte damit zu tun haben, dass Wien ein bisschen größer ist!)*

Wo ist es aber überall anders? Überall dort, wo die ÖVP ... *(Weiterer Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka.)*

Ich finde das super! Sie haben gerade viele Punkte genannt, was gescheiter wäre, wenn es das geben würde. - Die Antwort lautet: Alles, was Sie gesagt haben, gibt es in Wien mehr als anderswo! Das ist doch großartig!

Es ist in Wien nach dem, was Sie sagen, besser. Diese Unterstützung aus der Opposition finde ich nett und freundlich! Es ist gerade Zeugniswoche, in drei Tagen bekommen die Kinder und Jugendlichen Zeugnisse, und wenn man hier Zeugnisse verteilen würde, dann haben Sie sich jetzt zumindest teilweise in ein paar Fächern ein gutes Zeugnis ausgestellt!

Zum Kindergarten als erste Bildungseinrichtung: Wir sind uns einig, dass bei den Investitionen von 750 Millionen jeder Euro gut angelegt ist. Alle sind der Meinung, dass die Kindergärten das brauchen. Es wird höchstens gesagt, dass es zu wenige gibt oder dass noch mehr Personal hingehört, aber niemand möchte Geld im Kindergartenbereich einsparen, sondern alle sind der Meinung, dass diese Summe das Minimum ist, das man ausgeben soll.

Es ist keine Ersparnis möglich, sondern es werden höchstens mehr Ausgaben verlangt: Ich habe noch nichts anderes gehört! Niemand fordert Schließtage wie in der Steiermark. Dort wir elf Wochen zugesperrt, und die Familie teilt es sich auf: Falls zwei Zuständige da sind, dann nehmen er und sie je fünf Wochen Urlaub für die Kinder, und falls noch eine Oma oder ein Opa da ist, können die auch noch eine Woche einspringen. - Das ist der Zustand in mehreren Bundesländern. Bei uns sind es nicht einmal vier Tage! Bei uns muss man sich zu zweit eine Woche aufteilen, das geht sich aus, das ist nämlich die Woche, die man auch gemeinsam Urlaub machen könnte.

Über die Kontrolle wird viel geredet. Ein Beispiel, wie damit umgegangen werden soll, dass dann die Kindergärten besser sind, möchte ich schon aufgreifen, an dem man sieht, dass es sicherlich nicht darum geht, dass es den Kindern besser gehen soll: Bei der Bezirksvertretung im 22. Bezirk wurde ein Vorschlag eingebracht, dass man alle islamischen Kindergärten - wahrscheinlich sind die gemeint, in denen die Mehrheit moslemischen Glaubens ist - irgendwie kenntlich machen muss. - Soll man etwa draußen auf Logos schreiben: Hier ist ein Kindergarten mit vielen Leuten, die den Koran lesen und zu Hause islamisch sind!?

Das ist ein Vorschlag. Aber Sie wissen eh, dass man erst einmal schauen muss, welchen bildungstechnischen Nutzen das haben würde. Was haben die Kinder davon, die dort hingehen? Was haben deren Eltern davon? - Ich nehme an, dass die meisten Eltern sich so viel Zeit nehmen, herauszufinden, ob sie jetzt bei einem Opus-Dei-Kindergarten, bei einem städtischen Kindergarten, bei einem Kindergarten der Kinderfreunde oder bei einem Kindergarten gelandet sind, wo mehr islamische oder andersgläubige oder nichtgläubige Kinder sind.

Ich nehme an, das werden die meisten Eltern feststellen! Wem nutzt also eine solche Aufschrift? - Das nutzt keinem einzigen Kind und keinem einzigen Elternteil, sondern das nutzt denen, die die Gesellschaft gerne von Anfang an, von den Zweijährigen oder Dreijährigen weg, spalten würden! Das sind Vorschläge zur Bildungspolitik! Es wird einem ja fast schlecht, wenn man das hört, und es ist schön, dass diese Anträge dann ohnedies versenkt werden, diesmal in der Donaustadt und

dann wieder anderswo. Es ist unglaublich, dass solche Anträge kommen, aber Sie müssen sich das mit sich selber ausmachen! (GR Dominik Nepp: Keine Sorge!)

Keine Sorge haben wir deswegen, weil Sie noch jedes Mal in Wien unter den eigenen Erwartungen geblieben sind. (GR Dominik Nepp: Sagt die 11-Prozent-Partei!) Und wir haben auch die große Hoffnung, dass es genau gleich ausgeht wie letztes Jahr! (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Das sagt die zerrissene Partei!)

So oft, wie Sie als Gesamtverein schon Bürgermeister, Bundeskanzler und Präsident geworden sind, stehen die Chancen auf Null! (Zwischenruf von GR Armin Blind.) Passt schon! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Ich bin ganz zufrieden mit den Wienern und Wienerinnen, die Ihnen jedes Mal einen Platz weiter hinten geben! (GR Dominik Nepp: Vizebürgermeister ist man kraft der Wählerstimmen und nicht aus Gefälligkeit der SPÖ!) Ja, ja! Vizebürgermeister ohne Bereich! (Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger** (unterbrechend): Bitte den Redner weiterreden lassen!

GR David **Ellensohn** (fortsetzend): Kein Problem! Ich habe hier vorne eh ein Mikrofon. Normalerweise haben Sie eh Order, dass Sie nicht dazwischenreden sollen, wenn ich rede, damit es nicht eskaliert, aber heute können Sie sich wieder nicht daran halten, weil der zweite Tag ist, und da sind Sie wieder unruhig. Passt schon! (Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)

So. Tun Sie jetzt wieder das, woran sich Herr Jung vorbildlich hält, nämlich momentan keinen Zwischenruf zu machen! (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Es macht auch keinen Sinn, dass Sie bei Schule, Bildung und Kindergärten reinrufen, wenn Sie nichts dazu beizutragen haben!

Zur Bildungsreform: Ein paar Punkte, die umgesetzt wurden, finden wir gut. Deswegen haben die GRÜNEN schlussendlich auf Bundesebene zugestimmt. Wir können ein paar Punkte umsetzen. Es ist das nicht zu 100 Prozent unser Programm, es ist aber zum Glück auch nicht zu 100 Prozent das Programm der SPÖ oder der ÖVP, sondern eine gemeinsame Entscheidung. (GR Dominik Nepp: Ein fauler Kompromiss!)

Die Modellregion wird so, wie wir sie uns vorgestellt haben, nicht zur Gänze kommen. Was kann man aber tun, um zu sehen, warum das auch Sinn macht? - Es fürchten sich immer viele Leute davor, wer dann miteinander in die Schule gehen könnten! Bitte vergessen Sie erstens nicht, dass die Sechs- bis Zehnjährigen in einer gemeinsamen Schule sind! Nur die allerwenigsten Leute glauben, dass man die Sechsjährigen schon trennen muss. Es wird hier herinnen schon welche geben, die das glauben, aber das hört man nicht oft.

Viele sagen, dass das auch mit zehn Jahren nicht notwendig ist, und es gibt ein paar Schulen, die das auch praktizieren: Diese heißen in Wien Wiener Mittelschule, das finden wir zum Beispiel in der Kandlgasse oder in der Anton-Krieger-Gasse und an noch ein paar anderen Standorten. Die Idee dabei ist, dass dort, wie ja immer wieder eingefordert wird, Kinder sind, die im Regelfall nicht die AHS-Reife haben, weil sie in Deutsch in der

Volksschule einen Dreier haben, und diesen dort mehr geholfen werden soll. - Genau das habe ich heute schon zwei Mal gehört, nämlich beim Vorredner und bei der Vorrednerin: Schaut, dass die Kinder das können!

So. Und jetzt sage ich Ihnen, was man dort macht: Dort gibt es in den Hauptgegenständen Deutsch, Englisch und Mathe in der Klasse eine zusätzliche Lehrperson, die den Kindern, die mehr Bedarf haben, weil sie entweder in Mathe oder eben in Deutsch oder in Englisch schwach sind, zusätzlich hilft und umgekehrt den starken Kindern auch mehr Chancen gibt. Es könnte nämlich auch einem fad werden, weil er in Mathe einen Einser hat und mehr machen will. - Das ist die Idee dort.

Was tut man noch von wegen Deutschkenntnisse? - Wir haben heuer 2.000 Sommersprachkurse für Kinder, die zum Beispiel in der Schule einen Fleck in Deutsch haben. Das wurde im zuständigen Ausschuss abgestimmt: 2.000 Sprachkurse im Sommer für Kids, die es brauchen können! Wer hat zugestimmt, und wer hat dagegen gestimmt? - Die FPÖ war dagegen. Das ist eh logisch! Die ÖVP war dagegen, und das ist leider auch in Wien mittlerweile logisch. Auch die NEOS waren dagegen. Gerade haben wir aber gehört, dass das so wichtig wäre!

Wir werden in den Schulen in Wien 100 zusätzliche Leute haben, Unterstützungspersonal für die Lehrerinnen und Lehrer, die genau das tun sollen, was da immer wieder in den Reden gefordert wird: Pädagogische SozialarbeiterInnen, die mit den Kindern arbeiten. Auch das wurde im letzten Ausschuss abgestimmt. Darum ist es immer so mühsam! Es werden Sachen gefordert, da heißt es: Das müsst ihr machen, das müsst ihr machen! Wenn dann aber ein entsprechender Antrag kommt, dann ist die FPÖ dagegen, dann ist die ÖVP dagegen, dann sind die NEOS dagegen, dass beispielsweise mehr SozialpädagogInnen beziehungsweise SozialarbeiterInnen an die Schule kommen, um dort mit den Kindern zu arbeiten. (Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.) Das verstehe ich nicht, wenn ich die ganzen Anträge lese, in die so wunderbar hineingeschrieben wird, was wir nicht alles brauchen würden, wer nicht aller benachteiligt ist, dann aber nichts kommt!

Auf Bundesebene wurde außerdem festgestellt, dass es Schulen gibt, die mehr Bedarf haben, weil es Kinder gibt, die mehr Bedarf haben. Daher gibt es einen Chancenindex. - Das ist eine gute Idee! Es gibt ein entsprechendes Budget, es gibt einen Chancenindex, und das Geld darf dorthin verteilt werden, wo es ein bisschen mehr Bedarf gibt; dort dürfen wir ein bisschen mehr Geld investieren.

Das klingt logisch. Begrenzt hat man es allerdings auf die Bundeslandgrenzen. Man darf also innerhalb Tirols oder innerhalb Wiens das Geld verschieben. Wenn das aber so schlau ist und den Kindern nützt, wieso kann man dann nicht sagen, das Geld kommt dorthin, wo mehr Bedarf ist?! - Das sind im Übrigen die Städte quer durch Österreich, und es gibt eine große Stadt, das sind wir, das soll aber auch für alle anderen größeren Städte gelten, alle über 100.000 hätten mehr Bedarf. Das würde nämlich bedeuten, dass wir 1.000 LehrerInnen mehr in

Wien für die Kinder hätten. Dagegen sträubt sich aber die spärlich vorhandene Volkspartei beziehungsweise Herr Schelling.

Ich war gestern in einer dieser Wiener Mittelschulen, und ich sage Ihnen ... (GR Dominik Nepp: *Nachsitzen? Waren Sie schlimm?*) Nein! Kinder anmelden und mit den Eltern reden. Ich habe die Kinder angemeldet und geschaut, welche Kinder mit meinen in die Schule gehen und wer ihre Eltern sind.

Das Schöne daran ist, wenn Sie in Kindergärten und Schulen gehen, zu sehen, wie die Kinder miteinander reden. Wenn sie nicht komplett wahnsinnige Eltern zu Hause haben, die ihnen schon erklären, mit wem sie nicht reden dürfen, dann reden dort einfach alle miteinander! Sie heißen, wie sie heißen, sie kommen von überall. Dort gab es jetzt gerade bei der Matura 14 verschiedene Sprachen, angeblich waren es auch schon einmal 18. Den Sechsjährigen und den Zehnjährigen ist es jedenfalls völlig wurscht, woher sie kommen. Den Buben ist es meist wichtig, wer beim Fußballspielen einen Ball abspielen kann. Mit manchen kommen sie gut aus, und die heißen ... (GR Dominik Nepp: *Das, was sie jetzt gesagt haben, war aber schon sehr heteronormativ!*) Ich habe jetzt gesagt, was „den Buben“ wichtig ist. Es spielen ja nicht gleich viele. (GR Dominik Nepp: *Auch kleine Mädchen spielen gerne Fußball!*) Das ist wunderbar, und sie verfolgen sicherlich alle die Frauen-Europameisterschaft mit der österreichischen Mannschaft in Holland im Juli und August!

Wenn man all die Kinder in den Schulen sieht und dann da hereinkommt und die Diskussion hört, dann weiß man, wo man lieber ist. Da kann man stolz auf all die Wiener Kinder, auf die Sechs-, Sieben-, Acht-, Neun-, Zehnjährigen, und so weiter sein! Die haben diese Probleme noch nicht, bis ihnen das von irgendjemandem beigebracht wird. Dort ist gemeinsame Schule, und die Kinder leben sowieso gemeinsam. Ich bin stolz auf die Wiener Kinder, die diese Probleme, die wir hier haben, nicht haben! - Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Herr Kollege Ellensohn hat die Redezeit um 4 Minuten auf 11 Minuten überzogen, was bedeutet, dass die Grüne Fraktion noch eine Restredezeit von 14 Minuten hat, was den gewählten Redezeiten genau entspricht. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Blind. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich darf ganz kurz, auch wenn er nicht zuhört, auf meinen Vorredner, Kollegen Ellensohn, replizieren und ihm auch eine Zusicherung machen: Wir werden ihm bei seinen zukünftigen Reden die Gelegenheit geben, dass wir keine Zwischenrufe machen, weil Zwischenrufe Herrn Kollegen Ellensohn noch dabei unterstützen, in seinen Reden nichts zu sagen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Kollege Ellensohn ist ein Meister der Floskeln und des Nichts-Sagens. Das Problem ist aber ein anderes,

und wenn sie sagen, dass Sie nicht verstehen, warum wir im Ausschuss nicht zustimmen konnten, dann erkläre ich es Ihnen: Wir konnten im Ausschuss deswegen nicht zustimmen, weil wieder einmal Konstruktionen gewählt wurden, die sich jeglicher Kontrolle entziehen. Wir sind ja jetzt beim Rechnungsabschluss, und wir werden in der Folge auch noch darauf eingehen.

Ich darf am Anfang einen Antrag einbringen, und zwar betreffend die nicht erteilten Auskünfte über nicht vorgelegte Förderansuchen in den Ausschüssen. Wir sind ja in der bedauerlichen Situation, dass wir im Ausschuss, der sich in sehr großem Ausmaß mit Subventionen beschäftigt, zwar vom Magistrat Anträge über Vereine vorgelegt bekommen, die dann von der Regierungskoalition durchgewunken werden, und zwar größtenteils mit Unterstützung durch ÖVP und NEOS, dass wir aber nicht erfahren, welche Förderansuchen von Vereinen dem Ausschuss nicht vorgelegt werden.

Diesbezüglich sind wir der Meinung, dass es gerade in Zeiten knapper Kassen auch eine politische Beurteilung ist, welche Vereine, die Unterstützung fordern, diese auch verdienen. Die dafür notwendigen Informationen geben Sie uns jedoch nicht! Damit treten Sie den Parlamentarismus mit Füßen, das kritisieren wir, meine Damen und Herren, und das gehört abgestellt! (Beifall bei der FPÖ.)

Herr StR Czernohorszky kann dieser Debatte im Wesentlichen als Zuschauer oder als Zuhörer beiwohnen. Die Debatte hier betrifft den Rechnungsabschluss der vergangenen Periode und das, was der Stadt Wien und den Wienerinnen und Wienern in dieser Hinsicht in der vergangenen Periode angetan wurde, beruht ja nicht auf dem Wirken des Herrn StR Czernohorszky, sondern auf dem unseligen Wirken der Stadträtinnen Wehsely und Frauenberger. Diese Bilanz steht jetzt zur Debatte, und zum Kollegen Czernohorszky werden wir dann im Herbst beim Budget kommen.

Wir haben es im Ausschuss - ich habe es schon erwähnt - immer mit den gleichen Vereinssubventionen zu tun. Der Herr Stadtrat hat ja einmal ein Schlagwort in diesem Zusammenhang geprägt: „More of the same“ hat er zu seiner Politik gesagt. - In diesem Zusammenhang ist mir ein Ausspruch eingefallen, der Albert Einstein zugeschrieben wird, der gesagt hat: „Wenn ich immer die gleiche Handlung setze, aber unterschiedliche Ergebnisse erwarte ...“ (GR Maximilian Krauss: *Man weiß nicht, ob er das gesagt hat!*) Ich habe „zugeschrieben“ gesagt, Herr Kollege, ich habe nicht gesagt, dass er das gesagt hat, so präzise bin ich, Sie müssen halt zuhören! Ich wiederhole: „Wenn ich immer die gleiche Handlung setze, aber unterschiedliche Ergebnisse erwarte, dann ist das ein deutliches Zeichen von Wahnsinn.“

Ich unterstelle Ihnen jetzt natürlich nicht, wahnsinnig zu sein, das könnte ich natürlich auch nicht tun, ohne vom Herrn Vorsitzenden einen diesbezüglichen Ordnungsruf zu bekommen! Es ergibt sich aber zwingend daraus, dass Sie, wenn Sie immer das gleiche Ergebnis erwarten, mit diesen Ergebnissen zufrieden sind! Sie sind eben zufrieden mit dieser wachsenden Stadt, die StRin Brauner proklamiert hat.

Sie sind also zufrieden mit einer wachsenden Stadt, und diese Stadt wächst in vielen Belangen. Die Stadt Wien erlebt eine wachsende muslimische integrationsunfähige Zuwanderung und daraus resultierende gesellschaftspolitische Verwerfungen. Es bildet sich hier eine wachsende Parallel- und Gegengesellschaft mit Radikalisierung, und wir können - wie unlängst erst wieder auf Wiener Straßen - einen islambegründeten Antisemitismus beobachten.

Wir haben wachsende ineffiziente Kosten für das, was Sie als Integrationsmaßnahmen bezeichnen. Wir haben wachsende Betreuungskosten für Migranten ohne relevante Limitierung. Wir haben wachsende Bildungskosten bei sinkendem Niveau. Wir haben wachsende ineffiziente Förderung für fragwürdige Vereine und Organisationen ohne erforderliche Kontrolle.

Was aber wirklich auch in dieser Stadt wächst, das ist der Ärger der Wiener Bevölkerung über die SPÖ und die GRÜNEN, und das Resultat daraus ist wachsende Zustimmung zur Freiheitlichen Partei, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Diese wachsende Zustimmung zur Freiheitlichen Partei - der Kollege Stürzenbecher hat es gestern versucht, mit launigen Zwischenrufen zuzudecken, doch Sie können nicht darüber hinwegtäuschen - kommt auch daher, da Sie die Augen verschließen. Sie verschließen die Augen vor den Wahlergebnissen, aber Sie verschließen auch die Augen vor Ihrem strukturellen Versagen in diesen Bereichen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der eigentliche Urheber dieser gesamten Situation in den Wiener Kindergärten sitzt weder hinter mir noch war es die StRin Frauenberger oder die StRin Wehsely, sondern er kommt gerade hervor, der derzeitige Klubvorsitzende Oxonitsch. 2010: Einführung des kostenlosen Kindergartenjahres. Warum ist diese an und für sich sinnvolle Forderung, die auch von der FPÖ erhoben wurde, warum ist das alles schiefgegangen?

Die Grundidee dahinter war ja, dass die Kinder in den Kindergarten kommen, um Deutsch zu lernen und mit unserem mitteleuropäischen Kulturkreis in Kontakt zu kommen. Aber die Ergebnisse sind auf Grund einer Politik des Wegschauens, einer Politik des Ignorierens derart katastrophal, dass sie von Ihnen überhaupt nicht mehr wegdiskutiert werden können. Dazu komme ich in Folge noch. Wir haben damals eine vollkommen skurrile Aussage der StRin Frauenberger gehabt, die gemeint hat, es gibt in Wien keinen islamischen Kindergarten, weil sich jeder an den Wiener Bildungsplan halten muss. Diese Logik ist ungefähr so stringent, als wenn jemand behauptet, es gibt keine Schnellfahrer, weil sich jeder an die Straßenverkehrsordnung halten muss, meine Damen und Herren. Das ist ja vollkommen absurd. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und mit diesem Negieren haben Sie genau den Aufbau dieser Parallel- und Gegengesellschaften gefördert. Die Probleme sind langfristig bekannt. Wir haben zum Beispiel jüngst erst die Aslan-Studie: 150 Kindergärten in Wien sind als problematisch, teilweise islamistisch, teilweise salafistisch zu bezeichnen. Aslan sagte jüngst, die Hälfte aller Kindergärten in dem Bereich gehört zuge-

sperrt. Wir haben Sie schon lange vor der Aslan-Studie auf diese Problembereiche in Wien aufmerksam gemacht. Reaktion null.

Und wer hat das alles mitgetragen, meine Damen und Herren? Rot-Grün, das versteht sich von selbst, früher die SPÖ alleine, aber von Anfang an mitgetragen hat das die ÖVP, die jetzt unter Kurz damit nichts mehr zu tun haben will, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*) Wenn die Kollegin Schwarz davon spricht, dass die ÖVP immer für Deutsch vor Schule war, also, als wir das gefordert haben, hat die ÖVP dagegen gestimmt. Das ist auch eine Verleugnung der eigenen Vergangenheit. Frau Kollegin, Sie müssen einmal im Archiv recherchieren, wie alt unsere Forderungen diesbezüglich schon sind.

Aber das Zudecken und das Abschreiben hat ja Programm bei der ÖVP. Das Abschreiben hat Programm, Sie haben jetzt als Parteivorsitzenden-Kandidaten den Oberplagiator ausgesucht, den Herrn Kurz. Und wenn ich an den Herrn Kurz denke, fällt mir immer ein Lied von den Prinzen ein: Das ist alles nur geklaut, das ist alles nur nicht meines, das ist alles nur gestohlen, nur gezogen und geraubt. (*Beifall bei der FPÖ.*) - Entschuldigung, das habe ich mir erlaubt. Das ist das Motto der neuen ÖVP.

Deswegen, meine Damen und Herren, braucht es natürlich auch Fakten. Es braucht Fakten, und diese Fakten muss man erheben. Deswegen unser Antrag auf eine Erhöhung der Kindergartenkontrolleure. Die Kollegin Schwarz hat auch gefragt, wie wir auf die Zahl 41 kommen. Die Zahl 41 haben wir mit Experten ausrechnen lassen, das ist die Zahl, die als notwendige Zahl im Mittelfeld erachtet wird, um das zu kontrollieren. Auf Zahlen wie 100 kommt man halt, wenn man einen Schuss in den Wald macht und nicht weiß, wovon man spricht, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wie gesagt, derartige Tendenzen in Wiener Kindergärten bedürfen nicht einer Kuschelmentalität, sondern Entschlossenheit. Sie bedürfen Entschlossenheit in der Umsetzung. Wir haben teilweise bereits eine Auswirkung des Drucks der Freiheitlichen feststellen können. Es wird jetzt nicht mehr so offensiv dargetan, wofür Kindergärten mancher Richtung stehen. Wir haben Schilder, da steht dann darauf: Erlernen der deutschen Sprache, Erlernen der arabischen Sprache, Erlernen der muslimischen Religion. Und weil dann die Stadt Wien auf Druck der Freiheitlichen etwas getan hat, sind diese Leute einfach hergegangen und haben das mit irgend so einem Malerkreppband einfach überpickt. Aber glauben Sie ernsthaft, dass sich in diesen Einrichtungen strukturell etwas geändert hat? Schauen Sie einmal hin, wer dort hinget und wie diese Leute sich aufführen.

Es braucht selbstverständlich - und ich bringe Ihnen hier einige Beispiele mit - dringender Reformen in dieser Hinsicht. Wir haben hier (*Der Redner stellt ein Bild, auf dem einige Mädchen und Frauen mit Kopftuch zu sehen sind, vor sich auf das Pult.*) aus der „Kronen Zeitung“, unlängst, das Bild eines Wiener Kindergartens. Das befindet sich jetzt in Wien und nicht in Riad und nicht in Afghanistan, nein, das ist ein Wiener Kindergarten. Oder

wir haben hier (*Der Redner stellt ein anderes Bild, auf dem Buben und kleine Mädchen mit Kopftuch zu sehen sind, vor sich auf das Pult.*) Mädchen im durchschnittlichen Alter von, ich sage einmal, vier bis fünf Jahren. - Das sind die Auswirkungen Ihrer Zuwanderungspolitik und Ihrer Integrationspolitik, meine Damen und Herren, und das geht nicht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht, Kopftuch- und Schleierverbot für Kinder in Kindergärten und Pflichtschulen, da wir der Meinung sind, dass hier rasch gehandelt werden muss, dass hier konsequent gehandelt werden muss und nicht in eine elendslange Debatte eingetreten werden kann. Denn ich bin nicht der Meinung von Frau Baghajati, dass das Kopftuch im Islam erst ab der Adoleszenz vorgeschrieben ist. Da gibt es auch andere Meinungen dazu, dass es nämlich gar nicht vorgeschrieben ist. Aber selbst die IGGiÖ ist der Meinung, dass das Kopftuch im Kindergarten nichts zu suchen hat. Eine ganz besondere Pikanterie ist, dass ein solcher Kindergarten (*auf das Bild deutend*) von der IGGiÖ betrieben wird. Und dann kommen Sie daher und sagen, wir haben noch Zeit, wir müssen mit den Leuten in einen Diskurs eintreten. Nein, ich sage, hier gehört rasch gehandelt, hier gehört konsequent gehandelt, und es ist Zeit, reif zu handeln und nicht mehr weiter zu reden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die SPÖ in Salzburg hingegen hat laut „orf.at“ vom 2. Februar 2017 zufolge ja mit der StRin Hagenauer das Kopftuch aus dem Kindergarten auch schon verbannt. Da sind die Genossinnen von Ihnen in Salzburg weiter. Erkundigen Sie sich dort, es gibt auch in der SPÖ Ansätze von vernünftiger Politik.

Und wenn die ÖVP - und da gehe ich davon aus, dass morgen im Zuge der Gemeinderatsdebatte wieder die ÖVP-Kopiermaschine des Sebastian Kurz angeworfen wird - sich zum Kopftuch äußern sollte, werden wir Sie darauf hinweisen, beziehungsweise ich kann es auch gleich jetzt tun, auf einen Antrag der Freiheitlichen vom 6. April zum Thema Kopftuchverbot im Kindergarten. Und wer war dafür? - FPÖ. Ablehnung: SPÖ, GRÜNE, NEOS und ÖVP. - Danke, ÖVP, danke Sebastian Kurz. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wie gesagt, ich habe schon erwähnt, es gibt auch in der SPÖ Lichtblicke, und so habe ich vom 29. April 2017 vernommen - die meisten hier im Saal von der SPÖ Anwesenden werden gemeinschaftlich dort gewesen sein, es war der Landesparteitag der SPÖ-Wien - einen grundvernünftigen Antrag der Bezirksorganisation Döbling und des Wiener Frauenkomitees: „Mädchen stärken! Wir wollen nicht, dass Mädchen im Kindergarten und der Volksschule Kopftuch tragen. Richtige Schritte und schnelles Eingreifen ist gefordert!“

Das schnelle Eingreifen passiert nur bei Ihnen nicht. Das Kopftuch ist offensichtlich problematisch, das Kopftuch ist ein Zeichen einer fundamentalistischen Ansicht, eines fundamentalistischen Weltbildes, ist antifeministisch und hat mit Frauenrechten nichts zu tun. - Die Kollegin Wehsely lacht wieder. Wir haben gestern einen launigen Vortrag der Kollegin Wehsely über Feminismus wahrnehmen dürfen. Und das sage ich Ihnen als Vater

einer Tochter, unter anderem einer Tochter: Ich bin ein ausgesprochener Verfechter von Frauenrechten und das lasse ich mir von Ihnen nicht schlecht machen. Und ich sage Ihnen noch etwas: Sie und Ihre Politik sind gerade dabei, die Frauenpolitik Mitteleuropas um hunderte Jahre zurückzuwerfen, und da lasse ich mich von Ihnen mit launigen Bemerkungen nicht abspeisen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hier geht es um patriarchale Strukturen, gegen die die SPÖ vorgibt vorzugehen. Aber aus Angst, dass Ihnen die eigenen Wähler davonbrechen, denn ich sage Ihnen, die ... (*GR Mag. (FH) Tanja Wehsely: Kommt jetzt wieder der Wähler austausch?!*) Selbstverständlich, Frau Kollegin, komme ich damit. Frau Kollegin, der Wähler austausch findet natürlich statt. Frau Kollegin Wehsely, ich habe noch 37 Sekunden, deswegen kann ich bei Ihnen ein bisschen edukativ wirken: Außerhalb der SPÖ-Parteizentrale nennt sich das Realität. Sie müssen nur mit den Menschen kommunizieren, dann werden es auch Sie mitbekommen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Schluss, ich habe es angesprochen: Die Subventionspolitik der Vereine ist nicht immer gänzlich nachvollziehbar, deswegen fordern wir auch im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung verbindliche Zielvorgaben und Ergebnisvorgaben - einen diesbezüglichen Antrag habe ich dem Herrn Stadtrat gerade übergeben.

Und abschließend gebe ich der Frau Brauner noch einmal recht: Der Rechnungsabschluss ist die in die Zahlen gegossene Bilanz und genau deswegen von uns abzulehnen. (*Beifall bei FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 15 Minuten, die Restredezeit für die FPÖ ist 23 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Akcay, die selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Als eine internationale, durch Zuwanderung und Vielfalt geprägte Stadt müssen wir auf eine aktiv gestaltende, integrationsorientierte Diversitätspolitik setzen. Immer wieder werden die Unterschiede zwischen Menschen, Traditionen und Kulturen in den Vordergrund gestellt. Das ist ja durchaus auch in Ordnung, aber von gleich großer Bedeutung, meine Damen und Herren, ist der Blick auf die Gemeinsamkeiten. Wir müssen den Fokus auf Chancen und Potenziale setzen und müssen Herausforderungen mit Ernsthaftigkeit, Vernunft und Weitsicht annehmen.

Soll beziehungsweise braucht eine Integrationspolitik in einer Millionenstadt wie Wien wirklich Angst vor Vielfalt haben? Nein, meine Damen und Herren, sicherlich nicht. Sie muss daran arbeiten, dass diese Vielfalt ein Merkmal einer starken Gesellschaft ist, die nicht auseinanderfällt, sondern zusammenwächst, meine Damen und Herren. Alle Wienerinnen und Wiener müssen auf Augenhöhe miteinander reden können, Stärken einbringen und Schwächen zeigen können. Und dafür braucht es natürlich auch klare Regeln, die von allen getragen werden müssen.

Uns, meine Damen und Herren, sollte es in unserer Integrationspolitik um nichts Geringeres gehen, als das Wir zu stärken. Uns sollte es um nichts Geringeres gehen, als das Miteinander und den Zusammenhalt in der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Uns sollte es um nichts Geringeres gehen, als das Trennende hinten an zu stellen und in allen Lebenslagen für Sicherheit, Ordnung, Menschlichkeit und gegenseitigen Respekt zu sorgen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Unsere Strategie, meine Damen und Herren, heißt, ist, bleibt Integration ab dem ersten Tag. Durch das Angebot des Spracherwerbs, von Werte- und Orientierungsmaßnahmen, durch arbeitsmarktfördernde Maßnahmen und Qualifizierung werden alle Wienerinnen und Wiener unterstützt, damit sie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können. Denn wir, meine Damen und Herren, wollen, dass alle Menschen von Anfang an die Möglichkeit haben, in Wien Fuß zu fassen und ihr Potenzial weiterentwickeln können. Nur so, meine Damen und Herren, werden wir eine solidarische Gesellschaft bleiben, denn der Weg des Zusammenhalts und der Solidarität ist der Weg in eine erfolgreiche Zukunft. - Danke schön *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 3 Minuten, die Restredezeit für die SPÖ ist 37 Minuten. Zu Wort gelangt Frau GRin MMag. Dr. Kugler, selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders Frau Kollegin Akcay!

Ich glaube, es geht hier nicht um Angst oder um Angst vor Vielfalt, sondern mehr um die Frage, wie das gelingen soll. Und wissen Sie, wenn ich mit Leuten spreche, die zum Beispiel in Schulen unterrichten oder die in den Berufen mit dieser Problematik zu tun haben, dann sagen die zu mir: „Ihr Schönredner im Rathaus wisst nicht, wie es uns geht.“

Herr Stadtrat, das bringt mich zu einer Frage an Sie: Warum ist ein Hilfeschrei auf ORF-Online notwendig, damit wir beginnen, hier zumindest minimale Verbesserungen zu setzen? Warum schaut man jahrelang zu?

Ja, und mein Vorredner, Herr Kollege Blind, ich verstehe deine und eure Frustration mit Sebastian Kurz sehr gut. Ihr habt da auch mein Mitgefühl, aber ich glaube, dass auch ihr *(Beifall bei der FPÖ.)* euch freuen dürft, dass es tatkräftige Verbesserungen geben wird. Aber er setzt um, wir haben das gesehen, und es wird noch viel besser. *(GR Dominik Nepp: Er setzt nichts um!)* Auch für euch und eure Kinder ist das eine positive Aussicht in die Zukunft. *(GR Dominik Nepp: Nur hohle Inszenierungen. Keine Mindestsicherung im Ausland, das sagte er schon drei Jahre!)* - Aber das ist halt die Politik *(Beifall bei der ÖVP.)*, das dauert halt. *(Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und FPÖ.)* Zurück zum Rechnungsabschluss, vielleicht darf ich um Aufmerksamkeit bitten?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Darf ich bitten, die Zwischengespräche ein bisschen zu reduzieren.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** *(fortsetzend)*: Danke.

Zum Rechnungsabschluss: Ich habe mir jetzt das Budget für Integration angeschaut, das die MA 17 zur Verfügung hat. Sie wissen das wahrscheinlich alle, für 1 Jahr sind das ein bisschen über 8 Millionen EUR gewesen. Wenn man das mit der Mindestsicherung vergleicht, dann wird ungefähr 65 Mal so viel ausgegeben. Auf den Monat heruntergerechnet, sind das an Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte 32 Millionen pro Monat, da bleiben 600.000 EUR pro Monat für Integrationsarbeit. Ich weiß, dass wir viel über das Sparen reden und Sparen ist auch ganz wichtig, aber manchmal ist eine Investition eigentlich etwas, das langfristig Sparen bedeutet, weil man dann später weniger Ausgaben hat, die man vorher schon abgefangen hat. Ich glaube, wir müssen uns die Frage stellen, ob die MA 17 die richtigen Schwerpunkte setzt. Teilt sie das Geld richtig auf? Hat sie überhaupt genug Geld? Könnte man mehr über die Bezirke arbeiten, die vielleicht noch klarer sehen, wo die Probleme und die Brennpunkte sind?

Wir haben gehört: Integration vom ersten Tag an. Ich teile das emotional, aber die Frage bleibt, wie hoch die Bleibewahrscheinlichkeit ist, wer das zahlt, wenn der Kuchen begrenzt ist, und wie wir das machen. Aber lassen Sie mich einen Gedanken zum Thema Grundversorgung sagen. 20.000 Menschen sind in Wien in der Grundversorgung. Ich war vor Kurzem in einem Haus und habe mit den Menschen gesprochen. Ich habe auch eine Übersetzerin mitgebracht, damit ich ganz genau verstehe, wie es ihnen geht. Und wenn man im Oktober 2015 ein Erstgespräch hat und dann eineinhalb Jahre lang gar nichts hört und nicht weiß, wie es weitergeht, ist das frustrierend. Es macht die Menschen krank. Die Dauer der Verfahren ist inakzeptabel. Ich weiß, da sind wir alle einer Meinung, und im Nationalrat wurde dazu auch gerade ein Paket beschlossen. Aber dass man dann in dieser Zeit von 5,50 EUR lebt, sich in keine Richtung bewegen kann, macht es für die Menschen noch viel schwieriger.

Jetzt gibt es seit dem 1. April die Möglichkeit des Dienstleistungsschecks, auch für Asylwerberinnen und Asylwerber. Ich habe da einen Vorschlag für Sie, Herr Stadtrat. Ich glaube, dass die Menschen in Wien das nicht wissen, und zwar weder die Asylwerber noch die, die Arbeiten in Anspruch nehmen könnten, und man könnte überlegen, ob man es den Menschen in irgendeiner Form näherbringt. Ich glaube, dass das ein erster und wichtiger Schritt zur Integration wäre. Und ein Zweites: Was können Asylwerber machen? Wir haben gestern schon über die Möglichkeit der gemeinnützigen Tätigkeit gesprochen und ich wiederhole, was ich in der Spezialdebatte Umwelt gesagt habe. Die MA 42 hat fast 500 Saisonarbeiter und von denen sind gerade mal 3 Asylwerber. Hier könnten Sie, zuständig für Integration, vielleicht Gespräche führen und für Asylwerber diese Möglichkeit forcieren. Das sind oft sehr einfache Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Bewässern von Parkanlagen im Sommer, da können sich die Asylwerber etwas

dazuverdienen, sie kommen raus, lernen Leute kennen, es ist ein erster Schritt der Integration.

Ich habe noch einen Antrag zum Thema Wertekurse mitgebracht. Der Österreichische Integrationsfonds bietet ja seit dem vergangenen Jahr österreichweit flächendeckend werteorientierte Kurse an. Wien bietet dazu ein Parallelsystem. Während der Österreichische Integrationsfonds Geld für alle in Österreich bereitgestellt und auch ein funktionierendes System ausgearbeitet hat, kommt nun Wien und macht das ganze parallel noch einmal. Die Qualitätsstandards sind nicht in der gleichen Form kontrolliert. Ich weiß selbst nicht, ob man sagen kann, dass die gleich gut sind. Ich weiß es nicht, hoffentlich sind sie das, aber es kostet Geld, das Wien nicht ausgeben müsste, weil die Infrastruktur des ÖIF für alle Asylwerber, auch die in Wien, bereitstünde.

Deshalb habe ich heute einen Antrag mitgebracht, dass der Wiener Gemeinderat die zuständigen Stellen der Stadt Wien auffordert, dass alle Personen, die in die Zielgruppe fallen, die Werte- und Orientierungskurse des ÖIF besuchen sollen und dass auch die Stadt Wien überhaupt mit dem ÖIF enger zusammenarbeitet, so wie das auch von der Bundesregierung vorgesehen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Problem sitzt aber tiefer. Die schon angesprochene Volksschuldirektorin auf ORF-Online hat auch etwas Interessantes über die Kinder gesagt, die in 2. und 3. Generation von Zuwanderern in Wien leben. Sie hat gesagt, dass in ihrer Klasse 25 Kinder sie nicht gut verstehen, aber 8 verstehen sie gar nicht. Und von diesen 8 sind 2 Flüchtlingskinder, gerade angekommen, da versteht man das. Aber 6 von diesen 8 Kindern sind in Wien geboren und in der 2. oder 3. Generation Kinder aus türkischstämmigen Familien. Und da frage ich mich: Was haben wir jahrzehntelang gemacht? Wir haben zugesehen, dass sich Parallelgesellschaften und Ghettos gebildet haben. Die falsche Wohnpolitik hat am Brennpunkt Konzentration gefördert. Wir haben einen Halalmarkt, teilweise einen Schwarzmarkt. Da lässt sich, sehr geehrter Herr Stadtrat, nichts vertuschen und nichts überschwemmen. Stadtpolitik, die auf diese Weise Bildung und Integration behandelt hat, ist gescheitert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren 8 Minuten. Die Restredezeit für die ÖVP ist damit 1 Minute. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. El-Nagashi, 7 Minuten ist die selbstgewählte Redezeit.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Integration ab Tag 1, das bedeutet Chancen ab Tag 1 und Perspektiven ab Tag 1. Und zwar für alle Menschen in dieser Stadt, egal, welche Religion jemand hat, egal, welches Geschlecht jemand hat, welche sexuelle Orientierung, welche Herkunft, und wir vertreten die Interessen all dieser Menschen dieser Stadt. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Integration bedeutet nicht Zwang, Pflicht, Sanktionen, Strafen, Einteilen in wir und in ihr, spalten, ausgrenzen, schlechtmachen, schlechtreden, abwerten oder verunglimpfen. Integration bedeutet, ganz genau hinzusehen,

Konflikte und Probleme im Alltag zu benennen und zu lösen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein würdevolles Leben für alle ermöglichen, ohne Armut, ohne Diskriminierung, ohne Rassismus, ohne Paternalismus, ohne Nationalismus, ohne Bedrohung und ohne Zwang, egal, von welcher Seite er kommt.

Deswegen investiert die Stadt Wien in verschiedene Bereiche. In den Spracherwerb und in die Sprachförderung, in die Bildung und in die Ausbildung, und in Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit.

Konflikte im Alltag sind dann besonders unangenehm, wenn Sprachbarrieren die Kommunikation beschweren. Auch deshalb ist es wichtig, Deutschkenntnisse allen zugänglich zu machen. Dafür investieren wir in erfolgreiche Projekte wie „Mama lernt Deutsch“ zum Beispiel, Basisbildungskurse für benachteiligte Mütter, die ungestört lernen können, während ihre Kinder am selben Ort den Kindergarten oder die Schule besuchen. Oder „Sowieso mehr!“, Deutschunterricht in den Sommerferien für alle Wiener Schulkinder von 7 bis 14 Jahren, inklusive einem Freizeit- und einem Sportangebot. Oder: Das Netzwerk von engagierten Vereinen, Migrantinnenselbstorganisationen wie LEFÖ, Peregrina, Orient Express oder Miteinander Lernen, die Deutschkurse für Frauen anbieten und gleichzeitig ein sozialer Ort für Emanzipation, Selbstbestimmung und Partizipation sind.

Eine gute Bildung und Ausbildung sind das Fundament für eine selbstbestimmte Zukunft und einen positiven Werdegang. Seit September 2016 gibt es das Jugend College in Wien: 1.000 Chancen für 1.000 Jugendliche, mit dem Ziel, eine Brückenfunktion zu sein und junge Menschen in eine weitere Schulbildung, in eine Ausbildung oder in eine nachhaltige Beschäftigung zu überführen. Die Wiener Bildungsdrehscheibe bietet Bildungs- und Orientierungsberatung tatsächlich ab Tag 1 an und vermittelt in passende Bildungsmaßnahmen. Und wir setzen auf Sprach- und Leseförderung von Anfang an, durch gut ausgebildete PädagogInnen, die den Spracherwerb begleiten und fördern können.

Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Redewettbewerbes „Sag's Multi“, dem mehrsprachigen Redewettbewerb des Vereins Wirtschaft für Integration gemeinsam mit der Stadt Wien und mit dem Stadtschulrat beeindrucken jedes Jahr mit ihrem Redetalent und mit ihrer Mehrsprachigkeit. Statt Zwangsmaßnahmen in ihren Schulpausen erleben die Schülerinnen und Schüler Anerkennung, Wertschätzung und Förderung ihrer Mehrsprachigkeit, bei der sie mit Selbstverständlichkeit zwischen Deutsch und einer weiteren Sprache wechseln. So wird Diversität positiv erlebbar und auch für andere sichtbar.

Wir von Rot-Grün machen das, weil wir Verantwortung für die Menschen in dieser Stadt tragen, und zwar, im Gegensatz zu Ihnen, für alle Menschen in dieser Stadt. Und dabei haben wir ganz klare Haltungen: Kinderrechte haben Vorrang. Frauenrechte sind nicht verhandelbar. Und Menschenrechte sind der Kompass unserer politischen Arbeit. Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit sind für uns Grundssäulen, die immer wieder vermittelt werden müssen. Keine Angst zu haben, wenn

Gender irgendwo draufsteht - höchstwahrscheinlich ist Gerechtigkeit dort drinnen. Und keine Angst zu haben, wenn es dann mit Mainstreaming weitergeht, denn das heißt dann, dass es immer und überall gelten muss.

Kinderrechte, Frauenrechte, Menschenrechte: Wir bekämpfen Menschenrechtsverletzungen wie Menschenhandel, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung, Gewalt in der Familie und Gewalt gegen Frauen in Zusammenarbeit mit professionellen Einrichtungen, und wir fördern Projekte, die für Geschlechtergerechtigkeit stehen. Wie das Projekt NACHBARINNEN zum Beispiel, das tatsächlich Nachbarinnen als Begleiterinnen ausbildet, als Unterstützerinnen, als Vermittlerinnen, und so Frauen aus der Isolation in die Partizipation bringt. Oder Vereine wie die Fraueninitiative FIBEL, die bikulturellen und binationalen Paaren bei all den Fragen, Hürden und Herausforderungen beisteht, die durch eine undurchschaubare Rechtslage, eine oft unbewältigbare Bürokratie und eine Reihe von Alltagsproblemen entstehen. Wie all die Vereine in der geschlechtersensiblen Mädchen- und Burschenarbeit, die Kinder schon von an Beginn darin unterstützen, sich nicht auf vorgegebene Rollen reduzieren zu lassen und Selbstbestimmung über ihre Körper, über ihre Kleidung, über ihre Sexualität, ihre Bildung und ihre Zukunft zu fordern.

Wir machen all das aus vollster Überzeugung, weil für uns alle Menschen in dieser Stadt wichtig sind und sie Wienerinnen und Wiener von heute und morgen sind. Integrationspolitik ist Zukunftspolitik. Trauen Sie sich! Zukunft wird aus Mut gemacht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren 6 Minuten. Die Restredezeit für die GRÜNEN ist somit 8 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Maximilian Krauss. Selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GR Maximilian **Krauss** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Zur Kollegin El-Nagashi möchte ich jetzt gar nicht viel sagen, denn es war eigentlich immer das, was wir in den letzten Jahren eh schon so oft von ihr gehört haben, nichts Neues, nichts Gutes, aber man kann es so stehen lassen.

Aber ich möchte etwas zum Kollegen Ellensohn sagen, der gesagt hat, ihm wird schlecht, wenn er von Anträgen hört, die die FPÖ irgendwo einbringt - wobei wir im Übrigen noch gar nicht wissen, worum es geht. Das sei Ihnen unbelassen, und Ihr Zustand ist mir persönlich auch nicht so wichtig. Aber wissen Sie, wo mir schlecht wird? Mir wird schlecht, wenn wir in Wien mittlerweile einen Zustand erreicht haben, wo es Bandenkriege rund um staatlich geförderte Jugendzentren gibt. Da wird mir schlecht. *(Beifall bei der FPÖ.)* Mir wird schlecht, wenn wir Zustände haben, wo Kinderrechte insofern mit Füßen getreten werden und die rot-grüne Stadtregierung dazu schweigt, wenn es Delikte wie Übergriffe auf Kinder gibt, wie beispielsweise bei dem Vorfall in einem Wiener Schwimmbad, wo ein Bub vergewaltigt wurde. Da habe ich nichts gehört. Da haben wir auch von der Kinder- und Jugendanwaltschaft im Übrigen nichts gehört. Aber das wären Anlässe, wo Ihnen zu

Recht schlecht werden dürfte, und da schweigen Sie allerdings, und das ist Ihr Versagen. *(Beifall bei der FPÖ.)* So viel aber nur zu den GRÜNEN.

Ich wollte eigentlich mit einigen Worten zu StR Czernohorszky beginnen, denn es ist ja doch jetzt ein knappes halbes Jahr, seit die Übergabe von Frauenberger zu Czernohorszky stattgefunden hat, die angeblich große Rochade. Ich glaube, nach diesen sechs Monaten kann man doch einmal schauen, wie hat es begonnen, was ist passiert.

Es hat begonnen mit sehr viel Beteuerungen, die wir immer von allen hören: Kinder sind so wichtig, Kinder sind so toll und zukunftsweisend, und wir müssen hier noch viel mehr tun. Allein, wenn wir uns diese Bilanz anschauen müssen, dann hat es erstens einmal überhaupt kein Einsehen der Situation gegeben und keine Reflexion der Situation, die ja nämlich eine katastrophale ist, und es hat noch viel weniger ein Umdenken gegeben. Und das hätten Sie tun müssen, wenn man Ihnen das hätte abkaufen sollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gemäß dem Prinzip Hoffnung habe ich mir aber gedacht, vielleicht meinen Sie es doch wirklich ernst, vielleicht sind Ihnen die Kinder wirklich so wichtig - andererseits auch viel schlimmer kann es eh nicht mehr werden. Allein, ich glaube, in den letzten sechs Monaten hat sich gezeigt, der gemeinsame Nenner zwischen der vorigen Amtsführung und der jetzigen ist die Inkompetenz, dass man die aktuellen Probleme leider nicht lösen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, wenn wir uns anschauen, dass im Bund gerade eine Bildungsreform beschlossen wurde, die den Namen ja eigentlich nicht verdient und vielmehr eine Bildungsverwaltungsreform ist, dann muss ich schon sagen, dass ich es persönlich wirklich schade - und das meine ich nicht zynisch oder humoristisch - finde, dass die ÖVP hier mitgegangen ist, und dass es auch heute wieder hier Anträge seitens der ÖVP gibt, wo man sich für die Langform des Gymnasiums ausspricht, allerdings trotzdem man im Bund hier gerade das Gymnasium abschafft und langfristig für ganz Österreich begräbt. Das ist eine Doppelbödigkeit, die sich auch am 15. Oktober niederschlagen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir bringen hier allerdings heute auch einige Anträge ein, die sich speziell auf die Situation in Wien als städtisches Ballungszentrum beziehen. Nämlich erstens, da wir natürlich unsere Forderung von Deutsch als Pausensprache bekräftigen, weil es mittlerweile die Situation ist, dass bis zu 60 Prozent der jungen Menschen in manchen Schulen Deutsch nicht einmal mehr als Umgangssprache verwenden. Das heißt, dort wird Deutsch nicht in der Pause gesprochen, nicht am Schulhof gesprochen, und selbstverständlich kann hier keine Integration stattfinden, kann es nicht passieren, dass diese Leute in der Folge auch eine Bildungschance haben. Und deswegen wollen wir mit dem Antrag von Deutsch als Pausensprache sichergestellt wissen, dass Integration nicht nur stattfinden kann, sondern auch stattfinden muss, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein weiterer Antrag von uns beschäftigt sich mit eigenen Deutschklassen, wo wir ja vor Kurzem gehört haben, dass sich auch eine Lehrerin - und das wurde heute schon gesagt - über den ORF an die Öffentlichkeit gewandt und gesagt hat, dass es so nicht weitergehen kann. Wo sie offensichtlich gemacht hat, was wir eh schon seit Langem sagen, nämlich, dass immer mehr Leute in den Schulunterricht einsteigen, ohne die Unterrichtssprache zu können. Vor ein bisschen über einem Jahr haben Sie ja kurz damit auch begonnen, eigene Deutschklassen für Kinder von Asylwerbern einzurichten, allein, Sie haben damit wieder aufgehört, anstatt dieses Programm auszuweiten. Mir persönlich ist völlig unklar, warum Sie das getan haben. Ich glaube, dass das sehr simple Konzepte wären. Konzepte, die am Tisch liegen, die von allen Experten unterstrichen werden und die Sie aus rein ideologischen Gründen ablehnen. Und das ist ein Verrat an den jungen Menschen dieser Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was man dazu auch noch sagen muss, ist, dass es hier ja auch einen Konsens gibt, einen Konsens zwischen Elternvertretern, zwischen Schülervertretern und auch zwischen Lehrervertretern, dass diese Deutschklassen zum Wohle aller Beteiligten wären, dass diese Deutschklassen im Interesse aller Schüler wären, sowohl der zugewanderten als auch der ursprünglich bereits hier lebenden. Und dass das notwendig wäre, bezeugt dieser Konsens. Ich fordere Sie noch einmal auf, das auch tatsächlich umzusetzen. - Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren 5 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Gremel. Selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GR Mag. Marcus **Gremel** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Krauss!

Ich kann verstehen, dass es Ihnen nicht gut geht, dass es Ihnen schlecht geht. Wenn ich mich selbst dermaßen anstrengen müsste, um mich hier glaubwürdig echauffieren zu können, wäre mir wahrscheinlich auch schlecht. Ich wollte nur sagen, dort drüben steht Wasser, trinken Sie vielleicht einen Schluck, nicht, dass Sie noch umkippen. *(GR Dominik Nepp: Das privatisierte Wiener Wasser!)* - Wie bitte? *(GR Dominik Nepp: Das privatisierte Wiener Wasser!)* - Das ist nett, das privatisierte Wasser. Dafür stehen andere, nicht die Wiener SPÖ.

Schauen Sie, ich nehme zur Kenntnis, dass wir heute schon wieder einen Gutteil der Debatten, die wir morgen und übermorgen zu führen haben, vorwegnehmen. Zwar überrascht mich auch nicht sonderlich, dass hier wieder einmal alle möglichen Tiraden in Richtung sogenannte Islamkindergärten losgelassen werden. Ich will heute nicht im Detail darauf eingehen, darauf werden wir morgen noch ausführlich zu sprechen kommen, aber vielleicht trotzdem den einen oder anderen Punkt, damit das nicht ganz unwidersprochen bleibt.

Ich sage vielleicht zu Beginn einmal etwas zu den Kontrollen, die hier angesprochen worden sind. Eigentlich sind wir uns da inhaltlich gar nicht uneinig: Wir alle

wollen die Sicherstellung der Qualität in den Kindergruppen und in den Kindergärten in dieser Stadt, die bestmögliche Betreuung und Bildung für alle Wiener Kinder. Und zwar auch in allen Kindergärten, in allen Einrichtungen, in den öffentlichen wie privaten, in den konfessionellen und auch in den nichtkonfessionellen.

Und um das zu erreichen, gibt es auch schon längst - das ist vielleicht eine neue Information auch für die ÖVP, obwohl wir es eh schon x Mal gesagt haben - Qualitätskriterien im Wiener Bildungsplan. Und um das durchzusetzen, gibt es ja auch nicht erst seit gestern längst schon Kontrollen. Wenn man es genau nimmt, gab es allein im Jahr 2016 3.200 Kontrollen alleine von der MAG ELF, und zwar unangekündigt und vor Ort, genauso wie die Kollegin Schwarz das jetzt noch einmal gefordert hätte. Das ist erledigt, genau das gibt es. Und dabei werden alle Qualitätskriterien, die auch im Wiener Bildungsplan festgehalten sind, und auch das pädagogische Konzept selbstverständlich geprüft. Das beinhaltet auch die Sprachkompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen. Das bedeutet, dass jeder Kindergarten und jede Kindergruppe mindestens ein Mal im Jahr, die meisten sogar öfter kontrolliert werden.

Was das Foto vom Kollegen Blind aus der „Kronen Zeitung“ betrifft: Erstens einmal würde ich immer ein bisschen vorsichtig sein mit allem, was die „Kronen Zeitung“ postet. Ich erinnere an den Bericht vom letzten Freitag über den angeblichen Waffenfund am Wiener Donauinseldorf. Da hat sich herausgestellt, das waren leider Fake News. Aber sollte es sich bei diesem Bild tatsächlich um einen Wiener Kindergarten handeln, würde ich Sie bitten uns zu sagen, welcher Kindergarten das ist, wo das ist. Hinweisen geht die zuständige Magistratsabteilung 11 natürlich sofort nach und wird auch dort sein.

Wir können natürlich über die Kontrollen reden, wir können darüber reden, ob wir noch mehr Kontrollen wollen, ob wir mehr Kontrollorinnen und Kontrollore brauchen. Die Frage, was wir noch intensiver kontrollieren können, das können wir alles besprechen. Nur, das muss schon auch fachlich begründet sein. Aber jetzt einfach herzuzugehen und dann sagt die ÖVP, wir brauchen 100 Kontrollorinnen und Kontrollore, und die FPÖ sagt durch Nennung nicht näher genannter Expertinnen und Experten 41. Ich bin mir ganz sicher, egal, was wir machen würden, ein Jahr später würden Sie hergehen - ich weiß nicht, wer von ÖVP und FPÖ das dann als erster wäre - und sagen: Wahnsinn, dieser aufgeblähte Wiener Beamtenapparat ist eine Katastrophe, die hauen das Geld zum Fenster raus! - Und dann können Sie gemeinsam wieder spielen, wer es erfunden hat, wer es nach dem Schweizer Vorbild eingebracht hat. - Ich finde das sehr angenehm, ich lehne mich dabei zurück, nehme mir Popcorn und schau mir das an. Und dafür gibt es noch genug Gelegenheit bis zum 15. Oktober, da bin ich mir sehr, sehr sicher. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vielleicht noch etwas zu den Kontrollen: Ich darf Sie vielleicht auch darauf hinweisen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MAG ELF auch im Rahmen des Wiener Netzwerkes für Deradikalisierung und Prävention

alle geschult wurden, um Radikalisierungstendenzen auch erkennen zu können. Das ist auch ein wichtiger Punkt, gerade in dieser Debatte. Daher möchte ich an dieser Stelle allen Initiatorinnen, Initiatoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere natürlich der Kinder- und Jugendanwaltschaft ganz herzlich zum Österreichischen Verwaltungspreis gratulieren, das ist wirklich eine tolle Errungenschaft. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kollege Wiederkehr hat jetzt, glaube ich, nicht zugehört, aber das ist auch vielleicht ein Learning für Sie: Ich gebe ihnen natürlich recht, auf Bundesebene muss da noch ganz viel passieren. Aber ich sage einmal, so wenig und so schlecht und dass man da noch so viel Neues erfinden müsste, kann es nicht sein, wenn unser Projekt in Wien mit dem Österreichischen Verwaltungspreis ausgestattet wird.

Jedenfalls wurde in den Wiener Kindergärten bei all diesen 3.200 Kontrollen kein einziger Anhaltspunkt für eine islamische Radikalisierung festgestellt. Und zusätzlich zu diesen Prüfungen der MAG ELF gibt es ja auch noch die Prüfungen der MA 10, die natürlich genauestens die Abrechnung der privaten Trägerinnen und Träger überprüft - das war im letzten Jahr leider auch ein sehr großes Thema - und bei Verstößen selbstverständlich auch Konsequenzen zieht, und wenn es nicht anders geht, dann sogar bis zum Entzug der Förderung, wie es im vergangenen Jahr halt leider bei 13 Fällen nötig gewesen ist.

Besonders absurd ist es dann aber schon, wenn ausgerechnet die ÖVP, die die Erste ist, die herkommt und schreit, wir brauchen mehr Kontrollen, wir müssen mehr tun, dann, wenn es Kontrollen gibt, wo etwas gefunden wird und auch Konsequenzen gezogen werden, dann auch die Ersten sind, die sich aufregen und schreien, Alarm, das darf nicht sein, wir dürfen die Förderungen nicht streichen. - Also, wasch mich und mach mich nicht nass, das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Kollegin Schwarz ist jetzt nicht mehr im Saal, sehr schade, aber vielleicht können Sie es ihr ausrichten, weil sie kritisiert hat, dass die *(GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler: Ich sage es ihr!)* - Sie nehmen das mit, das ist gut - Eltern nicht von der Magistratsabteilung proaktiv informiert worden sind. Schauen Sie, die Eltern haben einen Vertrag mit den Kindergartenträgerinnen und -trägern. Wenn wir uns über diesen Vertrag hinwegsetzen und die Eltern selbst anschreiben, greifen wir in diese privatrechtliche Vereinbarung zwischen diesen zwei Trägern ein. Würden wir das anderswo machen, dann wären sie als angebliche Wirtschaftspartei die Ersten, die sich darüber echauffieren. So einfach geht das also nicht, und nur weil wir eine Förderung einstellen, auf Grund von irgendwie nicht korrekt abgerechneten Dingen oder Veruntreuungen oder was auch immer, heißt das ja noch lange nicht, dass der Kindergarten auch zusperrt. Das ist also schon eine Verantwortung, die ja auch dem Betreiber obliegt.

Jetzt habe ich doch ein bisschen länger über diese ganze Kindergartengeschichte geredet, als ich wollte.

Dennoch möchte ich auch ein paar andere Sachen, insbesondere über die Arbeit der MA 10 und der MAG ELF los werden. Es ist eh nicht überraschend, im Jahr 2016 stand natürlich der weitere Ausbau von diversen Angeboten im Mittelpunkt. Wir halten mittlerweile bei 105.000 Plätzen in der Kinderbildung und Kinderbetreuung in Wien, das sind über 70 Prozent der Versorgungsquote bei den 1- bis 3-Jährigen. Wenn man sich die Nachfrage anschaut, ist das eine nahezu 100-prozentige Abdeckung, und bei den 3- bis 6-Jährigen gibt es ja ohnehin schon lange für alle auch einen Platz in Wien. Das möchte ich schon auch immer wieder erwähnen, da das halt im Bundesländer- und im internationalen Vergleich wirklich einsame Spitze ist, und das muss uns, bei allen Herausforderungen, die es wirklich auch gibt, einmal jemand nachmachen. Auch um die Sprachförderung wird sich aktiv gekümmert. Die MA 10 hat die Sprachförderkräfte im letzten Jahr verdoppelt und damit eben einen klaren Schwerpunkt auf das Erlernen der gemeinsamen deutschen Sprache auch gesetzt.

Bei der MAG ELF geht es natürlich immer darum, Kinder und Jugendliche, die es nicht so leicht haben im Leben, bestmöglich zu betreuen und zu versorgen. Das passiert durch einen Ausbau der Unterstützung von Pflegeeltern, in der Ambulantenhilfe, über die Hilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in Asyl- und Obsorgeverfahren begleitet und auch unterstützt werden, erlebte Traumata zu überwinden, und geht hin bis zu einer umfassenden Organisationsreform, die im letzten Jahr in der MAG ELF stattgefunden hat und in Zukunft dafür sorgen wird, dass die MAG ELF 11 weiterhin eine zeitgemäße und auch prozessorientierte Abteilung sein wird. - Ich möchte vielleicht dazusagen, das ist übrigens auch eine Verwaltungsreform, da immer wieder behauptet wird, dass wir niemals eine Verwaltungsreform machen würden und so etwas gäbe es nicht.

Ich bedanke mich jedenfalls recht herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich da eingebracht haben, die da mitgearbeitet, mitgedacht haben, und die auch offen sind, diese Weiterentwicklung einer Abteilung mitzutragen. Das ist ja auch nicht immer so einfach. Insgesamt möchte ich mich natürlich im Namen der Wiener Kinder bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Geschäftsgruppe ganz herzlich für ihre tägliche Arbeit bedanken. Sie sorgen mit ganz viel persönlichem Einsatz und Herzblut dafür, dass alle Kinder in Wien die bestmögliche Bildung und Betreuung erhalten und in Sicherheit und in Geborgenheit aufwachsen können. Das ist das Wichtigste, das ist von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 10 Minuten, die Restredezeit für die SPÖ ist 27 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Peter Kraus, selbstgewählte Redezeit ... Ich habe die Wortmeldung jetzt schon vergeben, es hat eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung gegeben.

GR Peter **Kraus**, BSc *(GRÜNE)*: Ich kann gerne die Wortmeldung zur Geschäftsordnung vorlassen.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Danke. Wer hat sich jetzt zur Geschäftsordnung gemeldet? (*GRin Mag. Beate Meindl-Reisinger, MES: Ich habe mich nur zu Wort gemeldet!*) - Gut, das war ein Irrtum. Also, lieber Peter, fahre fort. Selbstgewählte Redezeit ist 7 Minuten, ich stelle die Uhr auf die 8 Minuten, die für die GRÜNEN noch zur Verfügung sind, ein.

GR Peter **Kraus**, BSc (*fortsetzend*): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, jetzt ist hier etwas passiert, es ist nämlich der Wahlkampf zwischen FPÖ und ÖVP bei dieser Geschäftsgruppe ausgebrochen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das auch aufgefallen ist. Für die FPÖ ist das so ein bisschen der Wahlkampf der Grauslichkeiten. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Bei euch zählt es sich nicht mehr aus!*) Auf die Art, wir beweisen jetzt, wir waren schon länger und wir waren schon immer viel grauslicher als ihr, und bei jeder Wortmeldung betonen wir das noch einmal für die ÖVP. Und das verstehe ich auch, man muss halt die Listenwahlen vorbereiten und ein bisschen die eigenen Vorzugsstimmekampagnen, darum haut man da jetzt auch noch einmal rein. Die Frau Kugler hat gesagt, es ist notwendig, dass man auf „orf.at“ der Stadt Wien etwas ausrichtet. - Frau Kugler, es ist überhaupt nicht notwendig, dass man im Wahlkampf auf die ganzen JugendarbeiterInnen hinhaut, wie das der Herr Kurz immer macht. Wissen Sie, was notwendig wäre? Dass der Integrationsminister seine Arbeit einmal macht, das wäre notwendig. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Das ist ja schon ein Muster, was der Herr Kurz seit geraumer Zeit macht. Seine Strategie ist offenbar, alles an Wien ist schlecht, aber das erzählt man dann nicht in Wien, denn in Wien sind ja für die ÖVP jetzt nicht viele Stimmen zu holen, sondern da geht's offenbar um die Bundesländer. Das heißt, in den Bundesländern erzählt man dann einfach, in Wien ist alles schlecht. Das ist die Strategie von der ÖVP oder vom Herrn Kurz. Dahinter stecken aber nicht einfach nur Phrasen, die der Herr Kurz da von sich gibt, sondern er haut in Wirklichkeit auf hunderte Leute hin, die sich in dieser Stadt dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche ein gemeinsames und sicheres Leben haben. Auf diese haut der Herr Kurz einfach hin, das ist ihm vollkommen egal. Und da würde ich schon sagen, reden Sie einmal mit Ihrem Parteiobmann, er soll bitte die Kinder und Jugendlichen in Wien in Ruhe lassen, das wäre schon sehr toll. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich möchte jetzt ganz kurz über die Kinder, über die Jugendlichen in Wien reden. Wir wissen ja alle, Wien ist mittlerweile das jüngste Bundesland, es gibt kein Bundesland außer Wien, wo anteilmäßig aber auch absolut so viele junge Menschen wohnen, eine Ausbildung genießen, einen Arbeitsplatz finden, und so weiter, und so fort. Ich stelle immer sehr gerne die Frage an dieser Stelle: Wissen Sie, was der geburtenstärkste Jahrgang in Wien ist? Von welcher Alterskohorte gibt es die meisten Wienerinnen und Wiener? Das ist der Jahrgang 1989, also die heute 28-Jährigen, das ist die Alterskohorte, von denen es die meisten Wienerinnen und Wiener heutzutage gibt. Das ist ganz anders als in allen anderen Bun-

desländern, die Bevölkerungspyramide in Wien ist eine, die ganz anders aussieht als in anderen Bundesländern, auch weil viele Junge aus den Bundesländern nach Wien ziehen. Das hat damit zu tun, dass wir hier einen ausgezeichneten Universitätsstandort haben, mit 200.000 Studierenden, aber auch mit den vielen Angeboten, beginnend vom Wohnungsmarkt, von den geförderten Wohnbauten für Junge, bis hin zur Jugendarbeit.

Die Jugendarbeit habe ich jetzt schon ein paar Mal erwähnt, die ganz vielen Trägerinnen und Träger, die hier wirklich ausgezeichnete Arbeit leisten, nicht nur im Bereich der Deradikalisierung, den ich angesprochen habe, sondern in allen Bereichen der offenen Jugendarbeit. Die leisten wirklich tolle Arbeit, darum beneiden uns wirklich viele, viele Städte in Europa, da kommen immer wieder Delegationen nach Wien, um sich das anzuschauen, wie das bei uns funktioniert. All diesen JugendarbeiterInnen, all diesen TrägerInnen möchte ich wirklich ein großes Danke für die tolle Arbeit aussprechen, die sie im letzten Jahr gemacht haben. Vielen, vielen herzlichen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Wenn Sie mit diesen jungen Leuten nämlich ein bisschen reden und ihnen ein bisschen zuhören würden, liebe ÖVP, dann würden Sie vielleicht auch erkennen, in welcher Stadt Sie mittlerweile leben. Das ist nämlich eine Stadt, in der heuer zum Beispiel ein Regenbogenfamilien-Zentrum aufgesperrt hat, das ist eine Stadt, in der 185.000 Menschen zu einer Regenbogenparade gehen. (*StRin Ursula Schweiger-Stenzel: Mir wäre eine Familien-Demo lieber!*) - Frau Stenzel, Sie müssen keine Angst haben, die 185.000 sind nicht alle schwul und lesbisch. 185.000 Menschen gehen auf eine Regenbogenparade, weil sie in einer Stadt leben wollen, die eben weltoffen ist, in der es vollkommen egal ist, ob man lesbisch, schwul, trans, bi ist, ob man hetero ist, vollkommen egal. Sie leben in einer Stadt, in der die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung übrigens der Meinung ist, dass Lesben und Schwule auch heiraten dürfen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Und Sie leben in einer Stadt, in der die junge ÖVP sogar der Meinung ist, dass Lesben und Schwule heiraten dürften. Also vielleicht reden Sie einmal mit Ihrem Bundesparteioobmann, es gäbe ja noch ein paar Abstimmungen im Nationalrat. Übrigens, falls Sie das nicht mitbekommen haben, Sie könnten sich auch an der Frau Merkel orientieren. Die Frau Merkel hat heute bekannt gegeben, dass sie sich in Absprache mit der CSU - und ich glaube, wenn man es mit der CSU schafft, sollte man es auch mit der ÖVP-Wien schaffen - vom klarem Nein zu Homo-Ehe verabschiedet. Sie distanziert sich sozusagen davon und hat gesagt, es soll eine Gewissensentscheidung sein. Das könnte auch die ÖVP im Nationalrat so machen, einfach die Abstimmung freigeben und damit den Weg für eine Mehrheit im Nationalrat für die Ehe für alle freimachen. Das würde auch den vielen Menschen in Wien helfen, die davon vielleicht betroffen sind.

Alles in allem, die Geschäftsgruppe, die der StR Czernohorszky übernommen hat, ist eine Geschäftsgruppe, die wirklich sehr, sehr viele, wahrscheinlich alle Wienerinnen und Wiener in ihren unterschiedlichen Le-

benslagen betreffen. Es ist eine Geschäftsgruppe, in der unglaublich viel tolle, tolle Arbeit gemacht wird. Ich möchte mich auch im Namen der GRÜNEN bei den ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern für die tolle Arbeit bedanken, und bei den vielen tollen ReferentInnen im Büro vom Jürgen Czernohorsky, und natürlich auch bei dir, Jürgen, vielen Dank für die tolle Arbeit, und ich freue mich schon auf die weitere Zusammenarbeit. - Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Damit beträgt die Restredezeit für die GRÜNEN 1 Minute. Zu Wort gelangt Herr GR Haslinger, selbstgewählte Redezeit ist 7 Minuten.

GR Gerhard **Haslinger** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor wir es vergessen, wollen wir es noch einmal kurz wiederholen, was der Herr SPÖ-Gemeinderat Mag. Gremel gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, der Bericht am Freitag in der „Kronen Zeitung“ über den Waffenfund auf der Donauinsel ist leider ein Fake News. Da sieht man, wo Sie geistig angesiedelt sind. *(GR Prof. Harry Kopietz: Gut verstanden!)* - Gut verstanden, nein, gut gesagt, und so sollte man es dann auch verstehen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und da sieht man ja, was Sie wollen. Sie wollen, dass es offenbar Konflikte in Wien gibt *(GR Siegi Lindenmayr: Schaffen Sie das sinnerfassende Zuhören!)* und genauso die ganze Integrationspolitik, die Sie als solche bezeichnen. - Sie schaffen es nicht, dass Sie akustisch bis zu mir herkommen, das ist leider Ihr Problem. *(Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ.)* Entweder da vor setzen oder ein Mikrofon verwenden. *(GR Prof. Harry Kopietz: Kollege, da empfehle ich Neuroth, der hat alles!)* - Geht schon.

Die Integrationspolitik beziehungsweise das, was Sie dafür halten, reagiert leider nicht auf die Gegebenheiten in dieser Stadt. Sie behaupten als Stadtregierung, Sie kümmern sich um Integration mit den aufkommenden Problemen. Die Kollegin El-Nagashi hat heute sehr seriös darüber berichtet, wie Integration funktionieren sollte. Das Problem ist, dass es aber leider nicht so funktioniert, wie Sie es hier erzählt haben, und man sollte auch versuchen, darauf zu reagieren, wenn es gewisse Fehlentwicklungen gibt. Das tun Sie nicht, und das ist unser Vorhalt. Hier nur Millionen in Integrationsmaßnahmen über Vereine zu investieren, ist zu wenig, sondern man sollte sich auch mit der Gegebenheit auseinandersetzen und sollte einmal schauen, was läuft hier falsch.

Schlagen Sie die Medien auf, quer durch den Gemüsegarten haben Sie Probleme mit Zuwanderern, mit muslimischen Zuwanderern, und das wird ja nicht geschrieben, damit man Stimmung macht, sondern weil sich ganz einfach die Situation so darstellt. Sie unterstellen uns ja auch andauernd, wir schüren Ängste. Also offenbar hat von Ihnen noch nie jemand Angst gehabt. Angst hat man, das ist ein Gefühl, das sich entwickelt. Man kann auch niemandem Angst ausreden, genauso wenig kann man jemandem Angst einreden. Wenn sich die Menschen hier unwohl fühlen und wenn die Menschen, wenn die Bevölkerung hier Probleme artikuliert,

dann nehmen Sie es gefälligst ernst. Die einzige Ausrede, die Sie haben, ist, die FPÖ schürt Ängste. Nein, Leute wollen, dass sich hier in dieser Stadt in puncto Integration, Zuwanderung etwas bewegt. Sie glauben, jeder, der zu uns kommt oder den Sie noch dazu mit der Mindestsicherung zu uns locken, gehört betreut und gehört aufgefangen. Nein, gehören sie nicht. Und weil manchmal auch kommt, man soll von der Zuwanderung die Talente nützen und die Chancen nutzen: Ja, sollten wir machen, wenn jemand unsere Gesellschaft mit seiner Anwesenheit bereichert, dann sollte er da bleiben und da gehört er auch unterstützt und gefördert, mit viel Geld. Aber es kann nicht sein, dass nur, weil wir ein paar gute Leute haben, wir die anderen auch bei uns beherbergen und versuchen, mit ihnen auszukommen.

Das Problem ist, dass wir versuchen, in der Integrationsthematik mit ihnen auszukommen, aber nicht die mit uns, aber die sind in unser *(Beifall bei der FPÖ.)* Land gekommen. Und das sollten wir nicht vergessen, und das sollten Sie als Stadtregierung, als Verantwortliche auch nicht vergessen. Sie sind von der Bevölkerung, vom Souverän gewählt und nicht von Boatpeople, das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Ihr Klientel ist *(Anhaltender Beifall bei der FPÖ.)*, von denen Sie wollen, dass sie wählen dürfen, damit Sie nicht auf einseitig absacken. Das ist es, nehmen Sie Ihren Auftrag vom Wähler und von der Wählerin ernst und kümmern Sie sich um die Probleme. Aber Sie können es ja gar nicht mehr lösen, und das ist ja Ihr größtes Problem. Daher reden Sie das einfach weg, wegdiskutieren, alle bilden sich nur Probleme ein, das stimme ja gar nicht, und wer es nicht wahrhaben will, der ist intolerant, ist ausländerfeindlich. Fällt euch nichts anderes ein? Widmen Sie sich wirklich einmal diesen Problemen. Und es kommt ja aus der eigenen Community, es kommen ja schon Leute zu uns, zur FPÖ, zu den bösen, intoleranten Blauen kommen Zuwanderer und sagen, macht was, weil die anderen schaffen es nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und alle erzählen, ich war vorher bei der SPÖ, zeigen noch ihre Parteischeckkarte her und sagen: Aber die sind nicht gut. Sie sehen es ja eh selbst, an den Wahlergebnissen, und Sie sehen es ja auch, eine Sektion nach der anderen müsst ihr zusperrn, weil dort keiner mehr hingehet. So einfach ist das. Das ist ja das. *(Beifall bei der FPÖ.)* Die Tanja Wehsely hat gestern gesagt, wir, die SPÖ sind so geeint, wir sind die Einzigen, ihr seid ja alle zerstritten, aber wir sind so geeint. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Da bekomme ich ja Kopfweh. Lest euren Zustand in der Zeitung, wenn ihr ihn selbst nicht wahrnehmt. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)* Da sieht man wieder die Realitätsverweigerung, die Sie betreiben, Sie bekommen ja selbst nicht einmal mit, wie sich Ihr eigenes Gefühlsleben in der Partei intern abspielt. Wie wollt ihr denn dann ein Gefühl entwickeln für die Menschen draußen und für die Probleme? Das zeigt mir ja ganz genau auf, dass ihr nicht mehr dazu in der Lage seid.

Darum bitte, lasst es gut sein, machen wir Neuwahlen, lasst das Volk entscheiden und gebt die Arbeit in Hände, die es zumindest einmal probieren wollen. Sie wollen es ja gar nicht mehr probieren, Sie schauen ja

nur, brr, wenn wir da verlieren, wer bekommt dann den Platz und wer darf bleiben. Das sind Ihre Probleme, aber nicht das, wie es in Wien zugeht und wie es in Wien immer schlechter wird. Und Ihr Auftrag ist es oder sollte es sein, ganz einfach für normale Zustände zu sorgen, und Sie schaffen es nicht. Wir werden uns dieser Angelegenheit annehmen, und ich glaube, dass diese Politik bei uns in guten Händen ist, weil mittlerweile auch die, um die es geht, in der Integration, die Zuwanderinnen und Zuwanderer, uns mehr vertrauen als Ihnen.

Manche sind halt abhängig von Ihnen, weil sie Zuwendungen haben oder weil sie etwas von Ihnen bekommen oder weil sie einen Verein haben und da etwas bekommen - wenn du das nicht machst, was wir wollen, dann gibt es kein Geld! Das hört man ja alles, und so agieren Sie. Sie agieren eigentlich mit Methoden, die woanders unter Strafe gestellt werden. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Prof. Harry Kopietz: Das ist unerhört!)* - Unerhört, ja, ja. Reden Sie mit den Leuten, Sie wissen es ja selber! *(GR Prof. Harry Kopietz: Das ist eine Unterstellung einer Straftat! - GR Dominik Nepp: Er hat ja gesagt „woanders“!)* - Sie wissen es ja selber, wir brauchen nur zu schauen, wer kriegt denn einen Marktstand? Wer kriegt einen Marktstand am Christkindmarkt? Wir brauchen nur zu schauen, wie es da funktioniert. *(Zwischenruf von GR Prof. Harry Kopietz.)* - Ja, ja, ich rede dazu. Wenn sie ganz einfach nicht ...

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Herr Haslinger, ich darf Sie bitten, sich in Ihrem Ton ein bisschen zu mäßigen und Ihre Rede fortzusetzen.

GR Gerhard **Haslinger** *(fortsetzend)*: Ich bin eh schon fertig. *(Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* Auf alle Fälle sage ich: Nehmen Sie die Aufgabe der Integrationspolitik wahr, so wie es gehört, damit es nicht noch schlechter in Wien wird, oder geben Sie diese Aufgabe an uns! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Prof. Harry Kopietz: Sie hörten einen Höhepunkt des Parlamentarismus! - Unruhe im Saal.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren 7 Minuten, die Restredezeit für die FPÖ beträgt 11 Minuten.

Ich darf bitten, die Zwischenrufe und Diskussionen einzustellen.

Als Nächste ist Frau GRin Mag. Berger-Krotsch zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 6 Minuten.

GRin Mag. Nicole **Berger-Krotsch** *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe ZuseherInnen via Livestream!

Ich möchte meinen Redebeitrag heute mit einem positiven persönlichen Erlebnis einleiten, das mich sehr berührt hat. Es zeigt, dass hinter diesen vielen Phrasen, die hier von Seiten der FPÖ gedroschen werden, besonders auch vom sogenannten Frauenpolitiker Kollegen GR Blind, Menschen stehen, dass Frauen dahinterstehen. Ich möchte von einem Termin berichten, den ich vor einigen Wochen gemeinsam mit unserem Integrationsstadtrat Jürgen Czernohorsky absolvieren durfte, es war

die Überreichung der Abschlusszertifikate des Frauen Colleges. Wir wissen - Sie von Seiten FPÖ vielleicht noch nicht so -, dass wir mit dem Frauen College in Wien zugewanderten Frauen die Möglichkeit bieten, sich einen fundierten Grundstock an Basisallgemeinwissen, an Basisdeutschkenntnissen anzueignen. Damit ist das Frauen College ein wichtiger Baustein im Basisintegrationsprogramm für Frauen. Ich werde später dann noch ein bisschen näher darauf zurückkommen.

Was war bei dieser Überreichung dieser Zertifikate? - Es war dort ein Getümmel. Es waren viele Frauen in diesem Saal in der Bücherei und ich konnte in viele stolze, strahlende Frauengesichter sehen. Frauen, die mit dieser Überreichung, mit diesem Zertifikat ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Sie sind in Wien angekommen. Sie sehen sich als Teil unserer Gesellschaft. Unser Integrationsstadtrat hat dazu einen Satz geprägt, den ich auch hier voranstellen möchte: Wienerin und Wiener ist, wer hier in Wien lebt und sich eben hier als Teil der Gesellschaft fühlt und Wien als seine Heimat ansieht.

Genau darum geht es letztendlich bei Integration, dass man sich dort, wo man ist, zu Hause fühlt, dass man Teil der Gesellschaft wird. *(GR Armin Blind: Das werden sie ja nicht!)* Es war nicht nur dieses eine Erlebnis in den Büchereien vor einigen Wochen, sondern ganz, ganz viele andere auch. Ich möchte da auch der FPÖ raten, solche Begegnungen mit zugewanderten Frauen und Männern zu suchen. Ich möchte Ihnen das wirklich ans Herz legen, diese Begegnung, diesen Austausch mit den Frauen und Männern, die nach Wien kommen und viele Integrationsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Vielleicht können Sie dann den vielen guten Integrationsmaßnahmen, die Wien zur Verfügung stellt, auch einmal zustimmen. Das wäre ja mal ganz was Neues. *(Beifall von GRin Mag. Faika El-Nagashi. - GR Armin Blind: Verhaltener Beifall!)*

Es zeigt der Wiener Weg in puncto Integration, dass es der richtige Weg ist. Meine Kollegin El-Nagashi hat es heute schon gesagt: Menschen ab dem ersten Tag, wenn sie in Wien ankommen, an die Hand nehmen, ihnen ein Handwerkszeug zur Verfügung stellen und ihnen die Möglichkeit geben, die deutsche Sprache zu erlernen, Bildungsabschlüsse nachzuholen, sich weiterzubilden und vielleicht auch in den im Heimatland erlernten Beruf bei uns wieder einzusteigen. Durch eine nahtlose Kette von Integrationsmaßnahmen möchten wir erreichen, dass sich Menschen, die aus anderen Ländern nach Wien gekommen sind, so schnell wie möglich bei uns heimisch fühlen, Teil der Gesellschaft werden.

2008 haben wir mit dem „Start Wien“-Programm dafür schon ein hervorragendes Tool ins Leben gerufen, bei dem eben NeuzuwanderInnen von Anfang an begleitet werden. - Das auch an die Adresse der ÖVP, es liegt ja heute ein Antrag zu Orientierungskursen und Wertekursen vor. Wien hat ein strukturiertes System, in dem Orientierung, Spracherwerb, Arbeitsvorbereitung gebündelt werden. Wir bleiben da auf keinen Fall stehen, wir entwickeln da stetig weiter. Wir passen uns laufenden

Herausforderungen der Gegenwart, aber auch der Zukunft an.

Und wenn wir jetzt beim Rechnungsabschluss auf das zurückliegende Jahr 2016 blicken, möchte ich einige Projekte und Schwerpunkte, die gesetzt wurden, auch mit ein paar Zahlen anführen. Wenn wir zum Beispiel im Rahmen von „Start Wien“ für Drittstaatsangehörige und EWR-BürgerInnen reden, dann kann ich berichten, dass wir 2.636 Bildungspässe ausgestellt haben, 436 Informationsmodule abgehalten wurden, und - weil es immer heißt, es macht niemand mit - wir konnten 5.205 Teilnahmen verzeichnen.

Wenn wir uns das „Start Wien“-Info-Modul für Flüchtlinge anschauen, so wurden zu den Themen Zusammenleben, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Soziales rund 6.500 Teilnahmen verzeichnet. Wir haben auch die Wiener Charta in die Flüchtlingsunterkünfte gebracht. Das waren moderierte, muttersprachliche Charta-Gespräche, um die Wiener Charta den Neuangekommenen näherzubringen, um mit ihnen zu diskutieren. Hier haben 2.000 Menschen teilgenommen. Ganz wichtig waren auch Info-Veranstaltungen für Eltern mit Flüchtlingskindern zu vielen wichtigen Themen wie Kindergarten, Erziehung, Schule. Es haben 1.084 Mütter und Kinder teilgenommen.

Ganz stolz bin auch ich auf das Jugend College. Kollegin El-Nagashi hat auch schon darüber berichtet, ich muss da nicht mehr in die Tiefe gehen. Ich möchte aber auch dazu ein persönliches Erleben mit Ihnen teilen, nämlich von meinem ersten Besuch dort mit dem Gemeinderatsausschuss - Ihre Fraktion ist ja dann nach dem Gemeinderatsausschuss abgebogen, ist nicht mehr mitgegangen. Ich kann berichten, wenn man dort die Türschwelle übertritt, schwappt einem sehr viel Neugierde und Wissen entgegen. Es stecken da so viel Hoffnung und so viel Wille zum Tun für eine Zukunft drin. Ich denke, das ist einfach nur unterstützungswert, und diese jungen Menschen, die hier in Wien sind, sollte man unterstützen, und wir tun das auch. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein ebenfalls wichtiges Projekt möchte ich auch noch erwähnen - obwohl meine Redezeit schon abgelaufen ist -, nämlich das CORE - Integration im Zentrum. Integrationsangebote von öffentlichen Institutionen, von Organisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen werden gebündelt und zusammengeführt, und Flüchtlinge können auch aktiv an der Entwicklung von Integrationsmaßnahmen mitarbeiten, sind voll eingebunden.

Einen Satz möchte ich noch zu den Integrationsmaßnahmen für Frauen sagen, weil mir das als Frauenpolitikerin sehr wichtig ist. Vielleicht können Sie, Herr Frauenversther Kollege Blind, da auch einmal mitstimmen. Wir wissen, dass Frauen ungleich schwerer zu erreichen sind als die männliche Zielgruppe von Neuzuwanderern und Neuzuwanderinnen. Das ist Fakt, aber wir schauen da auch sehr stark hin. *(GR Armin Blind: Nicht schauen, handeln!)* - Auch wenn Sie von der ÖVP immer sagen, wir verschließen die Augen - besonders Frau Kollegin Schmidt ist auch immer eine, die das sehr ankreiden will -, aber es lautet unser Credo, dass jede Frau in die-

ser Stadt sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben soll, und das gilt für alle Frauen.

Wir haben ganz spezielle Integrationsmaßnahmen für Frauen, eben die vielen Vereine - Kollegin El-Nagashi hat schon berichtet -, wie Peregrina, Orient Express, LEFÖ, Miteinander Lernen, aber auch die Volkshochschulen oder Interface, die viele Projekte anbieten wie „Mama lernt Deutsch“ oder eben auch das Frauen College. Sie sind zuverlässige Partnerinnen, starke Partnerinnen, ohne die wir gar nicht so gut für die Community werken könnten. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal Danke sagen für die qualifizierte Arbeit in diesen Vereinen, allen Verantwortlichen danken, denn sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Integration in dieser Stadt so funktioniert, wie sie eben funktioniert.

Das können Sie nicht in Abrede stellen, Herr Kollege Haslinger, wenn Sie immer die Vereine hernehmen. Ich denke, so wie es unser Gemeinderatsvorsitzender gesagt hat: „Mind your words!“ Denn Worte beeinflussen unser Handeln und Denken. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir gemeinsam positiv, mit positivem Beispiel in die Zukunft gehen, dass wir für ein Miteinander stehen und arbeiten, und dass wir Gemeinsamkeiten in dieser Vielfalt finden, die jeder und jede in sich tragen. Nur gemeinsam sind wir Wien. - In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zum Rechnungsabschluss 2016. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug knapp 9 Minuten. Die Restredezeit beträgt daher 18 Minuten für die SPÖ. Als Nächster ist Herr GR Dr. Aigner zu Wort gemeldet. 10 Minuten selbstgewählte Redezeit, 11 Minuten beträgt noch die Fraktionsredezeit. Ich stelle daher 11 Minuten ein.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Vielen Dank. Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Berger-Krotsch, Sie haben mehrmals Kollegen Blind als sogenannten Frauenpolitiker in die Ziehung genommen, auch wenn es Ihnen vielleicht nicht passt, aber Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, dass Sie da kein Monopol auf ein bestimmtes Thema haben. Wenn Sie von der Wohlfühlstadt und der Menschenrechtsstadt Wien sprechen, dann schauen Sie sich bitte die Meldungen der letzten Tage an! Während wir hier den Rechnungsabschluss diskutieren, liegt eine Frau am helllichten Tag im Donaupark und sonnt sich, und auf einmal sitzt ein Afghane auf ihr und will sich an ihr vergehen. Das ist die Wohlfühlstadt, das passiert mitten am helllichten Tag im Donaupark! *(Beifall bei der FPÖ.)* Das sind jene Fälle, zu denen auch unser Bürgermeister gesagt hat, wer das Gastrecht missbraucht, der fliegt, der fliegt direkt nach Kabul. Und bei uns wird man auf freiem Fuß angezeigt! Das ist die Konsequenz eines Rechtsstaates! Das ist ein kollektives Staatsversagen! Da dürfen Sie sich nicht wundern, dass man sich nicht mehr wohlfühlt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, es kann Ihnen auch die Diskussion um die Frage nicht erspart werden, wer überhaupt im Westen integrierbar ist. Wer will sich überhaupt integrieren? - Es gibt genug liberale und säkulare Musli-

me, die sagen, das ist der radikale Islam, der sich vom Kopftuch bei Kleinkindern bis in patriarchale Strukturen offen äußert. Das ist ja nicht verdeckt irgendwo im Hinterhof, das ist in unserem Straßenbild. Das ist nicht irgendwo, wo man hingehen muss und das suchen muss. Das können Sie mit Händen greifen! Das können Sie mit den Augen sehen! Das schaut ja bei uns teilweise wie in Kabul aus. Das ist nicht integrierbar, nicht mit acht Stunden Wertekurs! Unsere Werte mit ein paar Emojis ins Kurzzeitgedächtnis, gehen wir acht Stunden in einen Kurs, und dann löscht man das aus, was über Jahrhunderte eingetrichtert worden ist, worauf man sich auch religiös beruft. Das kann man doch nicht wirklich ernsthaft glauben, dass das funktioniert!

Deswegen ist diese Integration nicht schaffbar, nicht mit noch mehr Geld, nicht mit noch mehr Kursen, sondern da muss sich eine Gesellschaft auch selbst ernst nehmen und sagen, das geht schlichtweg nicht. Wenn bei Umfragen, die die EU macht, knapp 60 Prozent sagen, wir wollen keine muslimische Zuwanderung, dann hat das einen Grund. Das ist ja nicht von der FPÖ oder sonst jemandem, sondern weil die Menschen tagtäglich die Erfahrungen machen, dass das nicht funktioniert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Endeffekt sind die Sozialleistungen, die wir an Menschen ausschütten, die noch nie etwas eingebracht haben und die aller Voraussicht nach auch nie etwas einbringen werden, nichts anderes wie ein Schutzgeld. Sie sagen es ja oft indirekt: Man muss das tun, um den sozialen Frieden zu erhalten. Ich sage Ihnen eines, das ist im Prinzip so etwas wie eine Erpressung. Da braucht man sich nur jeden Columbo oder jeden Krimi anzuschauen, um zu wissen, dass ein Erpresser immer mehr möchte. Es bleibt nicht bei den 800, 900 EUR, es wird immer teurer werden. Diese Gruppen sind ja bestens strukturiert. Die haben aus Ihrer Kindergartenförderung ein Geschäftsmodell gemacht. Die bereichern sich, schaffen ihre Parallelstrukturen, wo von den Kleinsten auf indoktriniert wird, und so weiter. Das heißt, unser eigenes System ist wie mit einem Trojaner infiltriert, und so weiter und wendet sich gegen uns selber. Das Kindergartenjahr ist eingeführt worden, um zu integrieren, und daraus geworden ist eine von uns finanzierte Parallelgesellschaft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr StR Czernohorszky, es geht nicht um alle konfessionellen Kindergärten, da verwehre ich mich als Christ wirklich, jetzt zu sagen, jetzt reden wir auch über die katholischen Kindergärten. Es geht um die islamischen Kindergärten. Das ist ein Problem. Und das ist eine einzige Religion, in deren Namen so viel Unheil angerichtet wird, nämlich auch im muslimischen Kreis selber. Das sind ja nicht nur andere, sondern das ist ja unglaublich, was sich dort abspielt. Deswegen lassen Sie die anderen Kindergärten in Ruhe, die seit Jahrzehnten gute Arbeit leisten. Wenden Sie sich den Kindergärten zu, deren Existenz Sie vor Jahren noch geleugnet haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die sind nicht im Hinterhof, sondern etwa der Kindergarten Mekka in meiner Leystraße, wo ich ums Eck wohne. Da kann man schauen, da sind draußen die arabi-

sche Sprache und der islamische Religionsunterricht einfach ausgelöscht worden. Dann glauben Sie wahrscheinlich, wenn Sie mit Ihren Kontrolleuren hinkommen, na ja, da steht ja nichts mehr, das wird nicht stattfinden. Schauen Sie sich die Fotos an! Schauen Sie sich an, was sich da abspielt! Da muss Ihnen selber doch angst und bange werden, gerade wenn Sie mit der Regenbogenparade und all diesen Dingen kommen. Schauen Sie sich doch einmal die ideologischen Grundlagen an! Ich möchte mich gar nicht darüber verbreitern, welche Gefahren gerade für diese Community lauern.

Gehen wir weiter: Schnittstelle Kindergarten - Schule. Wir haben gerade wieder die Schuleinschreibungskriterien für die Volksschule beschlossen. Gesetzwidrig ist verordnet worden, dass die Daten, die die Kindergärten - Sprachstandsfeststellung - jetzt erheben müssen, nicht verpflichtend vorzulegen sind. Also wir testen schon im Kindergarten, um zu schauen, wer hat einen Förderbedarf, und so weiter. Und bei der Schuleinschreibung sind die Eltern nicht verpflichtet, das vorzulegen. Es kann einem niemand erklären, warum man das macht. Es passt hinten und vorne nicht zusammen.

Es ist ja auch ganz gut, dass wir heute am Vorabend einer denkwürdigen Nationalratssitzung über Bildung reden. Da muss ich wirklich - es ist eh sinnlos - an die ÖVP appellieren: Morgen, wenn der Beschluss gefasst wird, ist das der Anfang vom Ende des Gymnasiums. Warum? - Wenn Modellregionen ermöglicht werden, dann kommen sie auch. Dann wird getrickst und herumgetan, da wird Druck auf die Eltern ausgeübt. Da werden dann die Eltern ruhiggestellt, indem man ihnen sagt - die Elternvertreter heute -: Euch trifft es eh nicht mehr, das sind dann die nächsten. Das ist ein Skandal, dass man so eine Grundsatzentscheidung auf den einfachen Lehrer und auf die einfachen Eltern abwälzt, weil man als Politiker und als Partei zu feige ist, dazu zu stehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das tut mir wirklich weh. Es hätte auch die Möglichkeit gegeben, diese Reform abzublasen. Die Regierung ist gescheitert, und es ist völlig unsinnig, dass in den letzten zwei, drei Sitzungen auf einmal solche Projekte gemacht werden, durch die die Weichen für Jahrzehnte in die falsche Richtung gestellt werden. Wenn Sie für die Deutschklassen sind, dann hätte es das Angebot der FPÖ gegeben. Lassen wir die Modellregionen raus, machen wir lieber die Deutschklassen! - Hat man nicht gemacht. Warum? Weil man in halb Österreich mit den GRÜNEN in der Koalition sitzt, in Tirol, Vorarlberg, Salzburg, in Oberösterreich weinen sie bis heute nach. Wer mit den GRÜNEN koalitiert, der landet im Endeffekt dort, wo die jungen GRÜNEN jetzt hingehen, nämlich bei der KPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Wiener können nichts dafür, weil sie ein Teil der ganzen Partei sind. Deswegen ein Antrag: Ja zum differenzierten Schulsystem. - Ganz interessant ist der Blick nach Deutschland, da haben wir das Realexperiment: Gesamtschul-Bundesländer sind unten durch, die differenzierten Bundesländer haben die besten Ergebnisse, auch das grün-schwarze Baden-Württemberg. Die denken nicht daran, eine Gesamtschule zu machen. Nord-

rhein-Westfalen: Rot-Grün ist abgewählt worden, jetzt kommt Schwarz-Gelb. Was macht man? - Man führt das neunjährige Gymnasium wieder ein. Und wir wollen das achtjährige abschaffen! Deswegen Ja zum differenzierten Schulsystem und Nein zur Gesamtschul-Modellregion. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Nächste: Ja zu den Sonderschulen. Ja bitte, die Kinder, die nachgewiesen einen besonderen Förderbedarf haben, die haben ein Recht, das ist ein Menschenrecht, auf eine besondere Förderung. Was nicht sein darf, ist, dass man einfach lernschwache Kinder, die sonst kognitiv ganz in Ordnung wären, einfach in die Sonderschulen abschiebt. Aber wenn es objektiv festgestellt ist, dann braucht man eine besondere Ausbildung von besonderen Pädagogen. Inklusion ist nichts anderes als ein Sparpaket, denn dann steckt man die Kinder, die letztendlich einen besonderen Bedarf haben, ins Regelschulwesen hinein, und das Ganze wird billiger. Daher Ja zu einem anständigen, ordentlichen Sonderschulwesen. Das wollen auch die meisten Eltern der Betroffenen, da gibt es lange Listen und Petitionen, dass die Sonderschulen nicht abgeschafft werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu guter Letzt - man könnte ja noch viel länger darüber reden -: Entpolitisierung der Schulverwaltung. Das ist ja überhaupt eine Chuzpe sondergleichen. Ich sage ehrlich, ich bin lange genug im Stadtschulratskollegium, ich kann nicht sagen, dass da ein massiver politischer Druck ausgeübt wird. Aber es ist wichtig, dass man sich das Ganze strukturell anschaut. Der politische Einfluss auf die Schulverwaltung wird über die Landeshauptleute gespielt. Warum? - Der Landeshauptmann und die von ihm sozusagen eingesetzten Landesräte und Schulratspräsidenten ist der Dienstgeber der Landeslehrer, und für die Bundeslehrer ist er der Behördenleiter in den Bundesschulbehörden Landes- oder, wie in Wien, Stadtschulrat. Und dann gibt es einen ganz schwachen Aufsichtsrat, das sind die Kollegien, in denen die Parteien nach ihrem Stärkeverhältnis und zusätzlich die Schulpartner abgebildet werden. Diese können nur ein bisschen kontrollieren, aber allein die Möglichkeit, Akteneinsicht zu nehmen, führt schon zu einer gewissen Transparenz. Und was verkauft man uns jetzt als Entpolitisierung? - Man macht eine hybride Bund-Länder-Behörde. Der Einfluss der Landeshauptleute ist ungeschmälert und aus dem Aufsichtsrat macht man einen Beirat. Wer sitzt im Beirat drinnen? - Nicht mehr irgendwelche Parteivertreter, nicht mehr die Eltern, sondern die Sozialpartnerorganisationen.

Das ist keine Entpolitisierung, das ist hemmungsloser Zugriff oder sich die Möglichkeit zu schaffen, sich diesen Zugriff zu sichern. Auch das soll in einem sich auflösenden Nationalrat noch geschwind gemacht werden. Das ist eigentlich ein Wahnsinn! Ich kann nur sagen: Üben Sie auch den notwendigen internen Druck auf Ihre Nationalratsabgeordneten aus, um diese Fehlweichenstellungen zu verhindern!

Es wird Ihnen hoffentlich klar sein, dass wir den Rechnungsabschluss ablehnen, dass wir gar nicht anders können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Für die FPÖ ist damit keine Redezeit mehr verfügbar, die Redezeit zu dieser Geschäftsgruppe ist verbraucht. Als Nächste ist Frau GRin Hanke zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 6 Minuten.

GRin Marina **Hanke**, BA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu meinem Vorredner würde ich gerne viel sagen, auf Grund der Zeit mache ich es jetzt aber nicht. Ich möchte nur eine Sache sagen: Sie haben gesagt, in Wien schaut es aus wie in Kabul. Sie sind offenbar sehr gut informiert über die Dinge, die in der Welt abgehen. Ich finde, es ist ein bisschen ein geschmackloser Vergleich, und ich würde mir wünschen, dass Sie so etwas in Zukunft unterlassen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte jetzt aber auch zum Thema Bildung, Weiterbildung, und auch ein bisschen zum Thema Integration sprechen, aber bewusst nicht zum Kindergarten und auch nicht zur Schule oder zur Lehre. Das haben meine Kolleginnen und Kollegen schon gemacht beziehungsweise werden die folgenden RednerInnen sicher auch noch darauf eingehen. In Wien denken wir Bildung, Weiterbildung, aber auch Integration ein bisschen über klassische Institutionen hinaus, und es gibt viele Angebote, die wir als Stadt Wien noch zusätzlich stellen. Beispielsweise die Büchereien in Wien, die ihre Schwerpunktsetzung auf Leseförderung, Lesefrüherförderung setzen, die Musikschulen, aber auch Bereiche der Erwachsenenbildung, wo wir darauf Wert legen, Lehrgänge zusätzlich anzubieten, die zum Beispiel geringqualifizierte Jugendliche dazu anregen, ihren Pflichtschulabschluss nachzuholen.

Bildung, Ausbildung und Integrationsarbeit in Wien passiert aber vor allem auch in der außerschulischen Jugendarbeit, auf die mein Kollege Peter Kraus auch schon näher eingegangen ist. Die Jugendarbeit - das ist heute schon mehrmals gefallen - wird von den Oppositionsparteien in ihrer wichtigen und vor allem in ihrer breiten Arbeit meiner Meinung nach überhaupt nicht wertgeschätzt. Wien hat in der Jugendarbeit eine Vorreiterrolle europaweit, wenn nicht sogar weltweit. In der Jugendarbeit können wir sehr vielen Problemen, die heute auch schon angesprochen worden sind, entgegenwirken.

Es wird uns immer wieder vorgeworfen, dass wir die Probleme nicht sehen würden oder sie bewusst zulassen würden oder sie sogar fördern würden, da ist sich auch die Opposition nicht ganz einig. Der Unterschied von uns zu den Oppositionsparteien ist, dass wir nicht einfach skandalisieren, wir nicht einfach sagen, da gibt es die da, die machen das nicht oder die wollen das schon, nein, wir überlegen uns, was wir tun können, wir schaffen Angebote gerade für junge Menschen, und zwar für alle jungen Menschen. Ein Auseinanderdividieren der Jugendlichen in unsere Jugendlichen und die Jugendlichen, die von woanders herkommen, die einen wichtiger zu finden als die anderen, das ist nicht sinnvoll, politisch nicht sinnvoll und auch menschlich nicht wünschenswert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir helfen in Situationen, in denen es dringend notwendig ist und bieten mit der Jugendarbeit darüber hinaus auch noch Freiräume an. Wir bieten Demokratiebildung und ganz viele Sachen an. Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch einmal dem Dank an alle Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen der Stadt Wien oder in den diversen Trägerorganisationen anschließen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jugendarbeit wirkt, das zeigten uns gerade im letzten Jahr wieder einige Studien. Es ist aber auch erlebbar, wenn man vor Ort ist. Gerade diejenigen, die jetzt immer sagen, alles funktioniert nicht - ich schaue mir das jetzt wieder seit eineinhalb Tagen an -, die nicht über Menschen reden, sondern immer problematisieren, die nicht sehen, dass das auch Wienerinnen und Wiener sind, die hier sind, die sollten sich auch einmal anschauen, was die Jugendarbeit da vor Ort macht, wie sich junge Menschen, die ja von woanders herkommen, entfalten, wie sie sich in unsere Gesellschaft einbinden, wie sie sich einbringen, wie sie gemeinsam mit anderen Jugendlichen lernen. Das mal als Hinweis. *(GR Armin Blind: Das haben wir auf den Fotos gesehen, nicht?!)*

Und ja, dort passiert auch Deradikalisierungsarbeit - vielleicht noch als kurzer Rückgriff auf Kollegen Wiederkehr, der heute einen Antrag eingebracht hat. Mit dem Netzwerk für Deradikalisierung passiert da in Wien sehr viel, wenn wir das aber weiter vorantreiben wollen, ist da auch der Bund gefragt. Der Kampf gegen Radikalisierung, aber prinzipiell der Kampf gegen Diskriminierung, gegen jegliche Abwertung, gegen jegliche Unterdrückung von Menschen ist uns ein großes Anliegen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle einen Antrag betreffend Schutz der jüdischen Friedhöfe in Wien einbringen, mit dem sich der Wiener Gemeinderat dafür ausspricht, ein Konzept für alle Wiener jüdischen Friedhöfe zu entwickeln, das sicherstellt, dass zukünftig die Grabstätten möglichst nicht mehr durch antisemitische Akte geschändet werden *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Abschluss zu einem Thema, das in diesem Haus viel zu wenig Raum bekommt, das vorher schon kurz angesprochen worden ist. Ich möchte noch kurz auf die Arbeit der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen eingehen, die auch im letzten Jahr - immerhin sind wir hier beim Rechnungsabschluss - sehr hervorragende Arbeit geleistet hat. Die Studie „Queer in Wien“, die 2015 präsentiert worden ist und zu der auch 2016 die Jahreskonferenz der WAST mit über 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem deutschsprachigen Raum stattgefunden hat, hat uns gezeigt, dass es immer noch viele Wienerinnen und Wiener nicht so leicht haben, sich zu outen, dass Diskriminierung auf der Straße, in Lokalen, am Arbeitsplatz immer noch ein Problem ist, dass es da immer noch viel zu tun gibt, um in der Gesellschaft mehr zu sensibilisieren. Die Studie hat uns aber auch gezeigt, dass gerade die Angebote der Stadt Wien sehr bekannt sind und auch sehr geschätzt werden, und dass in der WAST die Arbeit genau dort ansetzt, wo sie benötigt wird. Es gibt Beratungen, es gibt Sensibilisierungsarbeit. Gerade im letzten Jahr ist ein Schwerpunkt auf den

pädagogischen Bereich gelegt worden, auf die Sensibilisierungsarbeit, indem mit dem internationalen Projekt „It Gets Better“ zusammengearbeitet wurde, ein Workshop zu queerer Pädagogik veranstaltet wurde und vieles mehr. Aber auch Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Aktionen - das geht ganz klar aus der Studie hervor - sind Dinge, die noch mehr gewünscht werden, um mehr Sensibilisierung zu erreichen. Gerade da setzt die WAST als erste und leider österreichweit immer noch einzige derartige Stelle in einer kommunalen Verwaltung an. Es sind großartige Experten und Expertinnen, die da arbeiten, die gut vernetzt sind, die großartige Arbeit machen. Und weil ich jetzt schon am Ende meiner Redezeit bin, noch ein großes Dankeschön an die MitarbeiterInnen der WAST. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 6 Minuten. Die Restredezeit der SPÖ beträgt daher 12 Minuten. Als Nächste ist Frau GRin Mag. Meinl-Reisinger zu Wort gemeldet. - Kollege Hursky, tut mir leid, aber wir haben eine kleine Umstellung in der Tagesordnung gehabt. - Die Redezeit beträgt maximal 13 Minuten. Das ist die Fraktionsredezeit, die zur Verfügung steht.

GRin Mag. Beate **Meinl-Reisinger**, MES (NEOS): So lange werde ich gar nicht brauchen, ich will nicht lange sprechen. Ich will nur eine Replik auf etwas, das Kollege Gremel gesagt hat.

Sie haben von den Kontrollen in den Kindergärten gesprochen und dass Mittel, die nicht so verwendet wurden, wie sie verwendet werden sollten, gemäß diesen Förderrichtlinien zurückgefordert werden. Dann haben Sie gesagt, das heißt nicht automatisch, dass der Betreiber in Insolvenz gehen muss, das liegt schon am Betreiber selber. Da frage ich mich schon, in welcher Welt leben Sie eigentlich? *(GR Mag. Marcus Gremel: Zusperrten habe ich gesagt!)* - In welcher Welt leben Sie eigentlich? Stellen Sie sich vor, es gab Kindergartenbetreiber, die Beiträge verlangt haben, weil es keinen Gratiskindergarten gab. Okay, das war sozusagen, wenn Sie so wollen, ihr Geschäftsmodell. Dann kam der Gratiskindergarten, und wie Sie wahrscheinlich wissen, finden wir das sogar gut. Es gab im Prinzip den Wegfall der Geschäftsmöglichkeiten, weil damit natürlich klar ist, wenn ich eine Mutter bin und es mir aussuchen kann, 400 EUR für einen Kindergarten zu zahlen oder nicht - na, was werde ich machen? - Dann hat man gesagt, na gut, kommt doch unter unser Regime, lasst euch fördern, dann müsst ihr eben bestimmte Kriterien erfüllen, wie zum Beispiel die Gemeinnützigkeit!

Bitte, wie soll der das anstellen, nicht in Insolvenz zu gehen? In dem Moment, in dem er keine Förderungen bekommt, muss er sagen: Ab sofort verlange ich wieder 400 EUR im Monat. - Da werde ich als Elternteil sagen, na gut, dann werde ich mir aber einen anderen Platz suchen. *(Beifall bei den NEOS.)*

In welcher Welt des unternehmerischen Denkens leben Sie eigentlich, dass Sie sagen, na ja wenn die Förderungen entzogen werden, heißt das ja nicht automatisch, dass er in Insolvenz geht? - Wissen Sie, das regt mich nämlich deshalb auf, weil ich erstens glaube, dass

Sie überhaupt kein Verständnis dafür haben, dass dahinter sehr wohl auch ein gewisses unternehmerisches Denken steckt, und zweitens, weil ich Ihnen jetzt von hier aus unterstelle, dass Sie in Wahrheit ideologisch eines wollen, nämlich dass alles städtisch betrieben wird. Denn nur was Sie in der öffentlichen Hand machen, ist gut, und was Private machen, da haben Sie Grundzweifel, und das finde ich wirklich, wirklich schlecht. *(Beifall bei NEOS und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 2 Minuten. Die Restredezeit für NEOS beträgt daher 11 Minuten. Als Nächster ist Herr GR Hursky zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 6 Minuten. - Bitte schön.

GR Christian **Hursky** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Nehmen wir einmal beim Rechnungsabschluss auch eine Abteilung dran, die wichtig für diese Stadt ist, aber manchmal auch unbedankt, das ist die MA 54, Zentraler Einkauf - ein wahrer Dienstleister für uns. In diesem Jahr 2016 haben wir rund 7.700 Vergaben gehabt, das sind umgerechnet rund 31 Vergaben pro Tag, mit einem Auftragsvolumen von 55 Millionen EUR. Das vor allem nach Kriterien wie ÖkoKauf oder auch Frauenförderung.

Die MA 54 betreibt auch das Logistikcenter. Denken wir nicht nur an die internen Transporte, sondern auch an jene Transporte, die im Sinne der vielen, vielen Wahlen im vergangenen Jahr durchgeführt wurden und die uns jetzt auch am 15. Oktober bevorstehen. Es ist eine wichtige Abteilung, die auch durch ihre Arbeit sicherstellt, dass wir unsere Demokratie anständig umsetzen können.

Virtueller Markt: 1,8 Millionen Produkte werden angeboten, 42.000 Bestellungen hat die MA 54 durchgeführt. In der MA 54 haben wir Frauenförderungen mit Gender-Aspekten bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Vergabeverfahren der MA 54 mit einer Vergabe von über 20.000 EUR pro Jahr haben insgesamt 219 Mal stattgefunden.

Kommen wir zum Personalbereich der Stadt Wien - zuerst sei gedankt -: Wir haben 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadt, die hervorragende Arbeit leisten. Diese 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber nicht nur diese, sondern auch rund 22.500 Nichtaktive beziehungsweise 20.000 Lehrerinnen und Lehrer, die uns vom Bund zur Verfügung gestellt wurden, werden über die MA 2 administriert. Es ist eine hervorragende Aufgabe, die von dieser Abteilung wahrgenommen wird. Allein im vergangenen Jahr haben wir eine Aufnahme von 3.602 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadt gehabt. Das heißt, quasi 14, 15 Leute kommen täglich neu zu uns. Unter anderem hat diese Abteilung auch 17.240 Anfragen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser Stadt bearbeitet, das sind 69 pro Tag. Sie können sich vorstellen, was wir da auch an Service für unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter letztendlich bieten.

Eine wichtige Abteilung in diesem Zusammenhang ist auch die MA 3, der Bedienstetenschutz. Wir fördern die Gesundheit, wir stellen Gefahren fest, wir schauen, dass

es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser geht, damit sie möglichst lange bei uns im Arbeitsprozess bleiben können. Ich weiß schon, Sie kommen mir dann immer mit den Frühpensionierungen. Wenn Sie sich die Statistiken, vom Jahr 2008 auf das Jahr 2015 hinuntergebrochen, anschauen, werden Sie sehen, dass das stetig hinuntergegangen ist, auch unter den von Ihnen viel gescholtenen Stadträtinnen und Stadträten. In diesen Bereichen sind wir nämlich in Wahrheit echt besser geworden. Das heißt aber noch lange nicht, dass man zufrieden ist, denn wir wollen ständig besser werden. In der MA 3 gibt es auch die Konzeption präventiver Maßnahmen, die vorgenommen wurden, speziell im Bereich der Arbeitssicherheit, wo es darum geht, Beurteilungen von Gefahren am Arbeitsplatz oder ähnlichen Dingen zu haben.

Ein wichtiger Punkt: Highlight des Jahres 2016 war vor allem auch der Bereich der Burn-out-Prävention. Berufe über 50+: Ergonomie, Bewegung, Ernährung und Suchtprävention am Arbeitsplatz. Das zeigt sehr, sehr deutlich, dass wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadt für alle Aufgaben, die sich ihnen stellen, gesund halten wollen; ein ganz, ganz wichtiger Beitrag.

Es gibt auch einige Anträge zum Thema Personal, die wir, glaube ich, alle, leider Gottes für Sie, völlig berechtigt ablehnen werden müssen. Zum Beispiel - was ich ganz furchtbar finde - die Freistellung für gewerkschaftliche Tätigkeiten, welche die NEOS abschaffen wollen. Liebe NEOS, dass der Dienstgeber mit seinen Dienstnehmern zusammenarbeitet, ist essenziell für das Betriebsklima in dieser Stadt und ein ganz wichtiger Punkt, damit man zu Ergebnissen kommt, mit denen man gemeinsam für diese Stadt arbeiten kann. Ich finde, das ist ein Antrag, der es wert wäre, dass Sie ihn nehmen und zurückziehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben noch ein politisches Thema: Es wurde vom Kollegen Aigner die versuchte Vergewaltigung eines Afghanen auf der Donauinsel angesprochen. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Durch einen Afghanen!)* - Durch einen Afghanen. Das ist selbstverständlich etwas, das wir Sozialdemokraten auf das Heftigste ablehnen. Das sind grundsätzlich Menschen, mit denen wir so auch nichts zu tun haben wollen. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Das ist neu, Herr Kollege!)* Das heißt aber nicht, dass wir den anderen vielen Tausend, die sich anständig im diesem Land benehmen, nicht helfen wollen. Jeder Fall, auch wenn er freigelassen wurde, obliegt nicht uns, das ist eine Sache der Justiz. Wir stehen zu unseren Gesetzen, wie auch bei den Verfahren. Bei der FPÖ - weil Kollege Berger aus Favoriten gerade da ist - dürfte das ja nicht so sein. Da gibt es nämlich ein interessantes Facebook-Posting des Kollegen Bezirksrat Friedrich Dallinger aus Favoriten, der schreibt: „Wenn nicht friedlich, dann mit Gewalt!“ - Ich glaube, Sie haben selbst ein Problem mit der Radikalisierung! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 6 Minuten. Als Nächster ist Herr GR Vettermann zu Wort gemeldet. Auch hier beträgt die selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GR Heinz **Vettermann** (SPÖ): Vielen Dank. Herr Vorsitzender! Lieber Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was alles Großartiges geschehen ist, habe ich schon gestern beim Thema Bauten, Schulbauten, Kindergartenbauten, Infrastruktur ausgeführt. Heute werde ich ein bisschen darauf eingehen, was inhaltlich gesagt wurde und auf das eine oder andere replizieren.

Zum Kollegen Wiederkehr: Bildungsreform, Autonomie. - Ja, das gefällt uns beiden, und ja, es wurde einen Spalt geöffnet. Wir haben uns in Wien entschlossen, dass wir sozusagen durch diesen Spalt so weit wie möglich durchgehen, auch wenn wir manches Mal mehr wollten und nicht alles so gekommen ist, wie wir gefordert hatten.

Die Mittelzuteilung betreffend haben wir die Forderung nach einem Chancenindex, indem man sagt, dort, wo es besondere Herausforderungen gibt, setzt man, je nach Bedarf und nicht nach dem Gießkannenprinzip, besondere Mittel ein, damit nicht diejenigen, die ohnehin viel haben und eigentlich nichts brauchen, trotzdem alles bekommen, und diejenigen, die mehr brauchen, nichts bekommen. Dazu gibt es schon erste Schritte. Aber das ist eine Forderung, die wir brauchen könnten und die wir, was Wien betrifft, auch machen wollen.

Der Vorschlag zur gemeinsamen Schule gefällt mir. Ich glaube, er ist jetzt nicht gleich auf Abstimmung, sondern auf Zuweisung. Also diesem würde ich gerne zustimmen, auch wenn wir das mit der Binnendifferenzierung zumindest lange diskutieren müssten. Aber in der Autonomie ist es dann sowieso möglich, und in der Gassergasse hat es geklappt.

Zur Kollegin Schwarz: Sie fragen, warum die Sprachstandserhebungen nicht an die Schule mitgenommen werden und wieso man das gar nicht merkt und dass es nichts bringt. - Ganz im Gegenteil! Wir wissen von den Schuleinschreibungen, wie es früher war und wie es jetzt, zwei, drei Jahre später, ist, seitdem es das verpflichtende Kindergartenjahr und diese Sprachstandserhebungen gibt und wir im Kindergarten darauf reagieren können, wie sich das Niveau verbessert hat. Und es hat sich verbessert. Das bedeutet aber nicht, dass alle super Deutsch können, dass es keine Vorschulklassen gibt, dass es keine sonderpädagogischen Fördermaßnahmen geben muss, und, und, und. Aber im Gesamten gesehen - das muss man einmal sagen - greifen die Maßnahmen im Kindergarten. Es ist nicht so, dass die Schulen anderes sagen. Da bitte ich, die Schulen ernst zu nehmen. Es ist auch evident, dass elf Stunden Deutsch parallel unterrichtet wird und dass das auch dort funktioniert, wo wir die Mittel haben und wo es die Lehrer gibt. Dass es dort besser ist als in irgendeiner abgeschotteten Klasse, ist klar. Was wir brauchen, sind Lehrer, damit dieses Modell, dass du gemeinsam in der Klasse bist und dann erst Deutsch lernst, auch entsprechend umgesetzt werden kann.

Sie haben gefragt: An wem würden Sie sich am liebsten orientieren, an den Stärksten, an den Schwächsten? - Sie sind für die Stärksten, ich bin dafür, dass wir uns an beiden orientieren, die Stärksten entsprechend

fördern und die Schwächsten einfach mitnehmen, da bekommst du keinen individualisierten Unterricht. Das ist ja die Idee, die in den Schulen zu leben versucht wird. Also nicht die einen oder die anderen, sondern beide. Beide haben ein Anrecht auf Förderung, und das soll auch gelebt werden. Am Bischof-Faber-Platz, glaube ich, kommt es ja gar nicht nächstes Jahr. Die Eltern können in ganz Wien entscheiden. Erstens ist es immer aufsteigend, zweitens kann man eine Schule suchen, wo es eben entsprechend halbtags, ganztags, Offene Volksschule, verschränkten Unterricht gibt. All diese Wahlmöglichkeiten gibt es. Es gibt auch genug AHS, mehr AHS als in allen anderen Bundesländern. Das ist auch ein Faktum, und dementsprechend können Sie auch genug auswählen. Niemand will den Eltern diese Möglichkeit wegnehmen. Das könnten wir gar nicht, wollen wir aber auch nicht.

Zu Maximilian Krauss: Ich habe das mit Deutsch als Muttersprache jetzt sowieso auch schon inhaltlich beantwortet. Ihr Vortrag war nur noch ein bisschen allgemeiner, aber die gleiche Forderung.

Zu Kollegen Aigner: Die Kindergartenberichte werden nicht mitgenommen - ich sage Ihnen, 90 Prozent der Eltern nehmen sie freiwillig mit. (*Zwischenruf von GR Dr. Wolfgang Aigner.*) - Ja, aber es ist nicht so, dass damit nichts geschieht und dass damit gar nichts passiert. 90 Prozent machen es, die Schulen wollen es, die Eltern spielen mit, wir kriegen die Informationen. Dass die Schnittstelle nicht optimal ist, gebe ich zu, die gibt es ja auch erst seit einiger Zeit. Übrigens, die Schnittstelle von der Volksschule in die AHS oder in die NMS ist auch nicht immer ideal. Also bei beiden können wir etwas tun, dementsprechend sind wir dran.

Überprüfungen - auch zum Kindergarten und vielleicht auch zur Kollegin Meinel-Reisinger gesagt -: Dass Sie uns unterstellen, wir glauben, dass Private das gar nicht zusammenbringen, ist echt ein wirklich starkes Stück. Würden wir wirklich alles kommunal machen, hätten wir vielleicht viele der Probleme tatsächlich nicht, weil man sich dann etwas an Überprüfung spart. Aber wir haben 480 Vereine, die alle mindestens 1 Mal im Jahr überprüft werden. Es hat 58 Rückforderungen gegeben, wo wir Geld wieder zurückbekommen haben, und wir haben auch 10 Mal die Förderzusagen widerrufen. Wir stehen zu den Vereinen, wir überprüfen sie, wir haben auch entsprechende Rückforderungen gemacht, 58 Mal ist übrigens gar nicht wenig bei 480, und 10 Mal eben Entsprechendes auch zurückgefordert.

Alles in allem kann man sagen: Danke den MitarbeiterInnen in der Geschäftsgruppe, vor allem der MA 56. Der Rechnungsabschluss zeigt, dass Wien trotz der Herausforderungen Bildung in den Mittelpunkt stellt. Wir nehmen diese Herausforderungen an, wir treiben die Bildungsreform voran, wir stellen auch die Mittel bereit. Die gute Nachricht ist: Heute kann man dem auch zustimmen. - Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Damit hat auch die SPÖ die gesamte Redezeit verbraucht. Zu Wort gemeldet ist der Herr Amtsf. StR Mag. Czernohorszky. - 15 Minuten.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zuerst einmal möchte ich mich für die angeregte Debatte bedanken, auch für die vielen angeregten Debatten und die Zusammenarbeit in den letzten Monaten. Ich möchte aber auch explizit Danke dafür sagen, dass es eine über weite Strecken sehr sachliche Debatte war. Das ist fast allen gelungen, ich weiß, das gelingt nicht immer. Ich möchte es jetzt aber explizit und auch in Hinblick auf meine Geschäftsgruppe sagen. Ich bin kein Kind der Traurigkeit und habe großes Verständnis dafür, dass man seine Anliegen mediengerecht und zugespitzt in der Diskussion formulieren muss, aber Voraussetzung dafür ist, zumindest ist das meine Meinung, dass man ein Anliegen hat, das über die persönliche Profilierung und das Gejohle und das Ausrichten von jemandem anderen hinausgeht.

Das eigentliche Anliegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollten die Menschen in unserer Stadt sein. Und wenn man das einmal gesagt hat, dann muss man zu diesem A auch B sagen. Dieses B ist, man muss ein offenes Auge für große Herausforderungen haben, die diese Stadt hat, die jede dynamische Millionenstadt hat. Man muss diese Herausforderungen benennen, man muss sagen, was ist, aber man muss sich nicht genieren dafür, dass man in einer Millionenstadt lebt und dass wir diese Herausforderungen, die sich uns stellen, auch bearbeiten.

Man muss handeln, nicht johlen, man muss die Hand ausstrecken und nicht mit dem Finger zeigen. Das sind meiner Meinung nach die Grundsätze, auf die die Menschen ein Recht haben. Die Menschen haben ein Recht auf gute Politik, und gute Politik ist nicht dazu da, dass sie den Leuten erklärt, was sie für Probleme haben, auch nicht dafür da, dass sie den Leuten erklärt, wer schuld an den Problemen ist. Gute Politik ist dazu da, die Probleme zu lösen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und wenn es einen roten Faden durch unser Ressort gibt, dann ist es das und dann ist es die Tatsache, dass im Mittelpunkt nicht Probleme, die jemand in den Raum stellt, stehen, sondern das gemeinsame Lösen von Herausforderungen. Im Mittelpunkt, meine Damen und Herren, stehen Menschen und nicht die Schlagzeile.

Fangen wir beim Thema Bildung, fangen wir beim Thema Jugend, fangen wir beim Thema Kinder an: Was treibt uns nun? - Sie haben es erraten, im Mittelpunkt steht auch da der lernende Mensch. Es sind zwei zentrale Grundsätze, erstens: Chancen, Bildungschancen, Chancen, in der Gesellschaft mitzutun, mitzuspielen bei dem Spiel, das Gesellschaft heißt, die sollen nicht vom Geldbörstel der Eltern und vom Elternhaus abhängig sein.

Der zweite Grundsatz ist: Jedes Kind, jeder junge Mensch hat das Recht, sein Potenzial entfalten zu können und mit Freude und Begeisterung zu lernen, egal, woher er kommt und egal, wie er oder sie aussieht. Dafür sind Investitionen in die Bildung gut, und ich würde sagen, das ist der große Schwerpunkt der Geschäftsgruppe, und das sind Investitionen in die Zukunft. Wie lernen die Menschen am besten? Was brauchen sie

dafür? - Zuerst einmal - das ist ein bisschen untergegangen - braucht es dafür ausreichend gute, hochwertige Ausbildungs- und Betreuungs- und Bildungsplätze. Wien wächst ziemlich, umgelegt auf Kinder bedeutet das 2.500 Kinder jedes Jahr. Das ist eine Herkulesaufgabe, und ich möchte ein riesengroßes Dankeschön und meinen großen Respekt an alle sagen, die in dieser Stadt daran mittun, dass wir es schaffen, für diese 2.500 Kinder mehr großartige Bildungsplätze zu schaffen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

771 Millionen EUR in den Kindergarten, 105.000 Plätze in Kindergärten und Horten, 71 Prozent der Plätze für 1- bis 3-Jährige - übrigens ein Bereich, wo in ganz Österreich 20.000 Plätze fehlen, damit überhaupt nur 33 Prozent erreicht werden - und 106 Prozent für 3- bis 6-Jährige. Das lässt sich fortführen bis zu den Schulen - da nur eine Zahl -, 75 Klassen mehr in diesem Jahr, auf das wir zurückschauen. Das ist eine großartige Bilanz.

Meine vorige Tätigkeit hat mir schon im letzten Jahr die Chance gegeben, viele dieser neuen Bildungsbauten zu besuchen, wie zum Beispiel die Zubauten in der Rohrwassergasse, in der Erlaaer Schleife oder die neuen Schulen, wie in der Piquetgasse.

Was braucht Bildung, die Menschen im Mittelpunkt hat, noch? - Die Förderung jedes einzelnen Kindes, und das braucht ein Benennen der Herausforderungen. Das ist heute ein paar Mal gekommen, ein Mal im Zusammenhang mit einer Aussage von der Frau Kollegin Kugler: Warum braucht es den Hilfeschei einer Lehrerin? - Ich sage Ihnen ganz offen, den Hilfeschei braucht es nicht, ich schreie mit dieser Lehrerin mit. Denn was hat diese Lehrerin gesagt? - Sie hat auf ein Thema hingewiesen, das Realität in Wien ist. Eine Lehrerin in Wien hat, so wie eine Lehrerin in einer anderen Millionenstadt, alle Herausforderungen, die diese Gesellschaft mit sich bringt, vor sich. Das sind extrem viele - im Vergleich zu Österreich - AkademikerInnenkinder, das sind aber auch Kinder, die keine Schere halten können, Kinder, die in der Früh die Einzigen sind, die aufstehen, Kinder, die nicht genug Deutsch können. Das an sich ist nicht das Problem der Lehrerin, die Frage ist: Wie viel Unterstützung braucht die Lehrerin? - Und da gibt es eine große Ungerechtigkeit in dieser Republik, wir kennen nur eine Form der Ressourcenzuteilung, und das ist die Gießkanne. Das ist eine Ungerechtigkeit. Es darf nicht sein, dass in einer Stadt wie Wien, wo 56 Prozent der Kinder in einer Schule sind, in der die Herausforderungen groß und sehr groß sind, mit der gleichen Gießkanne bedacht wird wie zum Beispiel im Burgenland, wo 0 Prozent der Kinder in so eine Schule gehen.

Das ist ein Thema - ich kann das abkürzen -, das der Herr GR Vettermann mit dem Chancenindex umschrieben hat. Was ist der Chancenindex? - Eine Kurzzusammenfassung für mehr Ressourcen dort, wo die Herausforderungen groß sind. Wir haben das sehr intensiv gefordert. Wir haben uns auch in vielen Dingen durchgesetzt. Im Integrationspaket hat die Bildungsministerin zum ersten Mal zusätzliche Mittel für die Integration von Kindern zur Verfügung gestellt, zum Beispiel 150 Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer.

Zum Mitnehmen an den Bund: Ein paar solcher Mittel, was die Weiterführung betrifft, werden derzeit durch den Finanzminister blockiert, etwa für Sozialarbeiter und Begleitlehrerinnen und Begleitlehrer. Es wäre ein schönes gemeinsames Anliegen, um die Ressourcen zu kämpfen, die wir in Wien brauchen.

Das zweite Thema - auch in diesem Zusammenhang mit den Herausforderungen - war das Thema Sprache. Warum interessiert uns die Umgangssprache nicht? - Nun, es interessiert uns jede Menge, aber im Zusammenhang mit der Förderung von Kindern interessiert uns, welche Kinder zu schlecht Deutsch können. Diese bekommen nämlich eine zusätzliche Förderung durch Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Da gibt es nicht nur die Gießkanne, was die Zuteilung von Sprachlehrerinnen und Sprachlehrern an die Bundesländer betrifft, da gibt es auch einen Deckel. Das ist so, als würde ich sagen: Ich habe 100 Gipse und bei der 101. gebrochenen Hand gibt es leider keinen Gips mehr. Das ist besonders blöd, und daher auch unsere Forderung Jahr für Jahr an den Finanzminister, von diesem Deckel abzugehen.

Das könnte man jetzt in allen anderen Bereichen fortsetzen. Ich sage es nur exemplarisch: Natürlich richten wir nicht nur aus, wir machen auch selber etwas. Beim Kindergarten zum Beispiel haben wir die Anzahl der SprachpädagogInnen von 120 auf 250 mehr als verdoppelt. Bei der Förderung 2.0 gibt es zusätzliche Mittel. Die Herausforderung, Flüchtlinge in die Schulen zu integrieren, ist von den Lehrerinnen und Lehrern großartig gemeistert worden. Übrigens nicht nur für Pflichtschulkinder, auch im Jugend College haben wir etwas Tolles auf die Beine gestellt. Nächste Woche wird es ein Jahr alt, das freut mich sehr. Will jemand klatschen? Dann kann ich trinken, so haben alle etwas davon. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Eine Herausforderung ist auch mehrfach genannt worden, die definitiv zu benennen und auch zu behandeln ist, und das ist das Thema Qualität in Bildungseinrichtungen. Deswegen habe ich wenige Tage nach meinem Amtsantritt auch schon gesagt und intensiv angekündigt, da muss man genau hinschauen. Da muss man zusätzlich zu den Kontrollen, die wir schon verstärkt haben, noch genauer schauen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, mir geht es nicht darum, manche Kindergärten nicht zu prüfen oder manche mehr zu prüfen, ich will alle prüfen und schlechte schließen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Dass das Folgen hat, dafür bitte ich um Verständnis. Vielleicht geht das beim nächsten Mal, wenn wir durchgreifen müssen, ein bisschen besser. Keine Sorge, es führt nicht zu einer, wie es Herr Kollege Blümel wenige Tage nach dieser Aussage gesagt hat, Verstaatlichung, Verstaatlichung des Kindergartenwesens. Wir werden auch weiterhin sehr eng mit privaten Betreibern zusammenarbeiten.

Zum Thema Bildungsgerechtigkeit, die es auch braucht, wenn man Kinder in den Mittelpunkt stellt: Die Förderung 2.0 ist heute für meine Verhältnisse noch zu wenig erwähnt worden. Es ist ein großartiges Beispiel dafür, wie wir eine Sache machen, nämlich Kindern, die

zu Hause weniger Unterstützung haben, unter die Arme zu greifen. Die andere Sache ist, wir bauen Ganztagschulen aus. Natürlich ist mir da auch Wahlfreiheit wichtig. Aber was bedeutet Wahlfreiheit? - Es bedeutet zuerst einmal - das unterscheidet uns von acht anderen Bundesländern -, dass Eltern die Möglichkeit haben, eine ganztägige Schulform zu finden. Keine Sorge, wir stellen aufsteigend um, das heißt, ein Kind, das in einer bestimmten Schulform ist, kann in diese Schulform weiter gehen, ein neues Kind wird einen Platz finden, in welcher Schule die Eltern auch immer wollen.

Was es auch braucht, ist mehr Offenheit. Ich sehe, ich habe nur mehr 5 Minuten Redezeit, daher nur ein Beispiel: Offenheit bedeutet immer auch - erstens -, Offenheit dafür, dass eine Bildungskarriere nicht nur in der Schule stattfindet, sondern in der Familie anfängt. Da möchte ich ein großes Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der MA 11 sagen, die dazu da sind, Schutz, Geborgenheit, Unterstützung dort zu geben, wo Eltern nicht können. Erst im letzten Jahr ist das zweite Pflegekinderzentrum eröffnet worden. Auch bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist da sehr viel geleistet worden.

Offenheit zu zeigen - über die Bildungsinstitution Schule oder Kindergarten - heißt auch, zu erkennen, Kinder, Jugendliche, junge Menschen lernen auch im Sozialraum. Daher auch ein großes Dankeschön an die Arbeit der außerschulischen Jugendarbeiter. Was die außerschulische Jugendarbeit leistet, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Es ist Empowerment, es ist Stärkung von Jugendlichen, Unterstützung bei der Findung von Rollen, beim Platz im Leben Finden, aber es ist auch ein klares Signal und starke Arbeit zur sozialen Sicherheit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zuletzt bedeutet Offenheit über die einzelne Schule hinweg auch das, was wir in Wien - und das darf ich mit Stolz ankündigen - weiterführen werden: Wir bauen Bildungsbauten nicht mehr so wie früher - da gibt es eine Schule, die hat eine Türe, die hat ein bestimmtes Türschild -, sondern wir schaffen Orte, wo Kinder vom Kindergarten weg bis zum Ende der Ausbildung, bis zum Ende der Bildung lernen können, wo Vereine eingebunden werden können, wo es musische Angebote gibt. Das sind die großen Campusbauten. - Ein kleiner Spoiler: Wir eröffnen im Herbst die Attemsgasse, ich freue mich schon sehr darauf. Und mit dem Bildungsgrätzeln werden wir das auch in die Fläche bringen.

Zum zweiten großen Thema: Politik, die Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellt und nicht die Schlagzeile. Ich muss auch Antworten darauf geben, wie diese Menschen miteinander leben wollen. Dazu ein klares Bekenntnis von mir: Es ist ein Faktum, dass eine Millionenstadt eine Stadt ist, wo Vielfalt herrscht. Das kann man sich nicht wegwünschen - kann man schon, das ist nur keine faktenbasierte Politik. Die Frage ist, was man daraus macht. Mein Zugang dazu ist zu sagen: Wienerin, Wiener ist, wer in Wien ist, und ich will in keiner Stadt leben, die eine Stadt der Spaltung ist, ich will in keiner Stadt leben, die in ein „wir“ und in ein „sie“ zerfällt, ich will das, was die überwiegende Mehrheit der Wienerin-

nen und Wiener will: In Frieden miteinander leben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das bedeutet Nein zu jedem und jeder, die diesen Frieden, die diese Gemeinsamkeit in Frage stellen. Das bedeutet Nein zu jeder Radikalisierung, egal, ob da die Fahne des IS oder die der Identitären geschwenkt wird. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Der Vergleich, Herr Kollege, ist grenzwertig, das wissen Sie schon!)* Es bedeutet aber auch Nein für Symbolpolitik. Was wir brauchen, sind wirkliche Maßnahmen. Nur ein kleiner Nebensatz zu dem Beispiel Salzburg, Kopftuch im Kindergarten: Kopftuch im Kindergarten will ich auch nicht, daher machen wir es exakt so wie die Salzburgerinnen und Salzburger, wir erzählen es einfach nur ein bisschen redlicher, gerne mehr Details dazu.

Was es aber im Umkehrschluss auch braucht, sind klare Maßnahmen dafür, dass Menschen in unserer Stadt ankommen können und miteinander tun, Integration ab Tag 1 ermöglichen, fördern, aber auch einfordern. Viele Beispiele sind von meinen Kolleginnen und Kollegen schon gebracht worden. Ich sage nur, 10.000 Menschen haben bis heute an „Start Wien“-Info-Modulen teilgenommen, und das sind die gemeinsamen Grundlagen für ein Zusammenleben in unserer Stadt. Kein Parallelsystem, das wir neben dem ÖIF aufziehen, sondern etwas, das Wien zuerst gemacht hat, womit Wien in Vorlage getreten ist, so wie viele, viele andere Maßnahmen auch - das Jugend College, die 10.000 Sprachkurse, und, und, und. Ich freue mich darüber, dass der Bund da jetzt endlich nachzieht und dass es auch auf bundesweiter Ebene so etwas gibt wie Integration ab Tag 1, versehen mit konkreten Maßnahmen.

Was Sie alle gemeinsam dazu tun können, und ich lade Sie dazu ein, das noch zu verstärken, ist, zuerst einmal diesen Dingen zuzustimmen. Es gibt, man glaubt es kaum, keine gemeinsame Zustimmung zu 10.000 Sprachkursen mehr. Auf der anderen Seite sagt man, das ist ein Wahnsinn, die können alle nicht Deutsch. Es gibt, man glaubt es kaum, keine gemeinsame Zustimmung zu 2.000 Sommersprachkursen mehr im Sommer. Es gibt keine gemeinsame Zustimmung zum Thema mehr Unterstützungspersonal an den Wiener Schulen. Das finde ich schade, vielleicht gibt es in Zukunft mehr Gemeinsamkeit.

Ein kleines Detail: Sie haben, auch die Kollegin Kugler, die Möglichkeiten für Asylwerberinnen und Asylwerber für gemeinnützige Arbeit erwähnt, dass darüber informiert werden soll. Dafür sind auch die „Start Wien“-Info-Module da, um zu informieren, welche Möglichkeiten der Arbeit, der Bildung, et cetera man hat. Ich kann Sie beruhigen, wir haben derzeit 300 solcher Asylwerberinnen und Asylwerber in gemeinnütziger Arbeit im Einsatz. Wir waren österreichweit die Allerersten, das ist eine gute gemeinsame Sache.

Was jetzt noch nicht gesagt worden ist, und mir ist das sehr wichtig, weil ein paar Mal auf die einzelnen Vereine hingehauen worden ist: Basis dafür und möglich ist das alles durch die Zusammenarbeit mit sehr, sehr vielen Partnerinnen und Partnern, die großartige Arbeit

leisten. Dafür möchte ich Danke sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Möglich ist es auch aufbauend auf das Engagement vieler Tausend Wienerinnen und Wiener, die sich freiwillig für Integration engagieren, und auch dafür möchte ich Danke sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Last but not least: Alles, was möglich war, was wir gestern und heute diskutiert haben, die vielen Dinge, die Wien ausmachen, die vielen Dinge, auf die wir stolz sind, die vielen Dinge, die unsere Stadt von anderen Städten unterscheidet und die wir merken, wenn wir nach Hause kommen, all diese Dinge werden von Menschen gemacht, die sich engagieren. Die Basis dafür, was Wien ausmacht, sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich bin wirklich stolz, als Personalstadtrat politisch dafür die Verantwortung zu haben. Ich weiß, wie viel das ist. Die MA 2 betreut 111.700 aktive und pensionierte Bedienstete. So wie diese vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verantwortung für die Wiener übernehmen, übernimmt die Stadt Verantwortung für sie. Ich möchte mit einem großen Dankeschön für die Arbeit hinter den vielen Dingen, auf die wir stolz sind, die heutige Diskussion zu meiner Geschäftsgruppe beschließen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ihnen allen wünsche ich einen wunderschönen Sommer - wenn Sie Kinder haben, mit dem Sommerferienspiel oder den vielen Angeboten hier in der Stadt, wenn nicht - oder auch mit Kindern -, in einem der vielen großartigen, einzigartigen Bäder von Wien. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erteile daher der Frau Amtsf. StRin Mag. Brauner zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2016 das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach der charmanten Werbedurchsage des Bäder-, Kinderbetreuungs- und für sonst noch viele Dinge zuständigen Stadtrates komme ich wieder zurück zu den Zahlen. Ich bedanke mich für die Diskussion, die wir hier miteinander geführt haben, und erlaube mir, jetzt auch formal den Antrag zu stellen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Nach der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit von 14. bis 21. Juni 2017 und der in den letzten beiden Tagen erfolgten, gerade angesprochenen ausführlichen Gemeinderatsdebatte zum vorliegenden Rechnungsabschluss 2016 darf ich der Einfachheit und Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite XXVI der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar verweisen und um entsprechende Beschlussfassung ersuchen.

Herzlichen Dank, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Ich danke auch und unterbreche nun für Beratungen der Klubs die Sitzung bis 17.15 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 17.02 bis 17.16 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf alle bitten, wieder Platz zu nehmen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2016. Die Anträge der Berichterstatterin zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2016 sind im Rechnungsabschluss auf der Seite XXVI abgedruckt.

Ich lasse zuerst über den aus drei Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung der Rechnung und dann über den Antrag zum Inventar abstimmen. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die den drei Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Die Zustimmung erfolgt durch SPÖ und GRÜNE, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Das ist daher mehrstimmig angenommen.

Nun bitte ich jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf der Seite XXVI im Rechnungsabschluss, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN angenommen, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. - Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2016 angenommen.

Es liegt nun eine Reihe von Beschluss- und Resolutionsanträgen vor. Ich darf um Konzentration bitten.

Wir starten mit dem Antrag Nummer 1, eingebracht von NEOS, betreffend siebente Urlaubswoche abschaffen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 2, eingebracht von NEOS, betreffend die Anwendung von Vertragsschablonen - Wiener Stellenbesetzungsgesetz. Wer dem Antrag 2 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Er hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 3, eingebracht von NEOS: Freistellung für gewerkschaftliche Tätigkeiten abschaffen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 4, vom Antragsteller NEOS, betreffend Abschaffung der nicht amtsführenden Stadträte. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von den Antragstellern selbst, von NEOS, unterstützt, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Er hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 5, auch von NEOS, betreffend Parteiförderung halbieren. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von den Antragstellern selbst, von NEOS, unterstützt, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Er ist daher abgelehnt.

Antrag 6, eingebracht von NEOS: Einführung einer Schuldenbremse. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und die FPÖ stimmen dem zu, SPÖ und GRÜNE sind dagegen. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 7: Umsetzung der Pensionsreform, eingebracht von NEOS. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von NEOS und ÖVP, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 8, eingebracht von NEOS: Umsetzung des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Es hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 9, eingebracht von NEOS, betreffend ersatzlose Streichung des § 68a Abs. 1 Z 2 der Dienstordnung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 10, eingebracht von NEOS: Reform für eine effizientere und bürgernähere Gestaltung der Bezirksvertretungen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Es sind die Antragsteller alleine, NEOS, die zustimmen, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 11, eingebracht von NEOS: Abschaffung von sinnlosen Politikerposten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei SPÖ, FPÖ, GRÜNEN und ÖVP.*) Dem Antrag auf Abschaffung von sinnlosen Politikerposten (*Ruf bei der FPÖ: Klubobfrau!*) zugestimmt haben die NEOS - gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN.

Antrag 12, eingebracht von der ÖVP, betreffend Schuldenbremse für Wien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Er hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 13, eingebracht von der ÖVP, betreffend vorzeitige Auflösung des Gemeinderates. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Er hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 14, eingebracht von der FPÖ, betreffend vorzeitige Auflösung des Gemeinderates. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 15, eingebracht von der ÖVP, betreffend Demonstrationen in Wien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von den Antragstellern alleine, von der ÖVP, unterstützt, gegen die

Stimmen von NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 16, eingebracht von der ÖVP, betreffend Sonntagsöffnung in Wien. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS und ÖVP unterstützt, gegen die Stimmen der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 17, mit dem eine Zuweisung an den Finanzausschuss beantragt wird, eingebracht von der ÖVP: Informative Besprechung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 18, eingebracht von NEOS: Umbau des Moore-Teichs am Karlsplatz zu einem Wasserspielplatz. Es wurde die Zuweisung an den Umweltausschuss beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller, die NEOS, alleine. Das hat nicht die erforderliche Mehrheit, weil ÖVP, SPÖ, die GRÜNEN und die FPÖ dagegen gestimmt haben. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 19, eingebracht von NEOS: Kostenwahrheitspaket für Gebühren der Stadt Wien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 20, eingebracht von NEOS: Flexibilisierung der Zeitkarten in Wien beziehungsweise im Verkehrsverbund Ost. Es ist eine Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Wiener Stadtwerke und an den Finanzausschuss beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt wird die Zuweisung von ÖVP, NEOS, FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag 21, eingebracht von der ÖVP: Attraktivierung des tangentialen öffentlichen Verkehrs in Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 22, eingebracht von der FPÖ: WGM Durchgängige und nachvollziehbare Dokumentation von Rechnungen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 23, eingebracht von der FPÖ: Durchführung von Preisangemessenheitsprüfungen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 24, eingebracht von der FPÖ, betreffend Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit. Sofortige Abstimmung. Wer dem zustimmt, den bitte ich

um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 25, eingebracht von der FPÖ, bezüglich Einhaltung von Höchstgrenzen bei Ausschreibungen. Sofortige Abstimmung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dem wird von ÖVP, NEOS und FPÖ zugestimmt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 26, eingebracht von der ÖVP: Anteil von E-Autos am Wiener Fuhrpark erhöhen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 27, eingebracht von der FPÖ, betreffend Öffentlichkeitsarbeit Umwelt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 28, eingebracht von der FPÖ, betreffend Pflege der Wiener Stadtbäume. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP und FPÖ stimmen zu, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 29, eingebracht von der FPÖ, betreffend U3-Verlängerung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 30, eingebracht von NEOS: Einführung von Wirkungszielen im Bereich Kunst und Kultur. Es wurde die Zuweisung an den Kulturausschuss beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 31, eingebracht von NEOS: Revitalisierung des Jugendstiltheaters am Otto-Wagner-Areal. Es wurde hier die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Kultur sowie an den Gemeinderatsausschuss für Soziales beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung erfolgt durch die NEOS, die ÖVP und die FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 32, eingebracht von der ÖVP: Erhalt der Marx Halle als große Event-Veranstaltungshalle. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung erfolgt durch NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 33, eingebracht von der ÖVP, betreffend tägliche Turnstunde. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 34 - das ist ein Allparteiantrag betreffend Errichtung eines Grab- und Mahnmales für die österreichischen Opfer in Maly Trostinec. Sofortige Abstimmung.

Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 35, eingebracht von der FPÖ, betreffend ein Denkmal in diesem Konzentrationslager. Wer hier zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 36, eingebracht von der FPÖ: Videoüberwachung für den jüdischen Friedhof. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 37, eingebracht von der FPÖ: Richtlinien für die Antragstellung für Subventionen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 38, eingebracht von der FPÖ, betreffend abgelehnte Subventionsansuchen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 39, eingebracht von der FPÖ, betreffend verstärkte Förderung von Musikschulen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 40, eingebracht von der FPÖ, betreffend statistische Auswertung der Rechnungsabschlüsse aller Bezirke. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 41, eingebracht von der FPÖ: Errichtung einer Mehrzweckhalle. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 42, eingebracht von NEOS, betreffend Einrichtung von Primärversorgungseinheiten in Stadtentwicklungsgebieten. Hier wurde die Zuweisung an den Sozialausschuss und an den Stadtentwicklungsausschuss beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 44, eingebracht von der ÖVP, betreffend Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller alleine, nämlich die ÖVP, gegen die Stimmen von NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 45, eingebracht von der ÖVP: Abberufung des Finanzdirektors der Stadt Wien aus dem Aufsichtsrat der VKMB. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP, NEOS und FPÖ

unterstützt, gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPÖ, und ist daher abgelehnt.

Antrag 48, eingebracht von NEOS: Mindestsicherungsbezug erst nach drei Monaten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Es sind die Antragsteller alleine, die NEOS, die zustimmen, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 49, eingebracht von NEOS: Bildungsscheck - Bildung als Sachleistung in der Mindestsicherung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und NEOS unterstützt, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 50, eingebracht von NEOS, betreffend zweiter Aufzug am Stephansplatz. Es wird eine Zuweisung an den Ausschuss FiWi und an den Ausschuss Umwelt und Stadtwerke beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 51, eingebracht von NEOS: Treffen mit Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zustimmung erteilen NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 52, eingebracht von NEOS: Beurteilung des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS und ÖVP stimmen zu, gegen die Stimmen der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 53, eingebracht von der ÖVP, betreffend ein Maßnahmenpaket für Hebammen. Es wurde die Zuweisung an den Sozialausschuss und an den Bildungsausschuss beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung erfolgt einstimmig.

Antrag 54, eingebracht von der ÖVP, betreffend ausreichende flankierende Beratungsmaßnahmen für Frauen zur Senkung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen. Eine Zuweisung an den Sozialausschuss wurde beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird unterstützt von NEOS und ÖVP - das ist nicht die erforderliche Mehrheit -, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag 55, eingebracht von NEOS: Steigerung der Kosteneffizienz im Verkehr in der Donaustadt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von den Antragstellern selbst, den NEOS, unterstützt, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Antrag 56, eingebracht von NEOS: Bürger_innenrat zur Entwicklung einer „Neuen Stadtplanung für Wien“. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Es sind die Antragsteller alleine, NEOS, die dem zustimmen, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Abgelehnt.

Antrag 57, eingebracht von der ÖVP: Schaffung eines zentralen Planungsdepartements. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von der ÖVP unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 58, eingebracht von der ÖVP: Bereitstellung entsprechender Infrastruktureinrichtungen bei der Realisierung von Großprojekten. Ich bitte bei Zustimmung um ein Zeichen. - NEOS, ÖVP und FPÖ stimmen zu, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 59, vom Antragsteller ÖVP: Green-City-Planungen für Wien. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. - NEOS, ÖVP und FPÖ stimmen zu, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 60, eingebracht von den GRÜNEN und der SPÖ, betreffend umfassendes Bekenntnis zum Klimaschutz. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNEN unterstützt, gegen die Stimmen der FPÖ. Der Antrag ist daher angenommen.

Antrag 61, eingebracht von der FPÖ, betreffend Nordostumfahrung. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 62, eingebracht von der FPÖ, betreffend Radwegbenutzungspflicht. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Unterstützung durch ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 63, eingebracht von NEOS: Förderung von E-Mobilität durch Neudefinition von befahrbaren Aufschließungswegen im Gartensiedlungsgebiet. Es wurde die Zuweisung an den Stadtentwicklungs- und an den Wohnausschuss beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird unterstützt von ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, und hat nicht die erforderliche Mehrheit. Die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 64, eingebracht von der ÖVP: Bekenntnis zur definitiven und zeitnahen Errichtung der 6. Donauquerung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Es hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 65, eingebracht von der ÖVP: Realisierung der 3. Piste des Flughafens Wien-Schwechat. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller selbst, die ÖVP, gegen die Stimmen von NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 66, eingebracht von der ÖVP: Errichtung eines zentralen Busbahnhofs. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der

SPÖ und der GRÜNEN, und hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 67, eingebracht von der ÖVP: U4-Verlängerung nach Auhof. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ stimmen zu, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 68, eingebracht von der ÖVP: Zukünftige Planung und Errichtung von Fahrradwegen in Wien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Es hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 69, eingebracht von der ÖVP: Bereitstellung entsprechender Gewerbeflächen in Wien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 70, eingebracht von der FPÖ: Flächenwidmungsverfahren Karlsplatz. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 71, eingebracht von der FPÖ: Integrierte Planung des hochrangigen öffentlichen Verkehrsnetzes von Wien. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 72, eingebracht von der FPÖ: Nein zur Politik des Ärgerns. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 73, eingebracht von der FPÖ: Maßnahmen gegen Gefährdung durch Anschläge in Fußgängerzonen mit Kfz. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag hat keine Zustimmung.

Antrag 74, eingebracht von der FPÖ: Intervallverdichtung in die Seestadt. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat keine erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 75, eingebracht von der FPÖ: Flächenwidmung zur Stadterweiterung Berresgasse. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, und hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 76, eingebracht von der ÖVP: Mehr Eigentumswohnungen im sozialen Wohnbau. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Zustimmung erfolgt durch die ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN. Dies hat daher nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 77, eingebracht von der FPÖ: Einführung einer Statistik über an soziale Träger zur Flüchtlingsunter-

bringung vermietete Wohnungen beziehungsweise Flächen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung erfolgt durch ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 79, eingebracht von der FPÖ: Pacht oder Baurecht vor Verkauf. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Zustimmung erfolgt durch NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 80, eingebracht von der FPÖ: Unabhängige Gutachter bei Liegenschaftsdispositionen der Gemeinde Wien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt wird das von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Es hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 81, eingebracht von der FPÖ: Präzisierung der Zusammensetzung des Fachbeirates. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 82, eingebracht von NEOS: Einrichtung einer informationskoordinierenden Stelle im Bereich Deradikalisierung. Es wurde hier eine Zuweisung an den Ausschuss für Bildung beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird einstimmig zugewiesen.

Antrag 83, eingebracht von NEOS, betreffend Schulautonomie. Auch hier wurde die Zuweisung an den Bildungsausschuss beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird unterstützt von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, gegen die Stimmen der ÖVP und der FPÖ. Der Antrag auf Zuweisung ist daher mehrstimmig angenommen.

Antrag 84, eingebracht von der ÖVP, betreffend Erhalt des Gymnasiums in Langform. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Es hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 85, eingebracht von der ÖVP: Wahlfreiheit der Eltern und Schüler. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 86, eingebracht von der FPÖ: Auskünfte über nicht vorgelegte Förderansuchen in Ausschüssen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung erfolgt durch NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 87, eingebracht von der FPÖ: Aufstockung von Kindergartenkontrollleuren. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS und der FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 88, eingebracht von der FPÖ, betreffend Kopftuch- und Schleierverbot. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 89, eingebracht von der FPÖ: Evaluierung der Subventionen an eine Vielzahl von Integrationsvereinen in Wien. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Dies wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 90, eingebracht von der ÖVP: Werte- und Orientierungskurse. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS und ÖVP, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 91, eingebracht von der FPÖ: Deutsch als Pausensprache. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von der FPÖ und der ÖVP unterstützt, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 92, eingebracht von der FPÖ, betreffend Deutschklassen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 93, eingebracht von der FPÖ: Ja zum differenzierten Schulsystem - Nein zu Gesamtschulmodellregionen. Sofortige Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Es sind die Antragsteller alleine, die FPÖ, die zustimmen, gegen die Stimmen von NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 94, eingebracht von der FPÖ: Ja zum Erhalt der Sonderschulen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und NEOS.

Antrag 95, eingebracht von der FPÖ, betreffend Entpolitisierung der Schulverwaltung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. - Das wird von FPÖ und NEOS unterstützt, gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 96, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN: Schutz der jüdischen Friedhöfe in Wien. Es wurde die Zuweisung an den Kulturausschuss beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung erfolgt einstimmig.

Damit fahren wir jetzt in der Tagesordnung fort.

Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund einschließlich der Jahresabschlüsse der Wiener Städtischen Krankenhäuser, der Teilunternehmung Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien - Medizinischer Universitätscampus und der Teilunternehmung

Geriatrizentren und Pflegewohnhäuser der Stadt Wien mit sozialmedizinischer Betreuung für das Jahr 2016.

Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt hat ja schon stattgefunden. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung erfolgt durch SPÖ und GRÜNE, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher ist dieser Tagesordnungspunkt mehrstimmig angenommen.

Wir haben auch über drei Anträge abzustimmen.

Antrag 43, eingebracht von NEOS, betreffend Neustart Spitalskonzept 2030. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 46, eingebracht von der ÖVP: Raschere Umsetzung des Shared-Services-Centers Einkauf im Wiener KAV. Es wurde eine Zuweisung an den Sozial- und Gesundheitsausschuss beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung erfolgt einstimmig.

Antrag 47, eingebracht von der FPÖ, betreffend Bestellung eines neuen KAV-Generaldirektors. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung erfolgt durch NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2016. Die Debatte über diesen Tagesordnungs-

punkt hat auch schon stattgefunden. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung erfolgt durch SPÖ und GRÜNE, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher ist die Postnummer 3 mehrstimmig angenommen.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2016. Die Debatte hat schon stattgefunden. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS angenommen. Daher ist die Postnummer 4 mehrstimmig angenommen.

Es gibt noch einen Antrag zur Postnummer 4: Antrag 78, eingebracht von der FPÖ: Ombudsstelle im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen. Wer dem Antrag 78 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war es. Recht herzlichen Dank für zwei sehr intensive, aber, so glaube ich, sehr gute Tage.

Bis zur nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates morgen um 9 Uhr!

Schönen Abend!

(Schluss um 17.56 Uhr.)